48. Jahrgang 2000 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

SERGEJ SLUTSCH
17. September 1939: Der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg

YECHIAM WEITZ
Ben-Gurions Weg zum „Anderen Deutschland" 1952–1963

MATTHIAS PAPE
Die Deutschlandinitiative des österreichischen Bundeskanzlers Raab 1958

KARIN FLACHOWSKY
Neue Quellen zur Abstammung Reinhard Heydrichs

DOKUMENTATION
„Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg".
Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten
des Generals Heinrici
(Johannes Hürter)

OLDENBOURG

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27,
E-mail: vfz@ifz-muenchen.de

48. Jahrgang | Heft 2 | April 2000

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Sergej Slutsch — 17. September 1939: Der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. Eine historische und völkerrechtliche Bewertung 219

Yechiam Weitz — Ben-Gurions Weg zum „Anderen Deutschland" 1952–1963 255

Matthias Pape — Die Deutschlandinitiative des österreichischen Bundeskanzlers Julius Raab im Frühjahr 1958 281

MISZELLE

Karin Flachowsky — Neue Quellen zur Abstammung Reinhard Heydrichs 319

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Johannes Hürter „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg". Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici 329

ABSTRACTS 405

MITARBEITER DIESES HEFTES 407

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet:
http://www.vierteljahrshefte.de
Redaktion: http://www.ifz-muenchen.de

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 2000 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Ulrike Staudinger.
Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.
Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 PresseG i. V. m. Art. 2 Abs. 1 c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an:
Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die R. Oldenbourg Verlag GmbH unter der gleichen Anschrift. Alleiniger Gesellschafter der R. Oldenbourg Verlag GmbH ist die R. Oldenbourg GmbH & Co. KG, ebenfalls unter der gleichen Anschrift.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland DM 101,– (DM 85,– + DM 16,– Versandspesen); Ausland DM 107,– (DM 85,– + DM 22,– Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) DM 82,– (DM 66,– + DM 16,– Versandspesen); Einzelheft DM 29,– zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für Österreich und die Schweiz: Österreich: DM-Preis × 7,3 = öS-Preis (ab 0,5 aufgerundet, bis 0,4 aberundet auf volle Schillinge). Schweiz: DM-Preis × 0,86 = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 58,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen:
Oldenbourg: *Institut für Zeitgeschichte*
Oldenbourg: *Bundesarchiv*

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SERGEJ SLUTSCH

17. SEPTEMBER 1939: DER EINTRITT DER SOWJETUNION IN DEN ZWEITEN WELTKRIEG*

Eine historische und völkerrechtliche Bewertung

I.

Nicht allein die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin, die gesamte Außenpolitik der Sowjetunion wurde stark geprägt durch die am 23. August und 28. September 1939 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Abkommen. Die hier beschlossene Teilung Europas in Interessengebiete verschaffte dem Kreml Handlungsspielraum, so daß er seine außenpolitische Expansion gegen mehrere angrenzende Staaten nun erst richtig entfalten konnte. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs, die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Großbritannien und Frankreich und schließlich die Unterstützung durch Deutschland gaben der sowjetischen Führung die Möglichkeit, die Grenzen ihres Reiches weit nach Westen hinauszuschieben und, wie das Mitglied des Politbüros Lazar Kaganowitsch formulierte, sich der Staaten zu „bemächtigen"[1], die gemäß Absprache der „Interessensphäre" der UdSSR zugeordnet waren. Das hieß, daß man diese Staaten annektieren, sich dabei aber gleichzeitig aus dem großen Krieg heraushalten wollte. Daß die Führung in Moskau gegenüber dem am 1. September 1939 entfesselten Zweiten Weltkrieg mindestens bis 17. September keinerlei offizielle Haltung bezogen hatte, ist symptomatisch für ihr außenpolitisches Lavieren.

An dem Tag konstatierte der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Wjatscheslaw Molotow, in einer Rundfunkansprache anläßlich des Einmarsches der Roten Armee in Polen, daß die sowjetische Regierung bis zum letzten Augenblick neutral geblieben sei. Aufgrund der neuen Lage sei dies nun aber nicht mehr möglich. Deshalb habe sie eine Kopie ihrer Note an den polnischen Botschafter in Moskau auch an die Regierungen aller Länder geschickt, zu denen sie diplomatische Beziehungen unterhalte. Darin versicherte Moskau, „die Sowjetunion betreibe *gegenüber allen diesen Ländern eine Politik der Neutralität*"[2].

---

* Der vorliegende Beitrag ist Teil eines von der Russischen Gesellschaftswissenschaftlichen Stiftung getragenen Projekts (Grant Nr. 96-01-00444).

[1] Stenogramm der Rede des Politbüromitglieds, Volkskommissars für Eisenbahnverkehr, Lazar' Kaganovič, auf der Kollegiums-Sitzung des Volkskommissariats für Eisenbahnverkehr vom 27. 11. 1939, in: Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte (künftig: RGASPI, ehedem RCChIDNI), f. 81, op. 3, d. 333, l. 136.

[2] Izvestija, 18. 9. 1939, S. 1 (Hervorhebung durch den Autor).

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Erklärung ist nicht mit einer grundsätzlich neutralen Haltung der Sowjetunion zu verwechseln; ihre „Neutralität" betraf lediglich die erwähnten Staaten, insgesamt 23 an der Zahl. Diese Haltung deckte sich im Grunde mit der Erklärung Hitlers vom 1. September, der von Verteidigungsaktivitäten, beinahe schon von einer Art „Polizeiaktion" gegenüber Polen sowie von seiner Absicht gesprochen hatte, den Status der neutralen Staaten „peinlichst [zu] beachten", solange diese neutral blieben[3]. Was davon zu halten war, zeigte sich im Herbst 1940: Andrej Schdanow, Politbüromitglied und Stalin-Vertrauter, erklärte unter dem Gelächter der Anwesenden: „Wir haben eine eigenartige Neutralität – ohne Krieg zu führen, gewinnen wir gewisse Gebiete hinzu."[4]

In westlichen Studien, die sich mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen oder der sowjetischen Außenpolitik in der Zeit von August 1939 bis Juni 1941 befassen, wurde die eher akademische Frage nach dem Beitritt der UdSSR zum Zweiten Weltkrieg so gut wie kaum gestellt[5]. Statt dessen stehen hier die deutsch-sowjetische Kooperation[6], die Unterstützung Deutschlands durch die Sowjetunion und sogar deren Bündnisbeziehungen[7] nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Vordergrund. Einzelne Arbeiten charakterisieren die Vorgänge vom 17. September 1939 als sowjetische Invasion[8], es ist vom expansionistischen Charakter der sowjetischen Außenpolitik die Rede,

---

[3] Rede Adolf Hitlers im Reichstag am 1. 9. 1939, in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932 bis 1945, Bd. II: Untergang (1939–1945), München 1965, S. 1314.

[4] Stenogramm der Rede Andrej Ždanovs auf der Vereinigten Tagung der Leningrader Gebiets- und Stadtleitung der VKP(b) am 30. 11. 1940, in: RGASPI, f. 77, op. 1, d 913, l. 119. Der Autor dankt Herrn Dr. Vladimir Nevežin, der ihn auf dieses Dokument hingewiesen hat.

[5] Vgl. Hans-Günther Seraphim, Die deutsch-russischen Beziehungen 1939–1941, Hamburg 1949; Angelo Rossi, Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis, Köln/Berlin 1954; Gerhard L. Weinberg, Germany and the Soviet Union 1939–1941, Leiden 1954; Philipp W. Fabry, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik, Darmstadt 1962; ders., Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941, Stuttgart 1971; Hans Hartl/Werner Marx, Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik, Boppard a. Rhein 1967; Sebastian Haffner, Der Teufelspakt. Fünfzig Jahre deutsch-russische Beziehungen, Reinbek 1968; Friedrich A. Krummacher/Helmut Lange, Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa, München 1970; Barry A. Leach, German strategy against Russia 1939–1941, Oxford 1973; Sven Allard, Stalin und Hitler. Die sowjetisch-russische Außenpolitik 1930–1941, Bern/München 1974; Andreas Hillgruber, Sowjetische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, Königstein/Düsseldorf 1979; Antony Read/David Fisher, The deadly Embrace. Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact 1939–1941, New York/London 1988; Richard C. Raack, Stalin's Drive to the West 1938–1945. The Origins of the Cold War, Stanford 1995; Geoffrey Roberts, The Soviet Union and the Origins of the Second World War. Russo-German Relations and the Road to War, 1933–1941, Basingstoke/London 1995.

[6] Vgl. Bianka Pietrow, Stalinismus – Sicherheit – Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983, S. 141 ff.

[7] Vgl. Bernd Stegemann, Politik und Kriegführung in der ersten Phase der deutschen Initiative, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 17 ff.

[8] Vgl. beispielsweise Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995, S. 74.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wobei – und dies erscheint als maßgeblich – die Neutralität der UdSSR im Zweiten Weltkrieg gewissermaßen a priori vorausgesetzt wird. Während über den „18 Tage dauernden Polenfeldzug der Roten Armee" minutiös berichtet wird[9], wird die Neutralität des Aggressors bis zum 22. Juni 1941 kaum in Frage gestellt[10].

Ungleich größer ist das Interesse, das die jüngere russische Geschichtsschreibung dieser Frage entgegenbringt; dabei sind durchaus kontroverse Standpunkte zu beobachten. Die Traditionalisten, die glücklicherweise ihr Monopol verloren haben und die veröffentlichten Dokumente nicht mehr völlig ignorieren können, versuchen, diese neuen Erkenntnisse in die schematischen Vorgaben der berüchtigten stalinistischen Propagandaschrift „Geschichtsfälscher"[11] zu pressen, die seit 1948 die sowjetische Sichtweise der Vorgänge von 1939 prägte, wobei sie nicht davor zurückschrecken, alle Andersdenkenden der Diskreditierung der „ruhmreichen Vergangenheit" der Sowjetunion und der Mißachtung ihrer Interessen zu beschuldigen[12]. Ein Diplomatiehistoriker wie Vilnis Sipols schildert etwa die Ereignisse Mitte September 1939 folgendermaßen: „[. . .] Berlin versuchte die Ereignisse in Polen als gemeinsame Aktion Deutschlands und der UdSSR darzustellen. Im Kreml jedoch hatte man nicht die Absicht, gemeinsame Sache mit Deutschland zu machen, vielmehr waren seine Maßnahmen faktisch gegen dieses gerichtet. [. . .] sowjetische Truppen überschritten die polnische Grenze und begannen die ukrainischen und weißrussischen Territorien zu befreien, die von Polen 1920 annektiert worden waren."[13]

Aus Anlaß des sechzigsten Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs versuchten die Traditionalisten unter den russischen Historikern erneut, die sowjetische Politik gegenüber Polen im September 1939 zu rechtfertigen. So erklärte Oleg Ržševskij, daß „die UdSSR nach dem deutschen Einmarsch in Polen und dessen faktischem Zusammenbruch Truppen in die polnische Westukraine und das westliche Weißrußland einmarschieren ließ [. . .]"[14]. Diese Handlungsweise beschrieb er folgendermaßen: „Wir haben Territorien zurückgeholt, die früher zum zaristischen Rußland gehörten", und weiter: „Aus juristischer Sicht wurde die Wiedervereinigung vollkommen korrekt durchgeführt [. . .]."[15] Behauptungen wie diese genießen die Unterstüt-

---

[9] Janusz Piekalkiewicz, Polenfeldzug. Hitler und Stalin zerschlagen die Polnische Republik, Bergisch Gladbach 1982, S. 273.

[10] Eine Ausnahme bilden zwei nach ihrem wissenschaftlichen Wert sehr unterschiedliche Bücher, die die Teilnahme der UdSSR am Zweiten Weltkrieg seit dem 17. 9. 1939 mindestens erwähnen: Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945, München ²1995, S. 19; Aleksandr M. Nekrich, Pariahs, partners, predators. German-Soviet relations, 1922–1941, New York 1997, S. 128.

[11] Vgl. Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung, hrsg. vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR, Moskva 1948.

[12] Vgl., Interv'ju s professorom Olegom Ržševskim, in: Nezavissimaja gazeta, 20. 8. 1999, S. 6.

[13] Vilnis Sipols, Tainy diplomatičeskie. Kanun Velikoj Otečestvennoj, 1939–1941, Moskva 1997, S. 130f.

[14] Oleg Ržševskij, Žestokij urok istorii. Načalo Vtoroj mirovoj vojny bylo predopredeleno eščo v nojabre 1918-go, in: Voennoe obozrenie. Eženedelnoe priloženie k „Nezavissimoj gazete" Nr. 33, 1999, S. 5.

[15] Interv'ju s professorom Olegom Ržševskim (wie Anm. 12), S. 6.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zung offizieller Kreise; davon zeugt etwa die Presseerklärung des Außenministeriums zum 60. Jahrestag des 17. Septembers 1939, in der es insbesondere heißt: „Ohne die Handlungen des Stalinschen Regimes in der internationalen Arena zu rechtfertigen, darf man doch nicht außer acht lassen, daß sie in jener schwierigen Periode nicht so sehr vom Bestreben der Aneignung fremder Territorien diktiert waren, als vielmehr von der Notwendigkeit, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Behauptungen des offiziellen Warschau und auch einiger seiner Vertreter im Ausland, daß am 17. September ein ‚aggressiver Akt der ehemaligen UdSSR gegen Polen' verübt worden sei, finden keine Grundlage in völkerrechtlichen Dokumenten und können nicht akzeptiert werden."[16] Doch gibt es noch eine ganz andere Taktik, welche die Traditionalisten der alten kommunistischen Historiographie abgeschaut haben; man verschweigt einfach die „unbequemen" historischen Ereignisse, wie etwa den Angriff der UdSSR auf Polen im September 1939[17].

Ungleich differenzierter und variantenreicher sind die Urteile über die sowjetische Außenpolitik der zweiten Hälfte der dreißiger und des Beginns der vierziger Jahre, die von jenem Lager der russischen Historiographie abgegeben werden, das sich nicht mit der bloßen Ausbesserung alter Schemata zufrieden geben kann und sich statt dessen auf eine empirische Erforschung dieser Fragen konzentriert. Als erster unter den russischen Historikern bezweifelte Michail Semirjaga das Dogma, daß die UdSSR bis zum 22. Juni 1941 neutral geblieben sei[18]. Jedoch ist er, selbst nach zehn Jahren, immer noch sehr vorsichtig mit seinen Wertungen; so glaubt er, daß die „These der ‚vollständigen Neutralität' der UdSSR überaus anfechtbar" sei[19]. Es gibt eine ganze Reihe von Historikern, die diese Sicht teilen, deren Auffassungen sich allerdings in gewissen Nuancen unterscheiden. Während etwa Lev Gincberg schreibt, daß „am 17. September die Rote Armee, eine bereits früher getroffene Vereinbarung verwirklichend, in das polnische Territorium einfiel und die Westukraine und das westliche Weißrußland besetzte"[20], ist Aleksandr Tschubarjan der Meinung, daß das Resultat der sowjetischen Entscheidung vom 17. September, obwohl Moskau formal neutral geblieben sei, die Angliederung des östlichen Teils der polnischen Territorien an die Ukraine und Weißrußland war[21]. Entschieden weiter in ihren Schlüssen geht

[16] Presseerklärung vom 14. 9. 1999, veröffentlicht auf der Homepage des Außenministeriums der Russischen Föderation: http://www.mid.ru.

[17] Vgl. Velikaja Otečestvennaja Vojna 1941–1945. Voenno-istoričeskie očerki, 4 Bde. Bd. 1: Surovye ispytanija, Moskva 1998, S. 30f.; Evgenij N. Kul'kov, Sovetskij Sojuz v voenno-političeskich planach nacistskoj Germanii (1933–1941 g.), in: Rossija i Germanija. Vypusk 1, hrsg. von Boris M. Tupolev, Moskva 1998, S. 304.

[18] Vgl. Michail I. Semirjaga, Sovetsko-germanskie dogovorennosti v 1939–ijune 1941 g. Vzgljad istorika, in: Sovetskoje gosudarstvo i pravo 9 (1989), S. 98; ders., Sovetsko-germanskie otnošenija (sentjabr' 1939-ijun 1941 gg.), in: Sovetskaja vnešnjaja politika, 1917–1945 gg. Poiski novych podchodov, hrsg. von Leonid N. Nežinski, Moskva 1992, S. 245.

[19] Ders., Sovetsko-germanskie otnošenija (1939–1941 gg.), in: Rossija i Germanija, Vypusk 1, S. 326.

[20] Lev Gincberg, Prolog Vtoroj mirovoj vojny, in: Nezavissimaja gazeta, 3. 9. 1999, S. 7.

[21] Vgl. Aleksandr O. Čubarjan, Sovetskaja vnešnjaja politika (1 sentjabrja–konec oktjabrja 1939 goda), in: Vojna i politika, 1939–1941, hrsg. von Aleksandr O. Čubarjan, Moskva 1999, S. 10, 15.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Natalja Lebedewa, die bekräftigt, daß, „indem sie ohne Kriegserklärung Einheiten der Roten Armee in Polen einmarschieren ließ und Kriegshandlungen gegen dessen Armee sanktionierte", die Stalinsche Führung zugleich eine ganze Reihe sowjetisch-polnischer und internationaler Vereinbarungen verletzte, die von der UdSSR unterzeichnet worden waren[22]. Zu einem für sie etwas unerwarteten Resultat kommen einige marxistisch-leninistische Historiker, welche die marxistisch-leninistische scharf von der Stalinschen Phase der sowjetischen Geschichte abgrenzen. Sie schreiben, daß „mit dem Einmarsch ihrer Truppen in die westlichen Gebiete der Ukraine und Weißrußlands [. . .] die UdSSR faktisch in den Krieg eintrat"[23].

Solch widersprüchliche Bewertungen, bei denen die dahinter stehenden ideologischen Einflüsse mehr oder weniger stark zu erkennen sind, sind einmal mehr[24] ein Grund dafür, sich mit den zentralen Themen der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit von September bis Dezember 1939 wie mit der Haltung der UdSSR zum beginnenden Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen.

II.

In den ersten Monaten nach dem 23. August 1939 erreichten die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin ihren Höhepunkt. Allerdings zeigte sich bereits in dieser Phase, welch unterschiedliche Auffassungen diese beiden Länder über ihre Zusammenarbeit hatten. Während des Polenfeldzugs war die deutsche Führung zu größten Zugeständnissen gegenüber dem sowjetischen Verbündeten bereit[25]. Mit zunehmenden militärischen Erfolgen begann sich die Funktion der Sowjetunion in der deutschen Außenpolitik allerdings zu wandeln.

Etwas anders gestaltete sich demgegenüber die Rolle Deutschlands in der sowjetischen Außenpolitik.

Einige Tage vor dem Einfall deutscher Truppen in Polen hatte die sowjetische Führung auf nachdrücklichen Wunsch Berlins[26] (der deutsche Botschafter Friedrich Graf

---

[22] Natal'ja S. Lebedeva, Pol'ša meždu Germanijej i SSSR v 1939 godu, in: Vojna i politika, S. 74.

[23] Andrej N. Mercalov/Ljudmila A. Mercalova, Stalinizm i vojna, Moskva 1998, S. 149.

[24] Im Mai 1991 wurde auf einer internationalen Konferenz in Wien im Beitrag des Verfassers die Frage nach dem Datum des Eintritts der UdSSR in den Zweiten Weltkrieg aufgeworfen. Vgl. Sergej Slutsch, Der 22. Juni 1941 und die Frage nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg, in: Hans Schafranek/Robert Streibel (Hrsg.), 22. Juni 1941. Der Überfall auf die Sowjetunion. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschule Brigittenau, Wien 1991, S. 53–61.

[25] Die besondere Rolle, die die UdSSR in diesem Zeitraum in der deutschen Politik gespielt hat, bestätigen auch zahlreiche Veröffentlichungen in der deutschen Presse über die Sowjetunion. Deren Anzahl hat sich anscheinend seit dem 10. 10. 1939 reduziert, obwohl sie nach wie vor die „korrekte und freundliche Intonation" bewahrt haben. Vgl. Tagebuch des Presseattachés der sowjetischen Botschaft in Deutschland, Andrej Smirnov, in: Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau (künftig: AVP RF), f. 082, op. 22, p. 93, d. 7, l. 308 (Eintragung vom 20. 10. 1939).

[26] Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP), Serie D: 1937–1941, Bd. VII, Baden-Baden/Göttingen 1950–1970, Dok. 360, 382, 387, 388.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von der Schulenburg traf sich aus diesem Anlaß zweimal, am 27. und am 29. August, mit Molotow)[27] eine TASS-Erklärung[28] veröffentlichen lassen, in der die Meldungen einiger westlicher Zeitungen dementiert wurden, nach Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts seien von den sowjetischen Westgrenzen Kräfte in einer Stärke von 200 000 bis 300 000 Mann abgezogen worden. Vielmehr, so die TASS, habe sich die sowjetische Führung entschlossen, die Garnisonen an den Westgrenzen zu verstärken. In Berlin sorgte diese Erklärung für volle Genugtuung, enthielt sie doch, erstens, eine an Polen adressierte Drohung, die es ihrer militärischen Führung erschwerte, alle Kräfte im Westen zu konzentrieren. Zweitens dürfte diese Meldung nicht die Bereitschaft der Westmächte gefördert haben, sich für Polen einzusetzen. Und drittens konnte Moskau nach seiner öffentlichen Ankündigung nun auch ganz offen seine Kräfte an der sowjetisch-polnischen Grenze aufmarschieren lassen, dabei aber den eigentlichen Zweck dieser Aktivitäten, die Vorbereitung eines Angriffskriegs, tarnen.

Noch folgenreicher war der Auftritt Molotows auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. August. Nachdem er unmißverständlich die Außenpolitik Deutschlands gerechtfertigt hatte, tat Molotow der ganzen Welt kund: „Heute ... haben [wir] aufgehört, Feinde zu sein."[29] Bei seiner Charakterisierung des von beiden Staaten soeben geschlossenen Vertrags mußte Molotow darauf hinweisen, daß dieser Vertrag von dem abwich, was der Kreml angeblich vorher angestrebt habe. Er tat es in einer recht bezeichnenden Weise, indem er anmerkte, die sowjetische Führung habe seit langem eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Deutschland für wünschenswert gehalten, doch sei dies erst jetzt möglich geworden. „Allerdings handelte es sich im vorliegenden Fall nicht um einen Pakt zu gegenseitiger Hilfe, wie dies in den Verhandlungen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion der Fall war, sondern nur um einen Nichtangriffspakt." Da der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare zunächst die Umtriebe der Westmächte angeprangert hatte, die auf eine „Diskreditierung der Verhandlungen" abgezielt hätten, verlieh sein unterschwellig demonstriertes Bedauern darüber, daß mit Deutschland „nur" ein Nichtangriffspakt geschlossen worden sei, diesem eine gewisse Doppelsinnigkeit. Deswegen versicherte Molotow den anwesenden Abgeordneten, in erster Linie aber denjenigen, die voller Spannung im Ausland, vor allem in Berlin, auf seine Stellungnahme warteten, der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland sei nichtsdestoweniger „ein Wendepunkt in der Geschichte Europas, ja nicht nur Europas". Damit hatte der sowjetische Regierungschef gewiß recht. Kennzeichnenderweise ließ es sich Hitler bereits am darauffolgenden Tag, in seiner Rede im Reichstag anläß-

[27] Vgl. ebenda, Dok. 353, Anm. 2, S. 297; Dok. 383, 424, 425, 447; God krizisa, 1938–1939. Dokumenty i materialy. T. 2, hrsg. vom MID SSSR [Außenministerium der UdSSR], Moskva 1990, Dok. 616, S. 337.

[28] Vgl. Izvestija, 30. 8. 1939, S. 6.

[29] Rede Molotovs auf der IV. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. 8. 1939, in: Izvestija, 1. 9. 1939, S. 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich des Überfalls auf Polen, nicht nehmen, auf diese Äußerungen Molotows einzugehen, wobei er erklärte, er könne die Rede des russischen Außenkommissars Molotow „Wort für Wort unterschreiben"[30].

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die deutsche Führung bereits ab 3. September den Kreml zunehmend unter Druck setzte[31]. Den mit Ribbentrop abgesprochenen Einfall der Roten Armee in Polen hielt die deutsche Führung für unabdingbar, denn dies würde, so Ribbentrop, die deutsche Seite der Notwendigkeit entheben, „die Reste der polnischen Armee durch Verfolgung bis an [die] russische Grenze zu vernichten"[32]; das würde – so Ribbentrop – „nicht nur Entlastung für uns sein, sondern auch im Sinne Moskauer Abmachungen sowie im sowjetischen Interesse liegen"[33]. Das Oberkommando der Wehrmacht kam daher der sowjetischen militärischen Führung weit entgegen und informierte diese detailliert über die Stärke und Stationierung der polnischen Truppen in jenen Gebieten, auf die die geplante sowjetische Offensive zielte[34].

Das Tempo des deutschen Vormarsches in Polen überraschte die sowjetische Führung, war doch diese bestrebt, den Angriff der Roten Armee, auf den sich diese bereits seit Anfang September vorbereitet hatte, aus politischen Überlegungen hinauszuzögern[35]. Erst am 11. September eröffnete die sowjetische Presse eine antipolnische Kampagne[36]; gleichzeitig kam es zwischen Moskau und Berlin zu intensiven Konsultationen mit dem Ziel, die sowjetische Politik mit der deutschen abzustimmen, da Moskau sein „jetziges Eingreifen nach außen irgendwie begründen" mußte[37]. Bereits vorher hatte Stalin der Komintern-Führung einschlägige Weisungen erteilt, die in einer Direktive des Sekretariats des Exekutivkomitees der Komintern ihren Niederschlag fanden. Dort hieß es unter anderem, „das internationale Proletariat" könne „auf keinen Fall das faschistische Polen in Schutz nehmen"[38].

Während sie ihre Offensive gegen Polen hinauszögerte, war die sowjetische Führung bestrebt, den Aufschub durch eine verdeckte militärische Zusammenarbeit, aber auch durch eine veränderte Tonlage ihrer Propaganda zu „kompensieren". In Berlin wurde das mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen, die Propagan-

---

30 Domarus, Hitler, S. 1315.

31 Vgl. Joachim von Ribbentrop an den Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, 3. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 567, S. 450f.

32 Ribbentrop an Schulenburg vom 15. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 70, S. 54.

33 Ribbentrop an Schulenburg vom 3. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 567, S. 450f.

34 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (künftig: PA/AA), R 29911, S. 23350.

35 Vgl. Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau (künftig: RGVA), f. 35086, op. 1, d. 5, l. 1.

36 Vgl. Sergej Slutsch, Vnešnepolitičeskoe obespečenie pol'skoj kampanii i Sovetskij Sojuz, in: Meždunarodnye otnošenija i strany Central'noj i Jugo-Vostočnoj Evropy v načale Vtoroj mirovoj vojny (sentjabr' 1939–avgust 1940), hrsg. von Leonid Gibianskij, Moskva 1990, S. 25.

37 Schulenburg an das Auswärtige Amt (AA) vom 16. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 78, S. 60.

38 Direktive des Sekretariats des Exekutivkomitees der Komintern an die kommunistischen Parteien betreffend die Haltung gegenüber dem begonnenen Krieg vom 8. 9. 1939, in: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, T. I, Moskva 1994, Dok. 9, S. 89.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

da-Abteilung im OKW zeigte sich beispielsweise erfreut über den „sachlichen" Ton der sowjetischen Presse[39]. Das erklärt, warum Werner von Tippelskirch, seines Zeichens Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Moskau, nun den Wunsch äußerte, der Moskauer Rundfunk möge „Meldungen über die innere und die militärische Situation in Polen in serbischer und in kroatischer Sprache bringen", denn „Berichte aus Moskau hätten in Jugoslawien eine ganz andere Resonanz als Rundfunksendungen aus Berlin"[40]. Mehr noch, auf einige sowjetische Presseartikel wurde von der deutschen Propaganda dezidiert immer wieder hingewiesen, wie etwa auf den der „Prawda" vom 14. September „Über die inneren Ursachen der Niederlage Polens"[41]. Schon in diesen Tagen hatte sich die Seekriegsleitung in einer Lagebetrachtung veranlaßt gesehen, unter den drei mit dem Deutschen Reich befreundeten Mächten – Italien, Japan und Sowjetunion – letztere mit dem Hinweis hervorzuheben, daß von deren Seite die Unterstützung nun anzulaufen scheine[42].

Als Schulenburg am 14. September das Auswärtige Amt über den Aufmarsch der Roten Armee informierte[43], handelte es sich nicht mehr um ein dilatorisches Manöver Moskaus. An diesem Tag hatte Stalin den Angriffstermin endgültig auf den 17. September gelegt und befohlen, „mit blitzschnellem Schlag die uns gegenüberstehenden Feindkräfte zu zerschlagen"[44].

Für diese, in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzende Operation wurden Kontingente aufgeboten, die in ihrer Schlagkraft das gesamte polnische Heer übertrafen. Die zur Ukrainischen und zur Belorussischen Front gehörenden Kräfte bestanden insgesamt aus 28 Schützen- und 7 Kavalleriedivisionen, 10 Panzerbrigaden und 7 Artillerieregimentern, zusammen über 600000 Mann, rund 4000 Panzer, mehr als 5500 Geschütze und 2000 Flugzeuge[45]. Diese Streitmacht setzte das Oberkommando der Roten Armee in der Morgendämmerung des 17. September in Bewegung.

---

[39] Vgl. Wehrmacht-Propaganda – Lagebericht für die Zeit vom 1.–10. 9. 1939, in: Bundesarchiv–Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RW 19/1499, S. 2f.

[40] Tagebuch des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Vladimir Potemkin, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 72, l. 40,41 (Eintragung vom 15. 9. 1939).

[41] Dieser Artikel wurde in 27 Sprachen übersetzt und als Propagandamaterial in vielen Ländern eingesetzt. Vgl. Information des fremdsprachlichen Artikeldienstes des Aufklärungsausschusses Hamburg–Bremen, in: RGVA, f. 1257/K, op. 1, d. 1, l. 42.

[42] Vgl. Kriegstagebuch der Seekriegsleitung 1935–1945 (künftig: KTB SKL), Teil A, Bd. 1, August/September 1939, Herford/Bonn 1988, S. 64 (Notiz vom 13. 9. 1939).

[43] Vgl. Schulenburg an das AA vom 14. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 63, S. 47.

[44] Direktive des Volkskommissars für Verteidigung, Marschall Kliment Vorošilov, und des Chefs des Generalstabs der RKKA (Rote Armee), Armeebefehlshaber 1. Ranges Boris Šapošnikov, an den Kriegsrat des Weißrussischen Sondermilitärbezirks Nr. 16633 vom 14. 9. 1939, in: Katyn. Plenniki neobjavlennoj vojny. Dokumenty i materialy, hrsg. von Rudolf Pichoja und Aleksandr Gejštor, zusammengest. von Natal'ja Lebedeva u. a., Moskva 1997, Dok. 3, S. 59f. Eine ähnliche Direktive war an den Kriegsrat des Kiewer Sondermilitärbezirks gerichtet worden, in: Ebenda, Dok. 4, S. 61–63.

[45] Vgl. Michail I. Semirjaga, 17 sentjabrja 1939 goda, in: Sovetskoe slavjanovedenie, H. 5, 1990, S. 7; Grif sekretnosti snjat. Poteri vooružennych sil SSSR v vojnach, boevych dejstvijach i vojennych konfliktach. Statističeskoe issledovanie, hrsg. von Grigorij F. Krivošeev, Moskva 1993, S. 86.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die sowjetischen Befehle waren eine charakteristische Mischung aus politischer Propaganda und ganz konkreten operativen Vorgaben. Im Befehl an die Truppen der Belorussischen Front war etwa von der Notwendigkeit die Rede, „den aufständischen Arbeitern und Bauern Weißrußlands und Polens beim Sturz des Jochs der Großgrundbesitzer und Kapitalisten Beistand zu erweisen und die Besetzung des Territoriums des Westlichen Weißrußlands durch Deutschland zu verhindern", während zugleich die Aufgabe gestellt wurde, „die Streitkräfte Polens aufzureiben und gefangenzunehmen, die östlich der litauischen Grenze und der Linie Grodno, Kobrin operieren"[46].

In Wirklichkeit waren die politischen und militärischen Ziele der deutschen und der sowjetischen Führung hinsichtlich Polens absolut identisch. Hitler hatte gegenüber der Wehrmachtsführung am 22. August 1939 die „Vernichtung Polens" als Ziel ausgegeben: „Es handelt sich nicht um Erreichen einer bestimmten Linie oder einer neuen Grenze, sondern um Vernichtung des Feindes."[47] Stalin seinerseits formulierte seine Haltung hinsichtlich Polens am 7. September 1939 gegenüber dem Generalsekretär des Exekutivkomitees der Komintern, Georgi Dimitrov, wie folgt: „Die Vernichtung dieses Staates unter gegebenen Bedingungen würde bedeuten, es gäbe einen bürgerlichen faschistischen Staat weniger! Was wäre schlimm daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und neue Bevölkerung ausdehnen würden."[48]

Diese offenkundige Übereinstimmung der deutschen mit der sowjetischen Strategie wurde selbst öffentlich herausgestellt. Die deutsche und sowjetische Presse veröffentlichte ein gemeinsames Kommuniqué, in dem es hieß, es sei die Aufgabe von Wehrmacht und Roter Armee, „in Polen Ordnung und Ruhe herzustellen" und der „Bevölkerung Polens zu helfen, die Bedingungen ihres staatlichen Daseins neu zu regeln"[49].

Nicht nur bei den deutschen Politikern, auch bei den deutschen Offizieren sorgte diese Entwicklung für Genugtuung. So vermerkte der Chef des Stabes beim Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, in seinem Tagebuch: „Heute morgen um 6 Uhr sind die Russen angetreten ... Endlich! Für uns eine große Entlastung, erstens wird uns die Weite des Raumes abgenommen, dann sparen wir eine Menge Besatzungskräfte, und endlich wird sich Rußland im Kriegszustand mit England befinden

---

[46] Einsatzbefehl Nr. 01 des Stabs der Belorussischen Front vom 15. 9. 1939, in: RGVA, f. 35086, op. 1, d. 21, l. 1. Ein ähnlicher Befehl war vom Stab der Ukrainischen Front erlassen worden.

[47] Generaloberst [Franz] Halder, Kriegstagebuch (künftig: KTB). Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 25 (Eintragung vom 22. 8. 1939).

[48] Georgi Dimitrov, Dnevnik (9 mart 1933–6 fevruari 1949), Sofia 1997, S. 182 (Eintragung vom 7. 9. 1939).

[49] Deutsch-sowjetisches Kommuniqué, in: Völkischer Beobachter, 19. 9. 1939, S. 1; Pravda, 19. 9. 1939, S. 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– wenn das der Engländer will. Die Liaison wird eine vollkommene."[50] Am darauffolgenden Tag machte sich bereits der Generalstabschef des Heeres, General Franz Halder, Gedanken darüber, welche operativen Folgen der sowjetische Einmarsch haben würde[51]. Es ist bemerkenswert, wie sehr sich seine Überlegungen mit denen des sowjetischen Verbündeten trafen; so hieß es etwa in einem Bericht des Stabes der Ukrainischen Front, daß die Absicht des polnischen Oberkommandos, neue Einheiten im Gebiet Rowno, Kowel', Luzk, Dubno zu formieren, mit dem sowjetischen Einmarsch am 17. September zerschlagen worden sei[52].

Die sowjetische Invasion forcierte naturgemäß das militärische Zusammenwirken beider Aggressoren. Ab 19. September konnten deutsche Armeen und Divisionen Kontakte zu den angreifenden Einheiten der Roten Armee aufnehmen und ihr Vorgehen aufeinander abstimmen[53]. Dennoch blieben vor allem in den ersten Tagen viele Fragen ungeklärt, so daß Vertreter beider Seiten am 20. und 21. September zu Verhandlungen in Moskau zusammenkommen mußten. In einem gemeinsamen Protokoll wurde unter anderem folgende Arbeitsteilung fixiert: Die Wehrmacht übernahm die Verpflichtung, „zur Vermeidung etwaiger Provokationen und Sabotageakte durch polnische Banden und dergleichen" in den Städten und Orten, die an die Rote Armee übergeben werden sollten, die „notwendigen Maßnahmen zu treffen". Die Führung der Roten Armee verpflichtete sich ihrerseits, erforderlichenfalls zur „Vernichtung polnischer Truppenteile oder Banden, die sich auf dem Marschwege kleiner deutscher Truppenteile befinden", die nötigen Kräfte zur Verfügung zu stellen[54]. Nach Erhalt der Information über den ersten Tag der Verhandlungen vermerkte General Halder in seinem Tagebuch: „Russen haben Waffenhilfe bei örtlichem polnischen Widerstand angeboten."[55] Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn ein Generalstabsoffizier im OKW nun klären sollte, „ob Rußland als neutral anzusehen sei oder als verbündete Militärmacht [. . .]"[56].

Zwei Tage später erhielten die in Polen angreifenden sowjetischen Truppen eine entsprechende Weisung Woroschilows. Darin hieß es: „Falls deutsche Vertreter beim Kommando der Roten Armee Hilfeleistung anfordern zwecks Vernichtung polnischer Truppenteile oder Banden, die sich auf dem Marschweg kleiner deutscher

---

50 Eduard Wagner, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, hrsg. von Elisabeth Wagner, München/Wien 1963, S. 132f.

51 Vgl. Halder, KTB, Bd. 1, S. 79 (Eintragung vom 18. 9. 1939). Vgl. auch Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn 1991, S. 141ff., insbes. S. 147f.

52 Vgl. Bericht des Kommandos der Ukrainischen Front an den Chef des Generalstabes der RKKA „Über die Kampfhandlungen der polnischen und deutschen Truppen im Zeitraum vom 1. 9. bis 5. 10. 1939", in: Katyn, Dok. 44, S. 132.

53 Vgl. Generalstab des Heeres. Lageberichte der Operativen Abteilung 19. 9.–28. 9. 1939, in: BA-MA, RH4/v. 31, v. 32.

54 Ernst Köstring, Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941, bearb. von Hermann Teske, Frankfurt a. M. 1965, S. 177.

55 Halder, KTB, Bd. 1, S. 81 (Eintragung vom 20. 9. 1939).

56 Helmut Krausnick/Harold C. Deutsch (Hrsg.), Helmuth Groscurth. Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940, Stuttgart 1970, S. 273 (Eintragung vom 20. 9. 1939).

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Truppenteile befinden, wird das Kommando der Roten Armee [...] erforderlichenfalls die Kräfte zur Verfügung stellen, die zur Vernichtung der auf dem Marschwege befindlichen Widerstände nötig sind."[57]

Die Bitte um Hilfeleistung kam denn auch prompt. Die in Lemberg (Lwow) am 23. September eingetroffenen deutschen Einheiten informierten den Militärkommandanten der Stadt, Divisionskommandeur Iwanow, westlich der Stadt Grubeschow würden sich starke polnische Kräfte (3 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen) konzentrieren. Die Deutschen äußerten daraufhin den Wunsch, die sowjetischen Truppen sollten sich „an einer gemeinsamen Vernichtung der betreffenden Gruppierung beteiligen"[58]. Der Befehlshaber der Ukrainischen Front, Armeebefehlshaber 1. Grades Semjon Timoschenko, konnte dies nicht entscheiden und gab die Meldung an höhere Instanzen weiter[59]. In Moskau gab es gegen diese „Waffenbrüderschaft" offenbar keine Einwände. Jedenfalls schickte der Stab der Ukrainischen Front schon in der Nacht zum 24. September an den Befehlshaber der Ostgruppe, Korpsbefehlshaber Filipp Golikow, den Befehl, bereits in den Morgenstunden des 24. September Einheiten des 2. Kavalleriekorps und der 24. Panzerbrigade umzugruppieren und „bei Sichtung größerer gegnerischer Kräfte vor der Frontlinie des 8. Schützenkorps diese anzugreifen und gefangenzunehmen". Dabei sollten die Versuche des Gegners, in Richtung Lemberg und Kamenki vorzustoßen, unterbunden werden[60]. Der Sieg über die polnischen Streitkräfte bei Grubeschow war somit direktes Resultat eines im Kreml sanktionierten Zusammenwirkens zwischen Wehrmacht und Roter Armee. Dieser Ausgang wurde dort um so mehr begrüßt, als es etwa gleichzeitig bei Lemberg zu Reibereien zwischen Einheiten der Wehrmacht und der Roten Armee gekommen war, die auf beiden Seiten Opfer gefordert hatten. Als der deutsche Militärattaché, Generalmajor Ernst Köstring, und der Stabschef der Ukrainischen Front, Divisionsbefehlshaber Nikolaj Watutin, am Ort der Ereignisse eintrafen, wurde, wie Köstring berichtete, „Verbindung zwischen den Truppenteilen hergestellt, deren Kommandeure sich im kameradschaftlichen Sinne über alle Details einigten"[61].

Für den weiteren Gang der Ereignisse war die Direktive Woroschilows an die sowjetischen Truppen von großer Bedeutung. Nach dem zweiten Besuch Ribbentrops

---

[57] Weisung Vorošilovs vom 22. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 26.

[58] Meldung des Militärkommandanten von L'vov, Divisionskommandeur Ivanov, an den Befehlshaber der Ukrainischen Front, Armeebefehlshaber 1. Ranges Semen Timošenko, vom 23. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 12, l. 34. Vgl. auch Natal'ja S. Lebedeva, Katyn. Prestuplenije protiv čelovečestva, Moskva 1994, S. 32f.

[59] Vgl. ebenda.

[60] Telegramm des Stellvertreters des Stabschefs der Ukrainischen Front, Brigadekommandeur Vladimir Slobin, an den Befehlshaber der Ostgruppierung, Korpsbefehlshaber Filipp Golikov, vom 24. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 8, l. 43.

[61] Telegramm von General Köstring an die Außenabteilung des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR vom 24. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 11, l. 132; vgl. auch Natal'ja S. Lebedeva, Četverty razdel Pol'ši i katynskaja tragedija, in: Drugaja vojna, 1939–1945, hrsg. v. Jurij N. Afanas'ev, Moskva 1996, S. 260f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Moskau und nach Unterzeichnung des Vertrags „über Freundschaft und Grenze" wurden die sowjetischen Einheiten über die neue Staatsgrenze zwischen der UdSSR und Deutschland zurückgeführt. Gemäß Punkt 5 dieser Direktive galt es, „die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Städte und Orte zu treffen, die an Truppenteile der deutschen Armee übergeben werden sollten, und besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß Städte und Ortschaften sowie wichtige militärische wie auch Verteidigungs- und Wirtschaftsanlagen [...] sowohl in Ortschaften als auch zwischen solchen vor Beschädigung oder Vernichtung bis zur Übergabe an Vertreter der deutschen Armee geschützt werden"[62].

Die Verlegung der Truppen aus Polen nach Westen war für die deutsche militärische Führung bereits während des Polenfeldzugs von größter Wichtigkeit gewesen[63]. Nach Abschluß der Kämpfe wandte sie sich deshalb an das Oberkommando der Roten Armee mit der Bitte, deutsche Truppen über sowjetisches Gebiet marschieren zu lassen. Nachdem dies, gültig ab dem frühen Morgen des 6. Oktober, genehmigt worden war[64], konnten die deutschen Verbände in den nächsten zwei Wochen, bis zum 20. Oktober, auf einem kürzeren Weg nach Deutschland zurückverlegt werden, um möglichst schnell im Westen aufzumarschieren, wo es bislang noch zu keiner größeren Kampfhandlung gekommen war.

Angesichts dieser gut funktionierenden Zusammenarbeit galten „Liebenswürdigkeiten" der sowjetischen Seite wie etwa die Sorge um deutsche Soldaten, die in polnische Gefangenschaft geraten waren, gewissermaßen als Selbstverständlichkeit. Gemäß einer Weisung Woroschilows sollten sie unverzüglich auf freien Fuß gesetzt und bis zu ihrer Übergabe an Vertreter der Wehrmacht registriert werden[65]. Daß dieser Befehl umgehend umgesetzt wurde, läßt sich ebenfalls in den Dokumenten nachweisen[66].

Auch den verwundeten oder erkrankten Wehrmachtsangehörigen, die sich im Gebiet der Roten Armee befanden, gewährte diese die nötige Hilfe. Sie alle kamen zur Behandlung in Lazarette nach Kiew, Lemberg und mehreren anderen Städten der UdSSR. Die deutsche Botschaft wurde, wie die Dokumente zeigen, darüber genauestens informiert, etwa über die Aufenthaltsorte der genesenden Wehrmachtsangehörigen oder die Termine ihrer Rückführung in die Heimat[67]. Woroschilow befahl so-

---

[62] Direktive Vorošilovs an die Befehlshaber der Belorussischen und der Ukrainischen Front vom 2. 10. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 35.

[63] Vgl. Halder, KTB, Bd. 1, S. 64 (Eintragung vom 7. 9. 1939).

[64] Vgl. Weisung Vorošilovs an den Befehlshaber der Ukrainischen Front vom 6. 10. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 31.

[65] Vgl. Telegramm Šapošnikovs an den Befehlshaber der Truppen des Sonderwehrbezirks Kiew, Timošenko, vom 22. 9. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 7, l. 50. Vgl. Katyn, Dok. 20, S. 88f.

[66] Vgl. Ergänzung zum Sonderbericht Nr. 35 des Stabs der 6. Armee der Ukrainischen Front vom 5. 10. 1939, in: RGVA, f. 35084, op. 1, d. 3, l. 69.

[67] Vgl. Gespräche Schulenburgs und des Botschaftsrates Werner von Tippelskirch mit Potemkin vom 28. 10., 17. 11., 17. 12., 22. 12. 1939, in: AVP RF, f. 082, op. 22, d. 4.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gar, die Wehrmacht bei ihren Nachforschungen über ihre im Polenfeldzug vermißten Angehörigen zu unterstützen; hierfür hatte der Luftwaffenattaché in Moskau eine detaillierte Liste vorgelegt[68].

Zu intensiven Kontakten kam es auch in der *deutsch-sowjetrussischen Grenzkommission.* Am 27. Oktober wurde die gesamte sowjetische Delegation, die sich in dem von den Deutschen besetzten Warschau aufhielt, zu einem Mittagessen beim Generalgouverneur, Reichsminister Hans Frank, eingeladen, das dieser zu Ehren der *Gemeinsamen deutsch-sowjetischen Grenzkommission* gab. Dabei bemerkte Frank gegenüber dem sowjetischen Delegationschef Alexander Alexandrow: „Sie und ich rauchen polnische Zigaretten als Zeichen dafür, daß wir Polen in den Wind geschlagen haben."[69] In seiner Tischrede unterstrich Alexandrow, daß „der Geist, in dem die Verhandlungen geführt worden seien, der Geist der Zusammenarbeit zum Wohle der deutschen und sowjetrussischen Nationen, der beiden größten Völker Europas", sei[70].

Das weitgehend reibungslose Zusammenwirken zwischen Wehrmacht und Roter Armee reduzierte die Dauer des polnischen Feldzugs, aber auch die Verluste der Wehrmacht und schließlich den Verbrauch an Munition und Kraftstoff. Vor allem aber grenzte Deutschland im Osten nun an eine befreundete Macht, so daß sich erstmals nach der Reichsgründung für Deutschland nicht mehr das strategische Problem eines Zwei-Fronten-Kriegs stellte – so jedenfalls die von Hitler der Generalität am 23. November 1939 eröffnete Deutung[71].

Über die Verteilung der gemeinsamen Beute aus dem Polenfeldzug einigte man sich beim zweiten Besuch des Reichsministers Ribbentrop in Moskau Ende September 1939. Die im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 28. September 1939 festgeschriebene territoriale Teilung Polens setzte juristisch eine Art Gleichheitszeichen zwischen den beiden Aggressoren. Sie hatten gegen einen souveränen Staat Gewalt angewandt und die Resultate dieser Gewaltanwendung im bilateralen Vertrag über „Freundschaft und Grenze" (in der deutschen Fassung über „Grenze und Freundschaft") festgeschrieben. Stalin imponierte offensichtlich Hitlers Standpunkt, wie er ihn in seiner Rede in Danzig am 19. September verkündet hatte: „Polen wird in der Gestalt des Versailler Vertrages niemals mehr auferstehen! Dafür garantiert ja letzten Endes nicht nur Deutschland, sondern ja auch Rußland."[72] Dieser Gedanke wurde fast wortgetreu in der Rede Molotows auf der Tagung des Obersten Sowjets der

[68] Vgl. beispielsweise Brief des Stellvertreters des Generalstabschefs der Roten Armee, Korpsbefehlshaber Ivan Smorodinov, an den Stabschef der Belorussischen Front, Brigadekommandeur Vladimir Klimovskich, vom 5. 11. 1939, in: RGVA, f. 35086, op. 1, d. 21, l. 410–413.

[69] Tagebuch der sowjetischen Delegation der deutsch-sowjetrussischen Grenzkommission, in: AVP RF, f. 011, op. 4, p. 27, d. 66, 1.22 (Eintragung vom 27. 10. 1939).

[70] Wolfgang Präg/Werner Jacobmeyer (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975, S. 46 (Eintragung vom 26./27. 10. 1939).

[71] Vgl. Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal (künftig: IMT), Nürnberg 1947–1949, Dok. 789-PS, Bd. XXVI, S. 330.

[72] Rede Hitlers in Danzig vom 19. 9. 1939, in: Domarus, Hitler, S. 1362.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

UdSSR am 31. Oktober 1939 wiederholt[73]. Doch Stalin war in gewissem Sinne weiter gegangen als Hitler[74]; hatte dieser ursprünglich das Fortbestehen eines „Restpolens" nicht ausgeschlossen, so hatte sich Stalin ihm gegenüber mit seiner Auffassung durchgesetzt[75].

Andererseits war Stalin aber auch bereit, Deutschland in vielen Fragen entgegenzukommen. Zu Ribbentrop bekannte Stalin ganz offen, die deutsch-sowjetische Kooperation stelle „eine solche Kraft dar, vor der alle anderen Kombinationen zurückweichen müßten"[76].

Gleichwohl entsprach es dem besonderen Charakter dieser Beziehungen, wenn es auf beiden Seiten weiterhin reichlich Mißtrauen und Argwohn gab. Die Gespräche zwischen Stalin und Ribbentrop konnten nichts daran ändern, daß Politik nicht durch Worte, sondern durch konkrete Absichten und Taten geprägt wird. Erst recht galt dies für zwei Diktatoren, die schon mehrfach bewiesen hatten, daß ihren Worten nicht zu trauen war. Es spricht für sich, wenn beide, noch ehe die Tinte auf dem am 28. September in Moskau unterzeichneten Vertrag „über Freundschaft und Grenze" trocken war, sich ihre eigenen Gedanken über die Dauer dieses Vertrags machten. So erklärte Stalin beim Empfang des lettischen Außenministers Vilhelms Munters am 3. Oktober: „Im Verlaufe von sechs Jahren haben die deutschen Faschisten und die Kommunisten einander beschimpft. Jetzt ist [. . .] eine überraschende Wende eingetreten, doch darauf darf man sich nicht verlassen. Wir müssen Vorbereitungen von langer Hand treffen."[77] Damit wollte Stalin wohl in erster Linie Druck auf den Gesprächspartner ausüben, trotzdem bleibt diese Äußerung, noch dazu zu diesem frühen Zeitpunkt, bemerkenswert.

---

[73] Vgl. Rede Molotovs auf der V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. 10. 1939, in: Izvestija, 1. 11. 1939, S. 1.

[74] Hitler, der die Nichtintervention der Westmächte anstrebte, schloß Anfang September die Möglichkeit nicht aus, in den von ihm besetzten Gebieten einen polnischen Marionettenstaat (Restpolen) zu belassen. Vgl. Halder, KTB, Bd. 1, S. 65 (Notiz vom 7. 9. 1939). Ribbentrop informierte am 12. September den Abwehr-Chef Wilhelm Canaris über diese Variante als eine „dem Führer besonders sympathische Lösung". Zit. nach Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 14. Vgl. auch die diesbezügliche Diskussion im AA, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 124, S. 196; Dok. 137, S. 107 f.

[75] Die Erwähnung in einem Telegramm Schulenburgs, daß Molotov ihm gegenüber das ursprüngliche Vorhaben Stalins, Restpolen zu bewahren, angedeutet habe (vgl. Schulenburg an AA vom 20. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 104, S. 82), bleibt bis heute der einzige Hinweis über dieses angebliche Vorhaben seitens der Sowjetunion, da die Niederschrift dieses Gespräches Molotovs mit Schulenburg vom 19. 9. 1939 russischerseits nicht veröffentlicht worden ist, und im Archiv der Auswärtigen Politik in Moskau ist dieses Dokument dem Verf. nicht zugänglich gewesen. Die Aussage Stalins im Gespräch mit Dimitrov am 7. 9. 1939 bestätigt ähnliche Schlußfolgerungen als ernstes Vorhaben nicht.

[76] Zit. nach Ingeborg Fleischhauer, Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Die deutschen Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau, in: VfZ 39 (1991), S. 458.

[77] Aufzeichnung des Gesprächs Stalins und Molotovs mit der lettischen Delegation am 3. 10. 1939, in: Polpredy soobščajut . . .: Sbornik dokumentov ob otnošenijach SSSR s Latviej, Litvoj i Estoniej. Avgust 1939–avgust 1940 g., Moskva 1990, Dok. 58, S. 80.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einem ganz anderen Zusammenhang offenbarte Hitler seine Gedanken. In seiner Denkschrift zur Kriegführung im Westen vom 9. Oktober widmete er den Beziehungen zur UdSSR besondere Beachtung. Da der Inhalt dieser Denkschrift lediglich vier Spitzenmilitärs, den Oberbefehlshabern der Teilstreitkräfte und dem Stabschef des OKW, zur Kenntnis gebracht werden sollte, besitzen die darin enthaltenen Ausführungen einen ziemlich hohen Stellenwert. Nach Hitlers Ansicht ließ sich eine dauernde Neutralität Sowjet-Rußlands „durch keinen Vertrag und durch keine Abmachung" fortwährend sichern. „Zur Zeit", so Hitler, „sprechen alle Gründe gegen ein Verlassen der Neutralität. In 8 Monaten, in einem Jahr oder gar in mehr Jahren kann dies auch anders sein [. . .]. Die größte Sicherheit vor irgendeinem russischen Eingreifen liegt in der klaren Herausstellung der deutschen Überlegenheit bzw. in der raschen Demonstrierung der deutschen Kraft."[78]

Unter dieser beruhigenden Perspektive konnten die deutschen Militärs ihre Planungen ungestört vorantreiben; eine Front im Osten brauchten sie vorerst nicht zu fürchten. Die Meldungen, die laufend in Berlin über diplomatische oder nachrichtendienstliche Kanäle eingingen, schienen zu bestätigen, wie zutreffend diese Auffassung war. Falls Großbritannien der Sowjetunion den Krieg erklären würde, dann würde diese ihre Kooperation mit dem Deutschen Reich noch intensivieren[79]. Daß derartige Meldungen nicht aus der Luft gegriffen waren, zeigt das Gespräch Stalins und Molotows mit dem türkischen Außenminister Şükrü Saraçoğlou am 1. Oktober 1939, in dessen Verlauf Stalin erklärte: „Deutschland und wir haben Polen geteilt, England und Frankreich haben uns keinen Krieg erklärt, aber das kann passieren. Wir hatten keinen Beistandspakt mit den Deutschen, doch wenn die Engländer und die Franzosen uns den Krieg erklären, werden wir gegen sie kämpfen müssen."[80]

III.

Die militärische Zusammenarbeit zur See nimmt in den Beziehungen Deutschlands und der UdSSR eine besondere Stellung ein. Keine Teilstreitkraft war wohl in einem derart starken Maße an direkter und enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion interessiert wie die deutsche Kriegsmarine. Dies resultierte schon aus der relativen Schwäche der Kriegsmarine und der damit verbundenen Diskrepanz zwischen ihren Möglichkeiten und ihren Aufgaben. Deswegen setzte diese seit den ersten Kriegstagen alles daran, die Vorteile, die sich aus der sogenannten wohlwollenden Neutralität der UdSSR ergaben, auszunutzen. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amts

[78] Hitlers Denkschrift und Richtlinien über die Führung des Krieges im Westen vom 9. 10. 1939, in: Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Göttingen 1956, S. 7.

[79] Vgl. PA/AA, Büro Unter-Staatssekretär, September 1939, R 29903, S. 274065; BA-MA, RW 19/229, S. 203/R.

[80] Aufzeichnung der Unterredung Stalins und Molotovs mit Saraçoğlou vom 1. 10. 1939, in: Dokumenty vnešnej politiki (künftig: DVP), 1939, T. XXII, kn. 2, Moskva 1992, Dok. 654, S. 149.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte sie etwa die Zustimmung der sowjetischen Führung zur Nutzung des Hafens Murmansk erwirken; die dort gelöschten deutschen Güter wurden dann mit der Bahn nach Leningrad befördert und von dort weiter nach Deutschland verschifft[81].

Bis zum 18. September hatten in Murmansk 18 deutsche Schiffe vor der britischen Flotte Zuflucht gefunden. Alle Schiffe wurden zusammen mit ihren Besatzungen, immerhin 1847 Mann, an Deutschland übergeben[82]. Als sie nach der Auffüllung der Treibstoffvorräte Murmansk verließen, wurden die ebenfalls dort liegenden Schiffe anderer Staaten absichtlich so lange zurückgehalten, bis die deutschen Schiffe in Sicherheit waren[83]. Damit hatte man voll und ganz der deutschen Bitte entsprochen, die fremden Schiffe aus Murmansk „erst 8–10 Stunden nach Abfahrt des jeweiligen deutschen Schiffes auslaufen zu lassen", denn sonst „könnten ausländische Schiffe, die deutschen Schiffen folgen, deren Lage an englische Kriegsschiffe verraten"[84]. Eine Woche später bat die deutsche Seite, die Mannschaften der in Murmansk liegenden deutschen Schiffe mit warmer Kleidung zu versorgen[85]. Allerdings handelte es sich keineswegs um einseitige Hilfeleistungen. Die sowjetische Seite äußerte ihrerseits den Wunsch, die deutsche Kriegsmarine solle die Überführung des Eisbrechers „Jermak" und des Dampfers „Kasachstan" aus Murmansk nach Leningrad[86] sowie die Verlegung des in Holland gebauten Turbelektroschiffs „Iossif Stalin" nach Leningrad über den Kieler Kanal unterstützen[87]. Starken Eindruck machte auf Berlin die prompte Zustimmung der sowjetischen Führung zur Umrüstung eines deutschen Handelsschiffs zu einem Hilfskriegsschiff[88]. Moskau wurde darauf am 22. September angesprochen, und bereits drei Tage später kam eine positive Antwort[89].

Solch wohlwollende Reaktionen auf diese und andere Bitten der deutschen Kriegsmarine, aber auch Stalins negative Bemerkungen über England und seine Politiker (England sei „von den Bolschewisten stets am meisten beschimpft und gehaßt worden")[90] bei einem Gespräch mit Ribbentrop veranlaßten Großadmiral Erich Raeder als Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, persönlich einen stark erweiterten

---

81 Vgl. Telegramm des Stellvertretenden Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Karl Clodius, an die deutsche Botschaft in Moskau vom 6. 9. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 15, S. 12.

82 Vgl. PA/AA, Büro des Staatssekretärs, R 29686, S. 224195f.

83 Vgl. KTB SKL 1939–1945, Teil A, Bd. 2, Oktober 1939, Herford/Bonn 1988, S. 203 (Notiz vom 25. 10. 1939).

84 Aufzeichnung des Gesprächs des Leiters der Mitteleuropäischen Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, Aleksandr Aleksandrov, mit dem Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau, Walter, vom 29. 9. 1939, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 8, d. 73, l. 48.

85 Vgl. Gespräch zwischen Aleksandrov und dem 1. Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau, Gropper, am 9. 10. 1939, in: Ebenda, l. 54.

86 Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs Aleksandrovs mit dem Marineattaché Norbert von Baumbach und seinem Referenten J. Roß am 22. 11. 1939, in: Ebenda, l. 93.

87 Vgl. Gespräch Aleksandrovs mit Botschaftsrat Schwiener am 23. 11. 1939, in: Ebenda, l. 95.

88 Vgl. PA/AA, Botschaft Moskau D, Pol. 3 Geheim Mil, Bd. 1, S. E072505.

89 Vgl. ebenda, S. E072502; KTB SKL, Teil A, Bd. 1, S. 162 (Notiz vom 25. 9. 1939).

90 Zit. nach Fleischhauer, Grenz- und Freundschaftsvertrag, S. 458.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wunschzettel in Moskau vorzulegen: Versorgung von Kreuzern, U-Booten und Hilfsschiffen mit Brennstoffen und Proviant in sowjetischen Häfen, Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in sowjetischen Werften, Entsendung sowjetischer Tank- und Frachtschiffe zur Auffüllung der Treibstoff- und Proviantvorräte deutscher Kreuzer und U-Boote auf hoher See zur Verlängerung ihres Aufenthalts[91]. Die Ausmaße der militärischen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau kamen am 30. Oktober 1939 auch im OKW zur Sprache, das in dieser Frage eine eher zurückhaltende Position bezogen hatte. In den Aufzeichnungen über diese Beratung hieß es dann, es sei schon richtig, „daß man auf russische Unterstützung angewiesen sei, das bedeute aber nicht, daß man alle Rücksichten fallen lassen müßte"[92]. Selbst der Marineattaché in Moskau, Fregattenkapitän Norbert von Baumbach, sah sich veranlaßt, Großadmiral Raeder vor zu großen Erwartungen in dieser Hinsicht zu warnen: „Dieses Programm schien mir für das zwischen der Sowjetunion und Deutschland bestehende Vertragsverhältnis – Nichtangriffspakt – zu weit zu gehen und setzte eigentlich gemeinschaftliche Kriegführung zweier verbündeter Staaten voraus."[93]

Doch Raeder war sogar zum Verkauf aller Zeichnungen und sonstigen Unterlagen über das Schlachtschiff „Bismarck" bereit, falls die Sowjetunion dafür „einen sehr hohen Preis" bezahlen würde[94]. Diese sowjetische Bitte lehnte Hitler jedoch ebenso kategorisch ab wie einen Verkauf von Schweren Kreuzern in der Art der „Seydlitz" oder der „Prinz Eugen"[95]. Nichtsdestoweniger dauerte diese maritime Zusammenarbeit, wenn auch in bescheidenerem Umfang, fort.

Die Kontakte der deutschen Seekriegsleitung zur Roten Flotte beschränkten sich indes nicht allein auf die Klärung fachlicher Fragen, auch politische Themen waren darin einbezogen. So wollte Vizeadmiral Erich Schulte-Mönting, Chef des persönlichen Stabs des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, vom Marineattaché der UdSSR, Fregattenkapitän Michail Woronzow, wissen, ob die Rote Flotte plane, bei einem Krieg mit England Marinestützpunkte auch im Indischen Ozean einzurichten, und wie das Oberkommando der Seestreitkräfte zur Schaffung einer „politischen Achse Tokio – Berlin – UdSSR" stehe. Das Gespräch endete mit der Bitte, die angesprochenen Fragen dem Oberkommando der Seestreitkräfte der UdSSR zur Kenntnis zu bringen[96].

Wie eng die maritime Strategie der beiden Mächte, insbesondere gegen England, aufeinander abgestimmt war, zeigte sich besonders eindrucksvoll am „Stützpunkt

---

[91] Vgl. Telegramm des Staatssekretärs des AA, Ernst Frhr. von Weizsäcker, an Schulenburg vom 14. 10. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 257, S. 226.

[92] Zit. nach Michael Salewski, Die deutsche Seekriegsleitung 1935 bis 1945, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1970, S. 134.

[93] Zit. nach Olaf Groehler, Murmansk – eine deutsche Marinebasis 1939/40?, in: Militärgeschichte, H. 5, 1990, S. 467.

[94] Aufzeichnung des Botschafters Karl Ritter vom 15. 12. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 457, S. 421 f.

[95] Vgl. Botschaft in Moskau an das AA vom 19. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 474, S. 438.

[96] Vgl. Mitteilung des Volkskommissars der Seestreitkräfte der UdSSR, Vizeadmiral Nikolaj Kuznecov, an Molotov vom 30. 11. 1939, in: RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1161, Dok. 27, l. 81.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nord" auf der Halbinsel Kola, wo der Kriegsmarine die Bucht Sapadnaja Liza zur Verfügung gestellt worden war. Dort sollte Deutschland „tun können, was es will", und „alle Vorhaben durchführen, die es für erforderlich" hielt[97]. Deutsche Kriegsschiffe aller Typen konnten hierfür in die Bucht einlaufen, denn Murmansk hielt der Kreml als „für diesen Zweck nicht isoliert genug"[98]. Dessen Nutzung hätte in der Sicht der sowjetischen Führung einen ausgesprochen „militanten Akt" dargestellt[99]. Um die Operation auf der Kola-Halbinsel geheim zu halten, befahl man, ihren Zugang „für alle ausländischen Zivil- und erst recht alle Kriegsschiffe zu sperren"[100].

Die deutsche Seekriegsleitung und besonders Befehlshaber der U-Boote erkannten in diesem Stützpunkt eine erstrangige Operationsbasis zur Bekämpfung der britischen Nordrouten. Großadmiral Raeder schlug sogar vor, den „Stützpunkt Nord" zur Invasion von Norwegen zu nutzen, so daß deutsche Luft- und Seestreitkräfte nicht nur von Süden, sondern auch von Norden gegen dieses Land antreten konnten, und zwar mit entsprechend verkürzten Anmarschwegen[101]. In der Tat kam das einzige deutsche Tankschiff (die „Jan Wellem"), wie Raeder später nicht ohne Genugtuung feststellte, das zur Versorgung der bei der Landung in Narvik eingesetzten deutschen Zerstörer rechtzeitig eintraf, vom „Stützpunkt Nord"[102]. Nach Hitlers Entscheidung zur Schließung des „Stützpunkts Nord" Ende August 1940 schickte die Seekriegsleitung an Admiral Kusnezow, Volkskommissar der Seestreitkräfte der UdSSR, ein Dankschreiben mit der Feststellung, dieser Stützpunkt sei „für die deutsche Seekriegsstrategie von großem Wert" gewesen[103]. Als noch wichtiger erkannte sie freilich den Umstand, „wie weit Staaten mit unterschiedlicher Ideologie und unterschiedlichen Zielsetzungen in ihrer Zusammenarbeit gehen können"[104].

Bei ihren Kontakten zur Roten Flotte bedachte die deutsche Kriegsmarine offensichtlich nicht immer, daß die gut funktionierenden deutsch-sowjetischen Beziehungen sowohl in Moskau als auch in Berlin in erster Linie politischen Erwägungen entsprangen. So hatte das Oberkommando der Kriegsmarine aufgrund des akuten Materialmangels beim U-Boot-Bau beschlossen, sich um die Lieferung sowjetischer Boote zu bemühen. Nach Ansicht des Marineattachés von Baumbach würden von

---

97 KTB SKL, Teil A, Bd. 1, S. 136 (Eintragung vom 17. 10. 1939). Später stellte sich allerdings heraus, daß die von Moskau diesbezüglich gegebenen Zusicherungen weitgehend unerfüllt blieben. Hierzu vgl. ausführlicher Tobias R. Philbin III, The Lure of Neptun. German-Soviet naval collaboration and ambitions, 1919–1941, Columbia 1994, S. 81–117.

98 Telegramm Schulenburgs an das AA vom 5. 10. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 195, S. 166.

99 Philbin, Neptun, S. 82.

100 Beschluß des Politbüros des ZK der VKP (b) (Allsowjetische Kommunistische Partei der Bolschewiken) über das Regime in der Kola-Bucht vom 25. 10. 1939, in: Organy gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne. Sbornik dokumentov, T. I, kn. 1, Moskva 1995, Dok. 50, S. 114.

101 Vgl. Philbin, Neptun, S. 112.

102 Vgl. Erich Raeder, Mein Leben, Bd. 2, Tübingen 1957, S. 244.

103 Philbin, Neptun, S. 116.

104 Ebenda, S. 117.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowjetischer Seite „voraussichtlich keinerlei Bedenken bestehen, da Rußland sich schon zur Ausrüstung von deutschen Hilfskreuzern bereit erklärt" habe[105]. Nichtsdestoweniger wies Hitler aus „politischen Gründen" diesen Vorschlag Raeders zurück[106]. Ein weiterer Wunsch des Oberkommandos der Kriegsmarine zur Nutzung der Werften von Murmansk und Wladiwostok für die Versorgung, Umrüstung und Reparatur von Schiffen und U-Booten war wiederum für die sowjetische Seite aus politischen und technischen Gründen nicht „erfüllbar". Schon mit Blick auf ihre offiziell deklarierte Neutralität war die Führung der Sowjetunion bestrebt, ihre militärische Zusammenarbeit mit der deutschen Wehrmacht möglichst zu kaschieren. Beim Umfang und der Intensität der von der Kriegsmarine angeforderten Hilfe wäre das wohl kaum möglich gewesen[107]. Dort aber, wo dies möglich war, hatte der Kreml keine Bedenken. So konstatierte der Marineattaché von Baumbach in einem Bericht, daß „die deutsche Kriegsmarine und die Interessen der Seekriegsführung bei den Russen eine Ausnahmebehandlung erfahren, wie sie zunächst kein anderes Land uns bietet"[108].

IV.

Innerhalb dieser Beziehungen besaß auch die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit eine ganz besondere Stellung. Beide Parteien versuchten sofort nach Unterzeichnung des Nichtangriffspakts, diese Kooperation systematisch auszubauen. Vor allem die wehrwirtschaftlichen Behörden in Deutschland verfolgten das Ziel, die Sowjetunion „praktisch zum Versorgungshinterland" werden zu lassen[109]. Dabei stand die Versorgung mit Kraftstoff, den die motorisierten Truppenteile, die Luftwaffe und die Kriegsmarine dringend benötigten, naturgemäß an erster Stelle. In einem Mitte September verfaßten Bericht des Wehrpolitischen Instituts der Universität Berlin zog man den Schluß, Deutschland könne „einen wesentlichen Teil seines militärischen Bedarfs an Kraftstoffen aller Art aus Sowjetrußland decken"[110]. Das deutsche Interesse beschränkte sich jedoch nicht auf die Lieferung von Kraftstoff, sonstigen Energieträgern oder seltenen Metallen. Im Bericht des Wehrwirtschafts- und Rü-

---

105 KTB SKL, Teil A, Bd. 1, S. 185 (Notiz vom 27. 9. 1939).

106 Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, hrsg. von Gerhard Wagner, München 1972, S. 28 (Notiz vom 10. 10. 1939). Hitler bestätigte sein Verbot für den Kauf der U-Boote beim Treffen mit Raeder am 22. 11. 1939. Vgl. ebenda, S. 47. Vgl. auch Weinberg, Germany and the Soviet Union, S. 78. Entsprechende Weisungen wurden auch Ribbentrop erteilt. Vgl. Telegramm Ribbentrops an Schulenburg vom 30. 11. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 403, S. 368.

107 Vgl. KTB SKL, Teil A, Bd. 2, S. 135 (Notiz vom 17. 10. 1939).

108 Marineattaché in Moskau an das Oberkommando der Kriegsmarine. M. Att. 21. 10. 1939, in: BA-MA, RM 12 II/161, S. 107.

109 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Vertraulicher Informationsbericht vom 29. 9. 1939, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), ZSg 101/34, S. 487.

110 BA-MA, RH 2/2371, S. 404.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stungsamts des OKW hieß es, die Agrarbasis Rußlands könne „in einem längeren Krieg von ausschlaggebender Bedeutung werden", denn Rußland könne „durch Getreide- und Butterausfuhr die Blockadefestigkeit Deutschlands steigern"[111].

Dabei gingen sowohl das OKW als auch das Auswärtige Amt davon aus, daß die Politik der UdSSR „klar gegen England gerichtet" sei, was sich faktisch mit den Verlautbarungen der sowjetischen Propaganda deckte. Der Chef der Politischen Verwaltung der Roten Armee, Lew Mechlis, erklärte am 10. November 1939 auf einer vertraulichen Beratung mit Schriftstellern, der Hauptfeind der UdSSR sei „selbstverständlich England", während „Deutschland im großen und ganzen eine nützliche Arbeit" leiste, indem es „das Britische Imperium ins Wanken" bringe: „Dessen Zerstörung wird zum allgemeinen Zusammenbruch des Imperialismus führen . . ."[112]. Stalin baute diese Linie aus, indem er gegenüber dem Chefredakteur der „Prawda" behauptete, daß „nicht Deutschland Frankreich und England angegriffen" habe, diese hätten vielmehr „Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auf sich genommen". Der Termin für die Veröffentlichung dieser Stellungnahme, der 30. November 1939, war sicherlich kein Zufall. Am Tag des sowjetischen Überfalls auf Finnland hielt Stalin es für politisch angebracht, die Politik Berlins zu unterstützen und die „Friedensliebe" Moskaus in Erinnerung zu bringen, so daß es nahe lag, auch die „tatsächlichen" Drahtzieher dieses Krieges anzugreifen: „Die herrschenden Kreise Frankreichs und Englands haben beide Friedensvorschläge Deutschlands und die Bemühungen der Sowjetunion um eine rasche Beendigung des Krieges in gröblichster Weise zurückgewiesen."[113]

Auch in Berlin rechnete man damit, daß die Parole „Zerschlagung des Kapitalismus" die Sowjetunion „in klaren wirtschaftlichen und politischen Gegensatz zu den Westmächten" bringe[114]. Gründe für derartige Annahmen gab es bereits im Herbst 1939. Der Artikel „Seekrieg", den die „Iswestija" anläßlich des Beginns der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen veröffentlichte, enthielt erneut Zusicherungen zur Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen. Diese sollten die „Pläne der Feinde Deutschlands" durchkreuzen, „nach dem Muster des letzten Krieges die militärwirtschaftlichen Ressourcen dieses Landes durch langanhaltende Blockade zu schwächen"[115].

Derartige Veröffentlichungen bildeten die propagandistische Ouvertüre zur Antwort der sowjetischen Diplomatie auf die britischen Noten vom 6. und 11. September 1939, mit denen Großbritannien die Seeblockade Deutschlands offiziell eröffnet hatte. Dies umfaßte auch die Kontrolle und Aufbringung von Schiffen, die Güter beförderten, die das militärische Potential des Gegners stärkten. Die Gegennote, die am

[111] BA-MA, RW 19, Anh. I/702, S. 36.

[112] Vladimir A. Nevežin, Sindrom nastupatelnoj vojny. Sovetskaja propaganda v preddverii „svjaščennych bojov", 1939–1941, Moskva 1997, S. 119.

[113] O lživom soobščenii agenstva Gavas, in: Pravda, 30. 11. 1939, S. 3.

[114] KTB SKL, Teil A, Bd. 2, S. 151 (Notiz vom 19. 10. 1939).

[115] Lev Ivanov, Vojna na more, in: Izvestija, 17. 10. 1939, S. 2; Vgl. auch Außen- und militärischer Kurzbericht Nr. 6 Ausl.-Abwehr vom 21. 10. 1939, in: BA-MA, RW 5/v. 352, S. 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

25. Oktober dem britischen Botschafter in Moskau, William Seeds, überreicht wurde[116], enthielt recht schroffe Formulierungen, die Auskunft geben über die wenig guten sowjetisch-britischen Beziehungen als auch über Moskaus offenkundiges Bestreben, den Interessen Berlins so weit wie möglich entgegenzukommen. Letzteres war offenbar gelungen. Nach Einschätzung eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt hatte die Note „einen wunderbaren Eindruck bewirkt und die offiziellen Persönlichkeiten Deutschlands sehr erfreut"[117]. Das Propagandaministerium wies alle Zeitungen umgehend an, Meldungen über diese Note mit allen Einzelheiten auf den ersten Seiten zu veröffentlichen, und unterstrich dabei, es handele sich „um einen wichtigen Vorgang, der deutlich macht, daß die Sowjetunion absolut hinter der grundsätzlichen deutschen Auffassung steht"[118].

Eine nicht unwesentliche Rolle bei der Unterstützung der „Friedens"-Propaganda des Deutschen Reichs spielte auch der in der „Iswestija" veröffentlichte Artikel „Frieden oder Krieg", der – bezeichnenderweise – drei Tage nach Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 erschien, in der dieser seinen Appell an die Westmächte zur Anerkennung des Status quo auf dem Kontinent gerichtet hatte. In ihm manifestierten sich jene Grundsätze, die in der gemeinsamen Erklärung zum zweiten Besuch Ribbentrops in Moskau[119] verkündet worden waren. Der Artikel lief auf die Behauptung hinaus, Hitlers Vorschläge könnten „auf jeden Fall eine reale und praktische Grundlage für die Verhandlungen darstellen, die für eine rasche Beendigung des Krieges sorgen würden"[120]. Molotow wiederum äußerte in einem Gespräch mit Schulenburg, im Artikel „Frieden oder Krieg" sei England „als Kriegsbrandstifter gebrandmarkt worden. Kein anderer hat etwas derartiges getan."[121] In Berlin sorgte dieses Signal Moskaus für große Genugtuung. „Ein sehr positiver und ententefeindlicher Artikel in der ‚Iswestija', der unserem Standpunkt ganz gerecht wird", vermerkte Reichspropagandaminister Goebbels in seinem Tagebuch. „Man vermutet, daß Stalin ihn selbst geschrieben hat[122]. Er kommt uns im Augenblick außerordentlich zupaß und wird mit Dankbarkeit vermerkt. Die Russen haben bis jetzt alle Versprechungen gehalten."[123]

---

116 Vgl. Note Molotovs an den britischen Botschafter in der UdSSR William Seeds, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 715, S. 215f.

117 Tagebuch des sowjetischen Botschafters in Deutschland Aleksandr Škvarcev, in: AVP RF, f. 082, op. 22, p. 93, d. 8, 1.268 (Eintragung vom 28. 10. 1939).

118 Anweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda Nr. 1316 vom 26. 10. 1939, in: BA, ZSg 101/14, S. 127.

119 Vgl. Erklärung der sowjetischen und deutschen Regierungen vom 28. 9. 1939, in: Izvestija, 29. 9. 1939, S. 1.

120 Mir ili vojna, in: Izvestija, 9. 10. 1939, S. 1.

121 Aufzeichnung des Gesprächs Molotovs mit Schulenburg vom 13. 11. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 773, S. 287.

122 In Wirklichkeit war der Artikel von Ždanov verfaßt worden, in: RGASPI, f. 77, op. 1, d. 886.

123 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, hrsg. und bearb. von Elke Fröhlich, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 7, Juli 1939–März 1940, München 1998, S. 145f. (Eintragung vom 10. 10. 1939).

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den besonderen Charakter der Beziehungen zwischen beiden Ländern unterstrich auch der Leiter der sowjetischen Wirtschaftsdelegation bei den Verhandlungen in Berlin, Iwan Tevossjan, indem er feststellte, die sowjetische Regierung wäre nicht bereit gewesen, „in ein x-beliebiges Land in solchen großen Mengen solche Arten von Rohstoffen zu liefern, wie sie nach Deutschland liefern" werde[124]. Dabei stammten diese Rohstoffe nicht alle aus der Sowjetunion selbst. Vielmehr ging diese so weit, einen Teil in Drittländern zu erwerben, auch in solchen, die Krieg gegen Deutschland führten, um dessen Rüstungsproduktion zu unterstützen. Ganz besonders betraf dies einige Metalle und Kautschuk[125]. Die deutsche Führung, die darüber sehr wohl informiert war, sah deshalb nach anfänglichem Zögern davon ab, sich gegen den Abschluß des britisch-sowjetischen Vertrags über die Lieferung von Holz auf die Britischen Inseln im Austausch gegen strategische Rohstoffe wie Kautschuk und Zink auszusprechen, die dann zu einem beträchtlichen Teil nach Deutschland exportiert wurden. Moskau wurde lediglich nachdrücklich nahegelegt, die Transporte durch britische Schiffe durchführen zu lassen, was der deutschen Kriegsmarine die Möglichkeit bot, diese Frachten entweder abzufangen oder auch zu versenken[126].

In den langwierigen Verhandlungen[127] beharrte die deutsche Seite darauf, daß sie ohne entsprechende sowjetische Vorleistungen, dies betraf insbesondere die Lieferung von Rohstoffen, keine Rüstungsgüter an die UdSSR liefern könne. Für das Deutsche Reich wurde die Sowjetunion somit zu einem der wichtigsten Lieferanten von Rohstoffen und Nahrungsgütern: 1940 gingen 52 Prozent der gesamten sowjetischen Exporte nach Deutschland[128].

Im Gegenzug war die sowjetische Rüstungsindustrie vor allem an der Lieferung von Gütern aus dem Bereich See- und Luftstreitkräfte interessiert. In den ersten Aufträgen ging es dabei um große Schiffe, deren Bewaffnung oder um die entsprechenden technischen Unterlagen. Schon deshalb stellt sich die Frage nach dem Gegner, gegen den der Kreml die Überseeflotte einsetzen wollte; die Antwort liegt nahe. In dieselbe Richtung deutet jedenfalls ein Vorschlag Stalins, in der UdSSR nach deutscher Lizenz neueste Typen von Flugzeugen und Triebwerken herzustellen und ein Drittel der Produkte an Deutschland zu liefern[129]. Ein solcher Vorschlag zeigt einmal mehr, daß die breit angelegte und zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit dem na-

---

124 Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Schiffsbauindustrie, Leiter der sowjetischen Wirtschaftsdelegation in Deutschland Ivan Tevossjan mit Botschafter z. b. V. Ritter vom 13. 11. 1939, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 26.

125 Vgl. Deutsche Außenhandelslage Nr. 1 OKW Wi Rü Amt/Wi Ia M1, 6. 12. 1939, in: BA-MA, RW 4/v. 308, S. 159.

126 Vgl. KTB SKL, Teil A, Bd. 2, S. 93f., 170 (Notiz vom 11. 10. und 21. 10. 1939).

127 Über die Standpunkte der verhandlungsführenden Parteien vgl. ausführlich Heinrich Schwendemann, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm?, Berlin 1993, S. 73–149.

128 Vgl. ebenda, S. 259.

129 Vgl. Rundschreiben des AA vom 1. 12. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 407, S. 372.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionalsozialistischen Deutschland, deren Umfang Stalin im Gespräch mit Ribbentrop bei dessen zweitem Besuch in Moskau umrissen hatte, alles andere als Phantasie war. Stalin war in der Tat bereit, ziemlich weit in diese Richtung zu gehen. In einem Gespräch mit Karl Ritter, dem Chef der deutschen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen, sagte Stalin beispielsweise, er denke nicht daran, „den Handelsumsatz als einfachen kommerziellen Umsatz abzuwickeln", er denke „an Beistand"[130].

Der besondere Charakter der deutsch-sowjetischen Beziehungen läßt sich auch an zwei weiteren Ereignissen ganz gut illustrieren. Bei seinem Auftritt in Danzig am 25. Oktober meinte Ribbentrop, die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit sei auf allen Gebieten sehr eng; die UdSSR zähle neben Italien und Japan zu den „außenpolitischen Freunden Deutschlands", „deren Interessen" seien mit denen Deutschlands „solidarisch"[131]. Bei der Vorbereitung dieser Rede unternahm Ribbentrop einen beispiellosen Schritt, als er Stalin vorab jenen Teil seines Redeentwurfs „zur Abstimmung" zuschickte, der die UdSSR betraf. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts liegt immer noch ein Exemplar, das Stalins Korrekturen an einem Absatz dieser Rede enthält und auf eine Äußerung des sowjetischen Führers in seinem Gespräch mit Ribbentrop von Ende September 1939 Bezug nimmt. Die Korrekturen gefielen dem Reichsaußenminister offensichtlich nicht, so daß der betreffende Absatz fortfiel[132].

Ribbentrops Signal dürfte, so ist zu vermuten, bei Stalin auf größtes Entgegenkommen gestoßen sein. Davon zeugt auch jene Rede Molotows, welche der deutschen Außenpolitik weitestgehend entgegenkam und die in ihrer Offenheit den gestrichenen Absatz aus Ribbentrops Rede weit übertraf. Der sowjetische Regierungschef behauptete, Deutschland befinde sich in der Lage eines Staates, der „möglichst rasch das Ende des Krieges und den Frieden" wünsche. Dagegen wollten die Regierungen Englands und Frankreichs „ein Ende des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens nicht sehen"; vielmehr suchten diese „immer neue Vorwände", um „den Krieg mit Deutschland fortzusetzen". So habe „die britische Regierung proklamiert, daß der Krieg gegen Deutschland nicht mehr und nicht weniger zum Ziel habe als die ‚Vernichtung des Hitlerismus'". Ein solcher Krieg lasse sich aber auf keinen Fall rechtfertigen, denn man könne „eine Ideologie nicht mit Gewalt vernichten, nicht durch Krieg auslöschen"[133].

---

130 Aufzeichnung der Unterredung Stalins mit Ritter vom 31. 12. 1939, in: DVP, T. XXIII, kn. 1, Dok. 1, S. 8.

131 Rede Ribbentrops in Danzig vom 24. 10. 1939, in: Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, hrsg. von Kurt Pätzold/Günter Rosenfeld, Berlin 1990, Dok. 185, S. 269.

132 Vgl. Entwurf einer Rede des Reichsaußenministers, in dem aus einem Gespräch Stalins mit Ribbentrop am 23. 8. 1939 zitiert wird. Tatsächlich aber handelte es sich um Äußerungen vom 28. 9. 1939. Text mit Stalins Korrekturen, in: PA AA, Büro des Staatssekretärs, R 29687, S. 226176–226179; vgl. auch Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Vertraulicher Informationsbericht vom 24. 10. 1939, in: BA, ZSg 101/34, S. 543.

133 Rede Molotovs (wie Anm. 73), S. 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Rede Molotows kam in Berlin sehr gut an. Der deutsche Delegationschef bei den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen, Karl Ritter, eröffnete dem sowjetischen Botschafter in Deutschland, Aleksander Schkwarzew, in der Rede Molotows sei „alles gesagt" worden, was die deutsche Seite „gewünscht und was sie erwartet" habe[134]. Auch Goebbels machte kein Hehl aus seiner Genugtuung; in sein Tagebuch schrieb er: „Molotow hat gesprochen. Sehr stark für uns. [. . .] Wir können mit dieser Rede zufrieden sein."[135]

Welch propagandistische Bedeutung diese Rede für die deutsche Seite besaß, gerade auch mit Blick auf ihre Gegner im Westen, zeigt beispielsweise die Tatsache, daß allein über Frankreich bereits am 10. und 11. November zwei Millionen Flugblätter mit Molotows Rede abgeworfen wurden[136].

V.

Die erstaunliche Harmonie, die während dieser Wochen die Zusammenarbeit der beiden Regime prägte, markierte wohl den Höhepunkt in ihren Beziehungen. In den folgenden Monaten wuchs freilich die Skepsis der deutschen Seite gegenüber dem Verbündeten im Osten, was wiederum ein Indiz ist für ihren harten politischen Pragmatismus. Hitler hatte selbst in diesen Monaten einer denkbar engen Zusammenarbeit nie das Hauptziel seiner Eroberungspolitik aus den Augen verloren. Bereits am 17. Oktober wies er in einer Besprechung mit dem Chef des OKW, Generaloberst Wilhelm Keitel, darauf hin, daß Polen ein „vorgeschobenes Glacis" sei, das für den Aufmarsch der Wehrmacht genutzt werden könne. Deswegen hielt er es für erforderlich, die Verbindungswege, in erster Linie also die Autobahnen, in einwandfreiem Zustand zu halten[137]. Und deswegen lehnte er es ab, moderne Waffensysteme an die UdSSR zu liefern; wenn überhaupt, dann keinesfalls auf Kosten der Wehrmacht[138]. Selbst in jenen Fällen, in denen die Angebote der sowjetischen Seite Unterstützung fanden, wie etwa bei der Seekriegsleitung, behielt sich Hitler eine Entscheidung vor. Ohne dessen Zustimmung konnte aber kein Abkommen geschlossen werden[139]. Hitlers Strategie war langfristig angelegt, seine Wendung vom August 1939 war allein taktischer Natur. In dieser Hinsicht agierte er konsequenter und pragmatischer als sein Kontrahent im Kreml.

Nichtsdestoweniger hielt das offizielle Berlin während des sowjetisch-finnischen Krieges noch an seiner Politik einer betont freundschaftlichen Neutralität gegenüber

[134] Tagebuch der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, in: AVP RF, f. 082, op. 22, d. 7, l. 280 (Notiz vom 2. 11. 1939).

[135] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 7, S. 178 (Eintragung vom 2. 11. 1939).

[136] Vgl. PA/AA, R 29688 (Notiz vom 9., 10. und 11. November 1939).

[137] Vgl. Notiz über die Besprechung des Führers mit dem Chef des OKW vom 17. 10. 1939, in: BA-MA, RW 4/596, S. 4.

[138] Vgl. Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, S. 44 (Vortrag am 10. 11. 1939).

[139] Vgl. ebenda, S. 57 (Vortrag vom 8. 12. 1939).

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der UdSSR fest. Ungeachtet einer ablehnenden Haltung durch Vertreter verschiedener Kreise und Stellen in Deutschland gegenüber dieser Verhaltensweise, die sich umso deutlicher bemerkbar machte, je länger der Krieg dauerte[140], blieb die Einstellung Hitlers und Ribbentrops zu diesem Krieg unverändert. Zu Beginn des sowjetisch-finnischen Kriegs richtete der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Ernst Freiherr von Weizsäcker, an alle diplomatischen Vertretungen Deutschlands ein Rundschreiben, in dem diese aufgefordert wurden, „bei Gesprächen über finnisch-russischen Konflikt jede antirussische Nuance zu vermeiden"[141]. Vielmehr wollte man den „Winterkrieg" nutzen, um die Propaganda gegen Großbritannien zu intensivieren. Die diplomatischen Missionen wurden daher informiert, dieser Krieg habe seine Ursache im britischen Einfluß auf Finnlands Politik. Dabei sei es nötig, so Ribbentrop in einem Runderlaß, der „Sympathie mit russischem Standpunkt Ausdruck zu geben"[142]. In einer Randbemerkung auf einem Telegramm vom 19. Dezember fand der Reichsaußenminister für die deutsche Haltung die folgende Formel: „Grundlage unserer Haltung zu den nordischen Fragen ist unsere Freundschaft mit Sowjetrußland."[143]

Faktisch manifestierte sich diese Haltung etwa in der wohlwollenden Einstellung der Seekriegsleitung, wenngleich diese kein Interesse an einem langen Krieg hatte, weil dieser den Handel mit den skandinavischen Staaten störte. Auch der Waffenhandel mit diesen Staaten wurde nun eingeschränkt oder im Falle Finnlands ganz eingestellt, das in dieser Hinsicht noch nicht einmal mehr als Transitland genutzt werden durfte[144].

Schon bald nach dem Überfall der Sowjetunion auf Finnland erörterte der Führungsstab der sowjetischen Kriegsmarine mit dem deutschen Marineattaché von Baumbach die Frage einer möglichen Zusammenarbeit bei einer Seeblockade gegen Finnland. Die sowjetischen Marineoffiziere wollten wissen, ob sowjetische U-Boote bei der Durchführung der Blockade-Maßnahmen im Bottnischen Meerbusen von den nach Nordschweden fahrenden deutschen Schiffen mit Brennstoff und Proviant versorgt werden könnten, um dadurch länger auf Gefechtsposition bleiben zu können. Die Umladung sollte unauffällig auf hoher See erfolgen. Die sowjetischen Marineoffiziere drängten auf rasche Antwort und wollten, im Falle einer positiven Reaktion Berlins, die erste dieser logistischen Operationen bereits einige Tage später vornehmen. Angesichts der zunehmenden Dauer dieses Krieges war das sowjetische Interesse groß, so daß der Kriegsmarine als Gegenleistung angeboten wurde, im Bedarfsfall in jedem Hafen der UdSSR entsprechend versorgt zu werden. Baumbach

---

140 Vgl. Wipert von Blücher, Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie. Erinnerungen aus den Jahren 1935–1944, Wiesbaden 1951, S. 170.

141 Runderlaß des Staatssekretärs vom 2. 12. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 411, S. 376.

142 Runderlaß des Reichsaußenministers vom 7. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 423, S. 388; Dok. 429, S. 393.

143 Randbemerkungen des Reichsaußenministers auf dem Telegramm des deutschen Gesandten in Helsinki vom 19. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 473, Anm. 1, S. 437.

144 Vgl. Aufzeichnung des Legationsrats van Scherpenberg vom 4. 1. 1940, in: Ebenda, Dok. 507, S. 482.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http:/www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Schulenburg empfahlen nachdrücklich, dem sowjetischen Ansuchen stattzugeben, denn für Deutschland ergaben sich daraus einige Vorteile: Erstens würden Kompensationslieferungen von Brennstoff und Proviant beispielsweise im Fernen Osten die Möglichkeiten der Kriegführung gegen Großbritannien auf See wesentlich erweitern; zweitens könnte die Kriegsmarine dann zu einem späteren Zeitpunkt auf ähnliche Leistungen der sowjetischen Seestreitkräfte hoffen[145]. Bereits am nächsten Tag wurde Moskau eine positive Antwort übermittelt, der die persönliche Entscheidung Hitlers zugrunde lag, über die er sowohl die Kriegsmarine als auch das Auswärtige Amt informierte[146]. Jedoch zog die sowjetische Seite am 12. Dezember ihr eigenes Angebot wieder zurück. Über die Gründe der Absage wurde die Seekriegsleitung nicht informiert, die diese Entwicklung offenkundig bedauerte[147]. Stalins Meinungswechsel dürfte sich zwischen dem 8. und dem 11. Dezember (in eben diesen Tagen wurde der Volkskommissar der Seestreitkräfte, Kusnezow, wiederholt zu ihm bestellt, wobei er am 8. September mehr als 6 Stunden in Stalins Arbeitszimmer verbrachte)[148] vollzogen haben und war wahrscheinlich politisch motiviert, da er die Reaktion der Westmächte auf diese weitgehende Zusammenarbeit mit Deutschland fürchtete.

Da Ribbentrop am 11. Dezember Schkwarzew offiziell über die deutsche Entscheidung bezüglich „der Möglichkeit der Versorgung sowjetischer U-Boote durch deutsche Schiffe" informiert hatte[149], mußte Molotow auf die eingetretene Situation reagieren. Er tat es in wenig überzeugender Weise, indem er Schulenburg gegenüber erklärte, angeblich hätte „jemand von den sowjetischen Seeleuten [...] deutsche Schiffe um Versorgung unserer U-Boote gebeten. Dies ist ein Mißverständnis, und wenn es so etwas tatsächlich gegeben hat, so war es höchstwahrscheinlich die eigene Initiative irgendeines Mitarbeiters gewesen."[150]

Obwohl die Seeblockade Finnlands auch Folgen für die deutsche Handelsschifffahrt hatte – ein Schiff wurde versenkt, fünf weitere wurden beschossen und eines davon beschädigt[151] –, waren weder die deutsche Seekriegsleitung noch Hitler daran interessiert, diese Störungen aufzubauschen: Davon zeugte die ausgesprochen sanfte Form, in der zwischen Molotow und Schulenburg am 17. Dezember über diese Probleme gesprochen wurde[152].

---

145 Vgl. Telegramm der Botschaft in Moskau an das AA vom 9. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 433, S. 398.

146 Vgl. Aufzeichnung des Legationssekretärs Georg Federer (Pol. Abt.) vom 10. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 411, S. 376.

147 Vgl. Gerd R. Ueberschär, Hitler und Finnland 1939–1941. Die deutsch-finnischen Beziehungen während des Hitler-Stalin-Paktes, Wiesbaden 1978, S. 110.

148 Vgl. Istoričeskij archiv, Moskva (1995), Nr. 5–6, S. 61 f. (Eintragung im Besucherjournal des Arbeitszimmers Stalins im Kreml von 8. 12. und 11. 12. 1939).

149 Telegramm Škvarcevs an Molotov vom 11. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 852, S. 390.

150 Aufzeichnung des Gesprächs Molotovs mit Schulenburg vom 17. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 868, S. 420 f.

151 Vgl. Jürg Meister, Der Seekrieg im finnisch-russischen Winterkrieg 1939/40, in: Marine-Rundschau, H. 1, 1958, S. 70.

152 Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Molotov und Schulenburg vom 17. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 868, S. 419.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da die Behauptung, Deutschland habe während des „Winterkriegs" Waffen an Finnland geliefert, bislang keine dokumentarische Bestätigung gefunden hat, trifft die Erklärung Ribbentrops gegenüber Schkwarzew am 11. Dezember 1939 wohl zu. Dieser sprach von einer „absolut klaren loyalen Haltung Deutschlands im sowjetisch-finnischen Konflikt", die sich nicht zuletzt darin geäußert habe, daß es „seit Beginn des Krieges zwischen Finnland und der UdSSR weder Waffenlieferungen aus Deutschland, noch Waffentransite über Deutschland, noch ein Überfliegen des deutschen Gebiets durch Flugzeuge in Richtung Finnland gegeben" habe[153]. Selbst im geheimen „Politischen Bericht der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland für 1939" wurde zwar auf profinnische Stimmungen etwa in der deutschen Industrie oder in der Presse hingewiesen; faktische Verletzungen der Vertragsverpflichtungen aus Artikel 2 des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts durch Deutschland wurden aber nicht erwähnt. Vielmehr betonte der Bericht, die offiziellen Kreise in Berlin hätten „die ganze Zeit unterstrichen, daß Deutschland im sowjetisch-finnischen Konflikt strengste Neutralität bewahrt". Um „der deutschen Neutralität größeren Nachdruck zu verleihen", habe „Ribbentrop zu Beginn des sowjetisch-finnischen Krieges im ‚Völkischen Beobachter' einen Artikel veröffentlicht, der Finnland vorwarf, sich dem britischen Einfluß gefügt zu haben, und der auch behauptete, Deutschlands Beziehungen zu Finnland wären nie besonders gut gewesen"[154]. Dieser Artikel erschien am 8. Dezember 1939 unter dem Titel „Deutschland und die finnische Frage"[155].

Das offenkundige Interesse beider Parteien an einer guten Zusammenarbeit war allein schon darin begründet, daß jene Aufgaben, die im August 1939 zum Abschluß eines Vertrags über die Aufteilung der Interessensphären in Europa geführt hatten, noch längst nicht erfüllt waren – Moskau und Berlin waren nach wie vor aufeinander angewiesen. Daran erinnerte der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Fritz Landfried, bei einem Empfang in der sowjetischen Vertretung, indem er darauf hinwies, daß sich „Deutschland und die UdSSR im Kriegszustand" befänden und ihre Interessen „gegenwärtig" übereinstimmten, denn Deutschland und die UdSSR müßten „den Krieg gewinnen"[156].

Die Intensität der Kontakte in ganz unterschiedlichen Bereichen war während dieser ersten vier Monate beispiellos. So traf sich Botschafter Schulenburg in dieser Zeit 59mal mit Vertretern der sowjetischen Führung, darunter viermal mit Stalin und Molotow, 44mal mit Molotow, dreimal mit Anastas Mikojan und achtmal mit Wladimir Potjomkin. Die deutsche wie auch die sowjetische Seite waren bemüht, von diesen gut funktionierenden Beziehungen so viel wie möglich zu profitieren. Davon zeugen auch einige Bitten, die verschiedene deutsche Instanzen damals an

[153] Telegramm Škvarcevs an Molotov vom 11. 12. 1939, in: Ebenda, Dok. 852, S. 390.

[154] Aus dem politischen Bericht der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland für 1939 vom 3. 5. 1940, in: Ebenda, Dok. 905, S. 486.

[155] Völkischer Beobachter, 8. 12. 1939, S. 1.

[156] Tagebuch Škvarcevs, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 41 (Eintragung vom 18. 12. 1939).

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Sowjetunion richteten: von Bombenangriffen auf eine Reihe großer Industrieobjekte in Finnland abzusehen[157]; auf Ersuchen des Oberkommandos der Luftwaffe sowjetische meteorologische Schiffe für zwei Monate in die Nähe der Britischen Inseln zu entsenden[158]; aus der sowjetischen Botschaft in Paris eintreffende Meldungen über die Lage in Frankreich zur Verfügung zu stellen[159]; ein Treffen zwischen einem persönlichen Vertreter Ribbentrops und einem Mitglied der französischen Sektion der Komintern zu ermöglichen, um „die französische Innenpolitik von den Zwangsmaßnahmen der gegenwärtigen Kriegsregierung zu befreien und die demokratische Freiheit wiederherzustellen"[160]; Informationen über die Bewegungen aller Schiffe, mit Ausnahme der sowjetischen, um den Hafen Murmansk zu übermitteln[161]; an der Grenze zu Afghanistan und im Kaukasus, „ohne Aggressionsabsichten", jedoch um „England von den Vorbereitungen im Balkan abzulenken", aufzumarschieren bzw. „zumindest mögliche diesbezügliche Gerüchte nicht zu dementieren"[162]; den antibritischen Aufstand in Afghanistan zu unterstützen, den die Abwehr vorbereitete und für dessen Gelingen „absolut aktive Mitwirkung Rußlands" erforderlich sei[163]; nach Wiederherstellung der Amanullah-Dynastie in Afghanistan deutsch-sowjetische Aktionen gegen Indien zu starten[164] usw., usw. Obwohl selbst die „harmloseste" unter diesen Bitten die Aufforderung zu einer klaren Verletzung der offiziellen Neutralitätslinie einschloß, brachte dies Stalin kaum in Verlegenheit. Einigen dieser Bitten wurde durch die sowjetische Seite recht schnell stattgegeben, schon weil Stalin und seine Umgebung über die anhaltende Untätigkeit der Wehrmacht im Westen beunruhigt waren. Dies war jedenfalls das Hauptthema der Gespräche, die der sowjetische Botschafter in Berlin mit deutschen Diplomaten führte[165]; offenbar hatte er die Weisung erhalten, um jeden Preis konkrete Informationen zu beschaffen. Seiner Frage, „wann die Deutschen angreifen wollen", fehlte zumindest jede Spur von Diplomatie[166].

---

157 Vgl. Potemkin an Šapošnikov vom 28. 12. 1939, in: AVP RF, f. 082, op. 22, p. 92, d. 1, l. 23.

158 Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 4. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 834, S. 365f.; PA/AA, Botschaft Moskau, D Pol 3 geheim Mil Bd. 1 (15. 12. 1939).

159 Vgl. PA/AA, Botschaft Moskau, SD Pol 2 geheim Krieg, Sonderakte, Bd. 1, S. 202763.

160 Aufzeichnungen Schulenburgs für ein Treffen mit Potemkin vom 9. 1. 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 501, Anm. 1, S. 469.

161 Vgl. PA/AA, Botschaft Moskau, D Pol 2 geheim Mil Bd. 1 (17.11. 1939).

162 Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 13. 11. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 773, S. 286; Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 17. 11. 1939, in: Ebenda, Dok. 790, S. 313.

163 BA-MA, RW 5/v.499, S. 30 (Notiz vom 7. 12. 1939); Aufzeichnung der Unterredung Molotovs mit Schulenburg vom 17. 12. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 268, S. 420.

164 Vgl. Aufzeichnung des AA vom 12. 12. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. 449, S. 413ff.

165 Vgl. Tagebuch Škvarcevs, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 9 (Eintragung vom 3. 11. 1939); ebenda, d. 69, l.56 (Eintragung vom 21. 11. 1939); ebenda, f. 082, op. 22, p. 93, d. 7, l. 350 (Eintragung vom 4. 12. 1939); PA/AA, R 29713, S. 111987 (Notiz vom 30. 1. 1940).

166 Tagebuch Škvarcevs, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 128 (Eintragung vom 4. 12. 1939).

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So wie die deutsche Führung peinlichst darauf bedacht war, den Kreml durch keine unüberlegte Aktion während des sowjetisch-finnischen Krieges zu verärgern, war Moskau, ungeachtet des zähen Verlaufs der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen, bestrebt, alles zu vermeiden, was den „neuen sowjetisch-deutschen Beziehungen Abbruch tun könnte"[167], die „auf der soliden Grundlage der gegenseitigen Interessen aufgebaut sind"[168]. Schkwarzew wurde deshalb durch die Leitung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten gerügt, weil einige Angehörige der sowjetischen Vertretung am 26. November 1939 Arbeiterwohngebiete in Berlin besucht hatten. Nach Ansicht Moskaus waren „derartige Gruppenbesuche von Mitarbeitern der Bevollmächtigten Vertretung in Arbeitervierteln nicht nur nicht erforderlich, sondern auch absolut unzulässig", denn dadurch ziehe die Vertretung „einen Verdacht auf sich, der bei den jetzigen Beziehungen zu Deutschland absolut unerwünscht" sei[169].

VI.

Zieht man eine Bilanz der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit im Jahre 1939, so läßt sich feststellen, daß sich diese insgesamt überaus fruchtbar gestaltete; dies gilt ganz besonders für die deutsche Seite. Berlin hatte es bereits während der ersten Monate auf fast allen Gebieten verstanden, sich durch die mit Moskau abgeschlossenen Verträge strategisch wichtige Vorteile zu sichern. Letzten Endes sollte kein einziger der Verbündeten des Deutschen Reichs diesem während des Zweiten Weltkriegs solche strategischen Möglichkeiten bieten wie die Sowjetunion in den Jahren 1939/40, da sie die zumindest hypothetische Gefahr eines Zweifrontenkriegs beseitigte.

Für die sowjetische Seite fällt die Bilanz anders aus. Die sowjetische Führung hatte den Nichtangriffspakt mit Deutschland angeblich mit dem Ziel geschlossen, „das Feld möglicher militärischer Zusammenstöße in Europa einzuschränken"[170]. Das hieß faktisch, daß es dem Kreml gelungen war, sich die Unterstützung der aggressivsten aller Mächte zu sichern, um unter dem Deckmantel des ausgebrochenen Krieges die eigene Expansionspolitik zu verwirklichen. Am 17. September 1939 waren die sowjetischen Truppen in Polen einmarschiert und hatten dabei gegen die zahlenmäßig unterlegenen und bereits merklich geschwächten polnischen Truppen gekämpft. Damit schloß sich die sowjetische Führung de facto den kriegführenden Mächten an, auch indem sie in einer offiziellen Erklärung ihres Regierungschefs die Tatsache einer aktiven Teilnahme der UdSSR an der militärischen Zerschlagung Polens bestätigte[171].

---

[167] Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Molotov und Schulenburg vom 8. 10. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 2, Dok. 668, S. 170.

[168] Rede Molotovs (wie Anm. 73), S. 1.

[169] Schreiben Potemkin an Škvarcev vom 29. 12. 1939, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 153.

[170] Rede Molotovs (wie Anm. 29), S. 1.

[171] Vgl. Rede Molotovs (wie Anm. 73), S. 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gemeinsam mit Deutschland wurden die territoriale Teilung Polens verwirklicht, der polnische Staat und große Teile der polnischen Eliten wurden dabei vernichtet; gegenüber Teilen des polnischen Volkes wurde sogar eine pure Völkermordpolitik praktiziert. Die Gesellschaft „Memorial" (Moskau) hat im Zentralarchiv des Föderativen Sicherheitsdienstes Rußlands ermittelt, daß im Jahr 1939 im sowjetisch besetzten Ostpolen mehr als 19300 Menschen verhaftet wurden, was 65,5 Prozent der insgesamt im gleichen Zeitraum in der UdSSR Verhafteten entsprach[172]. Insgesamt jedoch wurden vom 17. September bis 22. Juni 1941 mehr als 400000 Menschen inhaftiert oder deportiert, das heißt nicht weniger als drei Prozent der Bevölkerung der von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebiete[173]. Massenverhaftungen unter der polnischen Intelligenz, allen voran von Professoren, Dozenten oder Lehrern, nährten den Gedanken, die Vernichtung der intellektuellen Elite Polens sei ebenfalls eines jener gemeinsamen deutsch-sowjetischen Ziele[174], über die es in dem bereits erwähnten gemeinsamen Kommuniqué verschleiernd geheißen hatte, man wolle „der Bevölkerung Polens [...] helfen, die Bedingungen ihres staatlichen Daseins neu zu regeln"[175]. Die Zahl der Opfer, wie überhaupt das Ausmaß an menschlichem Leid, aber auch der materielle Schaden, der Ostpolen durch die sowjetische Okkupation zugefügt wurde, ist erst noch auf der Grundlage von Akten zu bestimmen. Doch ist schon jetzt offensichtlich, daß sie vollkommen vergleichbar sind mit jenen Opfern und Demütigungen, die zur gleichen Zeit der Bevölkerung des von den Deutschen besetzten Teils Polens widerfuhren, ja diese vielleicht sogar übertrafen[176].

Nicht weniger tragisch war das Schicksal der baltischen Völker. Das Konzept, das die sowjetische Führung für diese Länder ausgearbeitet hatte, wurde in aller Offenheit in der Presse verkündet: „Unser großes Land bringt der Souveränität kleiner und militärisch schwacher Staaten große Achtung und Aufmerksamkeit entgegen. Die Sowjetunion mischt sich nie in deren innere Angelegenheiten ein, aber sie kann nicht zulassen, daß ein schwacher Nachbarstaat zu einem blinden Werkzeug in den Händen von Kriegsbrandstiftern wird."[177] Gestützt auf die Geheimabkommen mit Berlin, zwang die sowjetische Führung die baltischen Staaten dazu, mit der UdSSR Verträge über gegenseitigen Beistand abzuschließen; der Weg zur Liquidierung ihrer Unabhängigkeit war damit offen. In jenen Fällen, wo die Gewaltandrohung – in der Sprache der sowjetischen Propaganda: „die Stalinsche Politik des Friedens und der

---

172 Vgl. Oleg Gorlanov, Arsenij Roginskij, Ob arestach v zapadnych oblastjach Belorussii i Ukrainy v 1939–1941 gg., in: Repressii protiv poljakov i polskich graždan, Vypusk 1, zusammengestellt von Aleksandr Gurjanov, Moskva 1997, S. 83.

173 Vgl. ebenda, S. 96.

174 Vgl. Donal O'Sullivan, Die Sowjetisierung Osteuropas 1939–1941, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 2 (1998), S. 131.

175 Deutsch-sowjetisches Kommuniqué (wie Anm. 49).

176 Vgl. Jan T. Gross, Die Sowjetisierung Ostpolens 1939–1941, in: Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa", im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hrsg. von Bernd Wegner, München/Zürich 1991, S. 72.

177 Stalinskaja politika mira i družby narodov, in: Komsomol'skaja pravda, 2. 10. 1939, S. 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Völkerfreundschaft"[178] – nicht griff, bediente man sich der offenen, nackten Gewalt. Gegen Finnland, das sich keinem Diktat beugen wollte, wurde 1939 ein Krieg eröffnet, der dreieinhalb Monate dauerte. Der satzungsgemäße Ausschluß der UdSSR aus dem Völkerbund als Aggressorstaat war der Preis für die außenpolitischen „Erfolge" der UdSSR im Jahr 1939.

Trotzdem verschlechterte sich, im ganzen gesehen, mit diesem Vorstoß der UdSSR nach Westen ihre militärstrategische Situation, denn die ohnehin nur dürftig gesicherten Grenzen der Sowjetunion zu Deutschland vergrößerten sich dadurch ganz erheblich. Was die Exportpolitik der UdSSR betrifft, so nahm diese erst in den letzten Monaten des Jahres 1939 überhaupt Gestalt an, doch ihr Charakter – die Umorientierung des Exports von strategischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln auf Deutschland – wurde von Stalin in dieser Zeit definiert.

VII.

Ohne eine Bewertung des sowjetischen Verhaltens nach den Normen des *damals geltenden* Völkerrechts wäre diese Studie unvollständig. Ausgangspunkt ist dabei selbstverständlich der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, denn er bildete die Grundlage für eine ganze Reihe rechtswidriger Aktionen seitens der UdSSR. Das Völkerrecht gebietet, „keine Verträge abzuschließen, die den Verpflichtungen aus früheren Verträgen zuwiderlaufen"[179]. Bereits mit dem Abschluß dieses Vertrags verstieß die sowjetische Regierung gegen Artikel 3 des Nichtangriffsvertrags zwischen der UdSSR und Polen, der am 25. Juli 1932 für drei Jahre geschlossen und dann am 5. Mai 1934 bis Ende 1945 verlängert worden war, wie die gemeinsame Erklärung beider Regierungen vom 27. November 1938 noch einmal bestätigt hatte. In diesem Artikel verpflichteten sich die UdSSR und Polen, an keinem Abkommen teilzunehmen, das gegen die jeweils andere Partei gerichtet wäre[180]. Faktisch war der deutsch-sowjetische Pakt in erster Linie gegen Polen gerichtet, das in wenigen Tagen von Deutschland angegriffen werden sollte, präsentierte er sich doch in seinem veröffentlichten Teil de jure als ein Vertrag über uneingeschränkte Neutralität jeder der beiden Parteien gegenüber jeglichen Aktionen der jeweils anderen Partei; das heißt, der Vertrag gewährte dem Aggressor volle Handlungsfreiheit.

Was rechtfertigt eine derartige Interpretation des Haupttextes des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts? Vor allem, daß in ihm ein Artikel fehlte, der in den von der UdSSR in den dreißiger Jahren unterzeichneten Nichtangriffsverträgen mit europäischen Staaten (Finnland, Lettland, Estland, Polen, Frankreich, Italien) üblich gewe-

[178] Ebenda, S. 1.

[179] Lassa F. L. Oppenheim, International Law, 2 Bde., London 1947, hier Bd. 1, § 503, S. 805.

[180] Vgl. Nichtangriffsvertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Polnischen Republik vom 25. 7. 1932, in: Vnešnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentov, hrsg. von Boris Štejn, Moskva 1945, T. III, Dok. 176, S. 557.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen war und vom Narkomindel (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten) als „unveränderlicher Bestandteil jeglichen Nichtangriffspakts" betrachtet wurde[181]; ihm zufolge trat eine Nichtangriffs-Übereinkunft in dem Fall außer Kraft oder wurde einer der vertragsschließenden Parteien das Recht eingeräumt, diese Vertragsbindung aufzulösen, wenn die andere Seite einen beliebigen dritten Staat angriff. Das Fehlen eines derartigen Artikels im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt war nicht nur ein fehlender Sicherungsmechanismus gegen mögliche Aggressionen, vielmehr spornte es zu solchen an. Denn mit dem Angebot unbegrenzter Neutralität beider Seiten bei allen Handlungen der Gegenseite wurde mit dem „Nichtangriffsvertrag" einem Aggressor volle Handlungsfreiheit eingeräumt. Darauf weist auch die Formulierung des Artikels II des deutsch-sowjetischen Vertrags hin: „Falls einer der Vertragsschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragsschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen."[182] Aus völkerrechtlicher Sicht stand der veröffentlichte Teil des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts, insbesondere vor dem Hintergrund der politischen Situation Ende Sommer 1939, zweifellos in offenem Widerspruch zu den Verpflichtungen, die die sowjetische Führung früher gegenüber Polen eingegangen war. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Maksim M. Litvinov hatte bereits 1934, nicht ohne Prophetie, bemerkt: „[. . .] zweiseitige Nichtangriffspakte dienen nicht immer der Sache des Friedens. Selbst der notorisch aggressivste Staat kann Nichtangriffspakte mit einzelnen Staaten abschließen, um freie Hand zu bekommen und sein Hinterland oder seine Flanken für Angriffe auf andere Staaten zu sichern."[183]

Was nun das geheime Protokoll betrifft, das in den Worten der sowjetischen Führung einen „integrierten Bestandteil des Paktes" bildete[184], so war hier unmißverständlich die territorial-politische Neugestaltung und Aufteilung der Interessensphären in Osteuropa fixiert, dessen erstes Opfer Polen werden sollte. Die darauffolgende sowjetische Politik macht deutlich, daß die Sowjetunion bereits in den ersten Tagen des Zweiten Weltkriegs bereit war, ihre Neutralität zugunsten Deutschlands aufzugeben: Bekanntgabe des Aufmarschs sowjetischer Truppen an der sowjetisch-polnischen Grenze Ende August; teilweise Mobilmachung der Reservejahrgänge; Versetzung der Truppen des Ukrainischen und des Belorussischen Sonderwehrbezirks in erhöhte Gefechtsbereitschaft und die Verlegung der Angriffswelle in unmittelbare Nähe der sowjetisch-polnischen Grenze; Einsatz des Senders der Stadt Minsk ab 1. September als Funkfeuer für deutsche Flugzeuge, die über polnischem Gebiet Gefechtsaufgaben erfüllten; Erteilung der Genehmigung für die Verwendung des Ha-

[181] Aufzeichnung des Gesprächs des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Maksim Litvinov mit dem Außenminister Polens Josef Beck vom 13. 2. 1934, in: DVP, SSSR, T. XVII, Dok. 53, S. 133.

[182] ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 228, S. 205; DVP, T. XXII, kn. 1, Dok. 484, S. 631.

[183] Interview Litvinovs, in: Izvestija, 29. 6. 1934, S. 1.

[184] Denkschrift Molotovs an Schulenburg vom 17. 8. 1939, in: DVP, T. XXII, kn. 1, Dok. 470, Anhang, S. 612.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fens Murmansk für den Umschlag deutscher Frachten und den Aufenthalt deutscher Passagier- und Frachtschiffe; antipolnische Propaganda in den Zeitungen und Nachdruck von deutschen Presseartikeln einschließlich der Reden Hitlers und der Meldungen des OKW usw.

Im Völkerrecht wird Neutralität definiert „als Haltung der Unparteilichkeit". Sie umfaßt „die Verpflichtung, sich der aktiven wie auch passiven Unterstützung eines kriegführenden Landes zu enthalten"[185]. Tatsächlich aber begann die sowjetische Führung bereits in den ersten Tagen und Wochen des Zweiten Weltkriegs die Vernichtung Polens vorzubereiten.

Ein qualitativer Wandel in der Außenpolitik der UdSSR vollzog sich im Morgengrauen des 17. September 1939. In seiner offiziellen Rundfunk-Erklärung begründete Molotow ausführlich den Befehl der sowjetischen Führung an die Rote Armee, „die Grenze zu überschreiten und Leben und Eigentum der Bevölkerung der Westukraine und Westbelorußlands unter ihren Schutz zu nehmen". In der „Iswestija" wurde dies tags darauf folgendermaßen erläutert: Erstens hätten „die Ereignisse, die der polnisch-deutsche Krieg hervorgerufen habe, [...] die innere Haltlosigkeit des polnischen Staates bewiesen", der „polnische Staat und die polnische Regierung" hätten „faktisch aufgehört zu existieren"; infolgedessen seien, zweitens, „die Verträge, die zwischen der Sowjetunion und Polen geschlossen wurden, außer Kraft", und, drittens, sei die Sowjetregierung „bis zum letzten Augenblick neutral geblieben", aber sie könnte „in Anbetracht der angeführten Umstände sich der geschaffenen Lage gegenüber nicht länger neutral verhalten"[186].

Wie sind diese Argumente aus der Sicht des Völkerrechts zu bewerten?

„1) Ein Staat besteht im Sinne des Völkerrechts auch dann fort, wenn er *vorübergehend* nicht die Zentralgewalt besitzt, denn er wird nicht allein durch seine Zentralregierung, sondern auch durch *alle* ihre Organe repräsentiert. [...] Selbst die Besetzung seines gesamten Territoriums durch den Gegner (‚*debellation*') setzt der Existenz des besiegten Staates kein Ende. [...] Deswegen bleibt der Staat dasselbe Subjekt des Völkerrechts, solange das Volk dieses Staates nicht *endgültig* durch den jeweils anderen Staat verschlungen bzw. zwischen einigen Staaten aufgeteilt wird."[187]

2) Aus Sicht des Völkerrechts verlieren politische Verträge zwischen Staaten ihre Gültigkeit aufgrund der Vernichtung einer der Vertragsparteien oder infolge eines Krieges, der „alle politischen Verträge zwischen den kriegführenden Ländern aufhebt"[188].

3) Im Völkerrecht endet die Neutralität, falls ein „bislang neutraler Staat einen Krieg gegen eines der kriegführenden Länder beginnt", etwa weil es für den bislang neutralen Staat „nicht mehr angemessen zu sein scheint, noch länger neutral zu bleiben". In solchen Fällen handelt es sich um eine schwere Verletzung des Völkerrechts,

---

[185] Oppenheim, Law, Bd. II, § 297, S. 520f.

[186] Rundfunk-Ansprache Molotovs am 17. 9. 1939, in: Izvestija, 18. 9. 1939, S. 1.

[187] Alfred Ferdross, Meždunarodnoe pravo, Moskva 1959, S. 232f.

[188] Oppenheim, Law, Bd. I, § 541, S. 851; Bd. II, § 99, S. 245.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denn „wenn die Neutralität faktisch und rechtlich bereits in Kraft getreten ist, darf ein neutraler Staat, dem als Mitglied des Völkerbundes Verpflichtungen auferlegt sind, diesen nicht entsagen, es sei denn, dies geschieht aus Gründen, die mit der Ursache des gegenwärtigen Krieges nichts zu tun haben"[189].

4) Das Völkerrecht unterscheidet bei Kriegen zwischen Haupt- und Nebenteilnehmern. Nebenteilnehmer „sind solche Staaten, die eine kriegführende Hauptpartei [...] mit Hilfe und Beistand versorgen"[190]. Durch den Eintritt in den deutsch-polnischen Krieg wurde die UdSSR zu einer Partei, die zusammen mit Deutschland den Krieg führte. Dabei unterstützte sie nicht allein diesen Hauptteilnehmer des weltweiten Konflikts, sondern erlangte schon mit ihren Kampfhandlungen selbst den Status einer kriegführenden Partei. Gemeinsam kriegführende Staaten müssen nicht zwingend Verbündete sein, das heißt, ihre Beziehungen müssen nicht zwangsläufig auf einem Bündnisvertrag basieren, sondern können auch in ihrer Zielrichtung bei einem Krieg oder einem einzelnen Feldzug in ihrem Wesen übereinstimmen.

Die angeführten Bestimmungen beweisen damit eindeutig, daß: a) der polnische Staat am 17. September 1939 nicht aufgehört hatte zu existieren und weiterhin Bestandteil des Völkerrechts blieb; b) die bestehenden Verträge zwischen der UdSSR und Polen indes tatsächlich ihre Gültigkeit verloren, da die UdSSR durch ihren Einfall in das Territorium eines souveränen Staates Kampfhandlungen gegen eine der kriegführenden Parteien – Polen – eröffnet hatte; c) das Fehlen einer formellen Kriegserklärung sowohl seitens der UdSSR als auch seitens Polens am Wesen der Angelegenheit nichts ändert, denn gemäß Völkerrecht sind „Feindseligkeiten eines neutralen Staates gewaltsame Aktionen, die zum Zwecke des Angriffs auf ein kriegführendes Land geführt werden. Dies sind kriegerische Handlungen, die zwischen dem betreffenden neutralen und kriegführenden Land einen Kriegszustand erzeugen"[191]. Unter dieser Perspektive war das Ende der sowjetischen Neutralität während des deutsch-polnischen Kriegs und der Einfall der Sowjetunion mit starken Kräften in das Gebiet eines souveränen Staates zweifelsohne ein Akt von Krieg und Aggression[192], ihr Eintritt in den deutsch-polnischen und damit auch in den Zweiten Weltkrieg.

Mit der Zerschlagung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen endete lediglich der erste Akt des Zweiten Weltkriegs. Seine aktiven Teilnehmer bereiteten sich auf den nächsten Akt vor: Deutschland rüstete für den Westfeldzug, die UdSSR für den Krieg gegen Finnland, das sich geweigert hatte, einen Pakt über gegenseitigen Beistand zu schließen, ganz im Gegensatz zu Estland, Lettland und Litauen, die damit ihre Unabhängigkeit widerstandslos aufgegeben hatten. Bei den Vorbereitungen

[189] Ebenda, Bd. II, § 312, S. 533.
[190] Ebenda, Bd. II, § 77, S. 201.
[191] Ebenda, Bd. II, § 320, S. 546.
[192] Vgl. Konvention über die Definition von Aggression vom 3. 7. 1933, in: DVP, T. XVI, Dok. 213, S. 390.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Angriff auf Finnland, die praktisch schon Anfang Oktober 1939 begannen[193], hatten die Sowjets offensichtlich vom deutschen Vorbild gelernt; hierzu gehörten: Gebietsansprüche, die den sowjetisch-finnischen Vertrag über Nichtangriff und friedliche Beilegung von Konflikten von 1932 grob verletzten; eine hemmungslose antifinnische Kampagne in der Presse, Inszenierung eines angeblich von finnischem Gebiet aus erfolgten Feuerangriffs auf sowjetische Truppen im Ort Mainila (nach dem Rezept des „Angriffs" auf den Sender Gleiwitz); Abbruch der diplomatischen Beziehungen und schließlich ein als „Blitzkrieg" geplanter Krieg, der nach 115 Tagen erbitterter Kämpfe unter kolossalen Verlusten mit einem Pyrrhussieg (sowjetischerseits beteiligten sich bis zu 960000 Mann, von denen 131000 Mann starben[194], eine mehr als doppelt so hohe Zahl als die deutschen Verluste im Verlaufe des gesamten ersten Kriegsjahres[195]) und mit einer noch größeren außenpolitischen Niederlage der UdSSR endete. In diesem Fall handelte es sich schon um den Überfall eines kriegführenden auf einen neutralen Staat; möglich wurde das allein durch die geheimen Abkommen zwischen der UdSSR und Deutschland. Es gibt keinerlei Veranlassung, den sowjetisch-finnischen Krieg aus dem Zweiten Weltkrieg zu isolieren, wie es immer noch viele Historiker tun. Den Angriff Deutschlands auf das neutrale Norwegen im April 1940 könnte man sonst ebenfalls in diesem Sinne interpretieren.

Im Laufe dieses „Winterkriegs" wurde die Sowjetunion durch die internationale Gemeinschaft demokratischer Staaten nicht nur verurteilt, die sie als Aggressor aus dem Völkerbund ausschlossen. Diese Politik hätte beinahe zu einem Krieg mit den Westmächten geführt, welche die Entsendung eines großen Expeditionskorps zur Unterstützung Finnlands planten und Luftangriffe auf die kaukasischen Ölfelder erwogen[196]. Für die Sowjetunion spitzte sich die Situation in einer sehr gefährlichen Weise zu. Hätte der Krieg gegen Finnland noch länger gedauert und hätte die Wehrmacht nicht ihre Offensiven im Norden und Westen eröffnet, dann hätte – so ein russischer Historiker rückblickend – der „Große Vaterländische Krieg für die UdSSR bereits 1940 [...] beginnen" können[197]! Eine vielleicht etwas zugespitzte Deutung, doch kommt sie der Wahrheit recht nahe.

Wie bereits festgestellt, unterstützte die Sowjetunion die deutsche Strategie gegen Großbritannien in der Phase zwischen Polenfeldzug und dem Krieg gegen Finnland vor allem im propagandistischen Bereich und im Seekrieg. Sieht man einmal ab vom

---

193 Vgl. Bericht des Volkskommissariats für Eisenbahnverkehr an Stalin „Über die Lehren der militärischen Eisenbahntransporte und der Arbeit im Winter 1939/1940" vom 21. 4. 1940, in: RGASPI, f. 81, op. 3, d. 337, l. 2.

194 Vgl. Ochto Manninen, Moščnoe sovetskoe nastuplenije, in: Simnjaja vojna 1939–1940, Bd. 1, Političeskaja istorija, hrsg. von Oleg Ržeševskij/Olli Vechvilajnen, Moskva 1998, S. 325.

195 Vgl. Hans Umbreit, Der Kampf um die Vormachtstellung in Westeuropa, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, S. 307.

196 Vgl. ausführlich Hans-Joachim Lorbeer, Westmächte gegen die Sowjetunion 1939–1941, Freiburg 1975.

197 Vgl. Lev Bezymenskij, Velikaja Otečestvennaja v ... 1940 godu?, in: Meždunarodnaja žizn', Nr. 8, 1990, S. 103–116.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

faktischen Kriegseintritt der Sowjetunion am 17. September 1939 und betrachtet diese weiterhin als neutralen Staat, dann hätte schon die erwähnte Politik einer massiven Unterstützung Deutschlands den angeblich neutralen Status der Sowjetunion gravierend verletzt. Während der ersten vier Monate des Zweiten Weltkriegs war die sowjetische Politik in ihrer Konsequenz direkt oder indirekt gegen die Westmächte gerichtet; dies alles konterkarierte deren Wirtschaftsblockade gegen Deutschland – ein „Erfolg", über den die sowjetische Presse stolz berichtete. Dem Völkerrecht zufolge gibt ein neutraler Staat, der einer kriegführenden Partei Beistand gewährt, „allein durch diesen Umstand die Neutralität auf und kann nicht mehr als neutral angesehen werden"[198].

Die Sowjetunion, die Deutschland einseitig Hilfe und Unterstützung gewährte, war schon allein deswegen nicht mehr als neutraler Staat zu betrachten, was zumindest rechtlich England und Frankreich eine legitime Handhabe für Maßnahmen gegen die Sowjetunion bot. Dies konnte auch Luftangriffe auf die sowjetischen Ölfelder im Kaukasus oder die Entsendung von Truppen zur Unterstützung Finnlands umfassen, bis hin zu einer Kriegserklärung an einen Staat, der allein schon durch seine Unterstützung des nationalsozialistischen Deutschlands seine Neutralität unwiderruflich verloren hatte. Die britischen und französischen Politiker zögerten jedoch, weil sie fürchteten, dies würde Hitler in die Hand spielen und Stalin noch mehr in dessen Arme treiben. Dabei hatte der britische Botschafter in Moskau, William Seeds, gemeint, ihm persönlich „hätte es Spaß gemacht, dies Herrn Molotow auszurichten"[199].

Der Kreml jedenfalls hielt eine solche Entwicklung für möglich, was einmal mehr beweist, daß Stalin und seine Umgebung sich über den Charakter ihrer internationalen Politik, die sich ausschließlich auf offene und geheime Abkommen mit Deutschland stützte, durchaus im klaren waren. Es spricht für sich, wenn der Nichtangriffspakt am ersten Jahrestag seiner Unterzeichnung als „eines der wichtigsten Dokumente in der Geschichte der internationalen Beziehungen unserer Epoche ..." charakterisiert wurde[200] und die Beziehungen zu Deutschland als eine „mit Blut besiegelte Freundschaft"[201]. Mit bemerkenswerter Offenheit wurde hier die Aggressions- und Eroberungspolitik beider totalitärer Regime während der Jahre 1939/40 beim Namen genannt.

Man kommt also nur schwerlich um die Einsicht herum, daß alle bewaffneten Konflikte, alle Kriegshandlungen, alle gewaltsamen Annexionsakte unabhängig von ihrer Intensität, ihrer Dauer und ihren Auswirkungen in der Zeit vom 1. September 1939 bis 2. September 1945 Teile des Zweiten Weltkriegs waren. Nur unter dieser Perspektive läßt sich die angeblich ungelöste Frage beantworten, wann die Sowjetunion denn nun in den Zweiten Weltkrieg eingetreten ist.

---

198 Gennadij M. Melkov, Nejtralitet v vojne, in: Sovetskij ežegodnik meždunarodnogo prava, 1978, Moskva 1980, S. 245.

199 Zit. nach Bezymenskij, Velikaja Otečestvennaja, S. 104f.

200 Godovščina sovetsko-germanskogo pakta, in: Pravda, 23. 8. 1940, S. 1.

201 Stalins Telegramm an Ribbentrop, in: Pravda, 25. 12. 1939, S. 4.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

YECHIAM WEITZ

BEN-GURIONS WEG ZUM „ANDEREN DEUTSCHLAND" 1952–1963

Von 1948 bis 1953, und dann wieder von 1955 bis 1963, war David Ben-Gurion Ministerpräsident von Israel. Die Beziehung Israels zu Deutschland war in dieser Zeit eines der wichtigsten Themen auf der Tagesordnung des neuen Staates und wurde immer wieder zum Anlaß öffentlicher und politischer Krisen. Die erste entstand im Jahr 1952, als das israelische Kabinett beschloß, mit der Regierung von Bundeskanzler Konrad Adenauer über die „Wiedergutmachungszahlungen" zu verhandeln. Eine weitere Krise entstand Ende 1957, als Ben-Gurion den damaligen Generalstabschef Moshe Dayan nach Deutschland schicken wollte, wo dieser mit den zuständigen Bonner Stellen über sicherheitspolitische Themen verhandeln sollte. Obwohl Ben-Gurion Dayans Reise geheimhalten wollte, erfuhren einige Minister der zionistisch-sozialistischen Parteien Achdut Ha'avoda und Mapam davon, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland entschieden ablehnten. Sie sorgten dafür, daß Dayans Reise bekannt wurde, was den Rücktritt Ben-Gurions und seines gesamten Kabinetts zur Folge hatte. Im Sommer 1959 kam es kurz vor den Wahlen zur Vierten Knesset, dem israelischen Parlament, erneut zum Konflikt. Diesmal war der Export von in Israel produzierten Waffen nach Deutschland der Anlaß, den Achdut Ha'avoda und Mapam entschieden ablehnten. Auch diese Krise endete mit dem Rücktritt Ben-Gurions und seines Kabinetts.

1960 stand die deutsche Frage neuerlich auf der Tagesordnung. Dies war auf das Treffen zwischen Ben-Gurion und Adenauer in New York am 14. März (Es war das einzige Treffen zwischen den beiden Politikern in ihren offiziellen Funktionen. Sie trafen sich erneut 1966, als der 90jährige Adenauer einige Monate vor seinem Tod Israel besuchte) und auf die Entführung Adolf Eichmanns in Argentinien im Mai 1960 zurückzuführen, der dann vor ein israelisches Gericht gestellt werden sollte. Aus der zeitlichen Nähe dieser beiden Ereignisse ergab sich das Problem, wie man Eichmann in Israel vor Gericht bringen und gleichzeitig die israelische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit und Bedeutung offizieller Beziehungen zwischen den beiden Ländern überzeugen könne.

1962, dem Jahr der Hinrichtung Adolf Eichmanns, tauchte hinsichtlich der Beziehungen mit Deutschland ein weiteres Problem auf, als bekannt wurde, daß deutsche Wissenschaftler in Ägypten nicht nur arbeiteten, sondern dort auch chemische Waffen produzierten. Diese Informationen führten zu hitzigen Diskussionen: Einige waren der Meinung, daß die Arbeit dieser Wissenschaftler eine reale Gefahr für Israels Sicherheit und Existenz darstellte, während andere dies für übertrieben hielten und

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinten, daß die Erinnerungen an den Holocaust eine derart starke Empörung und derart große Ängste ausgelöst hätten. Der Vorfall war stark von Emotionen überlagert und markierte auch in der israelischen Politik einen Wendepunkt. Er führte im März 1963 sogar zum Rücktritt des Chefs des israelischen Geheimdiensts, Isser Harel, und nur drei Monate später zum letzten und endgültigen Rücktritt von Ben-Gurion selbst.

Die Polemik über die deutsche Frage flammte wieder auf, als 1965 offizielle diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufgenommen wurden und als 1966 der Privatbesuch Adenauers in Israel folgte. In der historischen Perspektive erscheinen diese Auseinandersetzungen aber wie die letzten Abschnitte eines langen Kapitels voll bitterer und schmerzhafter Kontroversen über die Einstellung und Beziehung Israels zu Deutschland. Ben-Gurion war in alle Teile dieses Kapitels involviert. Sein Verhältnis zu den israelisch-deutschen Beziehungen wurde auf drei verschiedenen Ebenen deutlich. Erstens auf der politischen Ebene: Da die meisten strittigen Themen in seiner Amtszeit lagen, mußte er sich mit ihnen in seiner offiziellen Funktion als Ministerpräsident auseinandersetzen. Zweitens war er persönlich stark engagiert, und drittens war seine Position in der Sache unzweideutig und wurde von ihm mit dem vollen Gewicht seiner Persönlichkeit klar formuliert. Der vorliegende Artikel wird zunächst die Entwicklung von Ben-Gurions Gedanken zwischen 1952 und 1963 nachzeichnen und dann der Frage nachgehen, ob sie ausschließlich pragmatisch begründet waren oder auf moralischen und ethischen Überlegungen basierten.

I.

Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland bestand in den dreißiger Jahren – nach Hitlers Machtergreifung und nachdem das Schicksal des deutschen Judentums eines der Hauptthemen in der zionistischen Welt geworden war – vor allem aus zwei Elementen. Erstens war er sich der zunehmend unsicheren Lage des europäischen Judentums zutiefst bewußt[1], und zweitens erkannte er, daß Eretz Israel (Palästina) – das in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre die wichtigste Zufluchtstätte für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland geworden war – erstmals eine praktische Lösung für diesen großen Teil des Weltjudentums bot.

Ben-Gurion sprach in den dreißiger Jahren häufig über den Zusammenhang zwischen der Not des europäischen Judentums und der politischen Lage in Eretz Israel. So meinte er z. B. in einem Vortrag in Tel Aviv am 23. Juli 1935[2], daß das Jahr 1933

[1] Vgl. z. B. seine Ansprache im zionistischen Aktionskomitee im Frühjahr 1935 in: Daniel Frenkel, On the Edge of the Abyss: Zionist Policy and the Plight of the German Jews (Hebr.), Jerusalem 1994, S. 116 f.

[2] David Ben-Gurion, A New Period in Zionism, in: Ders., Memories II (Hebr.), Tel Aviv 1976, S. 360–371.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„ein Wendepunkt" in der Geschichte der Nation und auch in der Geschichte des „Landes [Eretz Israels]" gewesen sei. Er meinte damit die Verschärfung der Situation der europäischen Juden, vor allem der Juden in Deutschland. Fünfzig Jahre zuvor hätte sich daraus der Todesstoß für die gesamte jüdische Nation ergeben können. Nun biete aber die Entwicklung des *Yishuv* (der jüdischen Gemeinschaft in Palästina) die Gewähr dafür, daß die jüdische Nation diesen Schlag überwinden könne. In dieser schwierigen Zeit, sagte er, sei Eretz Israel „die einzige Hoffnung für das jüdische Volk, nicht nur für die [Juden] aus Osteuropa, sondern auch für die aus Westeuropa"[3].

In der Debatte über das Transferabkommen, das deutschen Juden ermöglichte, mit einem Großteil ihres Eigentums nach Palästina zu emigrieren[4], bezog Ben-Gurion sehr eindeutig Position: Er befürwortete das Abkommen und war gegen die Bemühungen der revisionistischen Bewegung, einen Boykott der deutschen Wirtschaft zu organisieren. Seiner Meinung nach waren diese Bemühungen eine Reaktion von assimilierten Juden und nicht von Zionisten[5]. Ben-Gurion war sogar für direkte Verhandlungen mit dem NS-Regime, wenn dies der Einwanderung deutscher Juden förderlich und der Rettung ihres Eigentums dienlich sei. Am 21. Oktober 1935, nach Erlaß der „Nürnberger Gesetze", schrieb er an Moshe Shertok (später Sharett), den Vorsitzenden der politischen Abteilung der Jewish Agency, und verlangte „direkte Verhandlungen mit den Reichsbehörden über die Ausfuhr von [jüdischem] Eigentum und Kapital"[6].

Ben-Gurions Hauptziele in den dreißiger Jahren waren demnach die Erschließung Eretz Israels sowie die Vergrößerung der Aufnahmekapazität für jüdische Einwanderer. Der Kampf für jüdische Rechte und gegen Antisemitismus in der Diaspora war zweitrangig und hatte, vor allem angesichts der existentiellen Probleme des jüdischen Volkes, an Bedeutung verloren.

Die wichtigsten Auseinandersetzungen über das Wiedergutmachungsabkommen fanden zwar in den Jahren 1951 und 1952 statt, aber die Idee, Reparationszahlungen von Deutschland zu fordern, war bereits zu Beginn des Zweiten Weltkriegs aufgekommen[7]. 1949 tauchte das Thema zum ersten Mal auf der Tagesordnung des israelischen Kabinetts auf. Damals bestand in Israel ein totaler Boykott deutscher Produkte und sogar ein Boykott deutscher Sprache und Kultur[8]. Anfang 1950 erklärte Finanz-

---

[3] Ebenda, S. 518–526.

[4] Zu dem Transferabkommen vgl. Yehuda Bauer, Jews for Sale: Nazi-Jewish Negotiations, 1933–1945, New Haven/London 1995, S. 5–29.

[5] In einem Treffen des Exekutivkomitees der Jewish Agency am 23. 11. 1935 machte er diesen Punkt sehr deutlich. Vgl. Ben-Gurion, Memories II, S. 518–526.

[6] Yoav Gelber, New Homeland, Jerusalem 1990, S. 96.

[7] Vgl. Nana Sagi, German Reparations: A History of the Negotiations, Jerusalem 1980, Kap. I und II, S. 14–48.

[8] Vgl. Protokolle des israelischen Kabinetts, 7. 6. 1949 und 15. 2. 1950, in: Israel State Archives (künftig: ISA). Über den totalen Boykott Deutschlands siehe z. B. Neima Barzel, Dignity, Hatred and Memory – Reparations from Germany: The Debate in the 1950's, in: Yad Vashem Studies XXIV (1994) S. 247–252.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

minister Eliezer Kaplan in einem Bericht an das israelische Kabinett, daß Verhandlungen mit Deutschland eine notwendige Vorbedingung für die Lösung des Problems der Reparationszahlungen seien, die israelische Bürger für das in der NS-Zeit geraubte Eigentum von Deutschland forderten. Am Ende der Debatte beschloß das Kabinett, „mit Einverständnis des Ministerpräsidenten und in Zusammenarbeit mit der Jewish Agency, dem Außen- und Finanzministerium die Verantwortung zu übergeben, mit Deutschland in direkte Verhandlungen über die Ansprüche [privater Bürger] zu treten. Die Öffentlichkeit muß darüber entsprechend unterrichtet werden."[9]

Daß es zu dieser Entscheidung kam, lag vor allem an Moshe Sharett, dem Außenminister, der sich über das tiefe Dilemma Israels bezüglich der direkten Verhandlungen mit Deutschland folgendermaßen äußerte: „Zwei widersprüchliche Forderungen stehen in der Öffentlichkeit nebeneinander. [. . .] Die eine besagt: Keine Verhandlungen mit den Deutschen [. . .] totaler Boykott. Die andere besagt: [Fordert] Wiedergutmachungszahlungen [von den Deutschen] . . . Beide Forderungen können jedoch nicht verwirklicht werden: Wir können keine Wiedergutmachungszahlungen erhalten, wenn wir nicht mit ihnen verhandeln."[10]

Ende 1950 und Anfang 1951 kam die deutsche Frage in mehreren Kabinettssitzungen zur Sprache[11]. Sie wurde in drei verschiedenen Zusammenhängen angesprochen, nur einer davon betraf „Wiedergutmachungszahlungen". Angesichts der raschen Verbesserung von Deutschlands Position in der internationalen Öffentlichkeit befürchtete man, daß Israel die historische Gelegenheit verpassen würde, eine finanzielle Kompensation für das Eigentum der Opfer des Holocaust zu erhalten. In einer Kabinettssitzung am 30. Oktober 1950 sagte Sharett: „Zwei Monate sind vergangen, ohne daß etwas in Bezug auf die deutsche Frage unternommen wurde, weil das Kabinett zu keiner Entscheidung gekommen ist. Die Öffentlichkeit ist sehr beunruhigt. Und in der Presse wird behauptet, daß wir die letzte Chance verpassen, Wiedergutmachungszahlungen von Deutschland zu fordern, weil die Regierung diesbezüglich nichts unternommen hat."[12]

Sharett eröffnete damit eine Debatte, die mehrere Kabinettssitzungen dauerte. Das Kabinett beschloß schließlich, daß sich „Vertreter Israels bezüglich der Wiedergutmachungszahlungen und der Entschädigung für jüdisches Eigentum seitens Deutschlands an die Alliierten wenden werden"[13]. Am 16. Januar 1951 sandte die Regierung ein Memorandum an die Alliierten, das Reparationszahlungen an einzelne Juden zum Thema hatte. Am 12. März wurde ein zweites Memorandum abgeschickt, das sich auf „Wiedergutmachungszahlungen" an das jüdische Volk bezog. In diesem Memorandum wurde der Anspruch erhoben, daß der Staat Israel der einzige legitime

[9] Protokoll des israelischen Kabinetts, 15. 2. 1950, in: ISA.

[10] Ebenda.

[11] Vgl. Protokolle des israelischen Kabinetts, 30. 10. 1950, 27. 12. 1950, 3. 1. 1951, 8. 2. 1951, in: ISA.

[12] Ebenda.

[13] Protokoll des israelischen Kabinetts, 3. 1. 1951, in: ISA.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erbe der Opfer des Holocaust sei. Es forderte außerdem „Wiedergutmachungszahlungen" in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar von beiden Teilen Deutschlands, der Bundesrepublik und der DDR. Am nächsten Tag las Außenminister Sharett dieses Memorandum in der Knesset vor, obwohl ihm sehr wohl bewußt war, daß die Alliierten nicht im Namen Israels mit Deutschland verhandeln würden[14].

Am 15. Juli wiesen die Alliierten Israels Forderung tatsächlich zurück, und so verblieb für Israel als einzige Möglichkeit, in direkte Verhandlungen mit Deutschland einzutreten. Geheime und informelle Kontakte mit der deutschen Seite hatten allerdings schon vor der Absage der Alliierten bestanden. Aufgrund dieser Fühlungnahmen gab Adenauer am 27. September 1951 eine öffentliche Erklärung im Bundestag ab, in der er Deutschlands Verantwortung für die Verbrechen an den Juden während des „Dritten Reiches" eingestand[15]. Adenauers Erklärung ebnete den Weg für direkte Verhandlungen, und das Thema wurde am 16. und am 30. Dezember im israelischen Kabinett erneut erörtert.

Dort sprach man sich für direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung aus, aber nun mußte die Knesset diese Entscheidung bestätigen. Die Debatte begann am 7. Januar 1952 und dauerte drei Tage. Es war eine der stürmischsten Debatten, die die Knesset bis dahin erlebt hatte, aber in der Abstimmung wurde der Beschluß des Kabinetts bekräftigt. Die Verhandlungen mit Deutschland setzten im März desselben Jahres ein, wurden aber in Wassenaar, einer kleinen Stadt in den Niederlanden, und nicht in Deutschland selbst geführt. Am 10. September 1952 wurde das Abkommen in Luxemburg unterzeichnet.

Der wichtigste israelische Politiker in den Verhandlungen mit Deutschland war nicht Ben-Gurion, sondern Außenminister Moshe Sharett[16]. In den Debatten im Kabinett, in der Knesset und deren außenpolitischem Ausschuß sowie in den internen Diskussionen in seiner Partei, Mapai, war er die Hauptfigur[17]. Sharett war es auch, der das Zahlungsabkommen im Namen des israelischen Kabinetts unterzeichnete. Für die deutsche Regierung unterschrieb Konrad Adenauer, der damals auch als Außenminister fungierte.

Ben-Gurions Beteiligung war relativ gering. Er erwähnte das Thema nur bei drei verschiedenen Gelegenheiten: In einer Sitzung des Zentralkomitees der Mapai am 13. Dezember 1951; bei einem Treffen mit Mitgliedern der Koalition am 1. Januar

[14] Vgl. Records of the Knesset (Hebr.), 13. 3. 1951, Bd. 8, S. 1320–1323; zu dem Memorandum vgl. auch Neima Barzel, Israel and Germany, 1945–1956: Development of the Attitude of the Israeli Society and State to Germany Following the Holocaust (Hebr.), Ph. D. Dissertation, University of Haifa 1990, S. 162f.

[15] Vgl. ebenda, S. 190–208; Yeshayahu Jelinek/Sheva Beer, Political Acumen, Altruism, Foreign Pressure or Moral Debt: Konrad Adenauer and the „Shilumim", in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte XIX 1990, S. 77–102.

[16] Zur Stellung Sharetts in den Verhandlungen siehe Gabriel Sheffer, Moshe Sharett: A Biography of a Political Moderate, Oxford 1996, S. 569–653.

[17] Vgl. die Debatten im außenpolitischen Ausschuß der Knesset, 7. 1. 1952 und 15. 1. 1952, in: ISA, fo/12/2547.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1952 und zu Beginn einer Debatte in der Knesset am 7. Januar 1952. In seinem Tagebuch berührte er das Thema eigentlich nur in Verbindung mit der Demonstration der Herut-Partei (einer rechtsgerichteten Partei, die sich damals in der Opposition befand), die am ersten Tag der Debatte in der Knesset in Jerusalem stattfand.

Ben-Gurions Position war jedoch eindeutig und konsequent. Er befand sich ganz im Einklang mit Sharett und unterstützte ihn in Bezug auf die Verhandlungen mit Deutschland. In seinem Tagebuch schrieb er, Sharetts Plädoyer in der Knesset sei ein „Meisterstück"[18] gewesen. Außerdem befürwortete er die Verhandlungen selbst ohne wenn und aber. Dies unterschied sich sehr von der Ambivalenz, die er gegenüber anderen wichtigen Themen an den Tag gelegt hatte, wie zum Beispiel gegenüber dem von der Peel-Kommission 1937 vorgeschlagenen Teilungsplan oder seine Entscheidung aus dem Jahr 1949, Jerusalem als Hauptstadt Israels zu erklären. Schließlich verfolgte er einen Gesamtansatz, den man als einen „Ansatz der Staatlichkeit" definieren könnte: Nachdem das jüdische Volk nun eine souveräne und unabhängige Nation geworden sei, habe es Pflichten zu erfüllen, die es als Volk ohne Land noch umgehen konnte. In dieser neuen Situation könne man es sich nicht erlauben, Deutschland zu boykottieren, Israel müsse sich wie eine Nation unter Nationen verhalten.

Ben-Gurion sprach sehr oft von dieser Vorstellung. Als beispielsweise Innen- und Gesundheitsminister Moshe Shapira in einer Kabinettssitzung am 14. Oktober 1950 darauf hinwies, daß nach der Vertreibung der Juden aus Spanien im Jahr 1492 das jüdische Volk dieses Land mehrere Jahrhunderte boykottiert habe, entgegnete Ben-Gurion darauf: „Das Beispiel Spanien ist nicht relevant. Damals befanden wir uns in der Diaspora. Jetzt sind wir ein souveräner Staat. Ein Staat beschäftigt sich nicht mit Mystizismus; [er] muß politisch Stellung beziehen. [. . .] Wir müssen unsere Forderungen an Deutschland definieren. [. . .] Ich bin nicht sicher, daß sie erfüllt werden, aber wir müssen sie definieren."[19]

Während eines Treffens mit einer Gruppe prominenter Schriftsteller und Intellektueller, die ihn baten, nicht mit den Deutschen direkt zu verhandeln, sondern mittels einer befreundeten Nation, antwortete Ben-Gurion: „Ich bin dagegen, einen *Shabbes goy* [ein Nichtjude, der Aufgaben erledigt, die Juden am Shabbat untersagt sind] zu benutzen. Wenn verhandelt werden muß [. . .], dann tun wir dies selbst oder überhaupt nicht."[20] Dem Minister für Handel und Industrie, Dov Yosef, erteilte er im Kabinett eine ähnliche Antwort: „So etwas tut man, wenn man selbst nicht anwesend sein kann. [Und was würden Sie antworten, wenn sie sagen] ‚Warum können Sie nicht selbst verhandeln?'"[21]

Ben-Gurions Vorstellung von souveräner Staatlichkeit sah anders aus: Er war überzeugt, daß der Staat Israel der einzige Erbe des ausgelöschten europäischen Juden-

[18] Tagebuch Ben-Gurions, 11. 1. 1952, in: Ben-Gurion-Archiv, Sde Boker (künftig: BGA).
[19] Protokoll des israelischen Kabinetts, 14. 10. 1950, in: ISA.
[20] Tagebuch Ben-Gurions, 30. 10. 1951, in: BGA. Vgl. auch seine Rede an das Zentralkomitee von Mapai, 13. 12. 1951, in: Archiv der Labour Party, Beit-Berl (künftig: LPA).
[21] Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tums sei. Dieser Überzeugung gab er in einem Brief Ausdruck, den er 1952 anläßlich der Anlegung eines Waldes zum Gedenken an die Opfer des Holocaust schrieb: „Das einzige passende Denkmal zum Gedenken an die europäischen Juden, die von wilden Tieren ausgerottet wurden, ist der Staat Israel [. . .] [er ist die] [. . .] einzige Zuflucht für jeden Juden in der Welt, der als freier und unabhängiger Jude leben möchte."[22]

Ben-Gurion erwog auch die Möglichkeit, daß der Vorschlag des Kabinetts nicht die Mehrheit in der Knesset erhalten würde, und notierte seine diesbezüglichen Bedenken in seinem Tagebuch. Die Regierungskoalition basierte nur auf 65 der insgesamt 120 Knessetmitglieder, und von einigen wußte man, daß sie gegen die Verhandlungen waren. Ben-Gurions Hauptsorge war, daß die Koalitionspartei Agudat Israel[23] gegen den Vorschlag des Kabinetts stimmen und so eine politische Krise auslösen würde und daß zwei Mapai-Mitglieder (darunter der Sprecher der Knesset, Yoseph Sprinzak) sich der Stimme enthalten könnten[24]. Diese Unsicherheit führte dazu, daß er in einer Reihe von Sitzungen sprach und versuchte, eine Mehrheit in der Knesset zu sichern. Er tat das in einer Sitzung des Zentralkomitees von Mapai, in dem beschlossen wurde, alle Knessetmitglieder von Mapai dazu zu verpflichten, für den Vorschlag des Kabinetts zu stimmen. Und er exponierte sich auch in einer Zusammenkunft mit 40 Knessetmitgliedern, die die Koalition unterstützten. 35 Teilnehmer sprachen sich dafür aus, daß sich sämtliche Mitglieder der Koalition verpflichten sollten, für den Kabinettsvorschlag zu stimmen[25]. Diese intensiven Bemühungen führten dazu, daß der Vorschlag, in direkte Verhandlungen mit Deutschland einzutreten, schließlich in der Knesset eine knappe Mehrheit fand[26].

Ben-Gurions Position war dabei nicht nur von staatspolitischen Erwägungen bestimmt. Israels schlechte wirtschaftliche Lage spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit befand sich die israelische Wirtschaft in einer verzweifelten Lage, und 1951, ohne Devisen für den Import lebenswichtiger Bedarfsgüter wie etwa Treibstoff und Getreide, sah es besonders kritisch aus[27]. Ben-Gurion war sich der trostlosen Lage bewußt, und er erkannte auch die Notwendigkeit, Quellen zur Finanzierung der Grundbedürfnisse des Landes zu erschließen. Dies wurde auch dadurch deutlich, daß er diese Probleme in seinem Tagebuch häufig erwähnte. Am 2. Januar 1951 schrieb er: „[Finanzminister Eliezer] Kaplan: Die Lebensmittellage ist katastrophal. In zwei Monaten gibt es kein Brot mehr. [. . .] Ich telefonierte mit Eban [Abba Eban, der israelische Botschafter in Washington] und Elath [Eliahu Elath, der israelische Botschafter in London] und bat sie alles zu unter-

[22] Aus seinem Brief an Avraham Granot, Vorsitzender des Jewish National Fund, Jerusalem, 21. 4. 1952, in: BGA, Korrespondenz.

[23] Eine religiös-orthodoxe Partei, die drei Sitze in der Knesset innehatte und Mitglied des Kabinetts war.

[24] Vgl. Ben-Gurions Tagebuch, 1. und 2. 1. 1952, in: BGA.

[25] Vgl. Treffen am 1. 1. 1952, in: Ebenda.

[26] 61 Knessetmitglieder stimmten dafür, 50 dagegen, und 9 enthielten sich der Stimme bzw. waren nicht anwesend.

[27] Vgl. Haim Barkai, The First Years of the Israeli Economy, Jerusalem 1983.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen, um wenigstens 50000 Tonnen Getreide zu besorgen."[28] Und drei Tage später: „Wir brauchen Benzin. Es reicht noch für drei Monate."[29] Eine Woche später, am 11. Januar, hieß es: „Der Getreidevorrat reicht nur noch einen Monat. Zwei Schiffe mit Mehl und Getreide [sind unterwegs]. Wenn sie nicht eintreffen, gibt es eine Katastrophe."[30]

Gegen Ende des Jahres hatte sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlimmert, was zum Teil auf die Masseneinwanderung von Juden aus dem Irak zurückzuführen war[31]. Ende November richtete Ben-Gurion ein dringendes Telegramm an Abba Eban: „Im letzten Jahr gab es zwei unerwartete Ereignisse, die uns zwangen, eine sehr große Summe für den Kauf von Lebensmitteln auszugeben. [. . .] [Diese Ereignisse waren] die größte Dürre in fünfzig Jahren und der dringende Transfer der irakischen Juden. Wenn wir bis zum 10. Dezember nicht zehn Millionen $ erhalten, werden wir unsere finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllen können und all unsere Pläne für das nächste Jahr werden zerstört werden."[32]

Ben-Gurion sah drei Möglichkeiten, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern: Entweder Subventionen und Darlehen von seiten der amerikanischen Regierung oder des amerikanischen Judentums oder das Ergreifen von unpopulären Maßnahmen wie die Erhöhung von direkten und indirekten Steuern. Angesichts der großen Entbehrungen, mit denen die Bevölkerung fertig werden mußte, aber auch aufgrund von Befürchtungen, die sich auf den Fortbestand der Mapai-Hegemonie bezogen, wies Ben-Gurion die Option von Steuererhöhungen zurück, obwohl sie von Finanzminister Kaplan und dessen Generaldirektor David Horowitz befürwortet wurde. Blieben „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland: „Das Angebot von Wiedergutmachungszahlungen – im Prinzip eine beträchtliche Finanzspritze in Form eines Kapitaldarlehens, die der Wirtschaft helfen würde, ohne dabei die Schuldenlast zu erhöhen – war eine lebenswichtige *deus ex machina*. [David] Horowitz, der hinter diesem Vorschlag stand, betrachtete dies als die einzige Chance, eine wirtschaftliche Katastrophe abzuwenden."[33]

Ben-Gurion und Horowitz sprachen mehrmals über die wirtschaftliche Lage und die „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland. Horowitz beschrieb die trostlose Lage und die Schwierigkeiten, Kredit im Ausland zu erhalten, und schlug vor, Gelder aus Deutschland zu fordern. Ben-Gurion notierte in seinem Tagebuch: „Dolek [Horowitz' Spitzname] glaubt, daß wir Gelder aus Deutschland erhalten können. [. . .] Wieviel können wir bekommen? Eine Milliarde Dollar in zehn Jahren. Diese

[28] Tagebuch Ben-Gurions, 2. 1. 1951, in: BGA.
[29] Ebenda, 5. 1. 1951, in: BGA.
[30] Ebenda, 11. 1. 1951, in: BGA.
[31] Zu den Problemen, die diese Einwanderung mit sich brachte, vgl. Dvora Hacohen, Immigration in Turmoil: The Great Wave of Immigration and its Absorption, 1948–1953, Jerusalem 1994, S. 71–76.
[32] Tel Aviv, 23. 11. 1951, in: BGA, Korrespondenz.
[33] Yehudit Auerbach, Ben-Gurion and Reparations from Germany, in: Ronald W. Zweig (Hrsg.), David Ben-Gurion – Politics and Leadership in Israel, London/Jerusalem 1991, S. 276.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Summe beträgt nur drei Prozent von Deutschlands Ausfuhrhandel in den nächsten zehn Jahren."[34]

War Ben-Gurions Einstellung ausschließlich pragmatisch? War er als Ministerpräsident bereit, von jeder Seite finanziellen Beistand zu akzeptieren, um so sein Land vor einer lebensgefährlichen Krise zu bewahren? Seiner Meinung nach waren „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland vor allem ein moralisches Thema, wie er am Schluß seiner Ansprache in der Knesset sagte: „Laßt die Mörder unseres Volkes nicht auch noch zu ihren Erben werden." Darüber hinaus betrachtete Ben-Gurion die „Wiedergutmachungszahlungen" als eine moralische Pflicht der Deutschen, vor allem, weil sie es Israel ermöglichen würden, Hunderttausende von Einwanderern, Überlebende des Holocaust aus den DP-Lagern in Europa, aufzunehmen – ein Punkt, den er in seiner Ansprache in der Knesset ebenfalls betonte[35].

Ben-Gurion umriß seine Grundsätze hinsichtlich der „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Mapai, in der er den „Ansatz des Ghetto-Judentums" mit der gebotenen Politik der „Juden in ihrem souveränen Staat" konfrontierte[36]. Diese beiden Konzepte divergierten vor allem in der unterschiedlichen Bedeutung, die sie verschiedenen Begriffen und Symbolen zumaßen, darunter in erster Linie Begriffen wie „Rache" und „nationale Ehre". Ben-Gurion meinte, daß die Hauptbedeutung von „Rache" im Ghetto darin bestanden habe, „dem Deutschen hinterherzurennen und ins Gesicht zu spucken". Im eigenen Land habe „Rache" aber eine neue, konstruktive Bedeutung erhalten: Der Aufbau eines neuen Staates. Diese beiden Ansätze, so behauptete er, schlossen sich gegenseitig aus, und wenn die Regierung die Wahl zwischen der unproduktiven Geste des Ghettos und der konstruktiven Erlösung der Nation hätte, müsse sie letztere wählen. Seine Auffassung von „nationaler Ehre" formulierte er dabei folgendermaßen:

„Als wir im Ghetto waren und gedemütigt wurden, spuckten wir auf [unseren Peiniger]; zwar nicht in seiner Gegenwart, aber zu Hause sagten wir, daß wir ihn angespuckt hatten. Ich verwerfe [diese Art] von nationaler Ehre. Ich bin davor weggelaufen, als ich 19 Jahre alt war [als er Plonsk in Rußland verließ und nach Palästina kam], und habe keinerlei Absicht, dorthin zurückzukehren."[37]

Für Ben-Gurion war es eine Sache der „nationalen Ehre", 50000 jemenitische Juden mittels einer Luftbrücke praktisch über Nacht aus ihrer „schrecklichen Diaspora" nach Israel zu transferieren. Der „nationalen Ehre" nur durch lautstarke Demonstrationen oder dröhnende, aber folgenlose Redekunst Ausdruck zu verleihen, hielt er dagegen für inakzeptabel. Darüber hinaus bedeutete für ihn „nationale Ehre" auch, die volle Verantwortung für das eigene Schicksal und die eigenen Taten zu übernehmen: „Wir sind Teil dieser Welt, und in dieser Welt gibt es ein Deutschland

[34] Ben-Gurions Tagebuch, 5. 2. 1951, in: BGA. Er zitierte Horowitz in der Kabinettssitzung vom 8. 2. 1951, in: ISA.

[35] Records of the Knesset (Hebr.), 7. 1. 1952, Bd. 14, S. 897.

[36] Protokoll des israelischen Kabinetts, 14. 10. 1950, in: ISA.

[37] Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– und das umfaßt seine Nazis, seine Mörder und seine Henker [. . .] –, und wir können uns nicht von dieser Welt absondern."[38]

Ben-Gurion war nicht der einzige, der die Debatte über die „Wiedergutmachungszahlungen" als Ausdruck des Kampfes zwischen „Ghetto" und „Heimat" betrachtete. Menahem Begin, der Vorsitzende der Herut-Partei, war ähnlicher Ansicht. Aber die Bedeutung, die er diesem Kampf beimaß, war der, die Ben-Gurion ihm gab, völlig entgegengesetzt. Während Ben-Gurion in der Befürwortung der Verhandlungen den endgültigen Ausdruck israelischer Souveränität und der Verpflichtung gegenüber dem eigenen Staat erblickte, verstand Begin den Widerstand gegen Verhandlungen mit Deutschland als den endgültigen Beweis, daß die Juden „Bnei Chorin" (ein befreites Volk) seien. In seiner Rede in der Knesset sagte er: „Es war ja nicht damit getan, daß uns die *Goyim* hassten, ermordeten oder beneideten. Zuallererst verachteten sie uns. Aber in dieser letzten Generation, der letzten Generation unserer Unterwerfung und der ersten Generation unserer Erlösung, wie wir sagen [. . .] seid ihr bereit, für ein paar Millionen dreckige Dollars, für ein paar verschmutzte Waren, dieses kleine Stück Ehre, das wir uns erworben haben, zu verkaufen?"[39]

Ein weiterer Unterschied betraf ihre Orientierung an dem, was man „historische Zeit" nennen könnte. Ben-Gurion war der Gegenwart und der Zukunft verpflichtet – dem neuen Staat Israel und den Einwanderern, die es aufzunehmen galt. Im Zentralkomitee von Mapai betonte er, daß es nun – nachdem die Juden die Ghettos verlassen hatten – notwendig sei, allen Juden die Möglichkeit zu geben, nach Israel einzuwandern und sich dort niederzulassen. Niemand habe das Recht, die Einwanderung der Juden aus dem Irak zu unterbinden oder die Hunderttausende von Juden in Rumänien im Stich zu lassen. Begin dagegen war mehr der Vergangenheit als dem Staat und dessen dringenden Bedürfnissen verpflichtet. In seinem Protest gegen die Verhandlungen gab er vor, für jene zu sprechen, die „mitangesehen haben, wie unsere Väter in die Gaskammern geschleppt wurden, die das Rattern der Todeszüge gehört haben und deren alter Vater vor ihren Augen in den Fluß geworfen wurde"[40].

II.

Ende 1957 spielte das Thema der Beziehungen zu Deutschland in Israel erneut eine große Rolle. Ben-Gurion wollte damals General Moshe Dayan, den Generalstabschef der Armee, nach Deutschland entsenden. Zweck der Reise sollten Verhandlungen mit der deutschen Regierung über den Erwerb von Waffen sein. In der zweiten Hälfte

[38] Ebenda.

[39] Records of the Knesset (Hebr.), 7. 1. 1952, Bd. 14, S. 905. Zu Begins Einstellung bezüglich des Abkommens vgl. Hanna Torok Yablonka, ‚The Commander of „Yizkor" Order: Herut, Holocaust and Survivors, in: S. Ilan Troen/Noah Lucas (Hrsg.), Israel – The First Decade of Independence, New York 1995, S. 211–229.

[40] Records of the Knesset (Hebr.), 7. 1. 1952, Bd. 14, S. 907.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der fünfziger Jahre entwickelten sich zwischen Israel und der Bundesrepublik rasch sicherheitspolitische Beziehungen[41], aber Ben-Gurion tat alles, um sie geheim zu halten, weil er einer öffentlichen Debatte aus dem Weg gehen wollte. In seinem Tagebuch erwähnte er dieses Thema zum ersten Mal im Sommer 1957, als ihm Shimon Peres, der Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, über den Erwerb von zwei U-Booten in Deuschland berichtete. Das Thema war in einer Unterhaltung zwischen Peres und Franz Josef Strauß, dem deutschen Verteidigungsminister, angesprochen worden[42]. Die britische Botschaft in Tel Aviv berichtete später, daß Ben-Gurion Dayan, der damals kurz vor seinem Abschied aus der Armee stand, als Gesandten gewählt habe, weil er eine interessante Persönlichkeit war und der Sinaifeldzug bei der Bundeswehr einen tiefen Eindruck hinterlassen hatte. Dayan habe diese Mission nur widerwillig akzeptiert. Er hätte es vorgezogen, mit den Beziehungen zu Deutschland nicht in Verbindung gebracht zu werden, da diese von der Öffentlichkeit negativ beurteilt wurden, was seiner zukünftigen politischen Karriere hätte schaden können. Weiter hieß es in diesem Bericht, daß Dayans Mission zwei Ziele verfolgt habe: in militärischer Hinsicht den Erwerb von zwei in Kiel gebauten U-Booten und in politischer Hinsicht die Erkundung der Möglichkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Ben-Gurion, so war in dem Bericht ebenfalls zu lesen, sei nämlich „überzeugt, daß Adenauer nur einen kleinen Schubs brauchte, um solche Beziehungen zu Israel einzugehen"[43].

Zwei Minister der Achdut Ha'avoda[44], die gegen derartige Beziehungen zu Deutschland waren, brachten das Thema an die Öffentlichkeit. Sie sprachen darüber im Kabinett und gaben dann die geheime Information an ihre Tageszeitung, *LaMerchav,* weiter. Daraufhin nahm Ben-Gurion von der Entsendung Dayans Abstand[45], aber eine politische Krise folgte trotzdem, und am 31. Dezember reichte Ben-Gurion seinen Rücktritt ein. In der offiziellen Begründung für diesen Schritt wurde die deutsche Frage nicht explizit erwähnt. Dort sprach man eher davon, daß Regierungsmitglieder der Achdut Ha'avoda gegen den Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung verstoßen hätten, genauer: gegen das Koalitionsabkommen, in dem es hieß: „Die Mi-

[41] Vgl. L. Gardner Feldman, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston 1984, S. 122–142.

[42] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 7. 7. 1957, BGA.

[43] Bericht der Britischen Botschaft in Tel Aviv an das Außenministerium in London vom 13. 1. 1958, in: Public Record Office, London (künftig: PRO), F. O. 371/134275. Das Thema der diplomatischen Beziehungen mit der BRD wurde in der Kabinettssitzung am 15. 1. 1956 diskutiert (Protokoll in: ISA). Sieben Minister befürworteten den Vorschlag, diplomatische Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen, und sieben sprachen sich dagegen aus. Die überwiegende Mehrheit stimmte jedoch dafür, das Außenministerium anzuweisen, so bald wie möglich konsularische Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufzunehmen.

[44] Eine radikale zionistisch-sozialistische Partei, die 10 Sitze in der Knesset hatte und Mitglied des Kabinetts war.

[45] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 16. 12. 1957, in: BGA. Er schrieb: „Eine Sitzung des außenpolitischen Ausschuß' der Knesset um 3 pm. Ich sagte das folgende: „Der Generalstabschef der Armee wird nicht nach Deutschland reisen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nister und jede Partei, die an der Koalition beteiligt sind, sind zur absoluten Geheimhaltung bezüglich aller Themen verpflichtet, die im Kabinett behandelt werden und die die Sicherheit oder außenpolitische Angelegenheiten betreffen."[46] Eine Woche später, am 7. Januar 1958, präsentierte Ben-Gurion der Knesset ein neues Kabinett, das mit dem vorherigen in Bezug auf seine personelle und politische Zusammensetzung identisch war.

Während dieser kurzen Krise betonte auch Ben-Gurion, daß die Minister der Achdut Ha'avoda Staatsgeheimnisse preisgegeben und die Sicherheit des Staates gefährdet hätten, was ihn zum Rücktritt gezwungen habe[47]. Es war allerdings eindeutig, daß dies nur ein Manöver war, um von einer höchst kontroversen Debatte über die sicherheitspolitischen Beziehungen mit Deutschland abzulenken, die auch in der Öffentlichkeit als sehr problematisch angesehen wurden. Seine Position hinsichtlich der „deutschen Seite" der Krise legte Ben-Gurion in zwei Reden dar, die er vor dem Zentralkomitee der Mapai und vor dem Sekretariat der Partei hielt[48]. Im Zentralkomitee betonte er zunächst, daß die Sicherheit Israels ohne die israelische Armee unvorstellbar sei und daß die Armee zwar zuerst aus ihren Soldaten und ihren fachlichen Fähigkeiten bestehe, „aber auch aus ihrer Ausrüstung. Und ohne Ausrüstung gibt es keine Armee."[49]

Für den Kauf von Waffen, so lautete Ben-Gurions zweites Argument, brauche man Geld, Geld allein genüge aber nicht. „Das Land, das die Waffen verkauft, muß dem Staat, der die Waffen braucht und kauft, einen minimalen Grad an Freundschaft und vielleicht sogar ein gewisses Vertrauen entgegenbringen."[50] Ben-Gurions dritter Punkt bezog sich auf die laufenden Waffenlieferungen des Ostblocks an arabische Staaten, die Israel zwangen, alles zu unternehmen, um in diesem Wettrüsten nicht zurückzufallen, was angesichts der begrenzten Zahl von Waffenlieferanten nicht zuletzt deshalb eine schwierige Aufgabe war, weil sich die USA – trotz der freundschaftlichen Beziehungen zu Israel – seit der Staatsgründung weigerten, Waffen an Israel zu verkaufen. Dies traf auch für andere westliche Länder zu.

Ben-Gurions wichtigstes Argument war jedoch, daß der Erwerb von Waffen wichtig genug war, um einige Konzessionen – so schmerzhaft diese auch sein mochten – machen zu können. Angesichts dieser Überlegungen zog er zwei Schlußfolgerungen: Alle Einzelheiten der Waffengeschäfte müßten absolut geheim gehalten werden, und es sei notwendig, gute Beziehungen mit jedem Land zu unterhalten, das gewillt und fähig war, Israel in bezug auf Sicherheit zu helfen. Dabei wies Ben-Gurion darauf hin, daß die von allen Regierungsparteien unterzeichneten Koalitionsabkommen kei-

[46] Am 16. 1. 1958 sprach er über dieses Thema in der Knesset. Vgl. Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 23, S. 563 f., und am 30. 12. 1957 im Zentralkomitee von Mapai, in: LPA, 23/57.

[47] Siehe z. B. seine an den Präsidenten Israels gerichtete Rücktrittserklärung, in: David Ben-Gurion, Israel: A Personal History, New York/Tel Aviv 1971, S. 543 f.

[48] Über diese Sitzung des Zentralkomitees vgl. 30. 12. 1957, in: LPA, 23/57. Die Sitzung des Sekretariats fand am 29. Dezember 1957 statt, in: LPA, 24/57.

[49] LPA, 23/57.

[50] Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne Vorbehalte gegenüber irgendeinem Land beinhalteten. Hier erwähnte Ben-Gurion Deutschland zum ersten Mal explizit: „Es gab keine Vorbehalte, und die Existenz Deutschlands war damals auch wohl bekannt"[51], und er beendete seine Rede mit den Worten, den Mitgliedern des Kabinetts sei gesagt worden, daß „wir dabei sind, gewisse Ausrüstungen von diesem Land zu erwerben, die nur in diesem Land erworben werden konnten – und daß dies für unsere Sicherheit lebenswichtig ist"[52].

In seiner Rede im Sekretariat der Partei sprach er nur vage über Beziehungen zu Deutschland und betonte, daß „eine Boykottierung dieses Landes nur uns und nicht ihnen schaden würde"[53]. Weiter erklärte er, daß sich das heutige Deutschland von Nazideutschland unterscheide und deshalb seine „gegenwärtige politische Führung nicht mit der gleichgesetzt werden sollte, die Juden ermordet hatte"[54]. Darüber hinaus könne sich die öffentliche Meinung hinsichtlich der Waffenlieferungen in ähnlicher Weise ändern, wie das bei den „Wiedergutmachungszahlungen" der Fall gewesen sei.

Kurz nachdem diese Krise beendet war, schrieb Ben-Gurion einen Brief, in dem er auf Yitzhak Tabenkins Behauptung, Franz Josef Strauß, der deutsche Verteidigungsminister, sei aktives Mitglied der NSDAP gewesen, entgegnete[55]: „Meines Wissens war [Strauß] nie ein Nazi" und nicht „einer der Befehlshaber der Armee der Nazimörder". Ferner bezog er sich auf eine Unterredung, die er am 10. Februar 1958 mit dem Vertreter des israelischen Verteidigungsministeriums in Bonn geführt hatte, der Strauß als eine „ehrliche und kluge Persönlichkeit" beschrieb und betonte, daß Strauß bemüht sei, alle Ex-Nazis aus der Bundeswehr zu entlassen. Strauß entlasse Offiziere und sogar Unteroffiziere, wenn hinsichtlich ihrer Vergangenheit ein Verdacht bestünde.

III.

Im April 1959 kam es zu einer neuen Krise, an deren Anfang eine Bemerkung Ben-Gurions in der Kabinettssitzung am 29. März stand: „In diesem Jahr wird das Verteidigungsministerium 7 Mil. $ einbringen. Wir haben einen Vertrag mit der BRD unterzeichnet."[56] Am 14. April schrieben ihm die Minister der Achdut Ha'avoda, daß sie gegen den Export jeglicher Waffen nach Deutschland seien, und behaupteten, das Verteidigungsministerium benötige dafür die Zustimmung des Kabinetts[57]. Ben-Gurion antwortete darauf, daß diese Voraussetzung bereits erfüllt sei; das Kabinett

[51] Ebenda.
[52] Ebenda.
[53] LPA, 24/57.
[54] Ebenda.
[55] Jerusalem, 14. 2. 1958, in: BGA, Korrespondenz. Tabenkin war einer der Veteranen der Arbeiterbewegung und Vorsitzender der Achdut Ha'avoda.
[56] Protokoll des israelischen Kabinetts, 29. 3. 1958, in: ISA.
[57] Vgl. Ben-Gurion, Israel, S. 557.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

habe im Prinzip zugestimmt, Waffen an jeden Staat zu verkaufen, auch an Deutschland[58]. Die beiden Minister behaupteten demgegenüber, sich an keine Entscheidung des Kabinetts erinnern zu können, die dem Verteidigungsministerium gestattet habe, ohne vorherige Diskussion im Kabinett Waffen an Deutschland verkaufen zu können. Aber selbst wenn eine solche Entscheidung existiere, forderten sie, daß angesichts ihres energischen Widerstands keine konkreten Maßnahmen ergriffen würden, bevor sich das Kabinett mit dem Thema beschäftigt habe[59]. In Ben-Gurions kurzer und formeller Antwort wurde Deutschland nicht erwähnt:

„Die Entscheidung, an die Sie sich nicht erinnern, existiert und erklärt, daß Waffen an jedes Land verkauft werden dürfen, wenn das Außenministerium sich nicht dagegen ausspricht. [. . .] Das Verteidigungsministerium hat entsprechend dieser Entscheidung gehandelt und wird weiter so handeln."[60]

Ende Mai 1959, am Vorabend der Wahlen zur Vierten Knesset in Israel, berichtete das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel,* daß die Bundeswehr mit israelischen Rüstungsgranaten ausgerüstet werden solle[61]. Diese Meldung machte das Thema sofort zu einer Frage von höchster politischer Brisanz. Am 29. Juni brachte der Abgeordnete Shmuel Mikunis von Maki (der israelischen kommunistischen Partei) einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein – wegen „der Schmach der israelischen Waffenlieferungen an Hitlers Generale". In der Knesset stimmten die Abgeordneten von Mapam und Achdut Ha'avoda, beides Parteien der Regierungskoalition, gegen die Entscheidung des Kabinetts, das Waffengeschäft zu tätigen. Die Regierung fand aber trotzdem eine Mehrheit, weil sie von Knessetmitgliedern der Allgemeinen Zionisten, einer Partei der Opposition, unterstützt wurde[62].

Eine Woche später schickte Ben-Gurion einen Brief an alle Minister des Kabinetts. Er enthielt die Forderung nach dem sofortigen Rücktritt der Minister der Mapam und Achdut Ha'avoda. Als diese sich weigerten, trat er selbst zurück. Daß er nicht sofort nach der Abstimmung in der Knesset seinen Hut genommen hatte, lag nach einem Bericht der britischen Botschaft in Tel Aviv an innenpolitischen Überlegungen: „Sein Motiv dabei war fast sicher der Wunsch, der Öffentlichkeit so lange wie möglich das Schauspiel des offenen Bruchs der Kabinettssolidarität durch die Linksparteien vorzuführen und ihr das Ungeheuerliche dieses Verstoßes einzuhämmern, auch dessen Bedeutung als Symptom des politischen Chaos, zu dem das derzeitige Wahlsystem führe."[63]

---

[58] Vgl. Brief, 29. 4. 1959, in: BGA, Korrespondenz. Der Kabinettsbeschluß datiert vom 24. 12. 1958; Ben-Gurion, Israel, S. 557f.

[59] Vgl. Brief, 4. 5. 1959, in: BGA, Korrespondenz.

[60] Brief, 10. 5. 1959, in: Ebenda.

[61] Vgl. Rüstungsgranaten aus Haifa, in: Der Spiegel, 24. 6 1959.

[62] Vgl. Knessetsitzungen vom 29. und 30. 6. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2371–2393 und 2403–2416.

[63] Bericht der Britischen Botschaft in Tel Aviv an das Außenministerium in London, 24. 7. 1959, in: PRO, F.O. 371/142273.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitte Juli 1959 beauftragte Präsident Yitzhak Ben-Zvi Ben-Gurion erneut mit der Bildung der Regierung. Doch schon am 21. Juli verkündete Ben-Gurion, daß er diesen Auftrag nicht erfüllen könne[64]. Während dieser Krise schrieb er mehrere Briefe an die Minister der Achdut Ha'avoda und zwei Rücktrittserklärungen an Präsident Ben-Zvi (die erste, vom 29. Juni, schickte er nicht ab; die zweite stammte vom 5. Juli), in denen er betonte, daß die Minister die Verpflichtungen, die sie nach der letzten Krise auf sich genommen hatten, mißachtet hätten[65]. Die Kontroverse über Israels sicherheitspolitische Beziehungen mit Deutschland erwähnte er darin nur einmal, und zwar in seiner zweiten Rücktrittserklärung, wo es lapidar hieß: „Nachdem eine israelische Abendzeitung die Information über den Waffenkauf aus einer deutschen Wochenzeitschrift abgeschrieben hatte, wurde die brennende Kontroverse von vor sieben Jahren über die Debatte über die Wiedergutmachungszahlungen erneuert. Die Kontroverse [. . .] wurde von Herut eröffnet. Und Achdut Ha'avoda folgte."[66]

Dafür sprach Ben-Gurion zweimal öffentlich über die deutsche Frage[67]. Das eine Mal tat er es in der Knesset, wo er eine sehr polemische Rede hielt, in der er, wie in der vorangegangenen Krise, die Debatte über die „Wiedergutmachungszahlungen" ansprach, vor allem aber das Verhalten von Herut während dieser Debatte. Er stellte jedoch auch einige wichtige Punkte hinsichtlich seiner Einstellung zu Deutschland klar. Im Prinzip, so sagte er, teile er Yigal Allons Meinung[68], daß die gesamte deutsche Nation für den Holocaust verantwortlich sei. Aber nur die Bundesrepublik habe die Verantwortung für Hitlers Verbrechen übernommen und sich bereit erklärt, den Opfern des NS-Regimes „Wiedergutmachungszahlungen" zu leisten, während „die DDR sowohl gemordet wie geerbt" habe. Sein zweiter Punkt war, daß niemand das Recht habe, das Gedenken an die Opfer des Holocaust zu benutzen, um seine gegenwärtige Einstellung zu Deutschland zu rechtfertigen. Der Erwerb von Waffen aus Deutschland symbolisiere die große Veränderung, die das jüdische Volk in den letzten Jahren durchgemacht habe – von einem in aller Welt zerstreuten und unterdrückten Volk in der Diaspora zu einem souveränen Staat im eigenen Land. Während die Juden in der Diaspora nur weinen und trauern könnten, „müssen wir nun unsere Heimat erschließen, unsere jüdischen Kräfte sammeln, uns mit [diesen] Kräften verteidigen und [. . .] in der Familie der Nationen gleichberechtigt und souverän werden"[69]. Daraus folgerte Ben-Gurion: Israels jetzige Hauptaufgabe war es, einen weiteren Holocaust zu verhindern, „weil wir die einzige Nation sind [. . .] die auch heute

[64] Vgl. Ben-Gurion, Israel, S. 559.

[65] Siehe z. B. seinen Brief an die Minister der Achdut Ha'avoda, Yisrael Bar-Yehuda und Moshe Carmel vom 1. 7. 1959, in: BGA, Korrespondenz.

[66] Ben-Gurion, Israel, S. 559.

[67] Vgl. Knessetsitzung vom 1. 7. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2371–2393 und 2403–2416.

[68] Im Jahr 1959 war Yigal Allon Mitglied der Knesset seitens der Achdut Ha'avoda.

[69] Knessetsitzung vom 1. 7. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2371–2393 und 2403–2416, hier S. 2405.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch mit einer solchen Gefahr konfrontiert wird"[70]. Und diese aktuelle Gefahr gehe nicht von Deutschland aus, „weil Hitler besiegt und verbrannt ist", sondern von den benachbarten arabischen Staaten, die mit der Zerstörung Israels drohten. Ben-Gurion zögerte dabei nicht, die arabischen Staaten mit Nazideutschland gleichzusetzen: „[Hitlers] Nachfolger und Helfershelfer im Nahen Osten existieren noch immer, und sie sind die Herrscher der arabischen Länder, die uns umgeben."[71]

Dies führte ihn zu einem weiteren Punkt, der Verpflichtung, Beziehungen zu den „Nazis der Vergangenheit" aufzunehmen, um die „Nazis der Gegenwart", die Araber, wirksam bekämpfen zu können: „Weder wir, noch jemand anders [. . .] kann die sechs Millionen wieder zum Leben erwecken. Hingegen steht es jedoch in unserer Macht, einen weiteren Holocaust zu verhindern – nicht durch demagogische Redekunst [. . .] sondern durch kontinuierliche Anstrengungen, Israels Macht auszubauen."[72]

Ben-Gurion war hier ganz Realist. Länder, die sich noch vor kurzem als Todfeinde gegenübergestanden hätten, unterhielten nun gute Beziehungen, die zwar nicht auf „Liebe" basierten, aber auf „gemeinsamen Interessen"[73]. Als Beispiel nannte er die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die darauf beruhten, daß beide Staaten sich „gegenseitig brauchten", und nicht darauf, daß Frankreich Deutschlands Verbrechen vergessen habe. Das sei die Basis politischer Freundschaft, erklärte er.

Die zweite Rede hielt Ben-Gurion vor dem Zentralkomitee der Mapai. Hier betonte er, daß diejenigen, die Verhandlungen mit Deutschland ablehnten, in der Vergangenheit lebten und nicht an die Zukunft dächten und daß sie mit ihren Emotionen und nicht mit dem Überleben der jüdischen Nation beschäftigt seien. Er beschrieb Deutschland als eine zentrale Macht in Europa, deren Boykott Deutschland zu einem Verbündeten der Araber machen würde. Ein derartiger Schritt wäre eine „Dummheit oder gar ein Verbrechen"[74].

So hatte sich gegen Ende der fünfziger Jahre eine grundlegende Änderung in Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland vollzogen, die sich hauptsächlich in seiner Charakterisierung der Araber als „Nazis von heute" manifestierte. Er folgerte daraus, daß Israel mit Deutschland kooperieren müsse, um sich gegen die „Nazis von heute" verteidigen zu können. Israels Beziehung zu Deutschland war für ihn nichts anderes als die Beziehungen, die andere Staaten untereinander unterhielten, zum Beispiel Frankreich und Deutschland. Das Zahlungsabkommen war für ihn ein Beweis, daß die Bundesrepublik besser und moralischer war als die DDR. Bezeichnend ist, daß er diese Ideen vor einem nationalen Forum, der Knesset, und nicht wie in der vergangenen Krise vor einem Parteiforum präsentiert hatte.

---

[70] Ebenda.
[71] Ebenda.
[72] Ebenda, S. 2406.
[73] Ebenda, S. 2407.
[74] Sitzung des Mapai Zentralkomitees am 28. 6. 1959, in: LPA 23/59.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Wandel in Ben-Gurions Einstellung fand auch in Briefen Ausdruck, die er an israelische Bürger schrieb. In einem Brief an Frieda Sasson aus dem Kibbutz Givat Haim, den er einen Tag nach seiner dramatischen Nachricht in der Knesset von Adolf Eichmanns Festnahme verfaßte, erwähnte er, daß die Bundesrepublik „ihre Verantwortung für die NS-Verbrechen anerkannt" habe, während die DDR „gemordet und geerbt" habe und „eine Kompensation der Opfer nicht als Pflicht betrachte". Weiter erklärte er, daß Israels wichtigste Mission der Kampf gegen die „neuen Nazis" sei – gegen die Araber also, die danach trachteten, Israel zu zerstören: „Die Nachfolger der Nazis im Nahen Osten, in Ägypten und Syrien, wollen Israel zerstören – das ist die größte Gefahr, die uns droht, und gegen die wir kämpfen müssen. Dafür brauchen wir die Freundschaft *aller* Nationen, die bereit sind, uns überleben zu helfen, unsere Heimat aufzubauen und unsere Armee auszurüsten." Bezug nahm er dabei auch auf die nun freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die in gewisser Hinsicht als Beispiel für die israelisch-deutschen Beziehungen dienen könnten: „Frankreich und Deutschland waren seit Generationen bittere Feinde. In den letzten hundert Jahren versuchte Deutschland dreimal, Frankreich zu erobern und zu unterdrücken. Und General de Gaulle ist ein französischer Patriot, nicht weniger als Sie und ich jüdische Patrioten sind. Er erkennt jedoch die Veränderungen in der Welt, und er ist Westdeutschlands bester Freund – weil er weiß, daß die Gefahren, denen sich Frankreich heute gegenüber sieht, nicht aus Westdeutschland kommen, sondern von einem anderen [Land]. Deshalb braucht er Deutschlands Freundschaft. So ist auch für uns die Gefahr, der wir gegenüberstehen, nicht Deutschland, sondern ein anderer [Ort], und wir brauchen Frankreich und seine Verbündeten, damit sie uns helfen, unsere Armee auszurüsten."[75]

Am Ende seines Briefes erwähnte Ben-Gurion Eichmann und die „anderen" Deutschen: „Zufällig schreibe ich Ihnen einen Tag nach meiner Ankündigung, daß der Naziverbrecher Adolf Eichmann von unserem Geheimdienst gefaßt wurde. Meine Einstellung ihm gegenüber ist genau die gleiche wie die Ihre. Es gibt jedoch andere Deutsche, und wenn man Ihnen gesagt hat, daß zwischen Hitler und Adenauer kein Unterschied besteht, hat man Ihnen nicht die Wahrheit gesagt, und das ist schade."[76]

Auch in seinem Brief an Yisrael Galilee, Knessetmitglied und Generalsekretär der Achdut Ha'avoda, kam er auf die Verbindung zwischen Eichmanns Festnahme und seiner Einstellung zu Deutschland zu sprechen. Dabei kündigte er auch an, daß Eichmann vor ein israelisches Gericht gestellt werde[77]: „Das wird die Weltöffentlichkeit begreifen [. . .], daß in den Ländern um uns herum Dutzende und Hunderte von Nazis – Deutsche und Araber – für die arabischen Diktatoren arbeiten. In der Vergangenheit haben sie Juden ermordet, und jetzt planen sie, das jüdische Volk in seinem [eigenen] Land zu zerstören. Wir müssen die Weltöffentlichkeit daran erinnern, wer

[75] Brief, 24. 5. 1960, in: BGA, Korrespondenz.
[76] Ebenda.
[77] 26. 5. 1960, in: Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Nachfolger sind, die planen, Israel zu vernichten, und wer, wissentlich oder nicht, ihre Helfershelfer dabei sind."

IV.

Am 14. März 1960 trafen sich Ben-Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria Hotel in New York. Eine israelische Zeitung schrieb damals, dies sei „ein Treffen, das die Geschichte einmal in hundert Jahren [arrangiert]"[78]. Amos Elon, der Korrespondent der israelischen Tageszeitung *Ha'aretz* in den USA, meinte, daß das Klima des Treffens entspannt war und in keiner Weise an die „düstere Atmosphäre erinnerte, die das Treffen zwischen Adenauer und Sharett vor acht Jahren in Luxemburg charakterisiert hatte". Diese freundliche Stimmung führte ihn zu der Schlußfolgerung, daß in dem eleganten Salon im Herzen Manhattans „eine Zeit, die 1932 begonnen hatte, zu Ende ging"[79]. Trotz seiner Bedeutung erwähnte Ben-Gurion das Treffen nicht in seinem Tagebuch, sondern nur in zwei Sitzungen, an denen er vor seiner Reise in die USA teilgenommen hatte und in denen die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland diskutiert worden war[80].

Das Protokoll des Treffens zwischen Ben-Gurion und Adenauer wurde vor kurzem veröffentlicht[81]. Ben-Gurion erwähnte zu Beginn des Gesprächs den Holocaust und berührte dann eine Reihe von weiteren Punkten: „Wenn [diese Millionen NS-Opfer] heute leben würden, dann hätte Israel kein Sicherheitsproblem." Es würde „zwei oder drei Generationen dauern, bis alle orientalischen, aus Asien und Nordafrika eingewanderten Juden wirklich [in der israelischen Gesellschaft] integriert und *halutzim* [zionistische Pioniere], wie die europäischen Juden, geworden sind". Hitler hätte den Traum von einem jüdischen Staat, der „3000 Jahre lang unser Ideal und unser Vermächtnis war", beinahe zerstört. Danach erklärte er, daß es zwar keine Wiedergutmachung für die Leben der Opfer geben könne, daß der schreckliche Schaden aber gemildert werden könne: „. . . wir wollen, daß Sie am Aufbau unseres Landes Anteil haben." Dabei kam er auch auf konkrete Forderungen nach militärischer Ausrüstung (Unterseeboote und Raketen) und finanzielle Unterstützung zu sprechen. Danach wurden globale Themen behandelt, und am Ende des Treffens sagte Ben-Gurion zu Adenauer: „Viele haben mich angegriffen, weil ich mich mit Ihnen treffe und weil ich zwischen Ihrem Deutschland und Hitlers Deutschland einen Un-

[78] „Ein einzigartiges Treffen", in: Ma'ariv, 15. 3. 1960.

[79] Ha'aretz, 15. 3. 1960. Adenauer und Sharett unterzeichneten das Zahlungsabkommen in Luxemburg im Jahr 1952.

[80] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 7. 2. und 23. 2. 1960, in: BGA.

[81] Vgl. Protokoll des Treffens zwischen Ben-Gurion und Adenauer, 14. 3. 1960 (Anmerkungen von Zaki Shalom), in: Iyunim Bitkumat Israel 6 (1996), S. 604–626, hier S. 605 (künftig: Shalom); Yeshayahu A. Jelinek/Rainer A. Blasius, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960, in: VfZ 45 (1997), S. 309–344.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

terschied mache. Ich glaube, es entspricht nicht [den Werten der] jüdischen Nation, eine ganze Nation kollektiv zu beschuldigen und dies immer wieder und wieder zu wiederholen. Mein Gewissen ist rein, ich erfülle meine Pflicht als Jude und als Mensch. Mein Gewissen ist rein."[82]

Diesen Ton behielt Ben-Gurion auch in der Pressekonferenz nach dem Treffen bei: „Ich gehöre zu einer Nation, die die Vergangenheit nicht vergessen kann. Wir gedenken [. . .], damit es nie wieder geschehen wird." Später sagte er unter Bezugnahme auf seine Aussage, daß das heutige Deutschland nicht das Deutschland der Vergangenheit sei. „Nach meinem Treffen mit dem Kanzler war ich überzeugt, daß ich recht habe. Ich wünsche dem Kanzler allen Erfolg in seinen Bemühungen, Deutschland auf den Weg der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit zu führen." Und Shalom Rosenfeld von der Tageszeitung *Ma'ariv* teilte er mit: „Adenauer ist nicht schuldig." Dabei wiederholte er mehrmals den Satz: „Jedem sein eigenes Schicksal."[83]

Entgegen gewissen Behauptungen in der Presse sprachen Ben-Gurion und Adenauer nicht über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern[84]. Für Ben-Gurion war dies kein wichtiges Thema. Vor seiner Abreise in die USA hatte er mit Haim Yahil, dem Generaldirektor des Außenministeriums, und Eliezer Shinnar, dem Vorsitzenden der israelischen Vertretung in Köln, darüber gesprochen[85]. Auf Shinnars Bericht, daß Adenauer das Thema der diplomatischen Beziehungen zu Israel auch im Kabinett ansprechen wolle, entgegnete Ben-Gurion: „Die [diplomatischen] Beziehungen stören mich nicht. Ich denke, zwei Themen sind hier sehr wichtig: daß die Deutschen in den nächsten zehn Jahren eine viertel Milliarde $ in unsere Industrie investieren [und daß sie] uns Waffen liefern."[86]

Adenauer widmet dem Treffen mit Ben-Gurion in seinen Memoiren ein ganzes Kapitel, hauptsächlich in der Form eines Gesprächsprotokolls. Den persönlichen Aspekt der Unterredung sprach er nur mit einem Satz an: „Ben-Gurion und ich fanden sogleich Kontakt zueinander."[87]

Ein weiteres Thema, das die beiden Politiker anschnitten, waren die jüngsten antisemitischen Vorfälle in Deutschland. Um Weihnachten 1959 hatten Unbekannte die Synagoge in Köln mit Hakenkreuzen und antisemitischen Sprüchen beschmiert. Kurz darauf kam es auch in anderen deutschen Städten zu Vorfällen dieser Art; insgesamt sollen es 400 gewesen sein. Nahum Goldmann, der Präsident der World Zionist Organization, warf Ben-Gurion einige Tage nach dessen Treffen mit Adenauer vor, daß er diese Vorfälle ignoriere, und er distanzierte sich auch von Ben-Gurions Unterscheidung zwischen dem „Deutschland der Vergangenheit" und dem „Deutschland der Gegenwart": „Wir sind noch weit von dem Tag entfernt, an dem

[82] Shalom, S. 617.
[83] Ma'ariv, 15. 3. 1960.
[84] Siehe z. B. „Die Blechschild-Doktrin", in: Der Spiegel, 23. 3. 1960, S. 17f.
[85] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 7. und 23. 2. 1960, in: BGA; Shalom, S. 625.
[86] Tagebuch Ben-Gurions, 7. und 23. 2. 1960, in: BGA.
[87] Konrad Adenauer, Erinnerungen, 1959–1963, Stuttgart 1968, S. 32–40.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wir sagen können, daß das heutige Deutschland nicht dem Deutschland der Vergangenheit gleicht. Darauf gibt es keinerlei Hinweis. Im Gegenteil: Es gibt klare Anzeichen dafür, daß das Deutschland der Vergangenheit in der Bundesrepublik wohl und lebendig ist."[88]

Obwohl Ben-Gurion sich auf diese Vorfälle nie direkt bezog, war er doch über den Antisemitismus in Deutschland sehr beunruhigt. In seinen Treffen mit deutschen Besuchern kam er immer wieder auf diesen Punkt zurück. So fragte er zum Beispiel Max Adenauer, den Sohn des Kanzlers, ob die Gefahr bestehe, daß sich in Deutschland eine neue Nazipartei entwickle. Adenauer antwortete darauf: „Im Gegenteil, unter Jugendlichen gibt es eine starke Reaktion gegen den Nazismus und einen Wunsch nach europäischer Vereinigung. Es gibt [wirklich] solche, die jüdische Gräber verwüsten; sie zerstören allerdings auch christliche Gräber. Das sind Akte von Rowdytum."[89]

Ben Gurion besprach die Frage des Antisemitismus in Deutschland auch mit der Tochter von Carlo Schmid, einem hochrangigen SPD-Politiker, der Israel im Dezember 1959 besuchte. Auf Bitte ihres Vaters äußerte sie sich gegenüber Ben-Gurion auch über die junge Generation in Deutschland. Seine Schlußfolgerung aus dieser Unterhaltung lautete: „Über Aggressionen seitens dieser Jugendlichen gegenüber dem jüdischen Volk müssen wir uns keine Sorgen machen."[90] In der Knesset erklärte er, der Antisemitismus sei eine beängstigende Erscheinung, aber es gäbe ihn nicht nur in Deutschland. Man könne deshalb aufgrund dieser Ereignisse keine weitreichenden Schlußfolgerungen ziehen: „Es stimmt, daß sich kürzlich beunruhigende Vorfälle in Deutschland ereignet haben. [. . .] aber sie haben sich seitdem auch in anderen Ländern zugetragen. [. . .] Wenn ich mich auf das gegenwärtige Deutschland beziehe, dann weise ich den Titel ‚Nation der Mörder' zurück. Ich betrachte dies als rassistisch. Ich glaube, die Naziideologie ist gotteslästerlich und daß wir auf ihren Einfluß achten müssen. Jeder muß nach seinen Taten beurteilt werden, und so auch jede Regierung."[91]

Ben-Gurion erwähnte in der Knesset auch seine Unterredung mit Carlo Schmid, „dessen menschlicher Integrität ich vertraue". Schmid sagte, das Problem der deutschen Jugend sei ein zuviel an Pazifismus, sie sei vorschnell pazifistisch. In seinen Memoiren schrieb Schmid, „dieser Satz war vielleicht die Schlußfolgerung meines Besuches in Israel"[92].

---

[88] Michael Pragai vom israelischen Generalkonsulat in New York zu Yitzhak Navon, dem Sekretär Ben-Gurions, am 21. 3. 1960, in: ISA, 6383c/3654c/l.

[89] Tagebuch Ben-Gurions, 6. 4. 1958, in: BGA.

[90] Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern/München/Wien 1979, S. 639. Über Ben-Gurions Treffen mit Schmid siehe sein Tagebuch vom 26. 12. 1959, in: BGA. Ben-Gurion war sehr bewegt, als ihm Schmid erzählte, daß sein Sohn Selbstmord verübt hatte, weil „er nicht mehr einer Nation angehören konnte, die diese Verbrechen begangen hatte", und betonte: „als [Schmid] davon erzählte, weinte er".

[91] Sitzung der Knesset, 20. 1. 1960, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 28, S. 420.

[92] Schmid, Erinnerungen, S. 420.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ben-Gurions Treffen mit Adenauer und vor allem seine späteren Kommentare in der Presse führten zu vielen wütenden Reaktionen vor allem von seiten der traditionellen Gegner jeglicher Beziehungen mit Deutschland. Die Kommunisten stellten einen Mißtrauensantrag in der Knesset, dem die Aussage des Abgeordneten Shmuel Mikunis voranging, Ben-Gurions Erklärung sei ein „brutaler Mißbrauch des Gedenkens an unsere ermordeten Brüder", und Esther Raziel Naor von der Herut-Partei hielt das offenkundig freundliche Treffen für eine „historische Schande"[93]. Ben-Gurion wurde jedoch auch von anderen, die sich vorher nicht gegen Beziehungen mit der Bundesrepublik ausgesprochen hatten, stark kritisiert[94].

Trotzdem führte das Treffen zwischen Adenauer und Ben-Gurion nicht zu einer politischen Krise, wie dies 1952 anläßlich der Debatte über die Wiedergutmachung der Fall gewesen war. Es gab keine öffentlichen Demonstrationen, und der Protest gegen das Treffen hatte viel von einem mechanischen Ritual, das politisch folgenlos blieb. Dem entsprach auch die Tatsache, daß nur die drei Kommunisten unter den 120 Knessetmitgliedern für den Mißtrauensantrag stimmten. Die Reaktion der israelischen Öffentlichkeit auf das Treffen zwischen Ben-Gurion und Adenauer wurde von der britischen Botschaft in Tel Aviv am 18. März 1960 treffend so beschrieben: „Die Öffentlichkeit hat, soweit wir es beurteilen können, ein minimales Interesse gezeigt. Die Wahrheit ist, daß das Treffen zwischen Herrn Ben-Gurion und Dr. Adenauer in New York für die meisten Menschen in Israel eine relativ geringe Bedeutung hat. Eine der bemerkenswerten Eigenschaften der Regierung in Bezug auf den Verkauf von Waffen an Deutschland im letzten Jahr war, daß dies keine wirkliche Aufregung erzeugte. Der gegenwärtigen Episode in den israelisch-deutschen Beziehungen wurde sogar mit einer noch größeren Apathie begegnet."[95]

Nur zwei Monate später, am 23. Mai, gab Ben-Gurion in der Knesset bekannt, daß Adolf Eichmann gefaßt worden und auf dem Weg nach Israel sei, das ihn entsprechend dem „Gesetz für die Bestrafung von Nazis und ihrer Kollaborateure" vor Gericht stellen werde. Tom Segev beschreibt das Dilemma, mit dem sich Ben-Gurion konfrontiert sah, wie folgt: Wie sollte man Eichmann, d. h. die Nazis, vor Gericht stellen, ohne dabei gleich das gesamte deutsche Volk zu verurteilen? Ben-Gurion hatte auch darauf eine Antwort. Er bat Gideon Hausner, den Generalstaatsanwalt und Ankläger im Eichmann-Prozeß, drei Korrekturen in seiner Einführungsrede vorzunehmen: Bei der Erwähnung Deutschlands sollte jedes Mal das Adjektiv „Nazi" hinzugefügt werden. Außerdem sollte der Nationalsozialismus nicht als unausweichli-

[93] Sitzung der Knesset, 16. 3. 1960, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 28, S. 918f.

[94] Vgl. z. B. „Ben-Gurion – Adenauer: A Dangerous Meeting" (Hebr.), in: Ha'aretz, Leitartikel, 16. 3. 1960. Ha'aretz stand der Aufnahme von Beziehungen zwischen den beiden Ländern sonst positiv gegenüber.

[95] Bericht der Britischen Botschaft in Tel Aviv an das Außenministerium in London, 18. 3. 1960, in: PRO, F. O. 371/151170.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ches Phänomen dargestellt werden. Und schließlich sollte Eichmanns persönliche Schuld und nicht die Kollektivschuld des gesamten deutschen Volkes betont werden[96].

Vor der Eröffnung des Prozesses sorgte die deutsche Frage nicht nur in Israel, sondern auch in Deutschland für große Aufregung. Teddy Kollek, der Generaldirektor des Büros des Ministerpräsidenten, schrieb an Shinnar, den Vorsitzenden der israelischen Vertretung in Köln, daß die Deutschen „sehr sensibel" in bezug auf den Eichmannprozeß seien und daß das israelische Kabinett deshalb an die Veröffentlichung einer offiziellen Erklärung dächte, in der die Unterschiede zwischen Adenauers Deutschland und dem von Eichmann repräsentierten Deutschland hervorgehoben werden sollten[97]. Dies spiegelte auch Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland im Jahr 1960 wider. Seine Unterscheidung zwischen dem alten und dem neuen Deutschland fand in der Erklärung Ausdruck, die er nach seinem Treffen mit Adenauer abgab. Sie manifestierte sich jedoch paradoxerweise vor allem in seiner Entscheidung, Eichmann in Israel vor Gericht zu stellen und gleichzeitig die Beziehungen mit der Bundesrepublik auszubauen. Für Ben-Gurion war dies der endgültige Beweis dafür, daß es zwei unterschiedliche Deutschland gab.

V.

1962/1963, den letzten Regierungsjahren Ben-Gurions, bewegte die deutsche Frage erneut die Gemüter der israelischen Öffentlichkeit. Man hatte nämlich deutsche Wissenschaftler in Ägypten entdeckt, die dort bei der Entwicklung chemischer Waffen mitarbeiteten. Viele Mitglieder der Koalition, aber auch der Opposition waren überzeugt, daß dies eine existentielle Bedrohung für den Staat Israel darstelle und daß man alles unternehmen müsse, um ihr wirkungsvoll begegnen zu können. Ben-Gurion war anderer Meinung. Er glaubte nicht, daß man das Thema zu einer zentralen Frage in den Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik machen sollte, und er meinte ferner, daß man nichts unternehmen dürfe, was die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Unterstützung, die Israel damals von Bonn erhielt, gefährden würde. Dabei deutete er auch an, daß eine Konfrontation mit der Regierung Adenauer die Entwicklung einer Abschreckungswaffe stören könne und daß man deren Bedeutung für die Sicherheit Israels und die Vermeidung kommender Kriege gar nicht hoch genug einschätzen könne[98]. Diese Einstellung führte dazu, daß er die Forderung von Isser Harel, dem Chef des israelischen Geheim-

[96] Vgl. Tom Segev, Die Siebte Million: Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek 1995, S. 457f.

[97] Brief, 14. 3. 1961, in: ISA, 6384/3657II/c.

[98] Siehe dazu die Aussagen Ben-Gurions anläßlich eines Treffens mit den Herausgebern israelischer Tageszeitungen am 31. März 1963, in: ISA, 7224/39 a.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diensts, von der Bonner Regierung energische Schritte zur Einstellung der Aktivität deutscher Wissenschaftler in Ägypten zu verlangen, zurückwies[99].

In diesem Zusammenhang wurde Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland erneut deutlich. Aufs neue unterstrich er dabei, daß diejenigen, die Hitlers Deutschland mit Adenauers Deutschland gleichsetzten, nicht wüßten, wovon sie sprechen. So schrieb er etwa an Arieh Margel aus Kfar Sabah, der diese Gleichsetzung vorgenommen hatte: „Sie haben recht, daß man aus den Taten der Menschen in der Vergangenheit (in gewissem Maße) auf ihre Taten in der Zukunft schließen kann, und deshalb meine ich, daß wir heute vor einem anderen Deutschland stehen. Der Mann, der vor zwanzig Jahren [. . .] an der Spitze Deutschlands stand und die Vernichtung des jüdischen Volkes predigte und auch ein Drittel des jüdischen Volkes, das in den von ihm kontrollierten Gebieten lebte, vernichtet hat, ist nicht der Mann, der heute an der Spitze Deutschlands steht. Dieser hat nie die Vernichtung der Juden gepredigt und nie einen Juden angegriffen. Und wenn Sie zwischen Hitler und Adenauer nicht zu unterscheiden wissen, dann habe ich nichts mit Ihnen zu reden."[100]

Außerdem hob er hervor, nicht nur die politischen Führer wie Konrad Adenauer und Willy Brandt, sondern alle Deutschen unter 25 seien an den Verbrechen der Nazis nicht beteiligt gewesen. Deshalb sei jeder Versuch, alle Deutschen zu Verbrechern zu stempeln, rassistisch und sogar hitlerisch: „Der Versuch, einen Menschen nur deshalb zu verurteilen, weil er dem deutschen Volk angehört, hat einen hitlerischen oder – sanfter ausgedrückt – rassistischen Geruch. Die deutsche Rassenlehre war die Lehre Hitlers, aber mir ist nicht bekannt, daß dies die Lehre Adenauers oder Willy Brandts ist oder die von Millionen Deutschen im Alter von 18–25 Jahren. Ich weiß, daß die Methode der Nazis darauf aufbaute und daß sie im Krieg ausgeführt wurde, wie Sie sagen, aber mir ist nicht bewußt, daß diese Methode der Nazis von Adenauer oder Brandt oder von den Deutschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren ausgeführt wurde."[101]

Die wirklichen Feinde Israels seien die arabischen Staaten. Die Araber seien die „Nazis von heute", und deshalb dürfe und müsse man sogar mit dem „anderen Deutschland" zusammenwirken, um diese neuen Nazis zu bekämpfen, wie Ben-Gurion an den Jerusalemer Arzt Dr. Shimon Sharshavsky schrieb: „Was Israel angeht, so besteht kein Unterschied zwischen Hitler und Abdul Nasser oder den Herrschern von Damaskus."[102] Im Zusammenhang damit stand auch der Hinweis, daß viele arabische Herrscher das NS-Regime unterstützt hätten. Hier sollte eine assoziative Verbindung zwischen Arabern und Nazis hergestellt werden. In einer Debatte in der Knesset sagte Ben-Gurion dazu: „Wir sind uns der tiefen Sympathie, die fast alle arabischen Herrscher der Nazibestie entgegenbrachten, ebenso bewußt wie der Tatsache, daß sie für deren Sieg beteten. Einige arabische Anführer haben mit Hitlers

[99] Vgl. dazu Michael Bar-Zohar, Ben-Gurion, Tel Aviv 1977, S. 1531–1533.
[100] Brief, 7. 8. 1963, in: BGA, Korrespondenz.
[101] Aus einem Brief Ben-Gurions an Yariv Ben-Aharon, Tel Aviv, 14. 7. 1963, in: Ebenda.
[102] Brief, 25. 4. 1963, in: Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Henkern an der Ermordung von Millionen von Juden zusammengearbeitet."[103] Das Argument, daß Israel mit dem Feind von gestern zusammenarbeiten müsse, um den Feind von heute bekämpfen zu können, wurde auch in einem Hintergrundgespräch herangezogen, das der Ministerpräsident am Tag des Rücktritts von Isser Harel von seinem Amt als Chef des israelischen Geheimdienstes mit Herausgebern israelischer Zeitungen führte[104].

Ferner wies Ben-Gurion häufig darauf hin, daß gewisse Eigenschaften Hitlers auch bei anderen Tyrannen wie etwa Stalin zu finden gewesen seien. Und so wie man nicht das ganze russische Volk für Stalins Taten verantwortlich machen könne, könne man auch das ganze deutsche Volk nicht mit Hitler gleichsetzen. Dieser Gedanke tauchte vor allem – und gewiß nicht zufällig – in der Korrespondenz Ben-Gurions mit Angehörigen der zionistischen Linken auf. Yakov Hasan, einem Knessetmitglied und einem der prominentesten Anführer der israelischen Linken, der gegen Ben-Gurions Gleichsetzung von „Hitlers Regime, das ein Drittel unseres Volkes vernichtet hat [...], mit dem kommunistischen Regime selbst in den Tagen finsterster Entartung des stalinistischen Regimes"[105] protestiert hatte, entgegnete er ironisch: „Ich weiß nicht, ob Stalin besser als Hitler war. Was stimmt, ist, daß er nicht sechs Millionen Juden ermordet hat."[106] In einem anderen Brief wurde er noch deutlicher: „Ich habe gelesen, was der Großvater von Yariv[107] über die Streiche Stalins vor Chruschtschows Rede beim 20. Zusammentreffen der kommunistischen Partei Rußlands geschrieben hat, und ich bin nicht bereit, einen einzelnen Russen oder das ganze russische Volk dafür zu verurteilen, daß sie den Greueltaten Stalins keinen Widerstand geleistet haben. Ich glaube an den Satz: Verurteile niemanden, bis du nicht an seiner Stelle gestanden hast. Ich verurteile jeden, der an diesen Greueltaten Anteil hatte, aber ich kann nicht ein ganzes Volk dafür verurteilen, daß es sich diesen Greueltaten nicht widersetzt hat."[108]

Klar war dabei immer, daß die Angriffe auf Ben-Gurions Deutschlandpolitik nicht nur sachlich begründet waren, sondern auch ein eindeutig innenpolitisches Ziel hatten: die Schwächung seiner Partei und vor allem die Schwächung seiner Position[109], was wiederum die Entschiedenheit Ben-Gurions mit erklärt.

Ben Gurion unterstützte Beziehungen zur Bundesrepublik, weil für ihn das Überleben Israels die oberste Priorität hatte. In den späten fünfziger Jahren zitierte er ger-

---

[103] Rede Ben-Gurions während einer Sitzung der Knesset am 6. 5. 1963, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 37, S. 1768.

[104] Vgl. Treffen des Ministerpräsidenten mit den Herausgebern der israelischen Presse, 31. 3. 1963, in: ISA, 7224/39 a.

[105] Mishmar Ha'Emek, 15. 3. 1963, in: BGA, Korrespondenz.

[106] HaKiriya, Tel Aviv, 25. 3. 1963, in: Ebenda.

[107] 1953 schrieb Ben-Gurion in der Zeitung Davar eine Reihe von polemischen Artikeln gegen Mapam und unterschrieb mit „Der Großvater von Yariv".

[108] Aus einem Brief an Yariv Ben-Aharon, Tel Aviv, 14. 7. 1963, in BGA, Korrespondenz.

[109] Vgl. dazu Aussagen während eines Treffens, das von der Abteilung für Fachverbände von Mapai in der Schule für Arbeiterfortbildung in Beit Berl veranstaltet wurde, in: LA, 22/63.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne seine politischen Gegner, die in einer Debatte über Israels sicherheitspolitische Beziehungen mit Deutschland gesagt hatten, daß sie sogar bereit wären, mit dem Teufel zu paktieren, um Waffen zu erhalten[110]. Für Ben-Gurion handelte es sich dabei um sehr viel mehr als nur um eine pragmatische Angelegenheit: Die Existenz des Staates Israel, das auch von dessen Fähigkeit zur Selbstverteidigung abhing, hatte in seinen Augen vor allem eine moralische und ethische Bedeutung. Hinzu kam die große Bedeutung, die er nach der Unterdrückung während des langen Exils der Souveränität des jüdischen Volkes in seinem eigenen Land beimaß[111]. Die dringenden Bedürfnisse des jungen Staates wogen in seinen Augen schwerer als die Verpflichtung, das Gedenken an die Vergangenheit wachzuhalten und sich dabei von Deutschland fernzuhalten. Ben-Gurions Deutschland-Perzeption aus dem Jahr 1963 kann so als kontinuierliche Weiterentwicklung seiner Einstellung aus dem Jahr 1933 betrachtet werden, als er das Transferabkommen unterstützte und den Boykott Deutschlands ablehnte.

Aus dem Englischen übersetzt von Almuth Lessing

[110] Vgl. die Rede in der Knesset am 30. 6. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2046.

[111] Zu diesem Thema vgl. Eliezer Don-Yehia, Memory and Political Culture: Israeli Society and the Holocaust, in: Studies in Contemporary Jewry IX (1993), S. 139–161.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MATTHIAS PAPE

DIE DEUTSCHLANDINITIATIVE DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESKANZLERS JULIUS RAAB IM FRÜHJAHR 1958

Der österreichische Bundeskanzler Julius Raab und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer werden selten in einem Atemzug genannt. Zu wenig Berührungspunkte scheint es zwischen den zwei Politikern zu geben, die indes beide ihren Ländern im Jahr 1955 die Souveränität zurückgewinnen konnten, Raab um den Preis der Neutralität Österreichs, Adenauer um den Preis der (vorläufigen) Teilung Deutschlands. Überdies haben sich die politisch-diplomatischen Bemühungen beider Regierungschefs im Frühjahr 1958 auf eigenartige Weise berührt und überkreuzt – eine Episode, die der Forschung bisher entgangen ist und deren Hintergründe ein Schlaglicht auf die weitgespannten politischen Konzeptionen Raabs und Adenauers in den ausgehenden fünfziger Jahren werfen. Die Episode steht im Zusammenhang mit Konrad Adenauers Initiative in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands vom März 1958, die früh das Interesse der Forschung auf sich gezogen hat. Sie wirft die Frage auf, ob es vor dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows im November 1958 eine Chance gegeben habe, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen bzw. ihr zumindest näher zu kommen, oder ob Adenauers Initiative vielleicht sogar für das Berlin-Ultimatum mit ursächlich war[1].

Adenauer hat am 7. und 19. März mit dem sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow[2] Gespräche über die deutsche Frage geführt und die Öffentlichkeit über den In-

[1] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 402–439; Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 990–999. Zu Chruschtschows Motiven, die DDR abzuriegeln, vgl. Hope M. Harrison, Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105–122; Michael Lemke, Die SED und die Berlin-Krise 1958 bis 1963, in: Ebenda, S. 123–137.

[2] Smirnow, seit 1957 in Bonn, war zuvor Botschafter in Wien gewesen, dort innerhalb des diplomatischen Corps allerdings längst nicht so isoliert worden wie in Bonn. Vgl. Bericht Josef Schöners an das Außenamt Wien, 7. 5. 1958. Durchschrift im Nachlaß von Botschafter Dr. Josef Schöner, Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (künftig: NL Schöner), Kart. 15, Politische Berichte (künftig: Pol) 1958. Die atmosphärisch dichten Berichte Schöners, der vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Wien Generalkonsul und Leiter der österreichischen Verbindungsstelle in Düsseldorf bzw. Bonn (1950–1953), später Botschafter in Bonn war (1958–1966), gehören zu den besten Quellen über das Bonner diplomatische Parkett. Vgl. auch Josef Schöner, Wiener Tagebuch 1944/45, hrsg. v. Eva-Marie Csáky, Franz Matscher und Gerald Stourzh, Wien/Köln/Weimar 1992.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halt der beiden Unterredungen während seiner Amtszeit nie unterrichtet. Er hat erst in seinen Erinnerungen darüber geschrieben[3]. Seine Initiative lag im Vorfeld des Besuchs des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, Anastas Mikojan, vom 25. bis 28. April in Bonn[4]. Dem Bundeskanzler war bewußt, daß er ein so diffiziles Thema nicht mit dem sowjetischen Botschafter, sondern nur mit der Kreml-Führung selbst erörtern konnte. Er spekulierte offenbar darauf, die Sowjetunion könnte unter gewissen Voraussetzungen bereit sein, ihre Satellitenregierung in Ost-Berlin zu opfern. Adenauer suchte bei Smirnow zu erkunden, ob die Sowjetunion willens wäre, der DDR den neutralen Status Österreichs zuzugestehen. Die Sowjetunion hätte in diesem Fall ihre Truppen abziehen und freie Wahlen zulassen müssen, während der Verbleib der Bundesrepublik in der NATO für Adenauer außer Frage stand. Die Gegenleistung der Bundesrepublik hätte, so läßt sich vermuten, darin bestehen sollen, die Vereinigung der beiden Teilstaaten nicht zu forcieren; diese wäre aber mittelfristig nicht ausgeschlossen und eher sogar wahrscheinlich gewesen[5]. Adenauers wichtigstes Motiv war offenbar, die 17 Millionen Deutschen in der DDR, die damals neuen Repressalien ausgesetzt waren, vom Joch der Diktatur zu befreien[6]. Es ging ihm, so erklärte er in diesen Wochen immer wieder, nicht in erster Linie um den „nationalen Aspekt" des Problems, „sondern um das Menschliche". Wenn erst einmal „mehr menschliche Freiheiten" garantiert seien, würde, so hoffte er, „eine

---

[3] Gestützt auf die Dolmetscherprotokolle vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 369–376, 376–380; siehe auch Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Ders. u. a., Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie. Adenauer-Studien, Bd. 3, Mainz 1974, S. 3–91, hier S. 34–40; Hans-Peter Schwarz, Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Adenauers 1955–1958, in: Ders. (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Adenauers 1955–1958, Stuttgart 1979, S. 7–54, hier S. 34–37; ders., Adenauer, S. 419, 425; Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983, S. 116–122.

[4] Schöner wurde von Außenminister Brentano bis zu den Referenten des Protokolls genauestens nach den Eindrücken und Erfahrungen mit Mikojan in Wien 1957 befragt. Bericht Schöners, 21. 4. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958. Vor dem CDU-Bundesvorstand spielte Adenauer den bevorstehenden Besuch Mikojans herunter. Vgl. Günter Buchstab (Bearb.), Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994, S. 112.

[5] Schwarz, Deutschlandpolitische Vorstellungen, S. 35, 100, geht von einer geplanten „großen Zwischenlösung" aus und folgt damit Adenauers Presseinformationsgespräch vom 20. 5. 1958, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986, S. 276–289, hier S. 281. Kosthorst nimmt dagegen an, Adenauer habe mit der Neutralisierung der DDR nach dem Muster Österreichs die Teilung Deutschlands dauerhaft festschreiben wollen. Vgl. Daniel Kosthorst, Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961, Düsseldorf 1993, S. 232. Dazu, im einzelnen allerdings unzutreffend, der Diskussionsbeitrag Paul Wilhelm Wengers, in: Schwarz (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung, S. 92–94.

[6] Das betonte Adenauer in der Bundestagsdebatte am 20. 3. und 21. 3. 1958. Vgl. Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 3. Bundestag, Bd. 39, bes. S. 847.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entwicklung eintreten, die nachher auch die politische Seite im Gefolge haben wird"[7].

Smirnow wies auf die unterschiedliche Lage Deutschlands und Österreichs hin und zog sich auf die Standardformel zurück, „man müsse von der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten ausgehen"[8]. In der bewegten außenpolitischen Debatte des Bundestages vom 20. bis 25. März zur Atombewaffnung fragte Erich Mende den Bundeskanzler auch nach dem Inhalt seiner Gespräche mit Smirnow. Adenauer wich aus[9]. Franz Josef Strauß, der als Verteidigungsminister die Debatte für die Regierung im wesentlichen bestritt, stellte eher beiläufig die Frage, ob die Wiedervereinigung noch das „Gewissensproblem" wäre, wenn die sowjetische Besatzungszone in ein Staatswesen nach österreichischem Muster umgewandelt würde[10]. Das legt die Vermutung nahe, daß Adenauer – neben Außenminister Brentano[11] – auch Strauß über seinen Plan ins Vertrauen gezogen hat[12]. Die Frage von Strauß blieb damals ohne Antwort. Sie deutete, was 1958 niemand bemerkte, auf einen tieferen Zusammenhang zwischen deutscher und österreichischer Politik und Diplomatie hin.

I.

Adenauers Vorstoß bei Smirnow überkreuzte sich mit einer geheimen Initiative des österreichischen Bundeskanzlers Julius Raab[13]. Dieser konnte nicht wissen, daß

---

[7] Presseinformationsgespräch Adenauers, 20. 5. 1958, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 281, 286, und am 27. 3. 1958, in: Ebenda, S. 259, sowie erneut am 13. 8. 1963, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1992, S. 422.

[8] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 377f.

[9] Vgl. dazu Adenauer am 20. 3. 1958, in: Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, S. 840, am 25.3. 1958, in: Ebenda, S. 1101, 1103. Große Teile der außenpolitischen Aussprache im Bundestag vom 20. 3. und 22. 3. 1958 finden sich in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (künftig: DzD), III. Reihe, Bd. 4 (1958), Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 694–841, vom 25. 3. 1958, in: Ebenda, S. 863–908. Vgl. auch Erich Mende, Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945–1961, Bergisch-Gladbach 1986, S. 539–551.

[10] Strauß am 20. 3. 1958, in: Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, S. 868. Brandt verwechselte später Adenauers und Smirnows Gespräch mit Adenauers Beitrag in der Bundestagsdebatte. Vgl. Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten 1960–1975, Hamburg 1976, S. 65; Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 67.

[11] Nachweis bei Kosthorst, Brentano und die deutsche Einheit, S. 223.

[12] Das behauptet Wenger, Diskussionsbeitrag, in: Schwarz (Hrsg.) Entspannung und Wiedervereinigung, S. 92. So auch Peter Siebenmorgen, Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990, S. 148. Vgl. Adenauers Andeutungen gegenüber Heinrich Krone, Tagebuchnotiz, 19. 3. 1958, in: Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Gotto u. a., Untersuchungen und Dokumente, Bd. 3, hier S. 145f.

[13] Vgl. als früheste Dokumentation der Politik Raabs, noch aus dem Selbstverständnis der Zeit selbst heraus, Julius Raab, Verantwortung für Österreich, Wien 1961. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Raab setzte erst spät ein. Vgl. Alois Brusatti/Gottfried Heindl (Hrsg.), Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen, Linz [1986]. Vgl. auch Katalog zur Ausstellung

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer in der Deutschlandfrage kurz zuvor selbst die Initiative ergriffen hatte und das Gespräch mit Moskau suchte. Zwischen die beiden Unterredungen Adenauers mit Smirnow fiel ein Treffen der beiden Bundeskanzler in Köln und Rhöndorf. Offenbar hat diese Begegnung Adenauer darin bestärkt, für die DDR eine Lösung nach österreichischem Muster anzustreben, die er anschließend Smirnow vorschlug. Über den Hintergrund des Treffens beider Bundeskanzler informieren Berichte, die in Durchschrift im Nachlaß des deutschen Botschafters in Wien, Carl Hermann Mueller-Graaf, nicht jedoch in den Akten des Auswärtigen Amtes erhalten sind[14]. Die Berichte werfen ein bezeichnendes Licht auf die außenpolitischen Leitideen Raabs und seine Art, Außenpolitik als Geheimdiplomatie zu betreiben.

Das Verhältnis zwischen Bonn und Wien befand sich im Frühjahr 1958 in einer Phase der allmählichen Normalisierung, nachdem infolge der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags im Mai 1955 die Beziehungen so belastet gewesen waren wie seit 1945 nicht mehr – Folge des Kompromisses zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bei der Lösung der Staatsvertragsfrage[15]. Die Vier Mächte hatten 1945 sowohl die reichsdeutschen Unternehmen als auch das (bewegliche und unbewegliche) Eigentum der (rund 346000) Reichsdeutschen in Österreich beschlagnahmt (Häuser, Mietwohnungen, Hausrat). Die Reichsdeutschen waren, als Reaktion auf die NS-Herrschaft und den Zusammenbruch der Lebensmittel- und Energieversorgung am Ende des Krieges unterschiedslos als Nationalsozialisten geächtet und, soweit sie nicht geflüchtet oder für den Wiederaufbau unentbehrlich waren, in die deutschen Besatzungszonen abgeschoben worden[16]. Abschub und Eigentumskonfis-

anläßlich von Raabs 100. Geburtstag im Kloster Seitenstetten, dessen Schule Raab besucht hatte: Julius Raab, Aussaat und Ernte, Seitenstetten 1992. Raabs Rolle bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag erhellt am besten Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, 4., völlig überarb. u. wesentlich erw. Aufl. Wien/Köln/Graz 1998. Raabs Motive werden durch seine treffsicheren Bonmots oft besser erkennbar als in seinen Reden, vgl. Gottfried Heindl, Julius Raab in Anekdote und Karikatur, Linz [1988].

[14] Nachlaß (künftig: NL Mueller-Graaf) im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts Bonn (künftig: PA/AA). Mueller-Graaf war seit der Abberufung Franz von Papens im Jahr 1938 der erste deutsche Diplomat in Wien, seit Ende 1953 als Leiter der (inoffiziellen) Deutschen Wirtschaftsdelegation, seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen Ende 1955 als Botschafter (bis 1961). Vgl. Matthias Pape, Art. Carl Hermann Mueller-Graaf, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 18, Berlin 1997, S. 497f. Zu Mueller-Graafs Anteil an der deutsch-israelischen Verständigung vgl. Niels Hansen, Carl-Hermann Mueller-Graaf. Ein Brückenbauer der ersten Stunde, in: Historische Mitteilungen 10 (1997), S. 257–267.

[15] Zu den Staatsvertragsverhandlungen vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit; Eva-Marie Csáky, Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955, Wien 1980.

[16] Vgl. dazu Matthias Pape, Österreich und Deutschland. Aspekte der politischen und kulturellen Beziehungen 1945–1960. Habilitationsschrift, Geistes- u. Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Karlsruhe 1997 (Drucklegung in Vorb.), Kap. 2, Abschnitt: Die volksdeutschen Flüchtlinge und die Reichsdeutschen in Österreich.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zierung waren durch den Staatsvertrag sanktioniert worden. Entgegen allen Zusicherungen des State Department gegenüber Bonn, den Eigentumsschutz in Österreich garantieren zu wollen, war das deutsche Eigentum auch in den Westzonen definitiv auf Österreich übertragen und die Bundesrepublik Deutschland zur Entschädigung des „kleinen Privateigentums" verpflichtet worden, was die Bonner Regierung strikt ablehnte[17].

Völkerrechtlich gerechtfertigt wurden die Bestimmungen im Staatsvertrag mit der „Besetzung" Österreichs durch Hitler-Deutschland. Österreich berief sich dabei auf die sogenannte Okkupationstheorie, die es aus der Moskauer Erklärung Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 1. November 1943 herleitete. Diese hatte Österreich als „das erste freie Land" bezeichnet, das der „typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen" sei. Zugleich hatte die Moskauer Erklärung festgestellt, daß Österreich „für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann"[18]. Das wiedererstandene Österreich machte sich einseitig die Opferthese der Moskauer Erklärung zu eigen. Es betrachtete sich nicht als besiegter, sondern als von Hitler-Deutschland befreiter Staat[19].

Zugleich lehnte Österreich als okkupiertes Land alle Wiedergutmachungsforderungen der aus rassischen und politischen Gründen Emigrierten sowie die Entschädigungsforderungen der nach Österreich geflüchteten Volksdeutschen ab und verwies diese an die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs[20]. Die deutsche Bundesregierung hingegen, vor allem Konrad Adenauer, hatte

---

[17] Ebenda, Kap. 6, Abschnitt: Der österreichische Staatsvertrag – Interessenausgleich der Vier Mächte zu Lasten der Bundesrepublik.

[18] Gedruckt in: DzD, I. Reihe, Bd. 4 (1943), Frankfurt a. M. 1991, S. 620. Dazu Matthias Pape, Die völkerrechtlichen und historischen Argumente bei der Abgrenzung Österreichs von Deutschland nach 1945, in: Der Staat 37 (1998), S. 287–313. Zur kontroversen Beurteilung des Anschlusses Österreichs vgl. Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938, Wien 1990. Zum Anschluß „von unten" durch österreichische Nationalsozialisten vgl. Gerhard Botz, Der „Anschluß" von 1938 als innerösterreichisches Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 9/88, 26. 2. 1988, S. 3–19. Zum Konstrukt der Okkupationstheorie als Staatsdoktrin der Zweiten Republik ders., War der „Anschluß" erzwungen?, in: Felix Kreissler (Hrsg.), Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß" von innen und außen gesehen. Beiträge zum internationalen Symposion von Rouen 1988, Wien/Zürich 1989, S. 97–119. Zum Wandel der Anschlußeuphorie in zunehmende Distanz gegenüber dem NS-Regime während der Kriegsjahre vgl. Gerhard Botz, Zwischen Akzeptanz und Distanz. Die österreichische Bevölkerung und das NS-Regime nach dem „Anschluß", in: Stourzh/Zaar (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 429–455.

[19] Vgl. Robert Graham Knight, Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet, in: Günter Bischof/Josef Leidenfrost [Hrsg.], Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949, Innsbruck 1988, S. 75–91.

[20] Einblick in die Bewußtseinshaltung und den fortlebenden Antisemitismus führender Regierungsmitglieder über 1945 hinaus gibt Robert Knight (Hrsg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen". Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt a. M. 1988.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stets die Mitverantwortung Österreichs für Krieg und NS-Verbrechen unterstrichen, auf die Verwurzelung der NS-Ideologie in Österreich hingewiesen[21] und die Wiener Forderungen nach Übertragung des deutschen Eigentums unter Hinweis auf den völkerrechtlich garantierten Schutz des Privateigentums zurückgewiesen[22] – letztlich vergeblich, wie sich im Mai 1955 zeigte. Durch den Verweis auf die gewaltsame Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland in der Präambel des Staatsvertrags ging die Okkupationstheorie ins österreichische Geschichtsbild ein[23]. Bis heute unterscheidet die Wiener Politik zwischen dem österreichischen Staat bzw. seiner Regierung, die der Pression Hitlers 1938 nachgeben mußte, und dem Verhalten der Bevölkerung. Auch diese habe freilich in ihrer Mehrheit dem Anschluß an Hitler-Deutschland nicht zugestimmt. Erst im Gefolge der von der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) gegen die Bundespräsidentenkandidatur Kurt Waldheims 1986 geführten Kampagne und der Diskussion über Waldheims Kriegsvergangenheit als Wehrmachtsoffizier brach sich eine neue historische Bewertung Bahn, die in Gegensatz zur Staatsdoktrin geriet[24].

Zu Spannungen mit Bonn führte der Staatsvertrag auch deshalb, weil er Adenauer innenpolitisch unter Druck setzte. Während die österreichische Frage im Mai 1955 endlich gelöst war, schien sich gleichzeitig die Teilung Deutschlands durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zu verfestigen. Adenauers Gegner hielten diesem vor, eine Lösung der deutschen Frage nach österreichischem Muster nicht gesucht zu haben[25]. Anders in Österreich: Die Führungsgruppe in Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und SPÖ war sich bewußt, daß Staatsvertrag und Neutralität, die Adenauers Kritiker als Musterlösung für die deutsche Frage in die Debatte warfen, der Westintegrationspolitik Adenauers zu verdanken waren. Ohne

---

[21] Vgl. als Forschungssynthese Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, S. 337–394. Zum Antisemitismus als Antriebsmoment für die Zustimmung zum Nationalsozialismus vgl. Gerhard Botz, Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. Das Ende des Wiener Judentums unter der NS-Herrschaft (1938–1941), in: Zeitgeschichte 14 (1987), S. 359–378.

[22] Vgl. Pape, Die völkerrechtlichen und historischen Argumente, S. 296–301.

[23] Vgl. ebenda, S. 300–305.

[24] Vgl. Gerhard Botz, Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1987, S. 141–152, 276–279. Zum Medienecho vgl. Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß", Wien/Köln/Weimar 1992.

[25] Vgl. Bruno Thoß, Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55, in: Ders./Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956, Boppard am Rhein 1988, S. 93–136. Zur These, die Lösung der Österreichfrage sei von den Sowjets als Modell für Deutschland offeriert worden, vgl. in immer neuen Anläufen Michael Gehler, zuletzt: Österreichs außenpolitische Emanzipation und die deutsche Frage 1945–1955, in: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hrsg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955, Wien/Köln/Graz 1998, S. 205–268, hier S. 249–263. Zu den Einwänden vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 466–485.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Westbindung der Bundesrepublik und ohne den Schutz durch die NATO und die Präsenz amerikanischer Truppen in unmittelbarer Grenznähe, in Bayern und Oberitalien, wären beide Regierungsparteien, angeführt von Julius Raab (ÖVP) und Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ), nicht bereit gewesen, sich auf die von den Sowjets verlangte Neutralität einzulassen. Schärf zögerte selbst noch bei den Verhandlungen in Moskau im April 1955, der sowjetischen Neutralitätsforderung zuzustimmen, wozu ihn die übrigen Delegationsmitglieder (neben Raab Außenminister Leopold Figl und Staatssekretär Bruno Kreisky) regelrecht drängen mußten. Raab hatte, wie er dem deutschen Botschafter wiederholt versicherte, „die österreichische Neutralität, den Kaufpreis für Staatsvertrag und Räumung, nur als Mittel im Ringen mit den Sowjets um Europa akzeptiert"[26]. Eine Neutralisierung Deutschlands und der Abzug der Westmächte aus der Bundesrepublik wäre den österreichischen Sicherheitsinteressen entgegengelaufen; Raab hatte Adenauer unmittelbar nach dem entscheidenden Durchbruch bei den Verhandlungen 1955 in Moskau sogar signalisiert, dieser solle an seinem Kurs der Westbindung unbeirrt festhalten[27].

Umso aufgebrachter war Adenauer, als vier Wochen später auf der Botschafterkonferenz der Vier Mächte in Wien die von führenden österreichischen Sozialisten, Adolf Schärf und Karl Waldbrunner, Minister für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe und Führer des austromarxistischen Flügels seiner Partei, gleichzeitig bei den Sowjets und bei den Amerikanern betriebene Enteignung des deutschen Eigentums festgeschrieben wurde[28]. Die Sowjetunion hatte die deutschen Betriebe in ihrer Zone Österreich gegen Ablöseleistungen (vor allem Rohöl) überlassen, und die Westmächte hatten das deutsche Privat- und Reichseigentum in den Westzonen ebenfalls dem Staat übertragen, um Österreich wirtschaftlich zu stabilisieren[29]. ÖVP und SPÖ hatten schon 1946/47 die Großbanken, Grundstoffindustrie und Elektrizitäts-

---

[26] Matthias Pape, Die deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1945 und 1955. Ein Aufriß, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 149–172, hier S. 158f.; ders., Österreich und Deutschland, Kap. 6: Das Krisenjahr 1955. Die Gegensätze der beiden Regierungsparteien lagen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in der Kultur- und Kirchenpolitik, hier vor allem in der Konkordatsfrage. Vgl. Manfried Rauchensteiner, Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945–1966, Wien 1987.

[27] Vgl. Pape, Die deutsch-österreichischen Beziehungen, S. 166.

[28] Zu Schärfs Intrigenspiel vgl. Niels Hansen, Eine peinliche Mission. Wien, 14. Mai 1955: Wider die Enteignung des deutschen Vermögens durch den österreichischen Staatsvertrag, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 223–246, hier S. 226f., 229. Zu Schärfs Motiven vgl. Matthias Pape, Das wiedererstandene Österreich und die Anschlußfrage. Adolf Schärfs Erinnerung an die Begegnung mit Wilhelm Leuschner im Jahr 1943 – Eine quellenkritische Betrachtung, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 106 (1998), S. 410–425.

[29] Vgl. Bericht des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 15. Juni 1955 zur Übertragung des deutschen Eigentums: „This action is taken by the Western Powers as a matter of policy in order to strengthen the Austrian economy and in partial compensation to Austria for her renunciation of claims against Germany". In: American Foreign Policy 1950–1955. Basic Documents, Bd. 1, Washington 1957, S. 682–695, hier S. 691; Otto Klambauer, Die Frage des deutschen Eigentums in Österreich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, Wien 1978, S. 127–174.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gesellschaften verstaatlicht[30]. Der Staatsvertrag untersagte die Rückgabe deutscher Vermögen im Wert von über 10000 Dollar bzw. 260000 Schilling und verpflichtete Österreich, „keine wie immer geartete wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland einzugehen"[31]. Während sich Raab und Finanzminister Reinhard Kamitz der Eigentumsregelung im Staatsvertrag fügten, aber voraussahen, daß diese den Aufbau einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft erschweren und zu heftigen Auseinandersetzungen mit Bonn führen würde[32], sahen die Sozialisten eines ihrer wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele erreicht: die endgültige Übertragung der deutschen Unternehmen auf den österreichischen Staat. Diese bildeten den Kern der verstaatlichten Industrie, die zum wichtigsten Einflußbereich der SPÖ gehörte.

Die massive Störung im westdeutsch-österreichischen Verhältnis wurde durch Verhandlungen einer gemischten Delegation weitgehend behoben. Im Juni 1957 regelte der deutsch-österreichische Vermögensvertrag auf Drängen österreichischer Wirtschafts- und Finanzkreise, der bürgerlichen Presse und des Wirtschaftsbundes der ÖVP die Rückgabe fast des gesamten deutschen Privateigentums einschließlich der meisten Unternehmen (im Wert von 500–600 Mio. DM), freilich nicht der verstaatlichten Banken, industriellen Groß- und Energieunternehmen. Der Vermögensvertrag ließ im Gegenzug österreichische Forderungen gegenüber deutschen Kreditinstituten und Versicherungsgesellschaften im Wert von etwa 120 Mio. DM wieder aufleben[33]. Damit hielt sich Österreich zwar formal an die Bestimmungen des Staatsvertrags, die es aber de facto unterlief: Hausrat und Wohnungseinrichtungen wurden generell zurückgegeben; Vermögenschaften, die erzieherischen, kulturellen, karitativen und religiösen Zwecken dienten, wurden vom Rückgabeverbot ausgenommen; größere Vermögenschaften wurden in möglichst kleine Einheiten aufgeteilt, so daß sie

[30] Vgl. Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995, S. 458–462. Eingehende Analysen bei Stephan Koren, Sozialisierungsideologie und Verstaatlichungsrealität in Österreich, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), Die Verstaatlichung in Österreich, Berlin 1964, S. 9–339.

[31] Vertragstext bei Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 681–773.

[32] Raab stand darin gegen den Leiter des Völkerrechtsreferats im Außenamt, Stephan Verosta, der die Okkupationstheorie mit dogmatischer Strenge vertrat und damit die Ansprüche auf das deutsche Eigentum rechtfertigte. Dazu Raab: „Wegnehmen ist eine bequeme Sache, aber ein Unrecht", in: Protokoll eines Gesprächs mit Dozent Dr. Ludwig Jedlicka (Universität Wien), 13. 3. 1962. Wien, Politische Akademie [der ÖVP], Julius-Raab-Archiv. Vgl. Stephan Verosta, Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938–1947, Wien 1947; ders., Politische und völkerrechtliche Aspekte der Besetzung Österreichs durch Deutschland, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hrsg.), Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, München 1973, S. 207–226. Zu Verostas Rolle vgl. auch Pape, Die völkerrechtlichen und historischen Argumente, S. 304; Hildegard Hemetsberger-Koller, Julius Raab und die Verstaatlichung, in: Brusatti/Heindl (Hrsg.), Julius Raab, S. 279–292; Fritz Diwok/Hildegard Koller/Reinhard Kamitz, Wegbereiter des Wohlstands, Wien 1977.

[33] Vgl. Pape, Österreich und Deutschland, Kap. 8, Abschnitt: Die Frage des deutschen Eigentums und ihre Lösung.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jeweils die Wertgrenze von 260000 Schilling nicht überstiegen; bei den land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, den Grund- und Betriebsvermögen wurden die niedrigen Einheitswerte vom 1. Januar 1948 zugrunde gelegt. Dies alles erfolgte nicht aus Großzügigkeit, sondern aus reiner Not. Ohne die weitgehende Rückgabe des deutschen Privateigentums hätte Österreich seine internationale Kreditwürdigkeit nicht zurückgewonnen, die es als kapitalarmes Land für Investitionen in der verstaatlichten Industrie, im Kraftwerkbau und für den Aufbau des Bundesheeres dringend benötigte und für die es auf den deutschen und schweizerischen Kapitalmarkt angewiesen war[34]. Die Sozialisten und der „linkskatholische" Flügel der ÖVP ließen sich auf diese Regelung ein, da die verstaatlichte Industrie ohne Kredite nicht existieren konnte. Die österreichische Bundesregierung setzte – letztlich erfolgreich – darauf, daß die Sowjetunion ihr Vorgehen tolerierte. So gleicht die österreichische Politik vor und nach Unterzeichnung des Staatsvertrags einem Lavieren zwischen den wirtschaftspolitischen Gegensätzen innerhalb der Wiener Regierungskoalition, den Interessen der Vier Mächte und den Rückgabeforderungen der Bundesrepublik, an die Österreich auf Gedeih und Verderb gekettet war, wollte es seine wirtschaftliche Prosperität dauerhaft sichern.

Zurück blieben gerade bei Adenauer Ressentiments, die er österreichische Gesprächspartner immer wieder spüren ließ. Er hatte den Eindruck, daß es sich Österreich mit der Lösung der Staatsvertragsfrage und der Wiedergutmachung an den Opfern des NS-Regimes zu leicht gemacht habe[35]. Diese Vorbehalte mußten den empfindlichen Raab kränken, der 1955 in Moskau das Undenkbare erreicht hatte und dessen Partei bei den Nationalratswahlen im Frühjahr 1956 so kräftig hinzugewann, daß sie die absolute Mehrheit der Mandate nur knapp verfehlte[36]. Beim offiziellen Besuch des österreichischen Kanzlers in Bonn im Oktober 1956 „behandelte" ihn Adenauer „ein bißchen als den Kleinen"[37]. Zwischen beiden Politikern fehlte jedes Vertrauensverhältnis[38], obwohl sie sich in wesentlichen außen- und gesellschaftspolitischen Fragen nahe standen und auch innerparteilich den gleichen Füh-

---

[34] Zu den Kreditsondierungen, den Eigentumsverhandlungen und den Interessengegensätzen darüber, die den sozialpolitischen „linken" ÖVP-Flügel an die Seite der SPÖ rückten, vgl. Pape, ebenda. Zum innenpolitischen Hintergrund, den Seilschaften und Intrigen vgl. Alexander Vodopivec, Wer regiert in Österreich? Ein politisches Panorama, Wien [1960].

[35] So noch im Juni 1962 beim Bundesparteitag der CDU in Dortmund gegenüber Staatssekretär Dr. Ludwig Steiner, der im Auftrag Raabs die ÖVP vertrat. Mitteilung Dr. Steiner an den Verfasser (1989).

[36] Die ÖVP erreichte 82 Mandate (vorher 74), die SPÖ 74 (73), die FPÖ 6 (14) und die KPÖ 3 (4). Zur österreichischen Proporzdemokratie, in der ÖVP und SPÖ alle Posten vom Minister bis hinunter zum Portier unter sich aufteilten, vgl. Vodopivec, Wer regiert in Österreich?

[37] So Raab im Protokoll des Gesprächs mit Jedlicka, 16. 2. 1962 (wie Anm. 32). Zu Raabs Besuch vgl. die Bewertung des Österreich-Referats im Auswärtigen Amt (künftig: AA) vom 26. 10. 1956, in: PA/AA, Ref 203, Bd. 65. Vgl. auch Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 150–155.

[38] Urteil Schöners, der dadurch seine Arbeit genauso erschwert sah wie Mueller-Graaf, referiert von Franz Matscher, als Botschaftsrat Schöners Stellvertreter in Bonn (1963–1966), in: Schöner, Wiener Tagebuch, S. 9–14, hier S. 11.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungsstil pflegten. Das ist – schon rein psychologisch – bei der Einschätzung von Raabs Deutschlandinitiative zu berücksichtigen, die für ihn auch eine Prestigefrage war.

II.

Die heikelste außenpolitische Initiative, die Julius Raab nach den Staatsvertragsverhandlungen ergriff, galt 1958 der Lösung der deutschen Frage. Sie beschäftigte ihn während der ganzen ersten Jahreshälfte, in der er zu inoffiziellen Besuchen nach Bonn, Rom, Washington und zu einem offiziellen Besuch nach Moskau reiste[39]. Bei Raabs Initiative fielen Staatsräson und schwer auslotbare persönliche Motive zusammen. Nach Raabs Überzeugung hatte Österreich „seine Pflicht im deutschen Raum zu erfüllen", wie er es 1954 anläßlich eines Besuchs von Franz Josef Strauß in Wien im kleinsten Kreis bekannt hatte[40]. Raabs Ziel war nicht, wie Botschafter Mueller-Graaf im Laufe der Jahre immer wieder hervorhob, Österreich als „neutralen, ostalpinen Kleinstaat" zu festigen: „In seinen Ideen spielt die Vorstellung eine entscheidende Rolle, dass Österreich und insbesondere Wien in neuen und anderen Formen seinen Funktionen als der grosse Mittelpunkt Ost- bzw. Südosteuropas wieder zugeführt werden muss." Raab glaubte nach Mueller-Graafs Eindruck „auch nicht, dass Europa auf die Dauer überhaupt erhalten und gerettet werden kann, wenn es nicht gelingt – und zwar verhältnismässig bald gelingt – den Satellitenraum aus dem diktatorischen Machtbereich der Sowjetunion zu lösen und ihn dem freien Europa wieder anzunähern. Er hält dies an sich im Hinblick auf den starken Freiheitswillen der gefangenen osteuropäischen Völker für möglich und sieht in der deutschen Wiedervereinigung den ersten Schritt zur Erreichung dieses Zieles. Er erblickt daher in ihr eine Lebensfrage der österreichischen Aussenpolitik."[41]

Hinter Raabs politischem Denken verbarg sich eine ältere Vision österreichischer Außenpolitik in der Tradition des habsburgischen Reichsgedankens, der im kaisertreuen (dem sogenannten legitimistischen) Lager und während der Ersten Republik in der (katholischen) Christlichsozialen Partei weitergelebt hatte, deren Nachfolgepartei die Österreichische Volkspartei war. Raab, 1891 im niederösterreichischen Sankt Pölten geboren und im Benediktinerstift Seitenstetten erzogen, war 1927 für die Christlichsoziale Partei in den Nationalrat eingezogen und hatte im autoritären Christlichen Ständestaat (1934–1938) der von Bundeskanzler Dollfuß zur Abwehr von Nationalsozialismus und Austromarxismus gegründeten „Vaterländischen Front" angehört. Im letzten Kabinett Schuschnigg war er noch kurz vor dem An-

[39] Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[40] Bericht Mueller-Grafs an AA, 24. 5. 1954, in: PA/AA, Abt. 2, Bd. 290, Bezugnahme darauf im Bericht vom 21. 1. 1958/VS-Vertr.

[41] Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schluß Österreichs Handelsminister gewesen. Die außenpolitische Ausrichtung Österreichs in den Donauraum und die politische und wirtschaftliche Anbindung der Donaustaaten an Österreich waren Hauptziel der Christlichsozialen, vor allem von Bundeskanzler Ignaz Seipel, gewesen[42]. Diese Politik hatte im permanenten Konflikt mit der großdeutschen Idee gestanden, die im Anschluß Österreichs an Deutschland ihre letzte Erfüllung suchte und die die Großdeutsche Volkspartei, der Koalitionspartner der Christlichsozialen, und die von Otto Bauer geführten oppositionellen Sozialdemokraten propagierten.

Hinter dem Plan einer Donauföderation der aus der Monarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten hatten alte großösterreichische Reichskonzepte gestanden[43]. Der Donaustaatenbund hatte auch in den sicherheitspolitischen Überlegungen der Westmächte, der Tschechoslowakei und Italiens über ein volles Jahrzehnt eine Rolle gespielt. Er sollte die wirtschaftliche, eventuell auch politische Anlehnung Österreichs an die Staaten der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) ermöglichen. Schon früh hatte diesen Plan Frankreich gefördert, das durch seinen Vertrag mit der ČSR (1924) mit dem Vertragssystem der Kleinen Entente verbunden war und in ihr neben Polen den östlichen Pfeiler seines Sicherheitssystems sah. Eine wirtschaftliche Donauföderation, etwa auf der Basis von Präferenzzöllen, hätte einen wirksamen Schutz gegen deutsches Vordringen in den südosteuropäischen Raum geboten.

Die Option für eine Politik Österreichs im Donauraum war unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder aufgelebt. So hatte Norbert Bischoff, ein Karrierediplomat des alten Wiener Außenministeriums, der 1947 als politischer Vertreter Österreichs (seit 1953 als Botschafter) nach Moskau entsandt wurde[44], Mitte 1945 die Hoffnung gehegt, Österreich könne zwischen den – damals noch nicht verfestigten – Ost-West-Blöcken eine eigenständige Rolle spielen und an seine alten Bindungen aus

---

[42] Diese Richtung vertrat später innerhalb der ÖVP neben anderen Eduard Ludwig, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Nationalrat. Vgl. Eduard Ludwig, Österreichs Sendung im Donauraum. Die letzten Dezennien österreichischer Innen- und Außenpolitik, Wien 1954. Diese Perspektive auch bei Tončič-Sorinj (1966–1968 Außenminister), Lujo Tončič-Sorinj, Erfüllte Träume. Kroatien, Österreich, Europa, Wien 1982.

[43] Vgl. zum folgenden Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz 1983, S. 249–276, hier S. 258; Rudolf Wierer, Der Föderalismus im Donauraum, Graz/Köln 1960; Holm Sundhaußen, Die Kleine Entente. Zu ihrer Rolle im Versailler Vertrag, in: Südosteuropa-Mitteilungen 24 (1984), S. 17–34; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 112f., 279; Anne Orde, Großbritannien und die Selbständigkeit Österreichs 1918–1938, in: VfZ 28 (1980), S. 224–247; Marie Luise Recker, England und der Donauraum 1919–1929, Frankfurt a. M. 1976; Thomas Angerer, Die französische Österreichpolitik vor dem „Anschluß" 1938, in: VfZ 40 (1992), S. 29–59.

[44] Norbert (von) Bischoff (1894–1962) war Ende 1938 entlassen, später in dauernden Ruhestand versetzt worden; 1945 Wiedereintritt und Leiter der Politischen Abteilung, 1946 politischer Vertreter in Paris, von Ende 1946 bis Ende 1958 in Moskau und Wegbereiter des Staatsvertrags. Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, Kap. III. u. V. und passim.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Zeit der Monarchie wieder anknüpfen. Bischoff sah im österreichisch-böhmischen Raum, trotz der „brutalen Austreibung der tschechoslowakischen Deutschen"[45], den Kernbereich eines eigenständigen Mitteleuropa[46]. Dieses sollte seinen Rückhalt bei Frankreich suchen. Paris als letzte kontinentale Metropole Alteuropas, die noch kulturelles und historisches Prestige besitze, sollte zwischen den „Weltkolossen im Osten und Westen" vermitteln. Bischoffs Vision, anstelle Berlins könne nun Wien zu einem neuen Kraftzentrum im mittelosteuropäischen Raum aufsteigen, war eine faszinierende Perspektive österreichischer Außenpolitik in der scheinbar offenen Situation des Jahres 1945, hatte aber keine lange Dauer, weil Mittel- und Südosteuropa unter die Herrschaft Moskaus fielen.

Für eine Politik im Donauraum trat auch Otto von Habsburg ein, der Anfang 1954 aus der Emigration nach Bayern übergesiedelt war und dessen Villa in Pöcking am Starnberger See zum „Wallfahrtsort" legitimistischer Kreise aus Österreich wurde. Otto durfte erst 1961, nachdem er seinen Thronverzicht erklärt hatte, wieder nach Österreich einreisen und löste damit eine Verfassungskrise aus[47]. Eines seiner Hauptanliegen war das Schicksal der Völker, die einst zur Habsburgermonarchie gehört hatten. Der „Zauberformel Koexistenz" zwischen West und Ost[48] begegnete er mit größtem Mißtrauen. Otto gründete seine Hoffnung auf einen Wandel, der Europa, dem ständigen Prozeß historischer Veränderung entsprechend, „seine wahren Grenzen" zurückgeben und in „Rußland" zu einer „weitestgehenden Änderung" des Regimes führen werde. Otto von Habsburg machte sich zum Anwalt der Außenpolitik von John Foster Dulles und seiner „policy of liberation". Nach der Befreiung Osteuropas von der sowjetischen Herrschaft sollten sich die kleineren Länder Ost- und Südosteuropas in Regionalbündnissen organisieren. Dabei schwebten Otto drei Föderationen vor Augen: eine balkanische, eine polnisch-baltische und die Donauföderation[49]. Mit in seinem Kalkül lag, daß bei der starken, von den kommunistischen Regimen gewaltsam unterdrückten ethnisch-nationalen Rivalität der Völker Südosteuropas ihm selbst, wie den Habsburgern vor 1918, eine Rolle als ausgleichender und stabilisierender Faktor zufallen könnte – was 1990 für einen kurzen Augenblick in den Bereich des Möglichen fiel, als erwogen wurde, Otto zum Präsidenten Ungarns wählen und nach einem Plebiszit vielleicht auch

[45] Diese Ettiketierung der früheren Deutschösterreicher in Böhmen und Mähren entsprach der Auffassung der von Karl Renner geführten provisorischen Staatsregierung, die in den nach Österreich abgeschobenen Altösterreichern tschechoslowakische Staatsbürger sah, die Österreich nicht aufnehmen müsse. Protokoll der Kabinettsratssitzung vom 12. 6. 1945, in: Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–52, S. 85–97.

[46] Vgl. Denkschrift Norbert Bischoffs, Die außenpolitische Orientierung Oesterreichs (Wien, Juli 1945), in: NL Schöner, Kart. 2, Mappe 1.

[47] Vgl. Margareta Mommsen-Reindl, Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien/Köln/Graz 1976; Rauchensteiner, Die Zwei, S. 443, 456f.

[48] Otto von Habsburg, Friede dem Frieden, in: Die österreichische Furche, 25. 12. 1953, S. 1–2.

[49] Vgl. Bericht der Botschaft Brüssel über Ottos Vortrag im Rahmen der *Grandes Conférences Catholiques*, an AA vom 22. 12. 1953, in: PA/AA, Abt. 3, Bd. 28; Otto von Habsburg, Unbekanntes Osteuropa, in: Rheinischer Merkur, 5. 2. 1954, S. 4.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Stefanskrone krönen zu lassen[50]. Raab vermied jede Kontaktnahme mit dem Habsburger.

Geistiges Zentrum der Propagierung der Donauraumidee war das Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes in Salzburg[51], der wichtigste Stützpunkt der Legitimisten, die zwar einen kleinen, aber einflußreichen und finanziell starken Kreis bildeten. Sie gehörten zum Teil dem früheren christlichsozialen Lager, zum Teil der ÖVP an oder standen ihr nahe. Unmittelbar nach 1945 hatten sie ihre Hoffnungen auf eine habsburgisch regierte Föderation aus dem katholischen Bayern, Österreich und Ungarn gesetzt. Im Jahr 1951 präsentierten sie als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl Herzog Max von Hohenberg, den Sohn des 1914 ermordeten Franz Ferdinand; Bundeskanzler Figl hatte die Kandidatur in letzter Minute abwenden können. Das Salzburger Institut war von Theodor Hornbostel 1953 gegründet worden, dem Leiter der politischen Abteilung des Wiener Außenministeriums vor 1938 und Doyen der österreichischen Diplomatie mit engen Kontakten zur ÖVP. Aufgabe des Instituts war die Analyse der politischen, wirtschaftlichen und ethnischen Probleme des Donauraumes und die Erkundung der Voraussetzungen für eine nachbarliche und regionale Organisation seiner Völker in Übereinstimmung mit den Zielen des Europarats und der Vereinten Nationen[52]. Zu den Vorstandsmitgliedern zählten der Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „Die österreichische Furche", Friedrich Funder, vor 1938 Chefredakteur der christlichsozialen „Reichspost", der sich 1956/57 während der Eigentumsverhandlungen zwischen Bonn und Wien gegen jede engere wirtschaftliche und politische Bindung Österreichs an Westdeutschland aussprach und damit Raab unter Druck setzte; neben ihm Gustav A. Canaval, Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten", der sein Blatt immer wieder Otto von Habsburg für große Aufsätze öffnete; der Wiener Historiker (und Benediktiner) Hugo Hantsch, der der Vaterländischen Front angehört hatte und nach 1945 für eine Lösung vom „gesamtdeutschen Geschichtsbild" seines Lehrers Heinrich von Srbik eintrat, sowie Carl Karwinsky, als Staatssekretär für Sicherheit einst ein enger Vertrauter von Dollfuß[53]. Dem Institutsvorstand ging es jedoch um mehr als um reine Forschung: nämlich eine Restauration der Habsburger an der Spitze einer Föderа-

[50] Vgl. Andreas Razumovsky, Rückkehr der Nachbarn. Wollen die Österreicher eine neue Donau-Föderation?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (künftig: FAZ), 17. 1. 1990. Das „Presse"-Interview mit Otto von Habsburg, in: Die Presse (Wien), 8. 10. 1991, S. 3.

[51] Vgl. Hintergrundbericht von Fritz Valjavec, Leiter der Studiengruppe Südost in München, an AA vom 15. 12. 1955, in: PA/AA, Ref. 304, Bd. 30 (vgl. Anm. 61). Zeitschrift des Salzburger Instituts war *Der Donauraum* (seit 1956). Zum folgenden Pape, Österreich und Deutschland, Kap. 3: Die Diskussion über das gemeinsame Erbe: Reich – Europa – Abendland.

[52] Vgl. Alfred Ableitinger, Theodor Hornbostels und Friedrich Funders Diskussion in den Jahren 1953/55, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1985), S. 191–212.

[53] Vgl. Hedwig Pfarrhofer, Friedrich Funder, Ein Mann zwischen Gestern und Morgen, Graz/Wien/Köln 1978; Hugo Hantsch, Die Krise der Geschichtsauffassung, in: Wissenschaft und Weltbild [Wien] 1 (1948), S. 50–61; ders., Der Völkerstaat an der Donau. Österreich-Ungarn von 1866 bis 1918, in: Otto Schulmeister (Hrsg.), Spectrum Austriae, Wien 1957, S. 151–194. Zu Hornbostel und Karwinsky vgl. Tonéič-Sorinj, Erfüllte Träume, S. 166f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion der aus der Monarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten. Zu den Optionen dieses Kreises gehörte, daß Otto von Habsburg eines Tages die Donauföderation führen sollte, ob als restaurierter Kaiser oder Präsident[54]. Als Dekorum des Instituts diente ein wissenschaftlicher Beirat, der sich aus Emigranten der Länder der ehemaligen Donaumonarchie zusammensetzte.

Als Salvador de Madariaga Anfang 1958 vorschlug, Wien zur Hauptstadt Europas zu machen, weil Wien „die einzige Großstadt Europas" sei, „die europäisch in der Vielfalt ihrer Ausstrahlung ist und nicht nur eine nationale Kultur widerspiegelt"[55], kam dies der von Österreich in Anspruch genommenen Rolle als Herzland Europas und Brücke zwischen West und Ost entgegen. Der amerikanische Botschafter in Wien sah darin nichts anderes als „high flights of fanciful wishful thinking"[56]. Madariagas Wien-Eloge traf sich mit den um die Geschichte Österreichs und letzte Fragen menschlichen Daseins kreisenden Reflexionen, die Reinhold Schneider im Winter 1957/58 in der Habsburgermetropole anstellte und mit denen er das Österreich-Bild namentlich des katholischen Bildungsbürgertums in der Bundesrepublik nachhaltig beeinflußt hat[57].

Die Europaidee lebte in Österreich weniger in der Gegenwart als aus der Geschichte: von der Erinnerung an das Zusammenleben verschiedener Völker in der Habsburgermonarchie, während die Europaidee Adenauers, Schumans und de Gasperis in die Zukunft wies und den Zusammenschluß der Staaten Westeuropas befördern sollte[58]. Zwar wurde in Österreich die „Europamission" des Landes unentwegt beschworen, doch hatte man anderes als die Westeuropäer im Blick: die Brückenfunktion zu den Ländern Südosteuropas, auf keinen Fall aber eine Existenz als Anhängsel Westeuropas, von dem jedoch, ob man wollte oder nicht, die wirtschaftliche Existenz des Landes abhing. Gleichwohl lehnte Österreich 1959 den Beitritt zur EWG ab, um die verstaatlichte Industrie als (angeblicher) Garant der Unabhängigkeit des Landes nicht dem internationalen Wettbewerb auszusetzen[59]. Politik, Diplo-

[54] Vgl. Bericht Valjavec (Studiengruppe Südost) vom 26. 7. 1954: Beschwörung des Heiligen Römischen Reiches, in: PA/AA, Abt. 3, Bd. 28.

[55] Salvador de Madariaga, Zur Wahl der „Hauptstadt Europas", in: Neue Zürcher Zeitung, 16. 2. 1958.

[56] Brief von Matthews an den Assistant Secretary des State Department für Europa, Wien, 17. 9. 1958, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis 1959–1960; Germany; Austria, Washington 1993, S. 782–785, hier S. 782.

[57] Vgl. Reinhold Schneider, Winter in Wien. Aus meinen Notizbüchern 1957/58, Freiburg i. Br. 1958.

[58] Zum ideologischen Gehalt der Europaidee vgl. Fritz Fellner, Nationales und europäisch-atlantisches Geschichtsbild in der Bundesrepublik und im Westen in den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Ernst Schulin (Hrsg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), München 1989, S. 213–226.

[59] Dem EWG-Beitritt standen nicht die Neutralität und völkerrechtliche Gründe entgegen, wie Politiker der SPÖ, des „linkskatholischen" ÖVP-Flügels, große Teile der Publizistik und der Politikwissenschaftler (bis 1989/90) behaupteten, sondern ideologische. Erst die Lösung von der Idee des sozialistischen Wohlfahrtsstaates und die Teilprivatisierung der verstaatlichten Industrie

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

matie und die Erinnerung an die politisch-kulturelle Vormachtrolle der Habsburgermonarchie in Südosteuropa durchdrangen sich im konservativen Lager nach 1945 in eigentümlich irrealer Weise, während die Sozialisten einen Schlußstrich unter Monarchie und Habsburgertum ziehen wollten. Für sie gab es nur einen historischen Bezugspunkt: die Gründung der Republik im Jahr 1918. Die österreichische Diskussion über das Geschichtsbild[60] und die Versuche, die geistigen und politischen Fäden zum Donauraum nicht ganz abreißen zu lassen, verschwanden für die deutsche Öffentlichkeit wie hinter einem Vorhang. Darüber informierten gelegentlich der Rheinische Merkur oder, freilich im verborgenen, Botschafter Mueller-Graaf sowie die von Fritz Valjavec geleitete Münchner Studiengruppe Südost an das Auswärtige Amt[61]. So eng Deutschland und Österreich nach 1938 zusammengeschlossen waren, so weit waren sie nach 1945 – zumindest für die deutsche Öffentlichkeit – wieder auseinandergerückt.

Um seiner Vision einer Befreiung der Staaten Osteuropas aus dem Machtbereich der Sowjetunion und einer dann möglichen neuen Schlüsselrolle Österreichs in Südosteuropa näherzukommen, mußte Julius Raab daran liegen, die Lösung der deutschen Frage voranzubringen. Hinzu traten persönliche Gründe: Die Bundespräsidentenwahl im Mai 1957 hatte der parteilose und weitgehend unbekannte Wiener Medizinprofessor Wolfgang Denk – von Raab innerparteilich im Alleingang und mit Zustimmung der Freiheitlichen Partei Österreichs nominiert – gegen Adolf Schärf verloren[62]; im Spätsommer 1957 hatte Raab dann einen Schlaganfall erlitten und war nach der mühsam überwundenen Lähmung einer Körperhälfte nicht nur physisch behindert, sondern auch politisch geschwächt. Nach Mueller-Graafs Beobachtungen[63]

---

ebneten Österreich den Weg zum Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995. Vgl. Matthias Pape, Österreich und Deutschland, Kap. 8, Abschnitt: Wandlungen des Neutralitäts- und Nationsbegriffs in Österreich 1955–1965.

60 Vgl. Fritz Fellner, Die Historiographie zur österreichisch-deutschen Problematik als Spiegel der nationalpolitischen Diskussion, in: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hrsg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa, Wien/München 1982, S. 33–59; ders., Das Problem der österreichischen Nation nach 1945, in: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hrsg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, Berlin 1985, S. 193–220. Eine Art Selbstbespiegelung aller politischen Lager bei Robert Kriechbaumer (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung (Bd. 1): Die Sicht von innen, Wien/Köln/Weimar 1998.

61 Im Rheinischen Merkur berichteten Paul Wilhelm Wenger und Adam Wandruszka. Die Hintergrundberichte der Studiengruppe Südost an den Leiter des Münchner Südost-Instituts, Valjavec, verfaßten Mitarbeiter in Wien. Diese (nicht immer seriösen) Informationen glichen einer regelrechten Zweitberichterstattung neben der offiziellen der Botschaft.

62 Vgl. Lothar Höbelt, Die Bundespräsidentenwahlen in der 1. und 2. Republik, Wien 1986, S. 23–25, 30.

63 Die folgenden Zitate aus Mueller-Graafs Bericht an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Der im folgenden genannte Felix Hurdes war einer der Parteigründer und Führer des nach 1945 einflußreichen „linkskatholischen" Parteiflügels, Generalsekretär der ÖVP (1945–1951) und Unterrichtsminister (1945–1952), danach Erster Nationalrats-

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mischten sich bei Raabs Deutschlandinitiative innen- und außenpolitische Motive: „Innenpolitisch würde er sich im Falle eines Erfolges wieder als der Staatsmann erweisen, der schon einmal für unmöglich Gehaltenes fertiggebracht hat. Er würde damit in der eigenen Partei und in der Koalition das Heft wieder fester in die Hand bekommen. In der ÖVP ist eine starke Gruppe vorhanden, die daran denkt, den kranken Mann, an dessen Durchschlagskraft für die nächsten Wahlen sie zur Zeit zweifelt, zum Rücktritt zu veranlassen. Allerdings ist der Kampf um seine Nachfolge, nach der sich insbesondere Hurdes und Graf drängen, während Figl sich taktvoll und klug im Hintergrunde hält, noch keineswegs entschieden und schon deshalb die Gefahr in der eigenen Partei zur Zeit nicht ganz akut." Ähnlich taktiere die SPÖ. Raab versuche, „obwohl er von seinen Erfolgsaussichten m. E. tief durchdrungen ist, als vorsichtiger Taktiker seine Handlungen zu camouflieren und zu bagatellisieren, um im Falle des Misserfolges sagen zu können, dass ja eigentlich nichts gewesen sei."

Als weiteres Motiv wäre Raabs Bewußtsein zu nennen, mit der Lösung der Staatsvertragsfrage Adenauer in Bedrängnis gebracht zu haben und dies bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit „wiedergutmachen"[64] zu wollen. Wahrscheinlich haben die massiven Vorwürfe, die Thomas Dehler und Gustav Heinemann in der Nachtsitzung des Bundestages am 23./24. Januar 1958 gegen Adenauer erhoben hatten, Raab in seinem Vorhaben noch bestärkt[65]. Beide früheren Kabinettsmitglieder hatten behauptet, der Bundeskanzler habe alle Chancen für die deutsche Wiedervereinigung „versäumt". Dehlers emotionsgeladene und Heinemanns kühl berechnete Attacke heizten die öffentliche Diskussion über die ungelöste nationale Frage an wie nie zuvor[66]. Die politischen und publizistischen Gegner von Adenauers Deutschlandpolitik sahen sich nun bestätigt. Adenauer erlebte einen Autoritätsverlust in der eigenen Bundestagsfraktion[67]. Diese Bundestagsdebatte wurde zur eigentlichen Geburtsstunde der Legende, Adenauer habe das Verhandlungsangebot Stalins von 1952 über die

---

präsident (1953–1959). Ferdinand Graf war Direktor des Bauernbundes, einer der drei Bünde, aus denen sich die ÖVP zusammensetzte, und Staatssekretär im Innenministerium (1945–1956), danach Bundesminister für Landesverteidigung (1956–1961). Vgl. Robert Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahr 1945. Politische und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik, Wien 1985.

[64] Diese Skrupel Raabs bestätigte dem Verfasser Dr. Steiner (Wien), als Raabs Sekretär einer seiner engsten Mitarbeiter.

[65] Vgl. Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 23. 1. 1958, S. 384–399, 401–406; Dehlers Rede, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 374–397; Heinemanns Rede, in: Ebenda, S. 399–409 (mit Sachkommentar). Vgl. auch Schwarz, Adenauer, S. 402–409; Köhler, Adenauer, S. 966–977; Rainer Zitelmann, Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen 1991, S. 116f., 133f.; Friedrich Klingl, „Das ganze Deutschland soll es sein!" Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987, S. 309–319; Udo Wengst, Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 309–311, und: Exkurs über Dehlers Verhältnis zu Adenauer, S. 131–134.

[66] Vgl. Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955/63. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. von Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970, S. 303–305.

[67] Vgl. Schwarz, Adenauer, S. 409.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsche Wiedervereinigung leichtfertig ausgeschlagen und mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO die Einheit verspielt[68]. Dies entsprach keineswegs der Auffassung in Österreich. Raab verurteilte gegenüber Mueller-Graaf Dehlers und Heinemanns Reden „als Hilfe für die sowjetische Politik"[69]. Bruno Kreisky (SPÖ), Staatsekretär im Außenamt, wandte sich gegen Erich Ollenhauers Vorstellung einer „Politik der Dritten Kraft"[70]. Das Zugeständnis der Neutralität an Österreich sei nur ein Köder der Sowjets für die Deutschen gewesen. Den 1957 vom polnischen Außenminister Rapacki vorgelegten Plan atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa lehnten Kreisky wie Adenauer und Raab – im Gegensatz zu den britischen und deutschen Sozialdemokraten – ab, da der Plan eine Schwächung des Westens bedeute[71]. Mueller-Graaf betonte, daß in Wien „keinerlei ‚westlicher Gegendruck' vonnöten" sei, „weil die Auffassungen des Ballhausplatzes nach wie vor eindeutig gegen alles gerichtet sind, was zur Schwächung der militärischen Abwehrkraft Westeuropas beitragen könnte"[72]. Dies verweist erneut auf die österreichischen Sicherheitsinteressen, welche die Neutralität des Landes nur im Schutz der NATO gewahrt sahen. Raab mag also nach Dehlers und Heinemanns Attacken die Vorstellung bedrängt haben, durch die Lösung der Österreich-Frage den Gegnern der Adenauerschen Außen- und Verteidigungspolitik ungewollt in die Hand gespielt zu haben.

III.

Raab wollte in dieser Situation und vor den für 1958 geplanten Reisen nach Rom, Moskau und Washington mit Adenauer über Lösungsmöglichkeiten in der deutschen Frage sprechen. Er sah sich dabei in der Rolle eines Vermittlers, vielleicht sogar des „ehrlichen Maklers". Die anlaufende Aktion blieb zunächst in geheimnisvollem Dunkel. Am Anfang stand vermutlich ein Gespräch Raabs mit dem sowjetischen Botschafter[73]. Raab, ohnehin ausgesprochen wortkarg, ließ sich von seinen engsten Mitarbeitern nicht in die Karten schauen. Auch das Außenamt erhielt keine Information. Selbst gegenüber Botschafter Mueller-Graaf, mit dem ihn ein Vertrauensverhältnis verband, äußerte Raab außer dem Wunsch einer unauffälligen Begegnung mit

[68] Vgl. Manfred Kittel, Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958, in: VfZ 41 (1993), S. 355–389, hier S. 381–384.

[69] Bericht Mueller-Graafs an AA, 25. 2. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[70] Kreisky in einem Vortrag beim Internationalen Diplomaten-Seminar auf Schloß Klessheim bei Salzburg, 17. 8. 1957. Aufzeichnung von Legationssekretär Alfred Grahn, Bonn, 22. 8. 1957, in: PA/AA, Ref. 203, Bd. 66; vgl. Pape, Die deutsch-österreichischen Beziehungen, S. 159.

[71] Vgl. Telegramm Mueller-Graafs an AA, 23. 1. 1958, in: PA/AA, Ref. 203, Bd. 113.

[72] Bericht Mueller-Graafs an AA, 25. 2. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[73] So äußerten sich unabhängig voneinander dem Verfasser gegenüber Außenminister a. D. Karl Gruber (†) und Dr. Steiner (1989).

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer keine konkreten Gesprächswünsche. Raab warf bewußt den Kredit in die politische Waagschale, den er sich als „Staatsvertragskanzler" erworben hatte.

Vierzehn Tage vor Raabs Reise nach Bonn unterrichtete Karl Gruber (ÖVP), der als Außenminister im Jahr 1953 den ersten offiziellen Besuch von österreichischer Seite in Bonn absolviert hatte und Vertreter einer kompromißlosen Linie gegenüber Moskau war[74], Mueller-Graaf über die deutschlandpolitische Strategie des österreichischen Bundeskanzlers. Mueller-Graaf galt in Wien als absoluter Gefolgsmann Adenauers und seiner Politik der Nichtanerkennung der DDR[75]. Gruber zog Mueller-Graaf „beim schwarzen Kaffee in ein höchst vertrauliches Gespräch" und „deutete dabei an, dass seine Gedankengänge weitgehend mit denen Raabs übereinstimmten, und dieser, wie er anzunehmen schien, in ähnlichem Sinne mit Herrn Bundeskanzler Adenauer zu sprechen beabsichtige"[76].

Nach Raabs Auffassung waren in der Frage der deutschen Wiedervereinigung „die beiderseitigen Standpunkte hoffnungslos eingefroren", was „zur dauernden Teilung Deutschlands und Europas führen" könne. Nötig sei eine „Auflockerung" durch „neue Ideen und Methoden" und Vorschläge, wie sie etwa der Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gemacht habe, die Raab als „der richtige Weg" erschienen. Es müsse, ähnlich wie bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag, eine Kommission gebildet werden, in der Bonn, eventuell auch West-Berliner Vertreter, und Ost-Berlin „in einem abgesteckten Rahmen praktisch miteinander zu reden beginnen"[77]. Auf Mueller-Graafs Einwand, daß die DDR „ja mit Moskau identisch sei und man dann wohl sehr viel besser gleich mit Moskau rede", entgegnete Gruber, man könne der Weltmacht Sowjetunion nicht den Unterhändler vorschreiben, wenn sie sich, wie hier, auf einen solchen festgelegt habe. Ohne Verhandlungen mit den Kommunisten sei kein Vorankommen möglich. Wenn sich die Ver-

[74] Gruber war nach seiner Tätigkeit als Botschafter in Washington (1954–1957) stellvertretender Generaldirektor der Weltatombehörde in Wien und trat 1961 wieder in den diplomatischen Dienst ein. Vgl. Lothar Höbelt/Othmar Huber (Hrsg.), Für Österreichs Freiheit. Karl Gruber – Landeshauptmann und Außenminister 1945–1953, Innsbruck 1991.

[75] Dafür beispielhaft ist seine Demarche gegen den ersten Auftritt einer offiziellen DDR-„Delegation" 1956 in Wien. Vgl. Matthias Pape, Mozart und der Kalte Krieg. Die Entsendung einer DDR-„Delegation" zum internationalen musikwissenschaftlichen Kongreß in Wien 1956, in: Deutschland Archiv 31 (1998), S. 760–772.

[76] Persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Außenminister von Brentano, Wien, 27. 2. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[77] Ebenda. Willy Brandt hatte seine Bereitschaft erklärt, mit dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Ebert, zusammenzutreffen. Er hielt auch „technische Kontakte" mit dem Ostberliner Magistrat durch höhere Beamte für möglich: „Wir sind bereit, gewisse unsinnig gewordene Auswüchse des Kalten Krieges aus der Welt zu schaffen." Vgl. Die Welt, 15.3. 1958: Brandt und Ebert für Entspannung in Berlin. In seinen wenig präzisen Erinnerungen spricht Gruber von „tatsächlicher Aufnahme von Beziehungen" zwischen Bonn und Ost-Berlin. Vgl. Karl Gruber, Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen, Wien/München/Zürich 1976, S. 193–195. Gruber nennt, wenig überzeugend, als Motiv für Raabs Initiative den brachliegenden Außenhandel mit der DDR, der von der Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen abhing.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen der Kommission auf Berliner Ebene vollzögen, spielten sie sich der Form nach nicht als Verhandlungen zwischen zwei Staaten ab. „Natürlich werde die ‚westliche' Delegation jeden Tag mit Bonn und dieses mit dem Westen und umgekehrt die ‚östliche' jeden Tag mit Pankow und Moskau in Fühlung sein." Moskau liege nicht daran, das vereinigte Deutschland kommunistisch zu infiltrieren, es werde aber „nur solche Änderungen in Mitteleuropa zulassen, die seine militärpolitische Lage nicht wesentlich verschlechterten". Nach Gruber könnten, vergleichbar mit Österreich, nur in mühsamen und jahrelangen Bemühungen Lösungen gefunden werden, die Moskau akzeptabel erschienen. Die NATO dürfe nicht gefährdet, das Vertrauen der Amerikaner, mit denen alles abzustimmen sei, in keiner Weise erschüttert werden, so wie er, Gruber, „seinerzeit mit Dulles geheim das Feld für die Verhandlungen in Moskau über den Staatsvertrag abgesteckt" habe. Die eine Begrenzung des Verhandlungsrahmens müsse darin liegen, daß die Amerikaner nicht aus Europa abzögen, die andere ergebe sich aus dem Willen Moskaus, seine sicherheitspolitische Lage nicht zu verschlechtern. Gruber bestand darauf, daß Bonn selbst die Initiative ergreifen müsse und sie nicht den Westmächten überlassen dürfe. Er „sei fest davon überzeugt, dass im Grunde Frankreich und noch viel mehr England gegen die Wiedervereinigung seien. Sie sagten uns natürlich das Gegenteil." Das war, wie Mueller-Graaf einfügte, die seit Jahren vom Ballhausplatz vertretene Auffassung. Nur zusammen mit den Amerikanern konnte Bonn nach Grubers Meinung die Sache vorantreiben. Daß die deutsche Frage in Bewegung gehalten werde, sei auch parteipolitisch wichtig. Die Politik der deutschen Opposition „sei ja zwar Gott sei Dank bisher äusserst jämmerlich gewesen, sie habe weder schwarz noch weiss gesagt, sondern grau, und damit sei natürlich nichts zu machen. Die Dinge könnten sich aber leicht ändern, und die Gefahr, dass die CDU, der sie als ÖVP sich doch sehr nahe fühlten, die nächsten Wahlen verliere, werde immer grösser." Mueller-Graaf fügte hinzu, daß hier Gruber „offenkundig auch die Sorgen von Raab" aussprach. In einem späteren Bericht an das Auswärtige Amt nannte Mueller-Graaf als eine nach Gruber weitere notwendige Voraussetzung ein Gesetz, das die Machthaber im SED-Regime amnestiere, „um auf diese Weise der Sowjetzone goldene Brücken zu bauen, Widerstände auszuräumen und gleichzeitig der Sowjetunion das Gesicht wahren zu helfen"[78].

Raab erklärte in einer Rundfunkansprache am 1. März, daß er nicht beabsichtige, sich in stärkerem Maße in die Gespräche zwischen Ost und West einzuschalten. Doch genau darum ging es ihm. Er wollte freilich den Spekulationen vorbauen, die bereits in Wiener Zeitungen angestellt worden waren, deutsche Regierungskreise hätten eine Intervention Raabs in der Frage der deutschen Wiedervereinigung gewünscht[79]. „Niemals", so erklärte Raab nach Ausscheiden aus dem Re-

[78] Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[79] Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 25. 2. 1958, in: Ebenda; Bericht des Bonner Korrespondenten der „Presse" (Wien) vom 23. 2. 1958: Bonn: Raab soll vermitteln.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gierungsamt im Rückblick, sei „irgendeine Instanz" an ihn herangetreten, „um ihm einen offiziellen Auftrag zur Vermittlung in der Deutschlandfrage zu erteilen"[80].

Um seine Reise nach Bonn so unpolitisch wie möglich erscheinen zu lassen, verfiel vermutlich Raab selbst auf die Idee, die geplante Investitur Adenauers zum „Ehrenritter" des Deutschen Ordens zum Anlaß einer Begegnung mit Adenauer zu nehmen und bei der feierlichen liturgischen Zeremonie die Patenschaft zu übernehmen[81]. Beide Bundeskanzler waren zusammen Anfang 1957 zu „Ehrenrittern" ernannt, Raab war im Juni 1957 in Wien investiert worden[82]. Er hatte sich wohl bei seinem Besuch im Oktober 1956 in Bonn im Auftrag des Ordens um Adenauers Zustimmung bemüht und diesem im Auftrag des Ordens-Hochmeisters, der seinen Sitz in Wien hatte, eine voluminöse Darstellung zur Geschichte des Ordens überreicht[83]. Dessen Aktivitäten lagen seit Ende des Ersten Weltkrieges im karitativen Bereich und erstreckten sich auf den westdeutschen, österreichischen und Südtiroler Raum[84]. Der Kontinuitätsbruch mit der Tradition des mittelalterlichen Ritterordens, der vom 13. bis zum 16. Jahrhundert den Deutschordensstaat in Preußen und einen ähnlich gearteten Territorialstaat in Livland errichtet hatte, war unübersehbar. Im Vergleich mit anderen karitativen Gemeinschaften war der Orden förmlich bedeutungslos. Von den Nationalsozialisten aufgelöst und enteignet, stand er seit Mitte der fünfziger Jahre in einer Phase der Reorganisation und suchte mit der Idee des „christlichen Abendlandes", die sich am Ende des Jahrzehnts schon überlebt hatte, für sich zu werben; die Aufnahme beider Bundeskanzler sollte dem Orden neuen Glanz verleihen. Adenau-

---

[80] Protokoll über das Gespräch Jedlickas mit Raab vom 1. 3. 1962 (wie Anm. 32).

[81] Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 4. 3. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[82] Aufnahmebeschluß auf der Sitzung des Generalrats des Ordens am 21. 2. 1957 in Rom. Vgl. Gerard Müller, Die Familiaren des Deutschen Ordens, Marburg 1980, S. 186, zu Adenauers Aufnahme S. 158f., 330–332.

[83] Raab überreichte das Werk Marian Tumlers (1948–1970 Hochmeister des Ordens), Der Deutsche Orden im Werden, Wachsen und Wirken bis 1400 mit einem Abriß der Geschichte des Ordens von 1400 bis zur neuesten Zeit, Wien 1955. Dazu Dankbrief Adenauers an Marian Tumler, 29. 10. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1998, S. 256. Vgl. auch Marian Tumler/Udo Arnold, Der Deutsche Orden. Von seinem Ursprung bis zur Gegenwart, 5., überarb. u. erw. Aufl. Bad Münstereifel 1992.

[84] Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 4. 3. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Der Deutsche Orden war 1809 in den Rheinbundstaaten von Napoleon aufgehoben, 1834 in Österreich als Deutscher Ritterorden von Franz I. wiederbelebt, 1923 in einen Priesterorden umgewandelt und nach 1945 in den Balleien Deutschland, Österreich und Italien wiederhergestellt worden. Er wurde den klerikalen Bettelorden zugerechnet und zählte 1958 nicht mehr als 93 Ordensbrüder. Zu den „Familiaren" des Ordens gehören „Ehrenritter" und „Marianer". Diese sollten einen musterhaften katholischen Lebenswandel führen, die Marienfrömmigkeit pflegen und den Orden „durch Gebet und Opfer", also vor allem finanziell unterstützen. Vgl. Müller, Familiaren des Deutschen Ordens. Über die Ordensaktivitäten berichtete im Vorfeld von Adenauers Investitur Die Welt, 10. 3. 1958: „Ehrenritter" im Deutschen Orden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ers Investitur machte ihn in der deutschen Öffentlichkeit überhaupt erst wieder bekannt[85].

Julius Raab und der Wiener Hochmeister hatten freilich die Wirkung von Adenauers Ordensinvestitur auf die polnische Öffentlichkeit nicht bedacht oder zu gering veranschlagt. Hauptfeind der Ideologie des kommunistischen Polen und wichtigstes Instrument des Machterhalts der Kommunisten war – auch nach Aufhebung des Kriegszustands mit Deutschland im Februar 1955 und unter Gomulka als Integrationsfigur aller politischen Lager nach dem „Warschauer Herbst" des Jahres 1956 – das Deutschtum. Es wurde vor allem mit der gewaltsamen Missionspolitik und Staatsgründung des Deutschen Ordens, seinen Hochmeistern und ihrem Sitz auf der Marienburg assoziiert, denen im beginnenden 14. Jahrhundert im polnischen Königtum der schärfste Gegner erwachsen war[86]. Die Ordensgeschichte nahm in der polnischen Literatur (Adam Mickiewicz, Henryk Sienkiewicz) unter allen historischen Stoffen von der Romantik bis nach 1945 den ersten Platz ein[87], der Kreuzritter war das negative Symbol für Deutschland schlechthin[88].

Das kommunistische Polen war zu einer entideologisierten Beurteilung der deutschen „Ostbewegung" und „Kolonisationsarbeit" nicht bereit. Diese war nach 1918 von der vom Volkstumskampf beeinflußten deutschen Geschichtsschreibung mit ihren fließenden Übergängen zur NS-Ideologie als kolonisatorische „Großtat" des deutschen Volkes überzeichnet worden[89]; die westdeutsche Ostforschung hatte sich davon

---

[85] Gleichzeitig mit Adenauer wurde Bundesminister Franz Josef Strauß als „Familiare" aufgenommen, die Investitur aber auf Wunsch von Strauß erst 1967 vorgenommen.

[86] Zum Deutschen Orden als Kontroverspunkt der deutschen und polnischen Geschichtsschreibung vgl. Udo Arnold, Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung – Kooperation über die Grenzen, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen, Bonn 1984, S. 245–251. Dazu am deutlichsten wie überhaupt zu allen Aspekten der Ordensgeschichte der Ausstellungskatalog: 800 Jahre Deutscher Orden, hrsg. v. Germanischen Nationalmuseum Nürnberg in Zusammenarbeit mit der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens v. Gerhard Bott u. Udo Arnold, Gütersloh/München 1990, S. 437–505. In Distanz zur älteren deutschen Geschichtsschreibung vgl. Hartmut Boockmann, Deutsche Geschichte im Osten Europas. Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992.

[87] Dazu die vergleichende stoffgeschichtliche Untersuchung von Rolf-Dieter Kluge, Darstellung und Bewertung des Deutschen Ordens in der deutschen und polnischen Literatur, in: Zeitschrift für Ostforschung 18 (1969), S. 15–53.

[88] Vgl. ebenda, S. 40–43, 45–47; Jan M. Piskorski, „Das Kreuzritter-Reptil wird niemand zähmen". Adam Mickiewicz über den Deutschen Orden und die Deutschen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 48 (1997), S. 23–40, hier S. 24. Vergleichende Analyse des deutschen und polnischen Geschichtsbildes bei Hartmut Boockmann, Die Vergangenheit des Deutschen Ordens im Dienste der Gegenwart. Ein Beitrag zur „Rezeption" mittelalterlicher Geschichte im Zeitalter der modernen Nationalstaaten, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 41 (1990), S. 370–379.

[89] Vgl. Karl Hampe, Der Zug nach dem Osten. Die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter, Leipzig 1921; Gerd Althoff, Die Beurteilung der mittelalterlichen Ostpolitik als Paradigma für zeitgebundene Geschichtsbewertung, in: Ders. (Hrsg.), Die Deutschen und ihr Mittelalter. Themen und Funktionen moderner Geschichtsbilder vom Mittelalter, Darmstadt 1992, S. 147–164, 210–217. In den Bahnen der älteren Forschung blieben z. B. Hermann Aubin/

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelöst und sprach nicht mehr von der Kolonisation eines kulturellen Vakuums und fehlender staatsbildender Kraft des Westslawentums, wenn sie auch den prägenden Anteil der Deutschen an der kulturellen Hochblüte im westslawischen Siedlungsgebiet unterstrich[90]. Dagegen wurden von polnischer Seite die deutschen Ostgebiete als altpolnisches Land in Anspruch genommen, um die Vertreibung der Deutschen und die Annexion der Gebiete zu legitimieren. Darin lag, ebenso wie in der deutschen Gewaltherrschaft zwischen 1939 und 1945, die das beiderseitige Verhältnis am schwersten belastende Hypothek. Gegen die Ansprüche der Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimat verbreiteten polnische Belletristik sowie kommunistische und militante katholische Publizistik weiterhin die negativen Klischees und Mythen zur polnisch-deutschen Geschichte, was die alte polnische „Preußenkrankheit"[91] verstärkte. Ganz auf dieser Linie wurde der Sieg der polnisch-litauischen Übermacht über das Ordensheer bei Tannenberg im Jahr 1410 von Gomulka anläßlich der 550-Jahr-Gedenkfeier 1960 auf dem „Feld von Grunwald" als Sieg über die deutschen Unterdrücker und Ausbeuter und als Höhepunkt der Nationalgeschichte zelebriert und politisch instrumentalisiert. Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland wurde so in die Kontinuität der Niederlage des Deutschen Ordens von 1410 gerückt[92].

Das schwierige, historisch derart belastete und psychologisch kaum zu entkrampfende deutsch-polnische Verhältnis erklärt, warum ganz Polen in Adenauers Ordensaufnahme und den durch die Presse gehenden Bildern vom Bundeskanzler im Mantel des Deutschen Ordens nichts anderes als ein Zeichen revanchistischer deutscher Gesinnung sah und angesichts der tief verankerten Geschichtsbilder darin wohl auch nichts anderes sehen konnte[93]. Die Zeremonie wurde mit der Bonner Rechtsauffassung in Verbindung gebracht, die Zugehörigkeit der Gebiete östlich von Oder und Neiße bis zum Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland offenhalten zu wollen[94] – das hieß aus polnischer Sicht: mit einer Revision der 1945 gezogenen

---

Walther Hubatsch, Eckpfeiler Europas. Probleme des Preußenlandes in geschichtlicher Sicht, Heidelberg 1953. Zur Diskussion der fünfziger Jahre vgl. die historiographischen Erörterungen bei Boockmann, Deutsche Geschichte im Osten Europas, S. 54–74. Wiederum – aus der Sicht der siebziger Jahre – ideologisch fixiert Wolfgang Wippermann, Der deutsche Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik, Berlin 1979.

90 Vgl. den damals weit wirkenden, zur Neubesinnung aufrufenden Vortrag Walter Schlesingers, Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung, in: Historische Zeitschrift 183 (1957), S. 517–542, bes. S. 526f., 532f.

91 Das Wort stammt von Wladyslaw Studnicki (1907). Vgl. Georg W. Strobel, Die polnische „Preußenkrankheit" und ihre politische Instrumentalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu Das Parlament, B 53/97, 26. 12. 1997, S. 21–33.

92 Vgl. 800 Jahre Deutscher Orden, Austellungskatalog, Beschreibung der Plakate von 1960, S. 501–503.

93 Vgl. Hansjakob Stehle (1957–1962 erster Korrespondent der FAZ in Warschau), Adenauer, Polen und die Deutsche Frage, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 80–98, hier S. 88f.

94 Vgl. Axel Frohn, Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: VfZ 44 (1996), S. 485–525.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grenzen rechnen zu müssen, von denen man wußte, daß sie der Willkür Stalins zuzuschreiben und nicht die „historischen" Grenzen Polens waren.

Die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen war Anfang 1958 akut geworden. Die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP hatten am 23. Januar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen gefordert. Das hätte die Preisgabe der Hallstein-Doktrin bedeutet. Die Vertriebenenverbände, mit Seebohm und Oberländer im Kabinett vertreten, hatten die Forderung in einer Denkschrift im Januar aus grundsätzlichen Erwägungen unter Hinweis auf die von Polen „verwalteten Gebiete" ostwärts von Oder und Neiße abgelehnt[95]. Doch auch aus der konservativen Presse kam die Mahnung, die Klischeevorstellungen über Polen fallenzulassen und aufzuhorchen, „wenn uns aus Polen Gesten des Entgegenkommens nahegelegt werden": „Wir haben immer zu wenig von Polen gewußt, uns zu wenig für Polen interessiert, waren gebannt von den Gegensätzen, in die uns die geschichtliche Verstrikkung bei der Auseinandersetzung um die Grenzen gebracht hat, wir haben die Nichtexistenz des Staates, die über ein Jahrhundert lang Tatsache war, als den Normalzustand angesehen, anstatt sie als eine Anomalie zu empfinden."[96] Noch komplizierter wurde das Verhältnis zu Polen, als Carlo Schmid, damals Bundestagsvizepräsident und Vorstandsmitglied der SPD, eine Einladung der Universität Warschau annahm, dort am 16. März die Aufnahme diplomatischer Beziehungen forderte, das offenere System in Polen vom SED-Regime abhob, den Rapacki-Plan unterstützte, sich aber gegen falsche Einschätzungen von Adenauer und Strauß in Polen wandte und diese vor dem Vorwurf des Militarismus in Schutz nahm[97]. Indirekt übte Schmid Kritik an Adenauers Ordensinvestitur[98]. Er wurde, wie er seinem Tagebuch anvertraute, von „fast jedem" seiner Gesprächspartner auf Adenauers Ordensinvestitur angesprochen, die nach Schmid „schlimmere Folgen für die Einstellung der Polen zur Bundesrepublik" haben werde, „als manche bewußt unfreundliche Handlung sie haben könnte"[99]. Vor diesem vielschichtigen Hintergrund beschäftigte der polnische Protest gegen Adenauers Investitur die deutsche Presse, die damit vom eigentlichen Anlaß

---

[95] Vgl. Hans-Adolf Jacobsen/Mieczyslaw Tomala (Hrsg.), Bonn – Warschau. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1991. Analyse und Dokumentation, Köln 1992. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 1958 vgl. auch Kosthorst, Brentano, S. 203–209.

[96] Nikolaus Benckiser im Leitartikel der FAZ, 7. 3. 1958: Ein Wort zu Polen.

[97] Vgl. FAZ, 17. 3. 1958 [Hansjakob Stehle]: Schmid korrigiert polnische Ansichten. Vgl. auch FAZ, 12. 3. 1958: Ein Wort Carlo Schmids an die Polen.

[98] Vgl. Schmids Interview in: Die Welt, 15. 3. 1958: Polen wartet auf Beweise – Welt-Gespräch mit Carlo Schmid über deutsch-polnische Fragen. Schmid sagte: „So erwecken manche Erzeugnisse ‚revisionistischer' Propaganda, die in Deutschland selbst so gut wie unbekannt sind, hier Befürchtungen, die zu zerstreuen nicht ganz leichtfallen dürfte." Vgl. auch Die Zeit, 20. 3. 1958: Carlo Schmid: Was ich in Warschau sah ... Eindrücke von meiner Polenreise.

[99] Carlo Schmid, Besuch der Universitäten in Warschau und Krakau. Tagebuch einer Polenreise im Jahre 1958, in: Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung, S. 191–203, hier S. 199, 201; Carlo Schmid, Wie ich Polen sehe – Eindrücke von einer Reise, in: Die Welt, 19. 3. 1958. Vgl. auch Stehle, Adenauer, Polen und die deutsche Frage, hier S. 88; Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 238 f.; Petra Weber, Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie, München 1996, S. 601 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abgelenkt war. Auch den Historikern blieb später der Hintergrund verborgen; Adenauer, so wurde noch jüngst vermutet, habe durch die Aufnahme in den Orden seine tiefe Verstimmung über den vom polnischen Außenminister Rapacki präsentierten Disengagementplan zum Ausdruck bringen wollen[100].

Am Morgen des 10. März fand im Rahmen eines Pontifikalamts, das Marian Tumler, der Hochmeister des Deutschen Ordens, in der Sankt-Andreas-Kirche des Kölner Dominikanerkonvents über dem Grab des heiligen Albertus Magnus zelebrierte, Adenauers Aufnahme in den Orden statt. Die kleine Kirche war kaum halb gefüllt; die deutsche Seite hatte der Zeremonie vermutlich nicht zu viel Bedeutung beilegen wollen. Anwesend waren die Minister Stücklen (CSU), Merkatz (DP) und – gewiß nicht zufällig – Oberländer (CDU). Die Ernennungsurkunde begründete, wortgleich mit Raabs Urkunde, Adenauers Aufnahme mit dessen „Verdiensten für das christliche Abendland" – eine denkbar plakative Formulierung. Der Münchner Kardinal Wendel, der als „Protektor" des Ordens die Investitur zusammen mit dem Hochmeister vornahm, gab in seiner Predigt einen Abriß der Ordensgeschichte, unterstrich „die zivilisatorischen Verdienste des Ordens in den Ostgebieten"[101], hielt aber die Mahnung für geboten, der Feierstunde keine falsche politische Bedeutung zu geben[102]. Vielleicht war Wendel aus dem Bundeskanzleramt ein entsprechender Hinweis zugegangen. So verband sich die Idee des christlichen Abendlandes, die in der Bundesrepublik und in Österreich nach 1945 eine Leitidee des politischen Katholizismus in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus war, am Ende der fünfziger Jahre noch einmal mit einem politischen Ereignis. Während Raab, wie Adenauer im Katholizismus verwurzelt, von der symbolischen Bedeutung der Zeremonie tief ergriffen schien, amüsierte sich Adenauer insgeheim über die Maskerade. Wie er Theodor Heuss am Abend des folgenden Tages erzählte, kam er sich, als er im weißen Ordensmantel mit dem schwarzen Kreuz über die Komödienstraße (!) ging, an der die Andreas-Kirche liegt, wie im Karneval vor. Köln hielt er „für derlei nicht recht geeignet". Und auch Heuss goß über die Fotos in der Presse seinen Spott aus[103].

Im Anschluß an ein offizielles Frühstück im Kölner Wallraf-Richartz-Museum trafen die beiden Bundeskanzler zu einem Vier-Augen-Gespräch zusammen, das mittags

---

100 Vgl. Schwarz, Adenauer, S. 419f.; Dieter Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, S. 62; Stehle, Adenauer, Polen und die Deutsche Frage, hier S. 88f., 91. Anders Weber, Carlo Schmid, S. 600f., die von Adenauers „grobe[r] Taktlosigkeit gegenüber den Polen" spricht, der „sich den Medien im weißen Mantel mit schwarzem Kreuz" „präsentierte", „als wolle er zu einer neuen Ostkolonisation aufbrechen".

101 FAZ, 11. 3. 1958: Adenauer zum Ehrenritter ernannt.

102 Die Welt, 11. 3. 1958: Kreuz und Mantel für Adenauer.

103 Heuss amüsierte sich über den „rundlichen Raab" neben dem hageren Adenauer und verfaßte ein launiges Gedicht, das er Adenauer noch am gleichen Abend vorlas und das diesem einen „Heidenspaß" machte, „obwohl die Sache christlich war". Brief von Heuss an Toni Stolper, 11. 3. 1958, in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 316f. Fotos der beiden Kanzler in: Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 13, Wiesbaden [17]1971, S. 780.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Rhöndorf fortgesetzt wurde[104]. Aufzeichnungen sind keine erhalten. Über den Inhalt lassen sich nur indirekt, sowohl durch Raabs Äußerungen gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Wien, Matthews, der darüber Mueller-Graaf berichtete[105], als auch durch Grubers vorab erfolgte Ausführungen gegenüber Mueller-Graaf Schlüsse ziehen. Wie Raab, der kein Meister der Konversation war, der üblicherweise Wortfetzen aneinanderreihte und mit seinem nuschelnden Sankt Pöltener Dialekt überhaupt schwer zu verstehen war, auf Adenauer gewirkt hat, läßt sich nicht sagen. Er begründete seine Initiative gegenüber Adenauer damit, daß die deutsche Frage Österreich unmittelbar berühre. Das lag auf der Linie seiner Äußerung gegenüber Franz Josef Strauß im Jahr 1954[106]. Um die Frage der Wiedervereinigung erneut in Gang zu bringen, schlug er offenbar vor, eine Kommission der Vier Mächte zu bilden, die ihrerseits mit Experten – nicht Regierungsvertretern – aus Bonn und Ost-Berlin über technische Verfahrensfragen zur Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments beraten sollte[107]. Die Viermächte-Kommission sollte „die Brücke zwischen der sowjetischen Forderung nach Verhandlungen der ‚beiden deutschen Staaten' und der deutschen bzw. westlichen Ablehnung solcher Verhandlungen" bilden[108]. Die Kommission sollte ein Wahlgesetz ausarbeiten, das zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung führen sollte, „die dann zunächst – unbeschadet des weiteren Funktionierens der beiden Staaten – eine gemeinsame Verfassung auszuarbeiten hätte". Damit wäre der für Bonn auf Regierungsebene unannehmbare direkte Kontakt mit der DDR-Regierung umgangen worden. Adenauer erhob offenbar keine Einwände und scheint sich rezeptiv verhalten zu haben. Mueller-Graaf deutete Adenauers Reaktion so, daß eine Wiedervereinigung durch freie Wahlen der Bonner Auffassung nicht widersprach[109].

Möglicherweise hat Raab, wenn er es Adenauer nicht schon bei ihren früheren Begegnungen mitgeteilt hatte, auf die Rolle Botschafter Norbert Bischoffs bei den Staatsvertragsverhandlungen hingewiesen. Bischoff hatte die Staatsvertragsfrage mit der Kremlspitze immer wieder erörtert. Noch wichtiger: Raab pflegte mit dem Botschafter einen persönlichen Gedankenaustausch und korrespondierte mit ihm privat, sah er doch in Bischoff seinen „einzigen Freund" im Außenamt, der ihn zu einer Politik gedrängt habe, „daß Österreich aus der amerikanischen Umklammerung herauskomme"[110],

---

104 Vgl. Besuchsprogramm in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Vgl. auch Die Presse (Wien), 11. 3. 1958: Die Begegnung Raab-Adenauer in Köln. – Zu den österreichischen Teilnehmern Aufzeichnung Welczecks als Anlage zum Bericht der Botschaft vom 25. 2. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

105 Vgl. persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Brentano, 7. 5. 1958/VS, in: Ebenda.

106 Wie Anm. 40.

107 Vgl. persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Brentano über seine Unterredung mit Matthews, 7. 5. 1958/VS, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

108 Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958/geh., in: Ebenda.

109 Ebenda. Ob Raab auch die verfassunggebende Versammlung bei Adenauer zur Sprache gebracht hat, ist fraglich.

110 Gesprächsprotokoll der 3. Arbeitssitzung Ludwig Jedlickas mit Raab vom 16. 2. 1962 (wie Anm. 32). Zur Rolle Bischoffs bei den Staatsvertragsverhandlungen vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

während die österreichischen Diplomaten und die SPÖ, die Raab aus wahltaktischen Gründen eine „russophile" Politik vorwarf, auf möglichst gute Beziehungen zu den USA eingeschworen waren. Um mit den Sowjets besser ins Gespräch zu kommen, hatte Raab Ende 1953 Karl Gruber, der eine strikt proamerikanische Politik vertreten hatte, als Außenminister entlassen und Leopold Figl, seinen Freund und Vorgänger als Bundeskanzler (1945–1953), in das Amt berufen[111]. Daß Raab gegenüber Moskau Verhandlungsfreiraum gesucht hatte, erklärt die Vorbehalte, die Dulles ihm gegenüber empfand. Bischoff, der sich dem intellektuellen Mittelmaß im Außenamt überlegen fühlte, galt wegen seiner Berichterstattung, die die sowjetischen Sicherheitsinteressen betonte, die Aufrüstung der Bundesrepublik und das amerikanische Engagement in Westdeutschland ablehnte und die Erfolge der Wirtschaftspolitik Chruschtschows herausstrich, als ideologisch infiziert. Adenauer dürften, falls Raab seine Art von Diplomatie dargelegt haben sollte, die unterschiedlichen Voraussetzungen der „Ostpolitik" in Wien und Moskau erneut bewußt geworden sein. Es ist jedoch auffällig, daß er kurz darauf, im Mai 1958, Hans Kroll als Botschafter nach Moskau entsandte, von dem er sich einen besseren Gesprächskontakt mit dem Kreml erhoffte[112], wie ihn Raab via Bischoff seit langem hatte.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Bonn informierte Raab den sowjetischen Botschafter in Wien, Lapin[113], und den amerikanischen Botschafter H. Freeman Matthews, der darüber die Botschafter der Westmächte ins Bild setzte[114]. Raab schlug beiden Regierungen vor, auf der von Chruschtschow Anfang 1958 angeregten Gipfelkonferenz eine Kommission zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen zu bilden[115]. Matthews' Bonner Kollege Bruce erhielt Weisung, über Raabs Vorstoß Erkundigungen bei Brentano einzuziehen[116]. Dieser war offenbar wenig informiert und bestätigte nur, daß Adenauer gegen Raabs Gedanken keine Einwände erhoben habe. Matthews, seit 1957 in Wien auf Posten, hatte die Wiener Mischung von politischer Naivität und Intriganz zu durchschauen gelernt[117] und bezeichnete Raabs Initiative gegenüber Mueller-Graaf als „naiv"[118]. Dieses Urteil dürfte auch die Einschät-

[111] Vgl. Rauchensteiner, Die Zwei, S. 225f.

[112] Vgl. Schwarz, Adenauer, S. 699f.

[113] Vgl. Weisung Haymerles, Außenamt Wien, an Botschafter Norbert Bischoff in Moskau, 7. 5. 1958/Vertr., in: Nachlaß Bischoff (Privatbesitz), Box 4, Mappe Deutschland. Vgl. auch Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[114] Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 7. 5. 1958, in: Ebenda.

[115] Das ergibt sich aus Raabs Interview mit dem Industriekurier (Düsseldorf), 26. 4. 1958. Vgl. auch Anm. 141.

[116] Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 7. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

[117] Vgl. Brief von Matthews an den Assistant Secretary des State Department für Europa, Wien, 17. 9. 1958, in: FRUS, 1958–1960, Bd. IX, hier S. 782.

[118] Persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Brentano, 7. 5. 1958/VS, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Zu Raabs Reisen 1958 und seiner Deutschlandinitiative vgl. das Positionspapier der US-Botschaft Wien für State Department, Wien, 12. 9. 1958: „The Raab suggestion was not given serious consideration by any of the parties involved", in: FRUS,

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zung der Aktion im State Department bestimmt haben. Mueller-Graaf blieb während der wochenlangen Aktivitäten Raabs ohne Instruktion und wußte nicht, wie er sich gegenüber Raab und dem Ballhausplatz dazu äußern sollte.

Raab sondierte die Resonanz seiner Deutschlandinitiative auch anläßlich seines Besuchs in der ersten Aprilwoche in Rom, wo er mit dem Kardinalstaatssekretär und Papst Pius XII. die ungelöste Konkordatsfrage erörterte. Bei den Gesprächen mit der italienischen Regierung machte diese geltend, daß sie selbst an der von Raab vorgeschlagenen Kommission zur Regelung der deutschen Frage beteiligt werden müßte, „weil es sich ja weder um eine deutsche noch um eine österreichische, sondern ihrer Auffassung nach vor allem um eine europäische Angelegenheit handele, an der auch sie brennend interessiert" sei[119]. Raab dürfte die Selbsteinschätzung Roms nicht sehr gewundert, aber sicher veranlaßt haben, die Italiener mit der Sache nicht weiter zu befassen[120].

IV.

Der seit Dehlers und Heinemanns Attacken nicht verstummte Vorwurf, Adenauer habe die deutsche Wiedervereinigung nicht wirklich gewollt, traf diesen in einem zentralen Punkt seines politischen Selbstverständnisses. Er stand vor dem Problem, daß sich die von ihm selbst genährte Hoffnung auf eine Lösung der deutschen Frage in naher Zukunft nach Abschluß der Blockbildung im Jahr 1955 als aussichtslos erwiesen hatte. Die „Politik der Stärke" brachte – jedenfalls vorerst – nicht die verheißenen Früchte. Am 11. Juli 1958 gestand er vor dem CDU-Bundesvorstand ein: „Wir müssen wohl doch feststellen, daß wir uns alle miteinander in der Schätzung des Zeitpunktes, an dem eine Wiedervereinigung erfolgen kann, getäuscht haben."[121]

1958–1960, Bd. IX, hier Annex A, S. 779. Raabs Plan wurde Jahre später im Auswärtigen Amt als „etwas naiv" bezeichnet, da ihm die Einbindung in einen Gesamtplan gefehlt habe. Vgl. Aufzeichnung Ref. 700 zum Staatsbesuch Bundespräsident Lübkes in Österreich, 14. 2. 1962, in: PA/AA, Ref. 203, Bd. 189.

119 So der italienische Botschafter in Wien, Corrias, gegenüber Mueller-Graaf. Vgl. dessen Bericht an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

120 Die österreichisch-italienischen Beziehungen waren wegen der Südtirolfrage gespannt. Rom zögerte die Umsetzung des Gruber-de-Gasperi-Abkommens von 1946 heraus, das den Deutschen in Südtirol nationale Autonomie sichern sollte. Vgl. Felix Ermacora, Südtirol und das Vaterland Österreich, Wien/München 1984.

121 So am 11. 7. 1958 vor dem CDU-Bundesvorstand, in: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 182. Zum Konflikt zwischen Westbindung und Wiedervereinigung vgl. Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 1822–1867. Vgl. auch die Position von Christoph Kleßmann/Bernd Stöver, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit, in: Ebenda, S. 1612–1635.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beim Antrittsbesuch des österreichischen Botschafters Josef Schöner am 5. Mai 1958 äußerte Adenauer angesichts des verschärften Kurses des Ulbricht-Grotewohl-Regimes, „man müsse den Leuten drüben etwas mehr geben, als bloß die vage Hoffnung auf eine Wiedervereinigung, über deren Art und Zeitpunkt kein nüchtern und vernünftig denkender Mensch etwas voraussagen könne. Wichtiger als alle theoretischen Erörterungen über die Wiedervereinigung" seien Versuche, „den auf der Bevölkerung der Sowjetzone lastenden Druck irgendwie zu erleichtern". Energisch wies er den von seinen politischen Gegnern erhobenen Vorwurf zurück, er setze sich nicht genügend für die Wiedervereinigung ein, weil er bei Wahlen in ganz Deutschland eine sozialdemokratische Mehrheit fürchten müsse – ein Argument, das später immer wieder aufgegriffen wurde[122]. „Bei freien Wahlen in der Sowjetzone würde" – so Adenauer gegenüber Schöner – „die CDU ohne Zweifel die Mehrheit erringen, denn die Bevölkerung habe genug vom Mißbrauch der sozialdemokratischen Symbole durch die SED." Schließlich sei die SED auf den früheren Organisationen und Parteigruppen der SPD aufgebaut worden. Die Bevölkerung würde „vorerst jene Parteien wählen, die sich dort niemals mit dem Kommunismus eingelassen, sondern ihn konsequent bekämpft haben". Von Schöner auf Raabs Deutschlandplan angesprochen, antwortete er nur kurz: „Ja, Herr Raab hat seine eigenen Gedanken über die Wiedervereinigung."[123]

Am selben Tag berichtete Brentano von der NATO-Frühjahrstagung über die scharfe Kritik des US-Außenministers Dulles an Adenauers stiller Kursänderung in der Sicherheitspolitik, die auch in London und Paris Besorgnis erregt hatte[124]. Mitte April hate sich Adenauer intern in einem „Plan zur nuklearen Abrüstung ganz Europas bis zum Ural" – gegen den Rat Brentanos – für regionale Rüstungsbegrenzung auf atomarem Gebiet ausgesprochen und in der Wiedervereinigungsfrage „den Vorzug des Menschlichen vor dem Nationalen" betont. Das lag auf der Linie seines Vorstoßes bei Smirnow und seiner Äußerungen gegenüber Schöner. Adenauer trieb wieder die Sorge um, die Westmächte würden sich über seinen Kopf hinweg mit der Sowjetunion auf die Hinnahme des Status quo einigen, um zu einem Ergebnis in der Abrüstungsfrage zu kommen. Daher drängte er die Westmächte dazu, das Junktim von europäischer Sicherheit, Abrüstung und deutscher Frage aufzugeben und die deutsche Frage zu keinem eigenen Punkt der Tagesordnung auf der geplanten Viermächtekonferenz zu machen. Darüber geriet er in scharfen Gegensatz zu Brentano. Dieser war sich mit Dulles einig, das Junktim beizubehalten. Dulles wies Brentano während der NATO-Konferenz auf das Beispiel Österreichs hin. Die beste Wiedervereinigungspolitik liege darin, „bei jeder nur denkbaren Gelegenheit über dieses Thema" zu sprechen[125]. Das war

[122] Vgl. etwa Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, erw. Ausg. Frankfurt a. M. 1966, S. 994.

[123] Bericht Schöners an Außenamt über seinen Antrittsbesuch bei Adenauer am 5. Mai, 7. 5. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

[124] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 229f. Hieraus die folgenden Zitate.

[125] Ebenda, S. 230.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht mehr als ein Trostpflaster. Dulles kannte nur allzu gut den Unterschied zwischen deutscher und österreichischer Frage. Wie im Mai 1955, als Dulles unmittelbar nach Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags einen neutralen Staatengürtel quer durch Europa von Schweden bis Jugoslawien unter Einschluß Österreichs und der Bundesrepublik in die öffentliche Diskussion gebracht hatte, tat sich wieder eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit zwischen Adenauer und Dulles auf[126].

In diesen Wochen geheimdiplomatischer Aktivitäten sorgte Paul Wilhelm Wenger, Bonner Redakteur des Rheinischen Merkur, für Schlagzeilen. Wenger, der das Vertrauen Adenauers genoß, war ein Austrophiler, dem Kreis um Otto von Habsburg in München zugehörig und ein „geschworener Feind der SPD, der Gewerkschaften und jeder politischen Auffassung, die man als linksstehend bezeichnen könnte"[127]. Er sah in der angestrebten Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 die große Gefahr wiedererstehen, die einst das Bismarck-Reich für Europa bedeutet habe, und war insofern ein Gegner von Adenauers deutschlandpolitischen Zielen[128]. Wenger wandte sich gegen ein Denken, das auf den nach 1866 geschaffenen kleindeutschen Nationalstaat fixiert sei. Statt dessen plädierte er dafür, „die derzeitigen drei Teile Deutschlands – die Bundesrepublik, Österreich und die sowjetisch besetzte Zone – in einer organischen Föderation in Europa wieder zusammenzufügen"[129]. Er setzte auf eine Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer großen mitteleuropäischen Föderation[130]. Am 20. April 1958 trug er seine Kernthesen vor dem Bezirksparteitag der nordbadischen CDU in Tauberbischofsheim vor[131]. Als Ideal schwebte ihm ein Europa der drei Föderationen vor: der westeuropäischen Montan-Union, einer preußisch-polnischen Montan-Union und einer donauländischen Wirtschaftsgemeinschaft. Mit dem letzten Punkt kam er den Vorstellungen von Otto von Habsburg, eines Teils der ÖVP und auch Raabs entgegen. Die Ablehnung einer „strategischen Unitarisierung des deutschen Raumes" als „Verewigung" der „falschen, kleindeutschen Konzeption Bismarcks" entsprach einem Verzicht auf die Wiedervereinigung, die nach Wengers Überzeugung mit den Sowjets nicht zu erreichen war. Deutschland solle seinen Anspruch auf die Nordhälfte Ostpreußens an Polen abtreten und Polen dafür das deutsche Schlesien bis zur hinteren Neiße an Deutschland zurückgeben. Das bei Polen bleibende oberschlesische Kohlerevier solle in eine Ost-Montan-Union eingegliedert werden.

---

126 Vgl. ebenda, S. 235f.; Pape, Die deutsch-österreichischen Beziehungen, hier S. 168f. Ders., Österreich und Deutschland, Kap. 6, Abschnitt: Der Staatsvertrag als Belastung im deutsch-amerikanischen Verhältnis.

127 SPD-Pressedienst, 16.6. 1955.

128 Wenger meinte in der Rückschau, aus Adenauers Wunsch einer Österreich-Lösung für die DDR schließen zu können, Adenauer habe das Bismarck-Reich als Bezugsgröße des deutschen Nationalstaates preisgegeben. Vgl. Wengers Diskussionsbeitrag, in: Schwarz (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung, S. 93f.

129 Leserbrief in: FAZ, 11. 1. 1954.

130 Vgl. Paul Wilhelm Wenger, Föderalismus – deutsches und europäisches Schicksal, in: Neues Abendland 11 (1956), S. 245–253.

131 Vgl. Auszüge in: Rheinischer Merkur, Nr. 18, 2.5. 1958, S. 4, vollständig in: Paul Wilhelm Wenger, Wer gewinnt Deutschland? Stuttgart 1959, S. 325–364.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenger löste mit seinem Referat eine Sturmflut von Protesten aus[132]. Die Vertriebenenverbände und die unter Dehler national ausgerichtete FDP warfen ihm Hoch- und Landesverrat vor. Die SPD nahm Wengers Rede als Beweis dafür, daß die Bundesregierung die Wiedervereinigung gar nicht wolle. Auf protestantischer Seite trat Wenger die Wochenzeitung Christ und Welt am schärfsten entgegen und sprach von einer ultramontanen-separatistischen Verschwörung; die Wiedervereinigung in Freiheit bedeute „sehr wohl und sehr bewußt die Wiederherstellung des Reiches"[133]. Hier zeigte sich erneut, daß das Bismarck-Reich für Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale der kardinale Bezugspunkt des nationalen Selbstverständnisses geblieben war und daß sie zwischen der rechtsstaatlichen und föderalen Tradition der Reichsidee und ihrer Pervertierung nach 1933 unterschieden[134] und allen kurzschlüssigen Verbindungslinien zwischen dem Bismarck-Reich und dem Dritten Reich entgegentraten[135]. Adenauer konnte sich nach den Attacken auf Wenger ausrechnen, was ihm gedroht hätte, wäre er mit seinen Vorstellungen einer Österreich-Lösung für die DDR an die Öffentlichkeit getreten. Er distanzierte sich von Wengers Plan in aller Form.

Mikojan ging bei seinem Besuch in Bonn auf Adenauers Deutschland-Initiative mit keinem Wort ein[136]. Er erneuerte vielmehr in aller Schroffheit die alte Forderung, Bonn und Ost-Berlin müßten direkte Verhandlungen miteinander führen[137]. Genau dies hatte auch Raab vorgeschlagen, allerdings nicht auf Regierungsebene. Adenauer bat Mikojan, bei Ulbricht und der Regierung Grotewohl auf eine Milderung des starren Kurses hinzuwirken, um die Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit durch eine Minderheit zu mildern. Mikojan warb für eine „Konföderation beider deutscher Staaten", die zunächst geschaffen werden müßte, und für den Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland[138]. Bonn hatte beides stets abgelehnt. Trotz der

---

132 Vgl. Leitartikel: Der „Fall Wenger". Die Geschichte einer Campagne, in: Rheinischer Merkur, Nr. 18, 2. 5. 1958, S. 1f. Vgl. auch Keesings Archiv der Gegenwart 1958, S. 7040 B, 1046 D. Wengers Diskussionsbeitrag, in: Schwarz (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung, S. 93f.; Kittel, Genesis einer Legende, S. 385f., 388.

133 Christ und Welt, 10. 5. 1958.

134 Zu apodiktisch über das Verschwinden des Reichsbegriffs nach 1945 Rainer A. Müller, Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. Anspruch und Bedeutung des Reichstitels in der Frühen Neuzeit, Regensburg 1990, S. 22; Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 1995, S. 850ff., 897. Vgl. auch Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 161–164.

135 Vgl. Hermann Ehlers, Der Reichsgedanke heute (Ansprache zum Reichsgründungstag am 18. 1. 1953, Feierstunde der Vereine Deutscher Studenten im Gymnasium Berlin-Steglitz), in: FAZ, 31. 1. 1953 (Beilage „Bilder und Zeiten"); vollständig in: Hermann Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950–1954, hrsg. von Karl-Dietrich Erdmann, Boppard 1991, S. 227–242.

136 Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 380–395.

137 Vgl. Bericht Schöners an Außenamt, 4. 5. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

138 Wortlaut der unterzeichneten Abkommen, Protokolle und Tischreden bei Boris Meissner (Hrsg.), Moskau Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation, 2 Bde., Köln 1975, S. 379–415.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

atmosphärischen Auflockerung, die Mikojans Besuch zwischen Bonn und Moskau bewirkte, zeigte sich doch, daß die Sowjetunion ihre Auffassung von zwei Staaten in Deutschland mit kompromißloser Härte verfocht[139]. Mit dem Vorstoß bei Smirnow hatte sich Adenauer zwangsläufig eine Blöße gegeben. Das Zugeständnis, zu dem Adenauer mit der „Österreich-Lösung" für die DDR bereit war, dürfte dem Kreml signalisiert haben, welch geringe Chancen selbst der Bundeskanzler der Wiedervereinigung noch einräumte. Die politischen Voraussetzungen des Berlin-Ultimatums im November könnten auch im Frühjahr 1958 geschaffen worden sein.

V.

Zu Raabs Regie gehörte, daß er unmittelbar vor Mikojans Besuch in Bonn bei einem Heurigen-Empfang für die ausländische Presse den Korrespondenten des Düsseldorfer Industriekurier über den politischen Hintergrund seiner Reise nach Köln informierte. Dieser berichtete darüber am 26. April[140]: Raab habe den Regierungen der USA und der Sowjetunion vorgeschlagen, auf der kommenden Gipfelkonferenz eine alliierte Kommission ins Leben zu rufen, welche die Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen prüfen und ein entsprechendes Wahlgesetz ausarbeiten solle. Der Bericht machte Sensation. Die deutschen und österreichischen Zeitungen griffen die Meldung auf. Die Wiener Zeitungen berichteten am 1. Mai in großer Aufmachung über Raabs Deutschlandinitiative[141]. Raab ging so weit zu behaupten, seine Vorschläge würden in Moskau „ernsthaft geprüft", während die Antwort Washingtons noch ausstehe. Zugleich bezeichnete er die Forderung Moskaus nach direkten Gesprächen zwischen Bonn und Ost-Berlin als abwegig und illusorisch. Ebenso wie es ein „Triest-Wunder" und „Österreich-Wunder" gegeben habe, werde sich auch ein „Deutschland-Wunder" ereignen. Auf Nachfrage sagte er, an der Oder-Neiße-Linie sei nicht mehr zu rütteln. Sie sei der „bittere Preis", den das deutsche Volk für die Hitler-Ära zu bezahlen habe. Da dies Adenauers seit dem Frühjahr 1955 gewachsener – freilich öffentlich nie vertretener und in keinem Vertrag zugestandener – Auffassung entsprach[142], stellt sich die Frage, ob Raabs Äußerung ein Reflex seines Ge-

---

139 Vgl. Bericht Bischoffs/Moskau an Außenamt Wien, 30. 4. 1958, in: NL Bischoff, Box 4, Mappe Deutschland.

140 Vgl. Bericht des Industriekurier (Wiener Korrespondent war Ulrich B. Marker) in: DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1057f. Telegramm mit dem Wortlaut des Interviews durch den Bonner Presseattaché Würthle an Außenamt Wien, 26. 4. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958. Zu Raabs Initiative vgl. ÖVP-Pressedienst, 5. 5. 1958 (gez. F. A.): Realismus des Rechts, in: Politische Akademie der ÖVP, Wien.

141 Vgl. Die Presse (Wien), 1. 5. 1958: Raab in deutscher Frage initiativ. Weitere Berichte erschienen u. a. in: Die Presse, 3. 5. 1958: Bonn begrüßt Raabs Deutschland-Initiative; Industriekurier, 8. 5. 1958: Raabs Deutschland-Initiative; Frankfurter Rundschau, 8. 5. 1958: Wien rollt deutsche Frage auf; Hessischer Rundfunk, 14. 5. 1958, Kommentar von Forst de Battaglia: Zum Raab-Besuch in Bonn.

142 Vgl. quellenkritisch Frohn, Adenauer und die deutschen Ostgebiete, hier S. 521–524, sowie die Hinweise bei Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers. Alte Thesen und neue Fakten,

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprächs mit Adenauer war. Raabs Initiative war sofort als „Raab-Plan" in den Schlagzeilen. Umgehend folgten Proteste von seiten der SPÖ, aber auch aus London und Paris[143]. Mit der Veröffentlichung seiner Initiative hatte Raab sie zugleich als Instrument seiner Außenpolitik entwertet; sie konnte jetzt nur noch als Mittel zur Verbesserung seiner innerparteilichen und innenpolitischen Stellung dienen, mußte sich aber im gleichen Augenblick gegen ihn wenden, in dem erkennbar wurde, daß keine der Mächte sie aufgriff. Vor diesem Hintergrund sind die weiteren Schritte Raabs und Figls zu sehen und zu beurteilen.

Bei einem inoffiziellen Besuch von Außenminister Leopold Figl in Bonn Anfang Mai 1958 äußerte Brentano, daß der Gedanke einer Viermächtekommission zur Beratung der deutschen Frage als problematisch eingeschätzt wurde[144]. Bonn befürchtete die Rückkehr nach „Potsdam". Raab schwebte jedoch nach Mueller-Graafs Berichten keine Rückkehr zum alliierten Kontrollrat vor. Eine Viermächtekommission sollte die Brücke zwischen der sowjetischen Forderung nach Verhandlungen der beiden deutschen Staaten und der Bonner Ablehnung solcher Verhandlungen bilden. Als Figl Bonn vom 15. bis 17. Juni einen offiziellen Besuch abstattete, bei dem die Ratifikationsurkunden zum deutsch-österreichischen Vermögensvertrag ausgetauscht wurden[145], führte er eine einstündige Besprechung mit Adenauer, über deren Inhalt nichts bekannt ist. Vermutlich hat Figl seine guten Dienste in Moskau angeboten, wohin er Raab mit einer Regierungsdelegation im Juli begleitete. Vor österreichischen Korrespondenten in Bonn bekundete Figl Optimismus in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Dabei wies er auf seine bevorstehende Reise nach Moskau hin und sagte: „In einem Monat wissen wir mehr!" Figl erinnerte an die zahllosen Verhandlungen über den Staatsvertrag, die so oft aussichtslos erschienen seien. Den Russen imponiere „Stärke und Standhaftigkeit", und sie seien selbst neugierig auf deutsche Vorschläge[146].

Inzwischen war Raab Ende Mai zu Besprechungen mit Dulles und Eisenhower nach Washington gereist. Der „good-will"-Besuch sollte den folgenden offiziellen Besuch in Moskau ausbalancieren[147]. Im Mittelpunkt der Washingtoner Gespräche standen die Verpflichtungen Österreichs aus dem Staatsvertrag. Daß Österreich diese gegenüber Moskau in Form von Erdöllieferungen pünktlich erfüllte, gegenüber Washington aber auf Zeit spielte – bei den Entschädigungsleistungen an die angloamerikanischen Erdölgesellschaften, deren Eigentum auf Österreich übertragen wor-

---

Opladen 1991, S. 23 f., 26, 39; Kosthorst, Brentano, S. 169–177. Interview Adenauers, 17. 7. 1957, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 201 f.

143 Vgl. Gruber, Ein politisches Leben, S. 193–195.

144 Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Danach das Folgende.

145 Vgl. Nachlaß Figl, in: Niederösterreichisches Landesarchiv Wien, Tagebuch, Kart. 95; Allgemeine Akten 1958, Kart. 44; Bericht Schöners, 19. 6. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

146 Vgl. Bericht in: Die Welt, 17./18. 6. 1958; weitere Berichte in: General-Anzeiger (Bonn), 17. 6. 1958; Bonner Rundschau, 17. 6. 1958; Kölner Stadt-Anzeiger, 17. 6. 1958.

147 So im Rückblick US-Botschaft Wien für State Department, Wien, 12. 9. 1958, in: FRUS, 1958–1960, Bd. IX, hier S. 779.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den war (Staatsvertrag Art. 27), und an den jüdischen Hilfsfonds (Art. 26) für die in die USA emigrierten österreichischen Juden –, hatte hier zu erheblicher Verstimmung geführt[148]. Die deutsche Frage war in Washington kein Thema[149]. Dennoch erweckte Raab den Eindruck, die Amerikareise gelte vor allem der Sondierung seines Deutschland-Planes. Das war nichts anderes als Zweckoptimismus. Schon bei der Ankunft auf dem Flughafen in Washington ging Raab auf seinen Vorschlag in der deutschen Frage ein und erklärte, „daß, falls eine Gipfelkonferenz ergebnislos bleibe oder überhaupt nicht zustande komme, die Großmächte die Behandlung dieses entscheidendsten Problems in Europa einer Viermächte-Konferenz anvertrauen sollten"[150]. Bei der Pressekonferenz nach Rückkehr aus den USA in Wien unterstrich Raab erneut die Dringlichkeit einer Lösung der deutschen Frage: „Die Wiedervereinigung Deutschlands sei die wichtigste Voraussetzung für die Sicherung des Friedens." Die Großmächte könnten sich ihrer Verpflichtung, dieses wichtige Problem zu lösen, nicht entziehen. Nach Raab sollte die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung und Sicherung des Weltfriedens werden[151]. Raabs Initiative blieb in der Bundesrepublik nicht ohne Echo.

Am 2. Juli billigte der Bundestag eine gemeinsame Resolution aller Fraktionen, in der die Bildung eines Viermächtegremiums zur Ausarbeitung „gemeinsamer Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage" gefordert wurde[152]. Dabei wirkte die Erinnerung an die Beratungen nach, die zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags geführt hatten[153]. Während der Bundestag eine Verzahnung von deutscher Frage und europäischer Sicherheit anstrebte, bestand Adenauer auf Trennung der Abrüstungsverhandlungen von der deutschen Frage[154]. Vorgesehen, wenn auch in der Bundestagsresolution nicht ausdrücklich erwähnt, war die Entsendung von Sachverständigen zwischen Bonn und Ost-Berlin. Aus Sicht des Ballhausplatzes war damit Raabs Initiative von Bonn aufgenommen worden[155]. „Die österreichische Fur-

---

148 Vgl. Aufzeichnung über die Besprechung Raabs mit Dulles zur vertraulichen Kenntnisnahme an Botschafter Rotter in Bonn, 6. 6. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958; Memorandum of Conversation, Washington, 19. 5. 1958, in: FRUS, 1958–1960, Bd. IX, S. 769f. Vgl. auch Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953–1963, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 163–175, 212–227.

149 Vgl. Aufzeichnung für Rotter, 6. 6. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958. Dies bestätigte dem Verfasser auch Raabs Sekretär Dr. Erich Haider, der den Bundeskanzler nach Washington begleitet hat (1989).

150 Die Presse (Wien), 1. 6. 1958.

151 Industriekurier (Düsseldorf), 6. 6. 1958: Faustpfand des Westens/Österreichs Bundeskanzler erneuert seine Deutschlandvorschläge.

152 Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 38. Sitzung, 2. 7. 1958; vgl. auch Kosthorst, Brentano, S. 239–246.

153 Brentano wies bei den Beratungen auf Raabs Vorschläge hin. Vgl. Brief Brentanos an Figl, 8. 7. 1958, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 17.

154 Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 245f.

155 So die Sprachregelung für die Presseattachés der Auslandsvertretungen vor der Moskau-Reise der Wiener Delegation, (Juli) 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che" in Wien vermerkte „als Sensation", daß der Deutsche Bundestag in einer außenpolitischen Frage erstmals zu einer einheitlichen Linie gefunden habe[156]. Gleichzeitig lehnte das Parlament der WEU am 5. Juli den Rapacki-Plan mit großer Mehrheit und in scharfer Form ab. Dieser „würde den Status quo in Europa zum Dauerzustand machen, d. h. die Teilung Deutschlands und die sowjetische Kontrolle der Länder Mittel- und Osteuropas". Die Disengagementpläne seien nicht annehmbar, „wenn nicht eine Neutralisierung Westdeutschlands ausdrücklich ausgeschlossen würde"[157].

In Moskau verdichteten sich in diesen Wochen die diplomatischen Kontakte zwischen Wien und Bonn. Hans Kroll, der vielleicht von Adenauer einen Hinweis erhalten hatte, suchte, kaum daß er in Moskau angekommen war, seinen österreichischen Kollegen Norbert Bischoff auf. Er betrachtete diesen zunehmend als Vorbild für den Umgang mit den Sowjets. Bischoff, vom eigenen Amt mißtrauisch beobachtet, sah sich erstmals umworben[158]. Kroll äußerte sich gegenüber Bischoff „mit grösster Offenheit und Bestimmtheit" über die Notwendigkeit, nun doch endlich einmal zu einer „aktiven Ostpolitik zu gelangen, das aber heisse, man müsse zu reden anfangen genau so, wie Sie [Bischoff] es eines Tages taten und damit zum Erfolg kamen, nicht aber sich hinter dem anderen verschanzen und nichts tun"[159]. Adenauer war nach Kroll „der Mann, der eine solche Politik mit Erfolg führen kann. Sein außerordentliches Ansehen und das große Vertrauen, das er in Amerika geniesst, werde es ihm erlauben, eines Tages zu sagen: ‚Ich habe das und das für nötig gehalten, um mit den Russen in ein vernünftiges Verhältnis zu kommen, zu unserem eigenen Vorteil und zum Vorteil aller.' Und ihm werden die Amerikaner glauben." Kroll hinterließ bei Bischoff den Eindruck, daß mit seinem Eintreffen in Moskau „eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu beginnen [habe] und es seine Aufgabe sei, die Dinge ins Lot zu bringen".

So wie Bischoff zur Lösung der Staatsvertragsfrage entscheidend beigetragen hatte, so hoffte wohl Kroll mit einer „aktiven Ostpolitik", die er von Adenauer erwartete und die er in Moskau unterstützen wollte, in der deutschen Frage doch noch zum Erfolg zu kommen[160]. Bischoff ermunterte ihn darin, ging freilich anders als Kroll[161] von der Voraussetzung aus, daß die Teilung Deutschlands – die Gründung der Bundesrepublik und ihre Integration in die NATO – durch die Amerikaner verursacht

---

156 Notiz: Bonns Zustimmung zum Raab-Plan, 11. 7. 1958. So auch die Sprachregelung des Außenamts für die österreichischen Presseattachés.

157 Text der Entschließung und Auszüge der Debatte, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 12. 7. 1958, S. 1309–1311.

158 Vgl. Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln/Berlin 1967, S. 372f.; Matthias Pape, Hans Kroll (zum 100. Geburtstag), in: Ostdeutsche Gedenktage 1998, Bonn 1997, S. 141–145.

159 Bischoffs Bericht an Außenamt, 25. 5. 1958/geh., in: NL Bischoff, Box 4, Mappe Deutschland. Hieraus die folgenden Zitate.

160 Ebenda. Zur Entsendung Krolls vgl. Schwarz, Adenauer, S. 557, 699–703.

161 Vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 361.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sei; bei einem Verbleib der Bundesrepublik im westlichen Bündnis hielt er ein Vorankommen mit den Sowjets in der Frage der Wiedervereinigung für nicht möglich[162]. Von Kroll nach dem „selbständigen Beitrag" Österreichs zur Lösung des Staatsvertragsproblems gefragt, wies Bischoff auf die österreichischen Initiativen zwischen 1953 und 1955 und die „zweiseitigen Verhandlungen" zwischen Moskau und Wien hin, die schließlich zur Unterzeichnung des Abkommens geführt hätten[163]. Bischoff ignorierte, daß die wichtigste Voraussetzung des Verhandlungserfolgs in Moskau in der Haltung der USA gelegen hatte, die über Jahre jeder sowjetischen Pression gegenüber Wien entgegengewirkt und damit erst den von Raab genutzten Verhandlungsspielraum ermöglicht hatten. Bischoffs Sicht der Politik mußte Kroll in seinem Aktivismus bestätigen und zugleich irreführen, da Bischoff auch die sicherheitspolitische Voraussetzung, unter der sich die Sowjets zur Räumung Österreichs entschlossen hatten – die Ende 1954 gesicherte Gründung des Warschauer Pakts, dessen wichtigster Pfeiler die DDR war –, keiner Erwähnung wert fand[164]. Bischoff sah in einem neutralen Deutschland, das weder Raab und Figl noch Pittermann und Kreisky wünschten, den Schlüssel zur Wiedervereinigung. Kroll hat diese Prämisse Bischoffs entweder nicht erkannt oder in seinen Berichten bewußt verschwiegen; auch in seinen Erinnerungen erwähnt er sie nicht.

Der ursprünglich vom 14. bis 21. Juli geplante Besuch einer österreichischen Regierungsdelegation in Moskau wurde auf Wunsch Chruschtschows um eine Woche verschoben, da dieser am V. SED-Parteitag in Ost-Berlin teilnahm[165]. Chruschtschow erklärte in Berlin, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sei eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes und falle nicht in die Kompetenz internationaler Beratung[166]. Damit widersprach er der Absicht der Westmächte, die deutsche Frage auf der geplanten Gipfelkonferenz zu beraten. Chruschtschow erteilte dem Plan, einen Ausschuß der Vier Mächte zur Beratung der deutschen Frage zu bilden, eine Absage. Der einzige Weg zur Beseitigung der Spaltung Deutschlands bestehe darin, daß beide deutsche Staaten zu einer Verständigung und Einigung kämen. Walter Ulbricht lehnte in seinem Parteitagsreferat den „ebenso unrealen wie antiquierten Vorschlag" Raabs ab, der sich in Dulles' „Konzeption der Aufrechterhaltung des Kalten Krieges

---

162 Vgl. Pape, Österreich und Deutschland, Kap. 5, Abschnitt: Österreich und die DDR.

163 Bericht Bischoffs an Außenamt, 28. 10. 1958/geh., in: NL Bischoff, Box 4, Mappe Deutschland. Auf dieser Linie auch Norbert Bischoff, Die politische Vorbereitung des Staatsvertrages, in: Die österreichische Furche (Wien), 4. 6. 1955, S. 1.

164 Diese entscheidende Voraussetzung für den Rückzug der Sowjets aus Österreich, die auf der Berliner Konferenz 1954 noch nicht gegeben war, übersieht auch Gehler, Österreichs außenpolitische Emanzipation, S. 245–249, hier auch (unkritische) Berufung auf Bischoff als Kronzeuge für die Ziele sowjetischer Politik in Deutschland, S. 258–260. Vgl. Pape, Österreich und Deutschland, Kap. 6, Abschnitt: Österreich und Deutschland in den neuen sicherheitspolitischen Überlegungen der Großmächte Anfang 1955.

165 Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 28. 6. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

166 Vgl. Rede Chruschtschows vom 11. 7. 1958, in: Neues Deutschland, 12. 7. 1958; DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1408–1416; 1416–1425.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und der Torpedierung der Gipfelkonferenz" einfüge[167]. Das Gegenteil war freilich der Fall! Raab, der sich nie mit Dulles verstanden hat, wollte dessen Politik der Stärke entgegenwirken, damit die Sowjets über die deutsche Frage in Verhandlungen eintraten.

Die Reise der österreichischen Regierungsdelegation (mit Raab, dem neuen SPÖ-Vorsitzenden Bruno Pittermann, Figl, Kreisky und einem Beamtenstab) nach Moskau und Leningrad vom 21. bis 28. Juli 1958 war – anders als Raabs Besuch in Washington – ein voller Erfolg. Chruschtschow, der neben Mikojan die Verhandlungen zum größten Teil selbst führte[168], demonstrierte – offenbar vor dem Hintergrund der Forderungen Washingtons an Wien – Großzügigkeit und machte bedeutende Zugeständnisse bei den im Staatsvertrag festgelegten Ablöselieferungen[169]. Vor dem Hintergrund der Nahostkrise und der Hinrichtung von Imre Nagy und Pál Maléter in Budapest führten die Kremlherren Österreich als Musterfall eines neutralen Staates vor, der vom Prinzip der friedlichen Koexistenz profitierte und von Moskau nicht nur nichts zu befürchten hatte, sondern sogar noch Geschenke erhielt. Die Rolle, die der neutrale Kleinstaat im Konzept der friedlichen Koexistenz der Großmacht spielte, war der österreichischen Delegation durchaus bewußt[170].

Raab hatte nach Mueller-Graafs Beobachtung sein Ziel erreicht, „sich drei Jahre nach dem Staatsvertrag noch schärfer als bisher das Profil eines neutralen Staatsmannes zwischen Ost und West zu geben und in Moskau sein Kapital an gewissem Vertrauen und Wohlwollen zu erhöhen"[171]. Die deutsche Frage und der „Raab-Plan" spielten bei den Moskauer Verhandlungen keine Rolle. Brentano hatte Figl zuvor über die Motive der Bundestagsresolution vom 2. Juli informiert, die „weitgehend mit den Gedanken Raabs" übereinstimme. Vielleicht, so Brentano, finde sich in Moskau Gelegenheit, „auf die Anregung Bundeskanzler Raabs zurückzukommen"[172].

---

[167] Telegramm Thalbergs, Österreichische Delegation Berlin, an Außenamt, 14. 7. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

[168] Vgl. Bericht des Wiener dpa-Korrespondenten, der sich auf österreichische Informanten berief. dpa-Information Nr. 991-1000 vom 29. 7. 1958, in: Ebenda.

[169] Vgl. Heinrich Haymerle, Die Beziehungen zur Großmacht im Osten, in: Erich Bielka/Peter Jankowitsch/Hans Thalberg (Hrsg.), Die Ära Kreisky. Schwerpunkte österreichischer Außenpolitik, Wien/München/Zürich 1983, S. 143–193, hier S. 164–166; Rauchensteiner, Die Zwei, S. 386 f. Vgl. auch die Memoranden des Außenamts für die verschiedensten Gesprächsthemen bei den Verhandlungen in Moskau im Nachlaß Figl, Niederösterreichisches Landesarchiv Wien, Allgemeine Akten 1958, Kart. 44.

[170] So Figl gegenüber Mueller-Graaf; vgl. dessen Telegramm an AA, 31. 7. 1958, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 17.

[171] Mueller-Graaf an AA, 4. 8. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Diese Einschätzung teilten Matthews in Wien und das State Department, worauf die USA weitere Counterpart-Kredite und die Auslieferung von Rüstungsgütern und Waffen an Österreich zurückhielten, um Wien bei den hinausgezögerten Wiedergutmachungsleistungen für die jüdischen Emigranten aus Österreich unter Druck zu setzen. Vgl. dazu zahlreiche Dokumente in FRUS, 1958–1960, Bd. IX, S. 771 ff.; Rauchensteiner, Die Zwei, S. 378–380; Rathkolb, Washington ruft Wien, S. 165 f., 171, 173.

[172] Brief Brentanos an Figl, 8. 7. 1958. Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 240.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Sowjets beschränkten sich indessen auf eine Erörterung bilateraler Fragen. Figl gewann den Eindruck, daß Chruschtschow und Mikojan das westdeutsche Militärpotential „ungeheuer überschätzten"[173].

Die Bundestagsinitiative in der deutschen Frage vom Juli stieß bei den Westmächten auf Kritik. Sie wollten die „Wiedervereinigung Deutschlands" ausdrücklich bei künftigen Verhandlungen berücksichtigt sehen[174]. Erich Mende rief dazu auf, von den Österreichern zu „lernen", ohne „das österreichische Modell unbesehen für die Lösung der deutschen Frage [zu] übernehmen"[175]. Adenauer war der Versuch einer gemeinsamen Deutschlandpolitik mit der SPD überhaupt suspekt[176]. Die Initiativen, um Moskau für Verhandlungen über die deutsche Frage zu gewinnen, wie sie im Jahr 1958 nacheinander Raab, Adenauer und die Bundestagsfraktionen ergriffen hatten, versandeten vollends nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows im November[177], mit dem sich der Rahmen für die Deutschlandpolitik grundlegend änderte.

Am Ende drängt sich der Eindruck auf, daß Adenauer und Raab unabhängig voneinander im März 1958 versucht haben, in die deutsche Frage neue Bewegung zu bringen. Beide haben offenbar die politische Großwetterlage als günstig eingeschätzt, um bei der Lösung dieses schwierigen Problems voranzukommen. Raabs Initiative, bei der verschiedene Motive zusammenwirkten, war ein Reflex des österreichischen Staatsvertrags im Mai 1955, dessen Belastungen für das deutsch-österreichische Verhältnis Raab ausräumen wollte und den er im Falle eines Erfolges auch in der deutschen Frage zu einem Doppelerfolg ausgebaut hätte. Nicht auszuschließen ist, daß sich Adenauer durch die Unterredung mit Raab in seinem Versuch, für die DDR die Österreich-Lösung anzustreben, innerlich absichern und abwarten wollte, wie weit Raab mit seiner Initiative kam, ohne sich dadurch in seiner eigenen Geheimdiplomatie beirren zu lassen. Einen Erfolg Raabs von vornherein auszuschließen, wäre angesichts des Prestiges, das Raab 1955 in Moskau gewonnen hatte, unklug gewesen. Da der Erfolg zuerst in Moskau gesucht werden mußte, war Adenauer gut beraten, Raabs Aktion nur zu beobachten, um sich nicht das Mißtrauen der Amerikaner zuzuziehen. Ein (Teil-)Erfolg Raabs in Moskau hätte sogleich Verhandlungen

---

173 Aufzeichnung Brentanos über sein Gespräch mit Figl in Bad Reichenhall, 5. 8. 1958, Durchschrift in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien: Mikojan habe von Adenauer „mit größter Achtung gesprochen", über Brentano „weniger freundlich", der „offenbar ein unversöhnlicher Gegner der Sowjetunion sei". „Ausgesprochen negativ" habe er sich dann auch über Verteidigungsminister Strauß geäußert. Mueller-Graaf war noch am Tag der Rückkehr Figls aus Moskau (30. 7). von diesem unterrichtet worden. Vgl. Nachlaß Figl, Niederösterreichisches Landesarchiv Wien, Allg. Akten, Kart. 95, Tagebuch. Vgl. auch Bericht Mueller-Graafs an AA, 4. 8. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf.

174 DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1748f. Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 240, 243.

175 So im Bundestag am 1. 10. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1740.

176 Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 245f.

177 Vgl. Note der UdSSR an die Westmächte, 27. 11. 1958, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1 (1958/59), S. 151–177, hier bes. S. 174f.; Note der UdSSR an die deutsche Bundesregierung, 27. 11. 1958, in: Ebenda, S. 178–191.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauers mit den Amerikanern erfordert; ein Mißerfolg Raabs hätte, solange sich Adenauer nicht hinter Raabs Vermittlungsdiplomatie stellte, Adenauer nicht diskreditiert und seinen eigenen Versuch, eine Lösung mit dem Kreml zu finden, nicht gefährdet. Als Raab seine Initiative Ende April publik machte, den Erfolg förmlich an die Wand malte und hoch pokerte, dürfte Adenauer bewußt geworden sein, daß vor allem innenpolitische Gründe Raab zu seiner Aktion veranlaßt hatten. Als Mikojan kurz darauf in Bonn mit keinem Wort auf Adenauers Initiative bei Smirnow einging, bedeutete dies das Ende des Plans einer Österreich-Lösung für die DDR. Raab war mehr als Adenauer der Verlierer eines gewagten Spiels.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

KARIN FLACHOWSKY

NEUE QUELLEN ZUR ABSTAMMUNG REINHARD HEYDRICHS

Reinhard Heydrich war nicht nur eine der zentralen Figuren des nationalsozialistischen Regimes; als Chef des Sicherheitsdienstes der SS, später als Chef des Reichssicherheitshauptamts und schließlich als Stellvertretender Reichsprotektor für Böhmen und Mähren gilt er als der wohl exponierteste Vertreter des nationalsozialistischen Terrorapparats. Angesichts dieser exzeptionellen Stellung Heydrichs ist es um so erstaunlicher, daß Gerüchte um seine angeblich jüdische Herkunft bis zum heutigen Tage nicht verstummt sind.

Diesen Gerüchten soll hier zunächst in einem Überblick über die zwischen 1945 und 1970 veröffentlichte Literatur nachgegangen werden, die auf die Person Heydrichs Bezug nimmt. In einem zweiten Teil werden die 1971 publizierten Ergebnisse des israelischen Historikers Aronson erläutert, die den Ausgangspunkt für weitere Forschungsarbeiten bildeten, ein dritter Abschnitt informiert über jene Veröffentlichungen, die an der Auffassung einer teilweise jüdischen Herkunft Heydrichs festhalten. Die Ergebnisse eigener Recherchen in Kirchenbüchern, die dafür keinerlei Anhaltspunkte ergaben, werden abschließend erläutert.

Die besondere Stellung Reinhard Heydrichs im NS-System, aber auch sein Charakter, seine dezidierte Zurückhaltung gegenüber seiner Umgebung, gaben bereits zu seinen Lebzeiten reichen Stoff für Spekulationen. Während Veröffentlichungen der ersten Nachkriegsjahre nichts über eine vermeintlich jüdische Herkunft Heydrichs berichten – erwähnt seien die grundlegende Darstellung von Eugen Kogon[1] sowie die privaten Zeugnisse von Ulrich von Hassell[2], Hjalmar Schacht[3] oder Erich Kordt[4] –, finden sich derartige Behauptungen erstmals 1950 in einer Schrift des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Wilhelm Höttl. In seinem unter dem Pseudonym Walter

[1] Vgl. Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt a. M. 1946.

[2] Vgl. Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Zürich 1946.

[3] Vgl. Hjalmar Schacht, Abrechnung mit Hitler, Hamburg 1948; ders., 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

[4] Vgl. Erich Kordt, Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg, Stuttgart 1950.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hagen erschienenen Buch „Die geheime Front" informiert er über Strukturen und Arbeitsfelder, aber auch Aktionen des SD, der Gestapo und des späteren Reichssicherheitshauptamts (RSHA)[5]. Das Buch ist eine Mischung aus Insider-Wissen, verzerrten Tatsachen und einer teilweise zynischen Rechtfertigung der NS-Ideologie.

Höttl führt an, ein Bäckermeister aus Halle habe behauptet, daß Heydrichs Vater Halbjude sei. Heydrich gewann den daraufhin angestrengten Prozeß, „der dank der Presselenkung keinerlei Aufsehen erregte"[6]. Beweise habe der Bäcker nicht erbringen können. „Heydrich hatte einen vertrauten Mitarbeiter [...] damit beauftragt, sich durch einen Einbruch in Halle in den Besitz sämtlicher Dokumente und Register zu setzen." Allerdings seien nicht alle Unterlagen in Heydrichs Besitz gelangt. Sein großer Gegenspieler Canaris soll Dokumente aus Meißen, „wo der Vater Heydrichs und dessen Mutter Sarah längere Zeit gelebt haben dürften", in Spanien in Sicherheit gebracht haben[7].

Die Motive der Rehabilitation und der Vermarktung der eigenen NS-Vergangenheit dürften auch bei den 1952 publizierten „Tagebuchblättern" von Felix Kersten, dem Masseur Himmlers, im Vordergrund gestanden haben[8]. Kersten zufolge erfuhr Himmler bereits 1932 von der „makelhaften Abstammung" Heydrichs. Hitler habe jedoch in einem Gespräch mit diesem einen sehr günstigen Eindruck gewonnen und geäußert, „Heydrich sei ein hochbegabter, aber auch sehr gefährlicher Mensch, dessen Gaben man der Bewegung erhalten müsse. [...] er werde uns ewig dankbar sein, daß wir ihn behalten und nicht ausgestoßen hätten und werde blindlings gehorchen."[9]

Ein Autor völlig anderer Provenienz, Gerald Reitlinger, der als erster eine auf genaueren Recherchen beruhende Zusammenstellung des Völkermords an den Juden publizierte, zitiert in seinem 1953 veröffentlichten Werk „Die Endlösung" die Aussagen Hagens, ohne diese zu kommentieren[10]! 1954 veröffentlichte Hans Bernd Gisevius, der schon frühzeitig zum Kreis einer militärisch-zivilen Oppositionsgruppe im Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht gehörte, seine Memoiren. Darin bezeichnet er Heydrich ohne weitere Begründung als „antisemitischen Judenstämmling"[11].

Walter Schellenberg kam 1935 in das SD-Hauptamt und leitete dort ab 1941 den Auslandsnachrichtendienst. Seine 1956 herausgegebenen Memoiren sind weit sachli-

---

[5] Vgl. Walter Hagen, Die geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes, Linz 1950. Höttl leitete die Abt. VI (ausländischer Nachrichtendienst) beim SD-Oberabschnitt Wien. Nach der Besetzung Ungarns 1944 wurde er Abwehrchef in Budapest. Laut Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 256, Anm. 9, hatte er nie persönlichen Kontakt mit Heydrich.

[6] Hagen, Die geheime Front, S. 20.

[7] Ebenda, S. 21 und S. 112.

[8] Vgl. Felix Kersten, Totenkopf und Treue – Heinrich Himmler ohne Uniform, Hamburg 1952.

[9] Ebenda, S. 128.

[10] Vgl. Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin [7]1992, S. 15.

[11] Hans B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende. Bericht eines Augenzeugen aus den Machtzentren des Dritten Reiches, Hamburg 1960, S. 118.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cher als die Höttls, aber gleichfalls eine Mischung aus Tatsachen, Halbwahrheiten und NS-Apologie, vor allem aber auch Selbstdarstellung und Rechtfertigung. Er berichtet, Canaris habe Personalakten Heydrichs in seinem Panzerschrank verwahrt, die belegten, daß eine der Großmütter Heydrichs Jüdin und Heydrichs Ariernachweis somit gefälscht gewesen sei.

Der Meinung, daß Heydrich jüdische Vorfahren hatte, folgte auch Robert M. W. Kempner, Ankläger bei den Nürnberger Prozessen. Er stützte seine Schlußfolgerung vor allem auf den ehemaligen Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Wilhelm Stuckart, dessen Aussage er in seinem 1961 erschienenen Buch „Eichmann und Komplizen" wiedergibt[12].

In einer 1932 von der Auskunftsstelle der NSDAP erstellten Ahnenliste fehlt Reinhard Heydrichs Großmutter mütterlicherseits. Das führte den britischen Journalisten Charles Wighton in seinem 1962 veröffentlichten Buch[13] zu der Aussage, daß hier der jüdische Anteil zu finden sei. Diese Schlußfolgerung übersieht jedoch, daß die Anfrage an die Auskunfsstelle von einem jüdischen Anteil des Vaters ausgegangen war. Außerdem datiert Wighton die Ahnenliste fälschlich auf das Jahr 1933[14].

1963 erschien ein Buch, das weite Verbreitung finden sollte: „Das Gesicht des Dritten Reiches" von Joachim C. Fest[15]. Dessen Psychogramm Heydrichs stützt sich im wesentlichen auf die Angaben von Höttl, Kersten, Schellenberg und Wighton. Die Analyse der Persönlichkeit Heydrichs unterliegt Fests präjudizierender Auffassung von dessen „Nichtreinrassigkeit". Die gleichen Quellen, ergänzt um einige Sätze Fests, legt Gert Buchheit seiner 1966 veröffentlichten Arbeit „Der deutsche Geheimdienst" zugrunde[16].

1969 erschien Brachers grundlegende Arbeit „Die deutsche Diktatur". Ohne jede Quellenangabe schreibt er darin: „Weder Hitler selbst noch engste Mitarbeiter wie [. . .] der erste Mann der Judenvernichtung, Reinhard Heydrich, erfüllen die biologischen Postulate nationalsozialistischer Herrschaft mit ihren wichtigsten Requisiten: Rassekult und Ahnenpaß."[17]

---

[12] Vgl. Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplizen, Zürich 1961, S. 37. In einer später in Israel veröffentlichten Ausgabe des Buches ist die These der jüdischen Abstammung Heydrichs nicht mehr enthalten. Vgl. dazu Günther Deschner, Reinhard Heydrich – Statthalter der totalen Macht. Biographie, Esslingen 1977, S. 70.

[13] Vgl. Charles Wighton, Heydrich – Hitlers Most Evil Henchman, London 1962.

[14] Vgl. ebenda, S. 23.

[15] Vgl. Joachim C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963; darin: Reinhard Heydrich – Der Nachfolger.

[16] Vgl. Gert Buchheit, Der deutsche Geheimdienst. Geschichte der militärischen Abwehr, München 1966.

[17] Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln [7]1993, S. 60.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neue, wirklich quellengestützte Erkenntnisse zur Herkunft Reinhard Heydrichs[18] lieferte erstmals der israelische Historiker Shlomo Aronson 1971[19]. Sein Nachweis gründet sich vor allem auf die SS-Personalakte Heydrichs[20]. Des weiteren konnte er Aussagen und Materialien von Ernst Hoffmann heranziehen[21]. Dieser war als SD-Mitarbeiter 1937 mit der Erstellung eines ausführlichen Ahnennachweises für Heydrich beauftragt worden. Seine Angaben konnte Friedrich W. Euler[22], ein ehemaliger Archivar des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands", bestätigen[23]. Außerdem verweist Aronson auf die Fotokopie einer ungekürzten Ahnentafel im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Die SS-Personalakte enthält ein Schreiben des Gauleiters von Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, vom 6. Juni 1932 an Gregor Straßer, den Reichsorganisationsleiter der NSDAP in München. Darin heißt es: „Wie mir zu Ohren gekommen ist, befindet sich in der Reichsleitung ein Pg. mit dem Namen Heydrich [. . .] Es besteht Veranlassung zu vermuten, daß der als Vater bezeichnete Bruno Heydrich Jude ist."[24]

Zwei Wochen später gab der Leiter der NS-Auskunft, Dr. Gercke[25], Antwort: „Aus beiliegender Ahnenliste geht hervor, daß [. . .] Reinhardt [sic!] Heydrich deutscher Herkunft ist und frei von farbigem und jüdischem Bluteinschlag [. . .] Für die Richtigkeit dieses Gutachtens übernehme ich die volle Verantwortung und erkläre mich bereit, es notfalls auch vor Gericht zu vertreten [. . .] Sämtliche Angaben beruhen auf urkundlichen Belegen, die auf ihre Stichhaltigkeit hin geprüft worden sind."[26] Empfänger der Antwort war unter anderem die Reichsführung der SS. Himmler kannte demzufolge bereits im Juni 1932 sowohl den Verdacht der „nicht reinrassigen" Abstammung seines Mitarbeiters als auch dessen Widerlegung.

Aronson begründet ausführlich, daß sich einerseits Heydrich zu diesem Zeitpunkt in relativ unbedeutender Stellung befand, andererseits Himmler noch weit von seiner

[18] Reinhard Heydrich wurde am 4. 3. 1904 geboren und starb am 4. 6. 1942 an den Folgen eines Attentats.

[19] Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich.

[20] Vgl. SS-Pers.-Akt. Heydrich, tw. abgedruckt in: Ebenda, S. 311f.

[21] Vgl. SS-Ahnentafel, abgedruckt in: Ebenda, Dok. 1, S. 310. In dieser Ahnentafel wurden die Vorfahren bis zur 5. Generation erfaßt. Von den 32 Ahnen der 5. Generation ließen sich für Reinhard Heydrich 5 nicht mehr namhaft machen.

[22] Euler führte ab 1933 im Reichsministerium des Innern die seit 1921 angelegte Dresdner Ahnenstammkartei des Vereins „Deutsche Ahnengemeinschaft" weiter, die zuletzt eine Sammlung von 2 Millionen Ahnennamen umfaßte. 1936 wurde er im o. g. Reichsinstitut mit der „Untersuchung der Judentaufen und Mischehen im 19. und 20. Jahrhundert" beauftragt. Vgl. dazu Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966, S. 445f.

[23] Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich, S. 256, Anm. 10.

[24] Schreiben vom 6. 6. 1932, abgedruckt in: Aronson, Reinhard Heydrich, Dok. 3, S. 312.

[25] Gercke war Dr. med. und laut Das deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, seit 1931 als Amtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP für die rassische Nachprüfung der Parteimitglieder zuständig. 1933 wechselte er in das Reichsministerium des Innern und wurde „Sachverständiger für Rassenforschung".

[26] Schreiben vom 22. 6. 1932, abgedruckt in: Aronson, Reinhard Heydrich, Dok. 4, S. 312f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

späteren Macht entfernt und – abgesehen von seinen persönlichen Auffassungen – gar nicht in der Lage gewesen sei, einen solcherart „belasteten" Untergebenen im Amt zu halten.

Diese Ergebnisse Aronsons, dessen Arbeit sich im wesentlichen mit der Zeit bis 1935 befaßt, wurden durch weiterführende Untersuchungen Höhnes und Deschners bestätigt und weitergeführt[27].

Besondere Wirkung hatte freilich das erwähnte Buch von Joachim C. Fest[28]. Mit der 11. Auflage im Juni 1994 erreichte die Gesamtauflage 70000 Exemplare. Das darin enthaltene Psychogramm über Reinhard Heydrich entspricht in der Neuausgabe von 1993 im Text unverändert dem der Erstausgabe von 1963[29]. Im Januar 1997 erschien die Neuausgabe in der 5. Auflage. Auch Bracher bleibt in der 1993 herausgegebenen 7. Auflage seines Standardwerks bei der Aussage, daß Heydrich dem „biologischen Postulate nationalsozialistischer Herrschaft" nicht entsprochen habe[30].

Das Psychogramm Fests wurde selbst Quelle für weitere Publikationen[31]. Erdmann verfaßte innerhalb des „Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte" den Band 20, der die Zeit von 1933 bis 1939 umspannt. Zur Person Heydrichs verweist er „neben Aronson [auf] die treffende Skizze von J. Fest"[32]. Und schließlich bemüht auch Bernt Engelmann in seinem Buch „Deutschland ohne Juden" die bei Fest zitierten Aussagen (neben denen Kerstens und Kempners), um eine, mindestens teilweise, jüdische Abstammung Heydrichs „nachzuweisen"[33].

Es gibt also immer noch eine ganze Reihe vielgelesener Historiker, die sich – aus was für Gründen auch immer – mit Aronsons Ergebnissen nicht anfreunden können, welche die angeblich jüdische Abstammung Heydrichs als Legende entlarvt haben. Solch unterschiedliche Auffassungen veranlaßten die Verfasserin, nach bisher nicht erschlossenen Quellen zu suchen.

Quellen für Ahnennachweise waren die Standesämter und (für die weiter zurückliegene Zeit ausschließlich) die Matrikel der Religionsgemeinschaften. Wenn also die aufgefundenen SS-Dokumente in Zweifel gezogen werden oder vermutet wird, daß Originale vernichtet wurden, ist es naheliegend, dies an den entsprechenden Stellen zu überprüfen. Dieser Mühe hat sich offensichtlich bisher niemand unterzogen.

---

27 Vgl. Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf – Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967; Deschner, Reinhard Heydrich.

28 Vgl. Fest, Gesicht.

29 Die Erkenntnisse Aronsons erwähnt Fest lediglich in der Erweiterung zweier Anmerkungen.

30 Bracher, Die deutsche Diktatur, S. 60.

31 „Das Gesicht des Dritten Reiches" wurde ins Französische, Englische, Polnische und Spanische übersetzt.

32 Karl Dietrich Erdmann, Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1939, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Band 20, München [8]1990, S. 130.

33 Vgl. Bernt Engelmann, Deutschland ohne Juden. Eine Bilanz, München 1979, S. 212–217.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausgehend von den detaillierten Angaben bei Aronson[34], sah die Verfasserin in mehreren Kirchengemeinden Sachsens Tauf-, Trau- und Sterberegister ein[35]. Entsprechend der geäußerten Vermutungen, daß der jüdische Anteil über den Vater, Bruno Heydrich, oder über die Großmutter mütterlicherseits, Maria Antonie Mautsch, gegeben sei, wurde vor allem diesen Linien nachgegangen[36]. Bis auf zwei geringfügige Abweichungen bestätigten alle überprüften Angaben die bei Aronson enthaltenen. An keiner Stelle wurde eine Manipulation in den Kirchenbüchern gefunden, alle betreffenden Register sind vollständig erhalten. Die folgenden Angaben zu den Vorfahren Reinhard Heydrichs sind nicht aus Veröffentlichungen entnommen, sondern aus den Gemeindematrikeln ermittelt.

Richard Bruno Heydrich – so der vollständige Name des Vaters – wurde am 23. Februar 1863[37] in Leuben, einem kleinen Dorf etwa fünfzehn Kilometer von Meißen entfernt, geboren. Sein Vater (also der Großvater Reinhard Heydrichs) Carl[38] Julius Reinhold Heydrich wurde am 15. März 1837 geboren[39], dessen Vater Karl Gottlob war Chausee-Einnehmer in Ober-Slamen bei Spremberg. Beide Vorfahren gehörten zu evangelisch-lutherischen Gemeinden.

Die Mutter Bruno Heydrichs (Großmutter von Reinhard Heydrich), Ernestine Wilhelmine geb. Lindner, wurde am 30. August 1840[40] in Lommatzsch geboren. Ihr Vater Karl Heinrich Lindner sowie dessen Vater Johann Gottfried waren beide in Lommatzsch ansässige Bürger und Zeug-, Lein- und Wollweber. Die Mutter von Ernestine Wilhelmine, Sophie Wilhelmine geb. Schrempel, stammte ebenfalls aus Lommatzsch und war die älteste Tochter des Hutmachers Johann Gottlob Schrempel. Alle diese Vorfahren gehörten ebenfalls der evangelisch-lutherischen Kirche an. Ernestine Wilhelmine war das fünfte von dreizehn Kindern. Von diesen Kindern starben sieben, bevor sie ein Jahr alt wurden, zwei weitere im Alter zwischen ein und drei Jahren.

---

[34] Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich, S. 11 f.

[35] Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Ev-luth. Landeskirchenamt Sachsen für die Genehmigung zur Einsichtnahme in die Kirchenbücher sowie für die Unterstützung vor Ort in den Kirchgemeinden Meißen, Lommatzsch, Leuben, Trinitatis Dresden, dem Kirchenbuchamt Dresden und der Röm.-Kath. St. Petrigemeinde in Bautzen.

[36] Es wurde kein Wert auf vollständige Überprüfung aller bei Aronson zu findenden Angaben gelegt, so daß Angaben zu den 4 Großelternteilen und 7 der 8 Urgroßeltern Reinhard Heydrichs selbst eingesehen wurden. Waren die Familien am Ort geblieben, ließen sich die Vorfahren auch noch weiter zurück verfolgen. Da die Eintragungen in den Kirchenbüchern im wesentlichen mit den Angaben Aronsons übereinstimmten, kann auf ein Zutreffen auch der anderen geschlossen werden. Sollten in den weiter zurückliegenden Daten Abweichungen bestehen, hätten sie keine Relevanz für die behauptete jüdische Abstammung Reinhard Heydrichs.

[37] Bei Aronson, S. 11, fälschlicherweise 1862, in Dok. 1, S. 310 jedoch korrektes Datum.

[38] In einigen Kirchenbuch-Eintragungen auch: Karl.

[39] Über den Geburtsort gibt es widersprüchliche Angaben: entweder Slamen bei Spremberg oder Arnsdorf bei Reichenbach.

[40] Bei Aronson, S. 11, fälschlicherweise 8. Mai 1840, in Dok. 1, S. 310 jedoch korrektes Datum. Die von der Witwe Reinhard Heydrichs angegebenen Daten zu den Vorfahren ihres Mannes sind falsch. In: Lina Heydrich, Leben mit einem Kriegsverbrecher, Pfaffenhofen 1976.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bruno Heydrich wurde als zweites Kind seiner Eltern geboren. Der ältere Bruder Reinhold Otto kam am 24. Juni 1861 in Lommatzsch zur Welt, dem Geburts- und Wohnort der Mutter. Die Eltern heirateten am 1. Oktober 1861 in Lommatzsch, nachdem die Mutter 21 Jahre alt und damit mündig geworden war. Reinhold Otto erlernte den Beruf eines Instrumentenmachers[41], also eines gehobenen Handwerks, das eine gesicherte wirtschaftliche Selbständigkeit erwarten ließ, doch starb er noch nicht zwanzigjährig im April 1881 in Meißen an Schwindsucht. Fünfzehn Monate nach Bruno wurde Reinhold Richard am 9. Juni 1864 in Leuben geboren. Er erlernte den Beruf eines Töpfers, über seinen weiteren Lebensweg konnte nichts ermittelt werden. Den drei Brüdern folgten zwischen 1865 und 1870 vier Schwestern (von denen eine als Säugling verstarb) und 1873 ein weiterer Bruder, der allerdings nur drei Monate am Leben blieb[42]. Zwei der Schwestern heirateten 1895 bzw. 1899, die dritte Schwester blieb wahrscheinlich unverheiratet, dürfte aber in ihrer Tätigkeit als Direktrice ein gutes und gesichertes Einkommen erreicht haben.

Der Weg von Brunos Elternhaus ging von Leuben, wo der Vater erst als Geselle, dann als Tischler[43] arbeitete, über Obermeisa nach Meißen. Dort war die Familie spätestens seit 1867 ansässig. Leuben verzeichnete Carl Julius Reinhold Heydrich 1864 noch als Einwohner. Als er am 8. Mai 1874 im Alter von nur 37 Jahren an Tuberkulose starb, zählte ihn Meißen zu seinen Bürgern. Die Übersiedelung vom Dorf in die Kleinstadt scheint also zu einem gewissen sozialen Aufstieg geführt zu haben. Der Vater hinterließ drei Söhne und drei Töchter im Alter zwischen drei und dreizehn Jahren.

Die dreijährige Witwenzeit, in der Ernestine Wilhelmine Heydrich für 6 Kinder Sorge zu tragen hatte, war sicher nicht leicht, und es ist unbekannt, wie sehr der elfjährige Bruno seelisch vom Tode des Vaters betroffen wurde. In seinem Lebensrückblick gewann aber ganz offensichtlich der Drang zur Selbstaufwertung die Oberhand, wenn er etwa 35 Jahre später schrieb: „Heydrich [. . .] hatte dadurch, daß sein Vater frühzeitig starb, eine schwere, sorgenvolle Jugend durchzumachen und war sozusagen einige Jahre der Verdiener und Erzieher für seine jüngeren fünf Geschwister."[44] Wie oben ausgeführt, war Bruno der zweite Sohn, hatte also einen älteren Bruder und nur vier jüngere Geschwister. Seinen eigenen Worten zufolge studierte er „vom 12. Jahr ab" Musik, das bedeutete, er erhielt Instrumentalunterricht in Meißen. Selbst wenn die erwähnten öffentlichen Auftritte als Solist des Meißner Knaben-

[41] Berufsangaben aus der Übernahme von Patenämtern ermittelt.

[42] Emma Ernestine, geb. 19. 10. 1865 in Obermeisa; Ernestine Ida, geb. 21. 9. 1867 in Meißen; Anna Pauline, geb. 21. 11. 1869, gest. 22. 12. 1869 in Meißen; Anna Pauline, geb. 26. 11. 1870 in Meißen; Carl Reinhold, geb. 28. 3. 1873, gest. 8. 7. 1873 in Meißen.

[43] Bei der Geburt des ältesten Sohnes und der eigenen Trauung 1861 wird Carl Julius Reinhold Heydrich als Tischlergeselle verzeichnet, bei der Geburt des zweiten Sohnes, Bruno, 1863 als Tischler.

[44] Bericht zum zehnjährigen Bestehen von Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater – I. Hallesches Konservatorium, zit. in: Aronson, Reinhard Heydrich, S. 12f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Orchesters „vom 13. Jahre ab" manchen willkommenen Obolus zur Familienkasse beigesteuert haben mögen, ist es unwahrscheinlich, daß Bruno im Alter zwischen elf und vierzehn Jahren Verdiener für eine ganze Familie war.

Am 3. Mai 1877 heiratete die Witwe Ernestine Wilhelmine Heydrich den dreizehn Jahre jüngeren Schlossergehilfen Gustav Robert Süss[45]. Vier Monate später kam das neunte Kind der Mutter, die erste Tochter dieser Ehe[46], zur Welt. Mindestens drei weitere Kinder[47] folgten, starben aber in den ersten Jahren.

Bruno war zum Zeitpunkt der zweiten Heirat seiner Mutter vierzehn Jahre alt, sein Stiefvater nur neuneinhalb Jahre älter als er. Vermutlich wohnte Bruno spätestens seit seinem Studienbeginn am Dresdner Konservatorium im April 1879 nicht mehr zu Hause. Inwieweit er im zweiten Mann seiner Mutter überhaupt einen Stiefvater für sich sehen konnte, ist unbekannt. Seine Mutter soll er, mindestens in seiner Hallenser Zeit ab 1899, bis zu deren Tod im Jahr 1923[48] regelmäßig finanziell unterstützt haben[49]. Zu dieser Zeit waren alle Geschwister bzw. die Halbschwester Brunos wirtschaftlich selbständig. Die Unterstützung der Mutter, die das hohe Alter von 82 Jahren erreichte, war also mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in erster Linie eine wirtschaftliche Notwendigkeit, zumal ihr zweiter Mann sie um acht Jahre überlebte[50]. Aus den Angaben läßt sich schließen, daß die Eltern Brunos in engen, aber gesicherten Verhältnissen lebten.

Bruno Heydrichs Gattin, Elisabeth, hatte große Scheu, die Vorfahren ihres Mannes überhaupt nur zu erwähnen, wie Maria Heindorf-Heydrich im März 1966 Aronson berichtete[51]. Neben dem relativ geringen Status der Familie ihres Mannes mögen die – in den Augen der als streng katholisch beschriebenen Frau – wohl nicht ganz passende zweite Heirat seiner Mutter und der dann noch eintretende Kindersegen, vielleicht auch der Tod dieser Kinder, zum Verschweigen dieses Teils der Familiengeschichte beigetragen haben.

Die Vorfahren Elisabeth Heydrichs, geb. Krantz, der Mutter von Reinhard Heydrich, begannen ihren Aufstieg in die Oberschicht mit dem Großvater. Dessen Sohn, der Königlich-Sächsische Hofrat und Gründer des Dresdner Konservatoriums, Georg Eugen Krantz, zählte bereits zum Dresdner Großbürgertum.

Der Großvater Elisabeth Heydrichs, Ernst Moritz Krantz, wurde im August 1812 als Sohn des Schuhmachermeisters Johann Gottlieb Krantz in Dresden geboren.

---

45 Gustav Robert Süss, geb. am 12. 7. 1853, Sohn des Grundstücksbesitzers Ehregott Süß (Schreibung in den Haupteintragungen immer: Süss; in Nebeneintragungen meist: Süß), beide ev.-luth.

46 Anna Ernestine, geb. am 13. 9. 1877 in Meißen; sie heiratete zwischen 1900 und 1907 einen Kaufmann.

47 Zählung der Kinder weicht von den namentlich eingetragenen nach oben ab.

48 Wilhelmine Ernestine verw. Heydrich, wiederverehel. Süss, starb am 6. 1. 1923 in Meißen und wurde auch dort begraben. Ihr Grabstein hat sich also niemals in Leipzig befunden.

49 Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich, S. 16.

50 Gustav Robert Süss starb am 23. 10. 1931 in Meißen.

51 Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich, S. 17; Maria Heydrich, verehel. Heindorf, wurde 1901 als erstes Kind von Bruno und Elisabeth Heydrich geboren.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ernst Moritz wurde Maler, später auch Zeichner und Lithograph. Er heiratete am 15. November 1840[52] Amalie Eleonore geb. Schmidt, die Tochter des pensionierten Dragoners Johann Andreas Schmidt. Aus dieser Ehe gingen mindestens fünf Söhne und vier Töchter hervor. Der am 13. September 1844 als drittes Kind geborene Georg Eugen wurde der Vater Elisabeths. Alle diese Vorfahren gehörten zur evangelisch-lutherischen Kreuzkirchgemeinde in Dresden.

Die Mutter Elisabeth Heydrichs, Maria Antonie, geb. Mautsch, wurde am 21. Februar 1846[53] in Bautzen geboren. Deren Vater, Johann Carl Mautsch, kam am 23.(?) 1. 1797[54] in Wittigenau als Sohn des Hausbesitzers Joseph Mautsch[55] zur Welt. Johann Carl war von Beruf Instrumentenmacher. Er heiratete am 27. Januar 1839 in Bautzen Henriette Helene Auguste, geb. Kreutter, die einzige Tochter des Schlossermeisters Ernst Daniel Kreutter, die aus Breslau stammte. Aus dieser Ehe gingen vier Kinder hervor, von denen aber nur zwei am Leben blieben. Maria Antonie und ihre hier genannten Vorfahren gehörten alle der römisch-katholischen Kirche an. Laut Aronson konvertierte deshalb Georg Eugen Krantz nach seiner Heirat zum Katholizismus[56].

Es lag keinesfalls in der Absicht dieser Miszelle, genealogische oder gar rassische Kriterien zur Bewertung einer Persönlichkeit heranzuziehen. Für die Nationalsozialisten waren diese Kriterien aber von zentraler Bedeutung. Die angeblichen Widersprüche, die einem der prononciertesten Vertreter ihrer Rassen- und Vernichtungspolitik in dieser Hinsicht anhafteten, dienten einer oft psychologisierenden Forschung über lange Jahre als Schlüssel zur komplizierten Persönlichkeitsstruktur Heydrichs. Es dürfte deutlich geworden sein, wie wenig solche Spekulationen fundiert sind. So lange neue Quellen nicht abzusehen sind, werden nicht alle Rätsel in der Biographie und in der Persönlichkeit Heydrichs gelöst werden können. In Teilen werden sie genauso unverständlich bleiben wie dessen Taten.

---

52 In der Traueintragung: Kranz.

53 Bei Aronson, Reinhard Heydrich, S. 12 und S. 310, Dok. 1, fälschlicherweise 26. 4. 1846.

54 In: Ebenda, S. 310, Dok. 1: 27. 1. 1797.

55 Zur Trauung des Johann Carl Mautsch, 1839, war dessen Vater Joseph Schloßverwalter in Arzamusch (?) bei Töplitz in Böhmen.

56 Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich, S. 12.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOHANNES HÜRTER

„ES HERRSCHEN SITTEN UND GEBRÄUCHE, GENAUSO WIE IM 30-JÄHRIGEN KRIEG"

Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici

In der heftigen Diskussion, die seit einigen Jahren um den Anteil der Wehrmacht an NS- und Kriegsverbrechen in der Sowjetunion geführt wird, droht die Generalität etwas aus dem Blick zu geraten, ehe sie überhaupt richtig in das Gesichtsfeld der Forschung gekommen ist. Dabei besaßen die Generäle eine Schlüsselposition und verfügten über das Schicksal von vielen Millionen Soldaten und Zivilisten. Besonders die kleine Elite der obersten Heereskommandeure an der Ostfront – der Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen, der Kommandierenden Generäle von Armeekorps und der Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete – wurde noch nicht ihrer Bedeutung für die Kriegführung und Besatzungspolitik in der Sowjetunion entsprechend beachtet und analysiert. Zwar werden immer wieder die berüchtigten Befehle eines Reichenau, Manstein und manches anderen als Belege herangezogen, doch weiß man über diese Generäle und ihre Mentalität nach wie vor wenig oder nichts. Neben militärischer Erbauungsliteratur und flüchtigen Skizzen liegt nur eine verschwindend geringe Zahl wissenschaftlicher Biographien oder Editionen vor[1]. Überhaupt blieb die private Überlieferung dieses Personenkreises bisher weitgehend ungenutzt und unausgewertet. Fast scheint es so, als sei die Erforschung von Denken und Handeln der Generäle als „Geschichte von oben" verpönt. Doch gerade diese Übersicht von oben ist eine sinnvolle Ergänzung der Geschichte des „einfachen Soldaten" und der Mikrostudien über einzelne Einheiten oder Räume.

Die vorliegende Dokumentation enthält Auszüge aus den Briefen und Tagebüchern eines dieser höchsten Truppenbefehlshaber. General der Infanterie Gotthard Heinrici war zuerst Kommandierender General eines Armeekorps, ab Januar 1942

[1] Vgl. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb. Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlaß hrsg. u. mit einem Lebensabriß versehen v. Georg Meyer, Stuttgart 1976; Charles Messenger, The Last Prussian. A Biography of Field Marshal Gerd von Rundstedt 1875–1953, London 1991; Christoph Clasen, Generaloberst Hans-Georg Reinhardt, Stuttgart 1996. Zwei vor kurzem erschienene biographische Sammelwerke enthalten einige knappe Lebensskizzen unterschiedlicher Qualität: Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring, Berlin/Frankfurt a. M. 1995; Hitlers militärische Elite, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär, 2 Bde., Darmstadt 1998.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oberbefehlshaber einer Armee im mittleren Abschnitt der Ostfront. Sein Privatnachlaß ist einer der umfangreichsten und reichhaltigsten Bestände eines Wehrmachtsgenerals[2]. Um so erstaunlicher ist, daß diese Quelle noch überhaupt nicht beachtet wurde und Heinrici zu den vergessenen Generälen des deutsch-sowjetischen Krieges zählt[3]. Seine zahlreichen, zeitweise täglichen persönlichen Aufzeichnungen über den Feldzugsverlauf geben ein dichtes Stimmungsbild aus der Sicht eines hohen militärischen Befehlshabers, wie es bisher aus der Gruppe der Korps- und Armeeführer noch nicht vorlag[4]. Die große Zahl der Dokumente macht eine zeitliche Beschränkung notwendig. Das erste Jahr des Ostfeldzugs war in jeder Hinsicht richtungweisend und zeigte nahezu alle Formen des Krieges. Die Dokumentation konzentriert sich daher auf die Zeitspanne vom deutschen Überfall im Juni 1941 über den Bewegungskrieg, den „Halt" vor Moskau, die sowjetische Gegenoffensive bis zum Ende der russischen Angriffe im Mai 1942. Dem werden einige Dokumente aus der Vorbereitungsphase des „Unternehmen Barbarossa" vorangestellt.

Heinrici war sich der großen Bedeutung der Ereignisse bewußt und suchte seinen Anteil an ihnen zu dokumentieren[5]. Er scheint jede freie Minute genutzt zu haben, um seine Eindrücke und sein militärisches Handeln festzuhalten. Er bediente sich dabei dreier verschiedener Formen. Die handschriftlichen *Briefe an seine Frau* sind für den gesamten Zeitraum überliefert, zeitweise täglich und selbst in den aufreibendsten Krisenzeiten nicht mit mehr als wenigen Tagen Unterbrechung. Im ersten halben Jahr des Feldzugs nahm er sich daneben die Zeit, ein handschriftliches persönliches *Kriegstagebuch* zu führen und seiner Familie ein- bis zweimal im Monat einen länge-

---

[2] Der Nachlaß Gotthard Heinrici befindet sich als Bestand N 265 im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA) und umfaßt 161 Bände mit Dokumenten aus allen seinen Lebens- und Dienstzeiten.

[3] Eine Ausnahme bilden die populärwissenschaftlichen, auf Tatsachenberichten beruhenden Darstellungen der „Schlacht um Berlin" im März/April 1945, in denen Heinrici eine Hauptrolle spielt und durchweg als besonnener, fähiger, aber unpolitischer General geschildert wird. Vgl. vor allem Cornelius Ryan, Der letzte Kampf, München/Zürich 1966, der sich auf Gespräche mit Heinrici und von diesem zur Verfügung gestellte Unterlagen stützen kann.

[4] Dagegen sind die Tagebücher von zwei Heeresgruppen-Oberbefehlshabern publiziert: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen; Generalfeldmarschall Fedor von Bock, Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch, hrsg. v. Klaus Gerbet, München/Berlin 1995. Aus einem Armeeoberkommando liegen bisher lediglich einige Briefe des 1. Generalstabsoffiziers der 4. Armee (Okt. 1941–Okt. 1942) vor: Hellmuth Stieff, Briefe, hrsg. u. eingel. v. Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 129–158. Die veröffentlichten dienstlichen „Fahrtberichte" aus einem dem Verband Heinricis zeitweise benachbarten Infanteriekorps sind weniger für die Mentalität des Kommandierenden Generals Weisenberger als für dessen Führung und den Gefechtsverlauf aufschlußreich. Vgl. „Fahrtberichte" aus der Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges 1941. Protokolle des Begleitoffiziers des Kommandierenden Generals LIII. Armeekorps, eingel. u. hrsg. v. Walther Lammers, Boppard a. Rh. 1988.

[5] Heinrici erinnerte seine Frau mehrmals daran, daß die ihr gesandten Briefe, Berichte und Tagebücher „Dokumente" seien und daher gut verwahrt werden müßten. Vgl. etwa den Brief an seine Frau, 24. 1. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 16: „Hebe alle diese Blätter sorgsam auf. Es sind Dokumente."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren maschinenschriftlichen *Kriegsbericht* zu geben. Das Tagebuch konzentriert sich auf den militärischen Verlauf und enthält daher ganz überwiegend Gefechtsberichte, hin und wieder aber auch allgemeine Eindrücke. Die Kriegsberichte sind Sammelberichte über seine Kriegserlebnisse und bringen neben Zusammenfassungen der militärischen Lage zahlreiche Beobachtungen über „Land und Leute". In den Briefen an seine Frau überwiegen dagegen zunächst private Angelegenheiten, die aber teilweise durch kurze Reflexionen über den Krieg unterbrochen werden. Im Laufe der Krisentage des Dezember 1941 mußte Heinrici jedoch diese dreiteilige Überlieferung aufgeben; er fand nur noch Zeit für die Briefe an seine Frau, die nun stärker als zuvor zu allgemeinen Stimmungsberichten über die militärische Situation wurden. Dies änderte sich auch nicht, als Heinrici von Januar bis März 1942 daneben auch wieder zu Tagebuchaufzeichnungen kam.

Aus diesen Quellen wurden die Textpassagen ausgewählt, die für die Wahrnehmung des Krieges durch Heinrici am aufschlußreichsten sind. Betrachtungen über Krieg, Politik und das besetzte Land wurden dabei stärker berücksichtigt als die Schilderung einzelner Gefechte oder militärischer Details. Eins ist jedoch zu beachten: Mentalität und Kriegswahrnehmung sind das eine, Handeln und Kriegswirklichkeit das andere. Letzteres bleibt einer größeren Untersuchung vorbehalten, die neben der privaten Überlieferung auch das gesamte dienstliche Material heranziehen muß und sich außerdem nicht nur auf einen General beschränken darf[6].

1. Lebens- und Karrieredaten

Gotthard Heinrici wurde am 25. Dezember 1886 als Sohn des evangelischen Geistlichen Paul Heinrici in Gumbinnen geboren[7]. Nach dem Abitur am Kgl. Friedrichs-Gymnasium verließ er seine ostpreußische Heimatstadt, um am 8. März 1905 dem 6. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 95 (Gotha, Coburg und Hildburghausen) als Fahnenjunker beizutreten. Der Erste Weltkrieg brachte den jungen Oberleutnant in die unterschiedlichsten Stellungen des Front-, Etappen- und Stabsdienstes. Zunächst sammelte er als Bataillons- und Regimentsadjutant, als Kompanie- und Bataillonsführer sowie als Brigadeadjutant zwei Jahre lang Fronterfahrungen im Bewegungs- wie im Stellungskrieg. Heinrici war an den Kämpfen in Belgien (Aug./Sept. 1914), Ostpreußen und Polen (Sept. 1914–Sept. 1915) und Nordfrankreich (Sept.

[6] Der Autor bereitet z. Zt. im Rahmen eines größeren Projekts des Instituts für Zeitgeschichte über die Wehrmacht in der NS-Diktatur eine gruppenbiographische Studie über die insgesamt dreißig deutschen Oberbefehlshaber an der Ostfront im ersten Jahr dieses Krieges (1941/42) vor.

[7] Die folgenden Daten wurden überwiegend Heinricis Personalakte entnommen, in: BA-MA, Pers 6/30. An knappen biographischen Abrissen liegen vor: Hans Möller-Witten, Gotthard Heinrici, in: Ders., Mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz. Aus dem Leben von zwanzig vorbildlichen Soldaten, Rastatt 1962, S. 165–174; Alfred Philippi, Generaloberst Heinrici – 80 Jahre alt, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 16 (1966), S. 661–665; Günter Brausch/Walter Hubatsch, Gotthard Heinrici, in: Altpreußische Biographie, Bd. 3, Marburg/Lahn 1975, S. 949f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1915–Sept. 1916), u. a. bei Verdun (Höhe 304), beteiligt und erhielt für seinen Einsatz an der Ostfront beide Klassen des Eisernen Kreuzes. Nach diesen Frontverwendungen begann seine Generalstabsausbildung im Quartiermeisterdienst bei Front- und Etappenstellen in Polen, Ungarn, Rumänien und an der Westfront, bevor er nach erfolgreichem Abschluß des „Sedan-Kurses", der kriegsbedingten Kurzausbildung für Generalstäbler, am 28. Februar 1918 zum 1. Generalstabsoffizier der 203. Division an der Westfront ernannt wurde. In diesem Stab erlebte er die dramatische militärische Entwicklung von der Peripetie des Krieges in der „Großen Schlacht von Frankreich" über die Abwehrkämpfe bis zur Kapitulation und Demobilisierung.

Anfang 1919 nach Ostpreußen zurückgekehrt, wurde Heinrici ab Februar 1919 als Stabsoffizier im Generalkommando I in Königsberg wiederverwendet. Seine weiteren Stationen in der Reichswehr waren: Taktiklehrer in der „Führergehilfen-", d. h. Generalstabs-Ausbildung in Königsberg (Jan. 1921–Sept. 1924), Kompaniechef in Schwäbisch Gmünd (Sept. 1924–Sept. 1927), Referent in der Organisationsabteilung des Reichswehrministeriums (Okt. 1927–Sept. 1930), Bataillonskommandeur in Osterode/Ostpreußen (Okt. 1930–Sept. 1932), 1. Generalstabsoffizier beim Gruppenkommando I in Berlin (Okt. 1932–Jan. 1933) und schließlich Abteilungsleiter im Reichswehr- bzw. Reichskriegsministerium (Febr. 1933–Okt. 1937). In diesen Jahren des für einen Generalstäbler typischen Wechsels von Truppen-, Stabs- und Ministerialdiensten stieg er vom Hauptmann bis zum Oberst (1. März 1933) auf. In den Hochrüstungs- und Kriegszeiten verkürzten sich die Beförderungsintervalle erheblich: 1. Januar 1936 Generalmajor, 1. März 1938 Generalleutnant, 1. Juni 1940 General der Infanterie, 1. Januar 1943 Generaloberst, eine zwar nicht spektakuläre, aber gute Karriere, die allerdings in den ersten beiden Kriegsjahren am „Makel" nur weniger Bewährungen im Kampf litt. Die 16. Infanteriedivision mit Standort in Münster, die Heinrici seit dem 12. Oktober 1937 führte, wurde während des Polenfeldzugs zur Sicherung der Westgrenze in der Heimat belassen. Nach einer kurzen stellvertretenden Führung des VII. Armeekorps (Februar 1940) übernahm Heinrici am 8. April 1940 ebenfalls stellvertretend das XII. Armeekorps, das dann im Westfeldzug südlich von Saarbrücken die Maginotlinie durchbrach.

Am 18. Juni 1940 wurde Heinrici Kommandierender General des XXXXIII. Armeekorps, das fast kampflos nach Südfrankreich (Bourges) vorrückte und nach dem Waffenstillstand vom 22. Juni im Raum Le Havre-Bayeux (später bis zum Mont St. Michel) das „Unternehmen Seelöwe", die deutsche Invasion Englands, vorbereitete. Im April 1941 kam das Generalkommando von der Kanalküste nach Polen, um am Angriff auf die Sowjetunion teilzunehmen. Dieser Feldzug wurde für Heinrici und seinen Verband zur großen Bewährungsprobe[8]. Zunächst der 4. Armee (Kluge),

[8] Zum militärischen Verlauf des Ostfeldzugs vom deutschen Angriff bis zum ersten Überstehen der großen Winterkrise im Februar 1942 vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4: Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 451–652 (Beitrag Ernst Klink). Vgl. auch Klaus Reinhardt, Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Stuttgart 1972.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dann ab 4. Juli der 2. Armee (Weichs) unterstellt, kämpfte sich das Korps von der Buglinie nördlich Brest-Litovsk bis Ende Juli an die Berezina nahe Bobrujsk vor, überschritt dann in nur zwei Tagen, am 10. und 11. August, diesen Fluß und den Dnepr und ermöglichte damit den Kessel von Gomel. Für diese Leistung erhielt Heinrici das Ritterkreuz. Anschließend beteiligte sich das Korps an der Kesselschlacht von Kiev, bevor es Ende September in die Gegend nordwestlich von Brjansk verlegt wurde und die nördliche Umfassung der Brjansker Front einleitete. Nach der erfolgreichen Doppelschlacht von Vjaz'ma-Brjansk ging das Korps nach Lichvin an der Oka vor, ehe die Schlammperiode in der zweiten Oktoberhälfte den Vormarsch stoppte. Bei Eintritt des Frostes Anfang November wurde die Offensive im Verband der 2. Panzerarmee (Guderian) auf Tula und Moskau fortgesetzt, die noch zur Einnahme Aleksins führte, dann aber am 5. Dezember endgültig zusammenbrach. Es folgten Abwehrkämpfe unter katastrophalen Bedingungen, die das Korps an den Rand der Vernichtung brachten, und die Rücknahme im Dezember zunächst auf Kaluga, dann im Januar auf Juchnov. Hier entbrannten die monatelangen Kämpfe um die „Rollbahn", die Hauptnachschubstraße in Richtung Moskau, und gegen die drohende Einkesselung.

Die Verteidigung der „Rollbahn" war auch die wichtigste Aufgabe der 4. Armee, der das Korps seit dem 19. Dezember 1941 wieder unterstellt war und mit deren Führung Heinrici am 20. Januar 1942 überraschend betraut wurde. Der neue Oberbefehlshaber zeigte sich als der wohl fähigste Defensivspezialist im Mittelabschnitt der Ostfront. Zunächst mußte der Raum um Spas-Demensk, dem Armeehauptquartier, gegen die bis Mai 1942 währenden heftigen Angriffe der Roten Armee gehalten werden. Das gelang trotz zahlreicher Einbrüche und im Rücken auftauchender Feindkräfte. Der Abwehr der russischen Offensive folgte ein Jahr relativer Ruhe, ehe die 4. Armee seit Sommer 1943 erneut ständig von der Roten Armee attackiert wurde. Sie überstand alle Angriffe, zunächst in der bereits im März 1943 bezogenen „Büffelstellung", dann seit Oktober 1943 in der „Pantherstellung" bei Orša an der Autobahn nach Moskau. Doch alle Abwehrerfolge in den „Rollbahnschlachten" konnten das Ende der 4. Armee nur verzögern, nicht verhindern. Im Juni 1944 wurde sie zusammen mit der Heeresgruppe Mitte vernichtet. Heinrici war kurz zuvor erkrankt, so daß er seine Armee in ihrem letzten Kampf nicht persönlich führen konnte.

Am 16. August 1944 wurde der wiedergenesene Generaloberst zum Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee berufen und bewährte sich bei den hinhaltenden Abwehrkämpfen in Ungarn und Mähren. Wegen seiner langjährigen Erfahrungen in der Defensive beauftragte man ihn am 20. März 1945 mit der Führung der Heeresgruppe Weichsel, die an der Oder den Angriff der Roten Armee auf Berlin stoppen sollte. Mit dieser Aufgabe war auch Heinrici überfordert. Nach dem Zusammenbruch der Oderfront und Meinungsverschiedenheiten mit dem OKW wurde er am 29. April auf eigenen Wunsch seines Postens enthoben. Heinrici setzte sich nach Schleswig-Holstein ab und geriet am 28. Mai bei Flensburg in englische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Mai 1947 nach Deutschland zurückkehrte. Gotthard Heinrici starb am 13. Dezember 1971 in Karlsruhe.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Dispositionen

Das Verhalten der deutschen Generalität im Krieg gegen die Sowjetunion ist nicht von bestimmten Dispositionen zu trennen, die sich in verschiedenen Etappen der Sozialisation im Kaiserreich, im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit entwickelten. In der Medizin bezeichnet die Disposition die Anfälligkeit des Menschen für eine Krankheit und bildet einen wesentlichen Gegenstand der Ursachenforschung. Entsprechend muß der Historiker fragen, welche Anlagen dafür bestanden, daß eine konservative und traditionelle Elite wie die Wehrmachtsgeneralität die nach und nach jeden hergebrachten Rahmen sprengende und schließlich verbrecherische nationalsozialistische Kriegspolitik und Kriegführung nicht nur hinnahm, sondern mittrug. Herkunft, Laufbahn und Erfahrung prägten ein politisches und militärisches Denken, das die Einstellung zu Diktatur und Krieg entscheidend beeinflußte. Diese Voraussetzung des Handelns der Generäle wurde bisher noch nicht systematisch und umfassend untersucht[9]. Auch dieser Beitrag kann nur – als Ergänzung und zum besseren Verständnis der abgedruckten Dokumente – einige Hinweise zur Mentalität eines oberen Heereskommandeurs an der Ostfront geben, wobei sich allerdings viele grundsätzliche Merkmale in der individuellen Biographie finden lassen.

Wie die meisten der im Juni 1941 ein Korps, eine Armee oder eine Heeresgruppe in die Sowjetunion führenden Generäle wurde Heinrici in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts geboren, er war protestantischer Preuße und entstammte der staatstragenden Schicht aus Geblüt und Besitz, Bürokratie und Militär, Kirche und Bildung. Sein Vater war evangelischer Pfarrer in Ostpreußen, avancierte später bis zum Generalsuperintendenten und trat im Ersten Weltkrieg „aus tiefster vaterländischer Überzeugung" dem Alldeutschen Verband bei[10]. Heinrici lebte von der Geburt bis zum Abitur in der Beamten- und Garnisonsstadt Gumbinnen. Das kleinstädtische Milieu im agrarischen Grenzland nahe dem Zarenreich bestimmte seine frühe politische Sozialisation. Heinrici selbst beschrieb diese Einflüsse später als konservativ, national, monarchisch, kirchentreu und wegen des Fehlens einer Industrie fernab jeder

[9] Selbst die Standardwerke von Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, und Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969, bieten keine umfassende Analyse der Mentalitäten und berücksichtigen überdies die Generäle in Kriegsministerium, OKW und OKH ungleich stärker als die „Troupiers". Allerdings geben sie bereits einige grundlegende Erklärungsmodelle, etwa das von der „Teilidentität der Ziele" (Messerschmidt). Vgl. daneben die instruktiven, auf das Offizierskorps bezogenen Aufsätze: Klaus-Jürgen Müller, Armee und Drittes Reich. Versuch einer historischen Interpretation, in: Ders., Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945. Studien zum Verhältnis von Armee und NS-System, Paderborn 1979, S. 11–50; Bernhard R. Kroener, Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: Nationalsozialismus und Modernisierung, hrsg. v. Michael Prinz u. Rainer Zitelmann, Darmstadt [2]1994, S. 267–296.

[10] Erinnerungen Heinricis „Der Krieg", 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 6.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialistischen Ideen[11]. Hinzu kamen die regionalen antislawischen Ressentiments und wohl auch ein latenter Antisemitismus, wie er gerade in ostelbischen Klerikerkreisen verbreitet war. Eine wesentliche Sorge der ostpreußischen Bevölkerung war die „Russengefahr", die Heinrici ebenso im Gedächtnis blieb wie die in der Schulaula aufgehängte Reproduktion des bekannten, von Wilhelm II. entworfenen Bildes „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!", das eigentlich gegen die „gelbe Gefahr" während des Boxerkrieges gerichtet war, in Ostpreußen aber auch eine Spitze gegen das „halbasiatische" Rußland bekommen mußte[12].

Die beiden weiteren wesentlichen Sozialisationsabschnitte waren die Erziehung im Kaiserlichen Heer und das Kriegs- und Revolutionserlebnis 1914–1919. Während die fast zehnjährige Ausbildung in seinem preußischen Regiment die konservativ-monarchischen Anlagen festigte und um ein elitäres Standesbewußtsein ergänzte, wurden die im Frieden verinnerlichten militärischen und politischen Grundwerte in Krieg und Revolution auf eine harte Probe gestellt. Der Erste Weltkrieg war für Heinrici und seine Offiziersgeneration das Schlüsselerlebnis[13]. Heinrici lernte die verwirrende Vielfalt des modernen Krieges an allen Brennpunkten im Westen und Osten kennen. Dabei sind für seinen späteren Einsatz in der Sowjetunion vor allem drei Erfahrungen bemerkenswert.

Heinrici sah sich im September 1914 mit einem Schreckgespenst seiner Kindheit, der „Russengefahr", konfrontiert, als sein Regiment an der Verfolgung der sich aus Ostpreußen zurückziehenden russischen Truppen beteiligt war. In den befreiten ostpreußischen Gebieten zeigten sich „Bilder von blindwütiger Zerstörung und sinnloser Vernichtung, wie wir sie niemals für möglich gehalten hatten", ein schockierender Eindruck, der alle Vorbehalte gegen die „barbarischen" Russen zu bestätigen schien[14]. Diese Empfindung verstärkte sich noch beim Überschreiten der russischen Grenze und beim Einmarsch in den Ort Vladislavov[15]: „Was wir aber dort an ‚Kultura' vorfanden, erschütterte uns zutiefst. Kaftanjuden mit Ringellöckchen, niedrige Häuser, Kaufläden, deren Holzläden mit den feilgebotenen Waren primitiv bemalt waren (weil die Käufer Analphabeten waren), keine Bürgersteige, kurz *so* hatten wir

[11] Vgl. Erinnerungen Heinricis an seine Schulzeit, 1960, in: BA-MA, N 265/24, Bl. 26f.

[12] Ebenda, Bl. 20 bzw. 27: „Wenn es auch sicher kein Kunstwerk war, so hat es doch schon Dinge vorausgeahnt, denen wir uns 1/2 Jahrhundert später gegenübergestellt sahen." (Bl. 20).

[13] Heinrici betonte später (1960) in seinen Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg, „daß ich während des Krieges voll und ganz mit meinen persönlichen Erlebnissen beschäftigt war, die heute noch deutlich in meinem Gedächtnis haften". In: BA-MA, N 265/23, Bl. 1.

[14] Ebenda, Bl. 2. Diese Eindrücke bestimmen auch seine anderen Erinnerungen an diese Zeit, so „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg", ca. 1960, in: Ebenda, Bl. 57f.; „Wiedersehen mit Gumbinnen", 1960, in: BA-MA, N 265/24, Bl. 42–45. „Auch Morde oder Verschleppung der Besitzer sollen vorgekommen sein. Jedenfalls hatte die feindliche Besatzung Spuren hinterlassen, die zeigten, wie grundlegend sich ihre Auffassungen von den unseren unterschieden." (Bl. 44). In der Rückschau meinte Heinrici aber auch („Der Krieg", in: BA-MA, N 265/23, Bl. 3): „Nun waren die Russen des 1. Weltkrieges im Vergleich zu ihren bolschewistischen Nachkommen des 2. Weltkrieges noch zahme Gesellen."

[15] „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 59.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

uns Rußland nicht vorgestellt." Seine Kampfeinsätze in den kommenden Monaten und Jahren in Polen vermochten an diesem ersten Eindruck vom tapferen, aber „primitiven" Russen, von der Rückständigkeit slawischer Kultur und einem unwirtlichen Land[16] nichts zu ändern.

Daß die Schrecken des modernen Krieges nicht auf die Schlacht und die Kombattanten beschränkt blieben, sondern auch das Hinterland und die Zivilbevölkerung erfaßten, erlebte Heinrici nicht nur in seiner ostpreußischen Heimat. Seine Tätigkeit als Nachschuboffizier in Rumänien brachte ihn 1917 mit grundlegenden Problemen der Besatzungspolitik in Berührung. Besonders beeindruckt zeigte er sich von der teilweise katastrophalen Ernährungslage in den von Flüchtlingen überfüllten Dörfern. Der Entschluß der Besatzungsmacht, in einem dieser Dörfer die Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen von den Männern zu trennen und abzutransportieren, stieß bei ihm zwar auf moralische Bedenken, wurde gleichzeitig aber gerechtfertigt. „Es bedeutet, der Familie ihren Ernährer nehmen, sie ins Unbekannte schicken und den Mann zurückbehalten. Das ist für die Leute sehr grausam. An unseren eigenen Landsleuten ausgeführt, würden wir ihn [!] sicher Barbarismus nennen. Wir brauchen jedoch die männliche Arbeitskraft zur Bestellung der Felder im Frühjahr. Die Burschen können uns manchen Morgen beackern, der der Heimat zu gut kommt. Das ist wertvoller, als wenn einige Frauen und Kinder in Rumänien verkommen."[17]

In diesem aufschlußreichen Tagebucheintrag beschreibt Heinrici dann eine Straße, an der einige Tage zuvor mehrere Zivilisten erfroren waren: „Dieser Krieg ist ja nicht zu vergleichen mit dem 30-jährigen. Ein Kinderspiel war es, was er vernichtete gegenüber dem heutigen Krieg." Der Bezug zum Dreißigjährigen Krieg zeigt den Rückfall in längst überwunden geglaubte Formen des Krieges. Nicht der auf den Exerzierfeldern und Manövern des Kaiserreichs geprobte schulmäßige Kampf geordneter Schlachtreihen, sondern der blutige „technisch-industrielle" Abnutzungskrieg, der die Ressourcen der Heimat verschlang und als Ausgleich die Ausbeutung der besetzten Gebiete ohne Rücksicht auf die fremde Zivilbevölkerung zu fordern schien, bestimmte das neue Kriegsbild[18]. Heinrici selbst nennt diese Kriegführung „Barbaris-

[16] Vgl. ebenda, Bl. 61, über den Einsatz im Oktober 1914: „Wir erreichten jetzt selbst das Ufer der Weichsel und fanden dort eine Gegend vor, in der es nur Sand, verlauste Panjehütten, Sturm und Regen gab."

[17] Tagebuch Heinricis, 22. 2. 1917, in: BA-MA, N 265/8.

[18] Zur Konfrontation mit dem „technisch-industriellen Krieg" vgl. Müller, Armee. Vgl. auch die nach wie vor grundlegenden Studien von Michael Geyer, vor allem: Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980. Allerdings läuft Geyers stark politologisch und soziologisch ausgerichtete Argumentation manchmal in die Gefahr einer überspitzten und anachronistischen Thesenbildung. Dennoch geben die von ihm geprägten Begriffe einer „Industrialisierung", „Entgrenzung" und „Vergesellschaftung" des Krieges recht gut den Kern der intensiven, in dem Schlagwort vom „totalen Krieg" kulminierenden militärtheoretischen Diskussion der Zwischenkriegszeit wieder. Vgl. dazu Gerhard Förster, Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Berlin [Ost] 1967; Uwe Bitzel, Die Konzeption des Blitzkrieges bei der deutschen Wehrmacht, Frankfurt a. M. u. a. 1991.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus", nimmt die Grenzüberschreitung vom traditionellen Kabinettskrieg zum „totalen" Krieg der Völker, die ihn 1914 in Ostpreußen noch empört hatte, trotz allem spürbaren Unbehagen nun aber in Kauf. Auch daß die Auswirkung des Krieges auf das Hinterland schon im Ersten Weltkrieg an der Ostfront brutalere Züge annahm als an der Westfront, war – bei allen Unterschieden zwischen diesen Kriegen – wie ein Vorgriff auf den Zweiten Weltkrieg.

Der Zusammenhang von Front, rückwärtigen Gebieten und Heimat ist auch für die dritte in unserem Kontext interessante Erfahrung bedeutsam. Wie alle kaiserlichen Offiziere empfand auch Heinrici den in Kapitulation, Revolution und Republik mündenden Zusammenbruch des Kaiserreichs als Untergang seiner Welt. Bereits Mitte Oktober 1918 fürchtete er eine Revolution nach dem „Beispiel Rußland"[19] und beklagte, „daß in wenigen Tagen, in denen wir ohne zu hören u. zu sehen im Kampf standen, unser ganzes altes Vaterland eingestürzt ist. Was soll das geben? Uns regiert jetzt eine Clique von Juden und Sozialisten, Leuten, denen die Internationale über alles geht."[20] Damit schien der Sündenbock gefunden. Noch im hohen Alter empörte sich Heinrici über den „Dolchstoß", über die sozialistische Zersetzung, die aus der Heimat über die Etappe schließlich auch ins kämpfende Heer eindrang[21]. Doch der „Bolschewismus" drohte nicht nur im Innern, sondern auch von außen. Nach der Demobilisierung seiner Einheit eilte Heinrici Anfang 1919 nach Königsberg, um seine ostpreußische Heimat gegen Polen und die angeblich aus dem Baltikum anrückenden „Bolschewistischen Horden" zu verteidigen[22]. Dieser Kampf blieb aus, aber Heinrici wurde sofort im Generalkommando in Königsberg wiederverwendet, war an der Ausschaltung der Marinevolkswehr am 3. März 1919 beteiligt, organisierte den Grenzschutz und plante die Zurückeroberung Posens, ehe die Unterzeichnung des Versailler Vertrags und die Politik der Reichsregierung zu seinem Ärger weitere Aktionen verhinderten[23]. Doch zurück blieb das Selbstgefühl, nach Kriegsende in vorderster Front gegen den Bolschewismus und das in Ostpreußen nicht minder als Bedrohung empfundene „Slawentum" gestanden zu haben.

Für die Generation und den Berufsstand Heinricis war der Erste Weltkrieg eine traumatische Erfahrung, die in den folgenden Jahren und Jahrzehnten bis zum Zwei-

---

[19] Tagebuch Heinricis, 15. 10. 1918, in: BA-MA, N 265/8: „Nach dem Kriege können wir ein schönes Chaos bei uns erwarten und ich bin noch nicht sicher, ob das Beispiel Rußland bei uns nicht Schule machen wird."

[20] Tagebuch Heinricis, 16. 10. 1918, in: Ebenda.

[21] Vgl. „Der Krieg", 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 22: „Wir waren fassungslos! All unser Kämpfen, alle Siege, alle Aufopferung und alles Sterben für Deutschland war also vergeblich gewesen! Jetzt gaben die Sozialdemokraten durch diesen Dolchstoß dem Reiche Bismarcks den Rest. [...] Statt zur Sammlung aller Deutschen in diesem schwersten Augenblick aufzurufen, eröffneten sie den Klassenkampf." Zu den Auflösungserscheinungen im Heer vgl. ebenda, Bl. 22–26.

[22] Vgl. hierzu und zu folgendem die Aufzeichnung Heinricis „Die Jahre nach dem 1. Weltkrieg in Königsberg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/31, Bl. 1–20, Zitat Bl. 1.

[23] Vgl. das Tagebuch Heinricis, 27. 6. 1919, in: BA-MA, N 265/8, über die „Schuld der Regierung, die uns einfach fallen ließ". „Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war es eben, abzulehnen oder wenn sie unterschrieb, stillschweigend hier bei uns die Dinge geschehen zu lassen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Weltkrieg und darüber hinaus nachwirkte. Sie führte zur entscheidenden Erkenntnis, daß der moderne Krieg nicht mehr allein das Geschäft des traditionellen Kriegshandwerks war, sondern eine gewaltige Anstrengung der gesamten Volkskraft erforderte. Besonders wohl war den Militärs dabei nicht, gab es doch bereits im Ersten Weltkrieg Anzeichen dafür, daß diese Entwicklung zu schwer zu kontrollierenden, „verheerenden" Kampfesformen zurückführte, die man durch die Ausbildung der europäischen „Kriegskunst" im 18. und 19. Jahrhundert gebändigt zu haben glaubte. Aber gerade die jüngeren Offiziere fügten sich in die neuen Anforderungen. Diese „Kriegsnotwendigkeiten" mußten schwerwiegende, auch politische Folgen haben. Zum einen legitimierten sie die Ausnutzung aller Vorteile, vor allem auch die rücksichtslose Ausbeutung der besetzten Gebiete, erst recht wenn sie von als „minderwertig" eingeschätzten Völkern besiedelt wurden. Zum anderen traute man nur einer autoritären Staatsmacht zu, die ganze Nation für den Kampf straff zu organisieren und zusammenzuhalten. Die Katastrophe des Spätjahrs 1918 hatte den Militärs verdeutlicht, daß die Stabilität der Heimatfront und überhaupt ein ruhiges Hinterland für die Kriegführung unabdingbar waren. Das verlangte eine geschlossene „Volksgemeinschaft" und ein hartes Durchgreifen bei jeder Unruhe im Rücken der Front. Der Bruch des nationalen „Burgfriedens" wurde „den" Juden und Sozialisten angelastet, so daß diese Forderung vor dem Hintergrund der Ereignisse in Rußland und anderswo immer auch „antibolschewistisch" war und sich mit älteren Vorbehalten gegen Sozialdemokraten, Juden und Russen verband. So entstand schon im Ersten Weltkrieg und seinem revolutionären Nachspiel die gefährliche Mischung aus der Akzeptanz des – später so genannten – „totalen Krieges" und einem militanten Antibolschewismus mit antisemitischem und antislawischem Einschlag, eine Mischung, die im nächsten großen Krieg zur Explosion zu kommen drohte.

Zunächst aber machte die Nachkriegsordnung viele Deutsche zusätzlich für totalitäre und revanchistische Tendenzen empfänglich. Die innere und äußere Schwäche der Republik mußte einem monarchisch und national gesinnten Offizier ebenso unerträglich sein wie die Existenz eigener Staaten der von Heinrici so genannten „korrupten Völker" Osteuropas[24]. Autoritäre Umgestaltung im Innern und Revision der Grenzziehung besonders im Osten waren die selbstverständlichen Ziele eines mit den Deutschnationalen sympathisierenden Offiziers wie Heinrici. Im März 1920 stand er mit dem gesamten Generalkommando in Königsberg auf seiten Kapps[25], was für seine weitere Laufbahn in der Reichswehr keine nachteiligen Folgen hatte. Danach gab es keine Gelegenheit mehr, aktiv in die Innenpolitik einzugreifen. Nun hat aber kaum ein anderes Schlagwort so große Mißverständnisse hervorgerufen wie das von der „unpolitischen Reichswehr". Sowohl der Attentismus Seeckts als auch die Hinwendung Groeners und Schleichers zur Republik besaßen ihre politi-

[24] Tagebuch Heinricis, 17. 10. 1918, in: Ebenda: „Wenn das sich alles verwirklichen soll, was die Polen, Tschechen, Ungarn u. wie die korrupten Völker alle heißen, jetzt begehren, dann treten wir mit diesem Frieden erst in das Zeitalter der Kriege und Revolutionen ein."

[25] Vgl. den von Heinrici zusammengestellten Lebenslauf, in: BA-MA, N 265/26, Bl. 17.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Bedeutung, und überhaupt war die Militärelite keineswegs bereit, ihre in der Monarchie erworbene gesellschaftliche und politische Stellung in der Weimarer Republik aufzugeben. Natürlich blieb der unmittelbare Einfluß auf die Politik wie vorher auf sehr wenige beschränkt. Doch gab es wohl auch nur wenige Offiziere, die nicht an der innen- und außenpolitischen Entwicklung Anteil genommen und bei aller Zurückhaltung nicht doch auch eine gewisse gesellschaftlich-politische Rolle gespielt hätten. Außerdem war der moderne Generalstabsoffizier, besonders wenn er im Reichswehrministerium arbeitete, geradezu verpflichtet, in seinen militärischen Überlegungen gesellschaftliche, wirtschaftliche und natürlich auch politische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Strategie und Politik sind untrennbar. Erst nach 1945 versuchten die Generäle ihr Verhalten in der NS-Diktatur mit der Behauptung zu rechtfertigen, sie seien in der Reichswehr zu „unpolitischen Soldaten" umerzogen worden, die sich ausschließlich auf ihren professionellen Bereich konzentriert hätten. Die aus den Reichswehrjahren erhaltenen Briefe Heinricis belegen das Gegenteil. Sie zeigen ein hohes politisches Interesse, das sich vor allem im Übergang von Weimar zu Hitler 1932/33 in ausführlichen Reflexionen niederschlug. Diese politischen Betrachtungen sind für die Einstellung Heinricis zum Nationalsozialismus höchst aufschlußreich.

Heinrici war ein entschiedener Gegner der Weimarer Parteiendemokratie mit ihrem Pluralismus und ihren Gegensätzen. Statt dessen wünschte er sich einen autoritären Staat, den er allerdings auch in einer gemäßigten Spielart akzeptiert hätte. Den Versuch Brünings, alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zur Mitarbeit zu gewinnen, begrüßte er. Wie sehr er sich dabei von militärischen Aspekten leiten ließ, zeigt seine Enttäuschung, als die Deutschnationalen sich Anfang 1932 einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs verweigerten und damit der inneren Unruhe weitere Nahrung gaben[26]: „Zusammengefasst ist der Wunsch Hindenburgs und der Regierung weiter nichts als der, eine Volksgemeinschaft zum Kampf gegen die Franzosen und Polen zu schaffen. Wenn sie einrücken, können wir zu den Socis nicht sagen: Es ist verboten, mitzukämpfen, denn ihr seid nicht deutschnational. Aber auch bei den Verhandlungen in Genf schon braucht unsere Vertretung nicht eine Gruppe, sondern das Volk geschlossen hinter sich. Das zu verhindern, ist leider gelungen." Zu diesem Zeitpunkt setzte er noch auf die „vernünftige Rechte", während ihm die „Nationalsozialisten mit ihrem wilden Radikalismus" wenig sympathisch waren[27]. Doch als auch die konservativen Regierungen Papens und Schleichers die für die Rüstungspläne der Reichswehr notwendige „Volksgemeinschaft" nicht erreichen konnten, änderte sich diese Haltung. Die Regierungsübernahme Hitlers kommentierte Heinrici mit einer Mischung aus Erwartung und Skepsis, da ihm ein von der NSDAP unterstütztes deutschnationales Kabinett lieber gewesen wäre[28]. Aber schon die ersten Regierungsmaßnahmen bestärkten ihn in der Hoffnung, „dass wir aus der marxistisch

[26] Heinrici an seine Eltern, Osterode/Ostpreußen 5. 3. 1932, in: BA-MA, N 265/147, Bl. 72f.
[27] Heinrici an seine Mutter, Osterode/Ostpreußen 19. 3. 1932, in: Ebenda, Bl. 76f.
[28] Vgl. Heinrici an seine Eltern, Berlin 4. 2. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 11.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jüdischen Schweinerei nun endlich herauskommen"[29]. Ohne dies zu bewerten, ahnte er allerdings bereits[30]: „Die kommenden Jahre werden sicher sehr aufregende und später schliesslich kriegerische werden."

Die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft kommentierte Heinrici mit einer eigentümlichen Unsicherheit des Urteils, die für seine gesamte Haltung im Dritten Reich charakteristisch ist. Der von den festen Normen des Kaiserreichs geprägte, von Revolution und Nachkriegszeit darin jedoch erschütterte Offizier zeigte sich zwar nicht als unpolitisch, wohl aber als politisch labil. Einerseits beeindruckte, ja begeisterte ihn der radikale Umschwung in der Innenpolitik, andererseits bemängelte er immer wieder, daß teilweise der „Schwung in Willkür" ausarte und „über das Ziel hinausgeschossen" werde[31]. Heinrici erkannte sehr wohl das Neue, „Revolutionäre" der Entwicklung und fand für die zunehmend dominante Stellung der NSDAP schon früh das Wort Diktatur[32]. Doch der nationalkonservative Offizier war bereit, sein Unbehagen über manche radikale Maßnahme und über das Zurückdrängen der deutschnationalen Bündnispartner Hitlers hinter das „große Ziel" zurückzustellen, „Deutschland wieder zu einem nationalen Staat zu machen"[33]. Das Ende der Weimarer Republik, für ihn „die Jahre socialdemokratischer Herrschaft"[34], und die Flucht der „kommunistischen Läuse" ins Ausland[35] erfüllten ihn mit Genugtuung. Diese Wende war für Heinrici die gelungene Revanche der Rechten für die immer wieder als Vergleich herangezogenen Ereignisse von 1918/19, und entsprechend genoß er die öffentlichen Demonstrationen der Einheit von Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuz[36]. Vor allem aber erhoffte sich der militärische Fachmann, daß die neue Regierung das Trauma von 1918, die Verbindung von nationaler Zwietracht und militärischer Schwäche, überwinden und eine geschlossene, kriegsbereite Nation schaffen werde. Mit Blick auf die europäische Vormachtstellung Frankreichs prognostizierte Heinrici[37]: „Erst wenn Hitler das ganze deutsche Volk militarisiert haben wird, – was anderes ist ja eigentlich sein Programm nicht, denn auch der Arbeitsdienst ordnet sich dem ein – und wir selbst wieder eine Macht darstellen, dann wird es wohl anders werden. Wenn wir je mal wieder Krieg bekommen sollten, dann

[29] Heinrici an seine Eltern, Berlin 17. 2. 1933, in: Ebenda, Bl. 16f. Vgl. ebenda: „Die Regierung hat inzwischen ja scharf durchgegriffen. In der Beamtenschaft hat sie ordentlich Luft gemacht. Die Verbote der Berliner Asphalt Presse, die alles in den Dreck ziehn muss, waren mir wirklich aus der Seele gesprochen. [. . .] Auch in Genf finden wir doch endlich den rechten Ton [. . .]."

[30] Heinrici an seine Eltern, Berlin 24. 2. 1933, in: Ebenda, Bl. 19f.

[31] Heinrici an seinen Vater, Berlin 10. 3. 1933, in: Ebenda, Bl. 28–30. Vgl. auch die Briefe an seine Eltern vom 4. 3. 1933 (ebenda, Bl. 24), 20. 3. 1933 (ebenda, Bl. 34f.), 1. 4. 1933 (ebenda, Bl. 37), 9. 4. 1933 (ebenda, Bl. 39), 20. 7. 1933 (ebenda, Bl. 70f.), 6. 8. 1933 (ebenda, Bl. 77–79).

[32] Heinrici an seine Eltern, Berlin 1. 4. 1933, in: Ebenda, Bl. 37.

[33] Ebenda.

[34] Heinrici an seine Eltern, Berlin 20. 7. 1933, in: Ebenda, Bl. 70f.

[35] Heinrici an seine Eltern, Berlin 4. 3. 1933, in: Ebenda, Bl. 24.

[36] Vgl. etwa die Briefe an seine Eltern vom 4. 3. 1933 (ebenda, Bl. 24), 20. 3. 1933 (ebenda, Bl. 34f.) und 11. 11. 1933 (ebenda, Bl. 99f.).

[37] Heinrici an seine Eltern, Berlin 2. 6. 1933, in: Ebenda, Bl. 57.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wird es eins in der Form nicht mehr geben wie vor 15 Jahren: die Miesmacher. Das werden die Nazis dann schon austreiben. Das Volk werden sie schon zu führen wissen."

Wie der Widerstreit zwischen dem Unbehagen über die Radikalität des neuen Regimes und der Freude über die „nationale" Innen- und Militärpolitik zugunsten letzterer entschieden wurde, zeigt sich nirgends eindringlicher als in Heinricis Einstellung zu den antisemitischen Maßnahmen, die er sehr genau registrierte. Dabei führte die Konfrontation des bei Heinrici wohl schon früh angelegten, durch die Erfahrungen mit dem „jüdischen Bolschewismus" verstärkten Antisemitismus mit seinem christlich-konservativen Wertesystem zu eigenartigen Sprüngen der Argumentation. Im März 1933 bedauerte er die Mißhandlung eines ihm bekannten „braven" Juden, rechtfertigte sie aber gleichzeitig mit dem Hinweis auf 1919, „als wir nach Hause kamen und die Matrosen mit roten Armbinden regierten"[38]. Die Entfernung jüdischer Beamter, Angestellter und Ärzte begrüßte er[39]: „Ich habe nie die Juden in Bausch und Bogen verdammt, aber es ist sicher gut, wenn sie und das Centrum auf ihre wirkliche Bedeutung zurückgeführt werden. In den Schulen scheint auch schon gelüftet zu werden." Dagegen kritisierte er den pogromartigen Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 zunächst als „eine sehr unglückliche Maßnahme, die zu vielen Ungerechtigkeiten und Kränkungen führen muß"[40]. Doch schon wenige Tage später stellte er wieder „das Große" in den Vordergrund, zeigte er Verständnis für „notwendige" Zwangsmaßnahmen, „auch manche Härten" und lobte Hitler und Goebbels[41]: „Die Geschicklichkeit, mit der sie den Judenboykott durchgeführt u. doch abgedreht haben, war groß!" Als er einige Zeit darauf eine Amsterdamer Exilzeitung in die Hände bekam, meinte er erstmals zu erkennen, „was Greuelpropaganda heisst", und nutzte diesen Eindruck sofort zu einer Rechtfertigung der NS-Politik[42]: „Wenn solche Vertreter das Judentum darstellen, verdient es seine Behandlung." Als sich die Judenpolitik in den folgenden Jahren verschärfte, wurden die immer selteneren Äußerungen Heinricis zu dieser Frage zurückhaltender. Doch auch wenn er etwa den großen Judenpogrom vom 9. November 1938 ablehnte[43], so war die von ihm stets wahrgenommene Entrechtung und Verfolgung der deutschen Juden nie ein ausschlaggebendes Kriterium seiner Beurteilung des NS-Regimes. Welche Richtung der nationalsozialistische Antisemitismus einzuschlagen drohte, mußte ihm eine Rede Rosenbergs verdeutlichen, die der Divisionskommandeur im Januar

[38] Heinrici an seine Eltern, Berlin 20. 3. 1933, in: Ebenda, Bl. 34f.

[39] Ebenda.

[40] Heinrici an seine Eltern, Berlin 1. 4. 1933, in: Ebenda, Bl. 37. Vgl. ebenda: „Die Juden aus ihrer sehr großen Einflußsphäre zurück zu drängen, war nötig. Das Mittel hierzu jedoch verfehlt."

[41] Heinrici an seine Eltern, Berlin 9. 4. 1933, in: Ebenda, Bl. 39.

[42] Heinrici an seine Eltern, Berlin 6. 8. 1933, in: Ebenda, Bl. 77–79. Vgl. aber auch ebenda: „Den anständigen Juden erweisen die geflüchteten damit keinen Dienst."

[43] Vgl. Heinrici an seine Mutter, 18. 11. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 85: „In Berlin sind wie in allen Städten die Judengeschäfte u. Synagogen zerstört. [...] Man hört überall sehr ablehnende Urteile über alles, was geschehen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1939 als Ehrengast einer Parteiveranstaltung in Detmold hörte[44]: „Er sprach 1 Stunde über die greulichen Juden. Die Judenfrage sei erst gelöst, wenn es keinen Juden mehr in Deutschland gebe und sie seien entschlossen, das auch durchzusetzen. Am besten wäre es überhaupt, wenn in ganz Europa kein Jude mehr sei."

Entscheidend blieben für Heinrici der „nationale", d. h. vor allem militärische Wiederaufstieg und die damit verknüpfte Einheit von Wehrmacht und Nation[45]. Als Abteilungsleiter im Allgemeinen Heeresamt des Reichswehrministeriums war er für das Ersatzwesen und damit für politisch brisante Fragen wie die „Wehrertüchtigung" und das Verhältnis zu den Wehrverbänden zuständig. Gerade bei dieser Tätigkeit mußte das Ideal einer „Volksgemeinschaft" als Grundlage dynamischer Militärpolitik bestimmend sein. Daher begrüßte er die Entmachtung des vorher vergeblich umworbenen Konkurrenten SA[46] und bemühte sich um die Bildung eines „Soldatenbunds", einer überparteilichen Wehrorganisation für die ausscheidenden Reservisten[47]. Heinrici erkannte die Möglichkeiten, die sich in einem totalitären Regime für die personelle Rüstung, für die Militarisierung des Volkes boten. Wenn er in öffentlichen Reden die gemeinsame Weltanschauung der jungen Deutschen als Grundlage ihres Wehrwillens hervorhob und darin einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem Ersten Weltkrieg sah, so war das mehr als nur ein verbales Zugeständnis an das Regime[48]. In ihnen spiegelt sich nicht der Opportunismus eines Karrieremachers, sondern die systemkonforme Haltung eines Offiziers, den die militärpolitischen Vorteile dieses Systems überzeugten, den der „neue Geist" beeindruckte[49] und der deshalb bereit war,

---

[44] Heinrici an seine Mutter, 16. 1. 1939, in: BA-MA, N 265/153, Bl. 6f.

[45] Vgl. auch seine retrospektive Darstellung in einem Brief an Foertsch, 28. 6. 1951, in: Institut für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ), Zeugenschrifttum Heinrici, ZS 66/2: „Die nationale Haltung der NSDAP, ihr Kampf für die Gleichberechtigung des deutschen Volks und der Armee wurden von mir in vollem Umfang bejaht. Vor allem begrüßte ich die Absicht, den Arbeiter wieder an den Staat heranzuführen. Um dieses Zwecks willen nahm ich Manches, was mir im sozialen Programm der Partei übertrieben schien, in Kauf." Vorbehalte habe er aber u. a. gegen den radikalen Rassismus und das revolutionäre Gebaren der Partei gehabt.

[46] Vgl. Heinrici an seine Eltern, Berlin 7. 7. 1934, in: BA-MA, N 265/149, Bl. 36–39.

[47] In diesem Zusammenhang mußte Heinrici im Dezember 1934 eine erste längere Besprechung mit Hitler führen. Vgl. dazu den Brief an seine Eltern, 29. 12. 1934, in: Ebenda, Bl. 74–76. Der Soldatenbund wurde im Dezember 1935 gegründet, ohne daß er zu größerer Bedeutung kam.

[48] Vgl. Ansprache Heinricis zur Fahnenweihe der Arbeitsfront, Münster 1938, in: BA-MA, N 265/33, Bl. 9–20: „Die Fahnen der Wehrmacht und der Arbeitsfront sind äußerlich verschieden. Verschieden, wie auch die Tätigkeit des Soldaten und Arbeiters verschieden ist. Beide Fahnen tragen jedoch ein Kennzeichen gemeinsam: das Hakenkreuz. Es ist das Zeichen gemeinsamer Weltanschauung, die beide heute beseelt. Daß diese gemeinsame Weltanschauung 1918 fehlte, daran zerbrach das 2. Reich." Ansprache Heinricis vor Rekruten, Münster 27. 2. 1938, in: Ebenda, Bl. 26f.: „Die Grundsätze, nach denen sie [die alte Armee] lebte u. arbeitete, haben unser Volk befähigt, 4 Jahre hindurch einer Welt von Feinden Trotz zu bieten. Es sind dieselben Grundsätze, die auch unsere neue Wehrmacht Ihnen zu vermitteln bestrebt ist und die die nationalsozialistische Weltanschauung, aus dem Geist des Soldatentums geboren, Ihnen immer wieder nahe bringt!"

[49] Vgl. etwa auch seine positiven Eindrücke vom Nürnberger Parteitag 1937: Heinrici an seine Eltern, Berlin 10. 9. 1937, in: BA-MA, N 265/151, Bl. 106f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seine Kritikpunkte vor allem gegen die Rassen- und Kirchenpolitik hintanzustellen[50]. Entsprechend moderat war auch Heinricis Reaktion auf die Erschütterung der Wehrmachtführung durch die Blomberg-Fritsch-Krise[51]. Obwohl selbst kein Nationalsozialist, diente er dem nationalsozialistischen Staat mehr als nur loyal, solange weiterhin das von ihm bereits im Sommer 1933 Konstatierte galt[52]: „Militärisch haben wir so ungeheuer viel von der neuen Regierung, sie unterstützt alle wehrpolitischen Belange in so hohem Maße, wie wir es nur wünschen können."

Auch Hitlers riskante Außenpolitik änderte nichts an der insgesamt positiven Einstellung Heinricis zum NS-Regime. Die Gefahr eines europäischen Krieges kommentierte er zwar mit Sorge, da ihm noch im September 1938 „unser Können u. unsere Kräfte dieser Anforderung nur schwer gewachsen" schienen[53], aber die großen außenpolitischen Erfolge versöhnten ihn mit diesem Risiko[54]. Die Eindrücke von Blomberg-Fritsch-Krise, Sudetenkrise und „Reichskristallnacht" führten bei Heinrici keineswegs zu einer latent oppositionellen Haltung wie bei einigen anderen nationalkonservativen Generälen[55]. Das persönliche Einwirken Hitlers auf die Generalität scheint auch bei ihm sein Ziel nicht verfehlt zu haben. Heinrici erlebte Anfang 1939 die erste der beiden langen Reden vor den Generälen, in denen Hitler unverblümt um seine ideologischen und politischen Ziele warb[56]. Als Heinrici kurze Zeit später an Hitlers 50. Geburtstag eine Ansprache an den Stab seiner Division hielt, pries er nicht nur dessen politische Erfolge, sondern auch Hitlers „unendliche Liebe zum deutschen Volk, dessen Lebensraum und Lebensmöglichkeit zu erkämpfen ihm höchste Aufgabe ist"[57]. Und auch hier zeigte sich über eine rein formale Verbeugung

---

[50] Wie Heinrici aber über die innere „Ordnungspolitik" dachte, läßt sein Bericht über einen Vortrag Himmlers erahnen: „Er referierte auch ganz interessant über die ihm unterstellten Konzentrationslager. Ich kann mir vorstellen, dass dort teilweise ein fürchterliches Volk zusammengetrieben ist." Heinrici an seine Eltern, Berlin 19. 1. 1937, in: BA-MA, N 265/151, Bl. 6.

[51] Vgl. Heinrici an seine Mutter, Münster 13. 2. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 11f. Den Sturz Blombergs schrieb er dessen „Hybris" zu, während er den Abgang Fritschs bedauerte. Allgemein stellte er aber fest: „Die neuen Männer sind sehr tüchtige Menschen, die alles für die Sache tun werden. Jedenfalls ist für die Lösung der Krise ein Ausweg gefunden, wie er nach Lage der Dinge nicht besser sein konnte, und wir sind befriedigt über die Geschicklichkeit, mit der man verstanden hat, die Dinge wieder auf feste Füsse zu stellen."

[52] Heinrici an seine Eltern, Berlin 7. 7. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 67.

[53] Tagebuch Heinricis, 29. 9. 1938, in: BA-MA, N 265/9.

[54] Vgl. während der Sudetenkrise z. B. den Brief an seine Frau, Münster 19. 9. 1938, in: BA-MA, N 265/154, Bl. 34.

[55] Vgl. Müller, Heer, S. 255–377.

[56] Vgl. Rede Hitlers vor den höheren Wehrmachtsbefehlshabern am 25. 1. 1939 in der Reichskanzlei, in: Klaus-Jürgen Müller, Armee und Drittes Reich 1933–1939. Darstellung und Dokumentation, Paderborn 1987, S. 360–365. Bei der Rede Hitlers vor Truppenkommandeuren am 10. 2. 1939 in der Krolloper (ebenda, S. 365–375) war Heinrici nicht anwesend. Zur Rede vom 25. 1. liegt seine eigenhändige Mitschrift vor, in: BA-MA, N 265/9.

[57] Ansprache Heinricis am 20. 4. 1939, in: BA-MA, N 265/33, Bl. 46. Vgl. ebenda: „Wir stehen noch mitten in der Entwicklung. Sie ist noch nicht abgeschlossen. Gerade in diesen Tagen erleben wir, wie die Welt sich zusammenschliessen möchte, um dem Führer und dem deutschen Volk seine Er-

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor dem Regime hinaus die Anziehungskraft der NS-Diktatur auf einen Offizier, dem die Radikalität dieser aggressiven Ideologie und ihres „Führers" teilweise unverständlich, ja unheimlich blieb, der aber viele seiner eigenen politischen und militärischen Wünsche durch sie verwirklicht sah.

Diese Faszination steigerte sich im ersten Jahr des Krieges, für den Heinrici keineswegs Hitler und seine Aggressionspolitik verantwortlich machte. Statt dessen sah er – ganz in der Tradition der kaiserzeitlichen Einkreisungsphobien – in ihm einen „Präventivkrieg, den zu führen wir später doch gezwungen sein würden"[58]. Für die Fortsetzung des Krieges nach dem Polenfeldzug fand er den Schuldigen in England, das sich in seiner „weltbeherrschenden Stellung" bedroht fühle[59]. Zugleich wurde auch er von den Erfolgen mitgerissen. Vorher in außenpolitischen Fragen immer eher vorsichtig und skeptisch argumentierend, steigerte er sich jetzt in hegemoniale Gedanken hinein. In der Besetzung Dänemarks und Norwegens meinte er das Ziel zu erkennen, die „skandinavischen Staaten bei einem Sieg zu Trabanten des großdeutschen Reiches" zu machen[60]: „Der Entschluß des Führers, sich ihrer zu bemächtigen, ist jedenfalls ein napoleonischer: groß u. kühn." Man dachte nun in größeren Dimensionen. Der glückliche Verlauf des Westfeldzugs ließ Heinrici „mit Bewunderung zu einer Staatsführung emporblicken, die es verstanden hat, alle unsere Feinde einzeln und nacheinander vor unsere Klinge zu bringen, angefangen mit Österreich, den Tschechen, den Polen u. s. w., so dass wir immer und stets die grösseren Machtmittel am entscheidenden Punkt zusammen bringen konnten"[61]. Die Niederlage Frankreichs, die er mit dem angeblich degenerierten Zustand des französischen Volks und seinen „Mischlingsspuren" begründete, erfüllte Heinrici mit großer Genugtuung, und er sah es als wichtige Aufgabe an, den alten Gegner tiefgreifend und anhaltend zu schwächen[62].

Die Tatsache, daß er in diesem so erfolgreich verlaufenden Krieg überwiegend „in 2. Linie" gestanden hatte, deprimierte Heinrici nach Ablauf des ersten Kriegsjahrs und ließ ihn auf einen anspruchsvolleren Kampfeinsatz brennen[63]. Trotz aller Euphorie über die deutschen Siege sah er aber durchaus auch die Probleme der Kriegslage nach dem Frankreichfeldzug, besonders die Schwierigkeit, „den richtigen Endpunkt zu finden und zu setzen" (Dok. 1). Den Hauptfeind England im Kampf um die

---

folge streitig zu machen. Wir wissen, daß ihnen das nicht gelingen wird, wenn das deutsche Volk einig und treu seinem Führer folgt."

[58] Tagebuch Heinricis, 1. 9. 1939, in: BA-MA, N 265/9.

[59] Tagebuch Heinricis, Ende Sept. 1939, in: Ebenda.

[60] Tagebuch Heinricis, 16. 4. 1940, in: Ebenda.

[61] Tagebuch Heinricis, 24. 6. 1940, in: BA-MA, N 265/10.

[62] Ebenda.

[63] Tagebuch Heinricis, 12. 9. 1940, in: BA-MA, N 265/9. „Ich machte bei Sodenstern einen Vorstoß, unser Generalkdo – wenn auch gegen die vorläufigen Absichten – doch später nach England nachzuholen, falls Bedarf eintritt. Die Aussicht, hier als Besatzungstruppe zu bleiben, ist nicht gerade ruhm- und ehrenvoll. [. . .] Schließlich habe ich im Kriege gerade 2 Kampftage gehabt, an denen ich wirklich im Größeren führen konnte."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Weltgeltung" zu schlagen, schien ihm angesichts der schwachen deutschen Flotte ein schwer zu lösendes Problem[64]. In der Besetzung der Türkei und dem Stoß durch Kleinasien auf den Suezkanal sah er eine mögliche Variante, die britische Position zu erschüttern – im Einvernehmen mit der Sowjetunion[65]. Frühzeitig erkannte Heinrici aber auch eine andere Option, die Wendung gegen die Sowjetunion aus strategischen und weltanschaulichen Gründen (Dok. 1). Der Vergleich mit Napoleon unterstreicht, daß ihm dabei nicht sonderlich wohl war. Ein Jahr zuvor hatte er den Hitler-Stalin-Pakt befürwortet[66] und sogar gefolgert[67]: „Stets ist es Deutschland u. Rußland gut gegangen, wenn sie zusammen standen." Trotz aller Ressentiments achtete er den östlichen Nachbarn doch als Kraft, mit der sich anzulegen, immer ein existentielles Risiko bedeutete (Dok. 2). So wird Heinrici im April 1941 mit einiger Unruhe und Spannung in sein neues Einsatzgebiet nach Osten gefahren sein.

Die teilweise bereits vor 1914 angelegten, in Weltkrieg, Revolution, Republik und Diktatur sich vollends ausbildenden mentalen Dispositionen sind am Beispiel Heinricis näher beschrieben worden, weil ohne sie die Einstellung eines höheren Frontkommandeurs zum und im Krieg gegen die Sowjetunion nicht zu erklären ist. Die Ergebnisse dieser kleinen mentalitätsgeschichtlichen – zugleich individuellen und symptomatischen – Analyse seien knapp zusammengefaßt. Die Erfahrungen des Offiziers Heinrici in den wechselhaften Zeitläuften vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zum Vorabend des „Unternehmen Barbarossa" führten vor allem zu folgenden grundlegenden Merkmalen:

1. *Festigung antislawischer, antisemitischer und antisozialistischer Ressentiments.* Der im Ersten Weltkrieg an der Ostfront eingesetzte Offizier fühlte sich in seiner Geringschätzung der kulturell angeblich unterlegenen Slawen bestätigt. Der „jüdische Bolschewismus" zeigte sich in Niederlage und Revolution als „Todfeind". Die Sozialdemokratie, der „jüdische Marxismus", wurde für den Untergang des Kaiserreichs und die Schwäche der Weimarer Republik verantwortlich gemacht.
2. *Radikalisierung der Militärdoktrin.* Die Militärs erfuhren den Ersten Weltkrieg nicht mehr als einen auf ihre Profession begrenzten Waffengang, sondern als einen das gesamte Volk in all seinen Lebens- und Produktionsformen betreffenden Existenzkampf. Dieser sozialdarwinistische Kriegsbegriff legitimierte den rücksichtslosen Einsatz aller eigenen gegen alle feindlichen Ressourcen. Moralische Bedenken und traditionelle Wertvorstellungen drohten hinter den „Kriegsnotwendigkeiten" zurückzutreten.
3. *Neigung zum totalitären Staat.* Die neuen Dimensionen des Krieges als Kampf der Völker machten die in der Schlußphase des Ersten Weltkriegs so schmerzlich ver-

[64] Tagebuch Heinricis, 29. 1. 1941, in: BA-MA, N 265/10, Bl. 56 f.: „Eins tritt aber sowohl im Mittelmeer wie um die englische Insel hervor: Wir kämpfen um die Weltgeltung u. haben keine Flotte."

[65] Vgl. Tagebuch Heinricis, 22. 11. 1940, in: Ebenda, Bl. 27 f. Die Sowjetunion sollte durch Kompensationen in Mittelasien und durch die Öffnung der Dardanellen gewonnen werden.

[66] Vgl. Tagebuch Heinricis, 29. 8. 1939, in: BA-MA, N 265/9: „Im Interesse des deutschen Volkes ist zweifellos ein Bündnis mit Rußland."

[67] Tagebuch Heinricis, 13. 9. 1939, in: Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mißte Einheit des Volkes notwendig. Eine militarisierte „Volksgemeinschaft" zu schaffen, war die Monarchie gescheitert und zeigte sich die Republik unfähig. Um so größere Anziehungskraft bekam die totalitäre Option. Die „wehrfreudige" NS-Diktatur verstand es aber nicht nur, das Volk straff zu führen und aufzurüsten, sondern auch, politische Wünsche der alten Eliten zu erfüllen.

4. *Erweiterung außenpolitischer Zielvorstellungen.* Die außenpolitischen Erfolge des NS-Regimes und der ungeahnte Machtzuwachs in den ersten beiden Kriegsjahren ließen selbst vorsichtigere Generäle den Maßstab immer höher legen. Zunächst dachte man an eine Überwindung des Versailler Systems, dann an die Realisierung alter großdeutscher Träume, schließlich an die europäische Hegemonie und letztlich sogar an eine „kühne" Machtpolitik wie unter Alexander oder Napoleon.

Diese bewußt allgemein formulierten Ergebnisse für einen General, der ideologisch keineswegs auf nationalsozialistischem, sondern auf christlich-nationalkonservativem Fundament stand, dürfen natürlich nicht auf alle Offiziere seiner Generation übertragen werden. Dennoch muß man davon ausgehen, daß ein Abweichen von den vier genannten Merkmalen einer politisch-militärischen Mentalität eher die Ausnahme als die Regel war. Doch welche Auswirkung hatte das beschriebene Denken auf die Haltung dieser Militärelite im deutsch-sowjetischen Krieg?

3. Kriegsbilder

Im Oktober 1947 wurde Heinrici aus seinem englischen Kriegsgefangenenlager vorübergehend nach Nürnberg gebracht, um dort in Vorbereitung auf den Prozeß gegen führende Generäle („OKW-Prozeß") vernommen zu werden. Auf die Frage nach dem Verhältnis von militärischen und politischen Motiven in seiner Einstellung zum NS-Regime Mitte 1941 antwortete er dem amerikanischen Ermittlungsbeamten Walter Rapp, daß im Krieg „natürlich das Militärische in den Vordergrund trat, weil es ja das eigentliche Leben war. Von mir aus gesehen – ich als Korpsführer habe ja nur einen verhältnismäßig kleinen Rang gehabt und da ich persönlich nichts weiter bin wie praktischer Soldat und mich infolgedessen auch voll und ganz dafür eingesetzt habe, dass meine Truppe gut kämpft, ihre Aufgabe löst und dass ich alles für meine Truppe tat – habe ich mich auf diese Dinge beschränkt."[68] Im weiteren Verlauf der Vernehmung wies er außerdem für die ersten Wochen des Rußlandfeldzugs darauf hin: „Sie müssen sich vorstellen, dass wir 12 bis 15 Stunden gelaufen sind und dass wir ewig im Kampf standen. Mr. Rapp, Sie müssen sich in diese Verhältnisse hineindenken. Wir standen unter dem Druck fortlaufender Kampfhandlungen, Anstrengungen körperlicher und geistiger Art, die den Menschen aufs Äusserste in Anspruch nehmen."

In Heinricis Antworten spiegelt sich eine stereotype Abwehrstrategie deutscher Generäle gegen lästige, wegen der möglichen rechtlichen Folgen gefährliche Fragen

[68] Stenographisches Protokoll der Vernehmung Heinricis am 15. 10. 1947, in: IfZ, MA 1569 (Nürnberg Interrogations), Rolle 26.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der alliierten Ermittlungsbehörden wider. Allerdings wäre es zu einfach, diese Argumentation allein damit abzutun. Fraglos wurde in den Nachkriegsaussagen aus naheliegenden Gründen häufig die Wahrheit verbogen, doch alles als Lüge zu bewerten, würde die Bandbreite der verschiedenen Abstufungen von glatten Unwahrheiten über Teil- und Halbwahrheiten bis zu wirklichkeitsgetreuen Äußerungen übersehen. Heinricis Behauptung einer einseitigen Konzentration des Truppenführers auf das militärische Geschehen muß entsprechend differenziert beurteilt und anhand der authentischen Dokumente überprüft werden. Unabhängig davon, ob diese Aussage als Ganzes wahr ist oder nicht, berührt sie ein entscheidendes Problem der Stellung der Wehrmachtsgeneralität in diesem Krieg. Sie verweist auf die einfache, häufig aber übersehene Tatsache, daß die militärischen Führer an der Ostfront einen professionellen Auftrag unter schwierigsten Bedingungen zu erfüllen hatten. Sie führten Krieg, und das, was sie taten und dachten, muß im Zusammenhang mit dieser Kriegführung und ihren Anforderungen, Problemen und Besonderheiten gesehen werden. Es ist ein Kardinalfehler der aktuellen Diskussion um die Wehrmacht, daß einzelne Befehle und Vorgänge aus diesem Bezugsfeld gelöst und gewissermaßen in einen luftleeren Raum gestellt werden. Wie man bei der Analyse der mentalen Dispositionen nicht bei wenigen Vorkriegs- und Kriegsjahren verweilen darf, sondern in die Kaiserzeit und besonders den Ersten Weltkrieg zurückgehen muß, so reicht für die Beantwortung der grundsätzlichen Frage, welchen Anteil die Wehrmachtsgeneralität an der heute unbestrittenen Entgrenzung des deutsch-sowjetischen Krieges zu Rechtsbruch und Verbrechen hatte, die Isolierung und Generalisierung von „Beweismaterial" nicht aus. Das wissenschaftliche Modewort der „Kontextualisierung" bekäme seinen Sinn, wenn auch hier wieder stärker die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen berücksichtigt würden. Dadurch böten sich der modernen Militärgeschichtsschreibung neue Möglichkeiten, sich einem Gesamtbild zu nähern, das der Komplexität historischen Geschehens gerecht wird.

Den Kontext wenigstens ausschnittweise zu erfassen, ist die hier vorgestellte Quelle besonders geeignet, handelt es sich doch um das seltene unmittelbare und private Zeugnis eines höheren Frontgenerals. Natürlich muß man von vornherein einige Einschränkungen machen, die sich aus der Konzentration auf eine Person, dem Zwang zu einer eng begrenzten Auswahl an Dokumenten und dem Charakter der Quelle von selbst ergeben. Aus dem beträchtlichen Umfang der Briefe, Kriegsberichte und Tagebuchaufzeichnungen Heinricis im ersten Jahr des Ostfeldzugs wurde knapp ein Zehntel Text ausgewählt. Weggelassen wurden vor allem die zahlreichen Gefechtsbeschreibungen, rein private Abschnitte und inhaltliche Wiederholungen, bevorzugt berücksichtigt dagegen nichtmilitärische Beobachtungen und militärische Stimmungsberichte. Diese Auswahl erhebt aber den Anspruch, einen repräsentativen Querschnitt aller wesentlichen Aspekte der Kriegswahrnehmung Heinricis zu geben. Ähnlich verhält es sich mit der Relevanz der Dokumente. Zweifellos müßten sie in einem weiteren, im Rahmen dieser Dokumentation nicht möglichen Schritt durch die Selbstzeugnisse anderer Befehlshaber sowie die dienstliche Überlieferung ergänzt

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden, um das subjektive Kriegsbild eines Generals mit den objektiven Fakten der Kriegführung zu vergleichen. Heinrici schrieb seine privaten Aufzeichnungen für seine Familie und zur persönlichen Dokumentation. Es muß offenbleiben, was er bewußt verschwieg und wegließ. Allerdings fällt auf, daß er die Kriegsereignisse recht ungeschminkt schilderte und dabei auch vor Kritik an der obersten Führung nicht zurückschreckte. Die Überwachung seiner Post befürchtete Heinrici offenbar nicht, zumal er vieles auf privatem Weg in die Heimat befördern ließ. Auch in dieser Hinsicht ist der Wert der abgedruckten Dokumente als nicht offizielle dienstliche, sondern relativ ungefilterte private Überlieferung hoch. So kann diese Quellenauswahl trotz der genannten Einschränkungen einen Beitrag zum Verständnis der Zusammenhänge von individueller Mentalität, subjektivem Kriegsbild und allgemeiner Kriegführung leisten.

Die eingangs zitierte retrospektive Aussage Heinricis über die einseitige Beanspruchung des Befehlshabers durch das militärische Tagesgeschäft wird in diesen Dokumenten widerlegt und zugleich in einem Kern Wahrheit bestätigt. Heinrici war gewiß nicht der unpolitische „Nur-Soldat", der sich allein mit seinen militärischen Aufgaben befaßte. Seine Selbstzeugnisse offenbaren ein großes Interesse für nichtmilitärische Probleme und ihre Wechselwirkungen mit dem Krieg. Man kann aber auch feststellen, wie dieses Interesse immer wieder von den aktuellen militärischen Sorgen in seinem Befehlsbereich überlagert und schließlich in der Winterkrise 1941/42 ganz verdrängt wurde. Während der Kommandierende General im Bewegungskrieg der ersten Monate immer wieder die Zeit zu Reflexionen über politische und andere Fragen fand, mußte sich der Armeeoberbefehlshaber im verbissenen Verteidigungskampf der Wintermonate trotz seiner gegenüber dem Korpsbefehlshaber erweiterten Kompetenzen fast völlig auf die Beschäftigung mit dieser militärischen Krise zurückziehen. Heinrici selbst beschreibt eindringlich, daß er nur noch in militärischem Denken lebe und alles andere ausscheide (Dok. 54). Die große Verantwortung für eine hart bedrängte Armee führte offensichtlich zumindest in dieser Krise zur später von Heinrici bereits für seine Zeit als Kommandierender General behaupteten ausschließlichen Konzentration auf das Militärische.

Die professionellen Aufgaben des militärischen Befehlshabers bildeten den Bezugsrahmen seiner Tätigkeit. Heinrici gehörte zur klar definierten Gruppe der „oberen Führer", d. h. der Kommandeure eines gemischten Verbands, der zu selbständigen Kampfaufgaben befähigt war und sich für eine gewisse Zeit selbst versorgen konnte[69]. Diese kleine Elite höherer Truppenoffiziere umfaßte in der Wehrmacht die Kommandeure der Divisionen als kleinste dieser Verbände, die Kommandierenden Generäle der Armeekorps, die Oberbefehlshaber der Armeen und schließlich die der Heeresgruppen. Je nach diesen vier Funktionen abgestuft war die Beschäfti-

[69] Vgl. Burkhart Müller-Hillebrandt, Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues, Bd. 1: Das Heer bis zum Kriegsbeginn, Darmstadt 1954, S. 84–92. Vgl. auch die Heeresdruckvorschrift (H. Dv. g 92): Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege, Teil 1, Berlin 1939.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung mit den drei Grundbereichen der Kriegführung[70]: Taktik (Gefechtsführung), Operation (Verbindung mehrerer taktischer Kampfhandlungen zu weiträumigen Bewegungen und Schlachten), Strategie (Zusammenwirken aller für den Krieg relevanten Faktoren auf ein Kriegsziel). Hinzu kamen bestimmte Kompetenzen für die Besatzungspolitik, auf die später noch einzugehen ist. Die Truppenführung des Divisionskommandeurs blieb ganz auf den taktischen Bereich beschränkt, und auch der Korpsbefehlshaber war hauptsächlich mit taktischen Fragen befaßt, konnte aber ausnahmsweise auch auf die übergeordnete Operationsführung einwirken. Der Armeeoberbefehlshaber leitete die Operationen in seinem Befehlsbereich nach den Vorgaben der Gesamtstrategie, ebenso der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe. Letzterer mußte aufgrund seiner höheren operativen Kompetenz auch eine genauere Kenntnis der strategischen Ziele haben, auf die er als höchster aller Truppenführer noch am ehesten Einfluß nehmen konnte. Letztlich blieb die große Strategie jedoch Sache der obersten Führung, also Hitlers und – ihm nachgeordnet – seiner unmittelbaren militärischen Berater. Das bedeutete allerdings nicht, daß sich nicht auch die Frontgeneräle Gedanken über operative und strategische Probleme gemacht hätten. Wenn auch im deutschen Heer nicht jeder einfache Soldat den Marschallstab im Tornister trug, so doch immerhin jeder Generalstäbler, zu dessen Ausbildung nun einmal die Beschäftigung mit der Strategie gehörte. Die meisten oberen Führer kamen aus dem Generalstab.

Eine grundsätzliche strategische Frage war die nach dem Sinn und Ziel des deutschen Feldzugs gegen die Sowjetunion. Heinrici hat sich auch aus dem begrenzten Blickwinkel des Korpsführers mit dieser Frage auseinandergesetzt. Anders als die Oberbefehlshaber und führenden Generalstabsoffiziere der Heeresgruppen und Armeen – in der berühmten Versammlung vom 30. März 1941 – wurden die Kommandierenden Generäle nicht persönlich von Hitler über die politischen Absichten informiert. Dennoch erfaßte Heinrici schon frühzeitig, worum es ging (Dok. 1): die Vernichtung des potentiellen Hauptfeinds auf dem europäischen Festland und der bolschewistischen Weltanschauung, um den Rücken zur Fortsetzung des Krieges im Westen frei zu haben. Interessant ist, daß Heinrici die entsprechenden Abschnitte aus Hitlers „Mein Kampf" kannte und ernst nahm. Am Tag vor dem Angriff ergänzte er diese beiden noch um zwei weitere Motive, nämlich die Gegnerschaft der USA und das wichtige Ziel, durch die Eroberung und Ausbeutung landwirtschaftlicher Gebiete einen autarken europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen (Dok. 8). Nüchtern und ohne eindeutige Wertung referierte Heinrici diese wesentlichen Kriegsziele. Begeisterung für den kommenden Feldzug ist nicht zu spüren, eher mühsam unterdrückte Skepsis. Die alte Gegnerschaft zu Rußland und die schroffe Ablehnung des Bolschewismus hinderten Heinrici nicht, die existentiellen Gefahren eines Krieges gegen dieses riesige Land zu erkennen. Später brach diese Skepsis offen hervor (Dok. 21), und auch seine rückblickenden Bekenntnisse, er habe bereits im Frühjahr

[70] Die folgenden Definitionen sind angelehnt an Karl-Heinz Frieser, Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940, München ²1996, S. 7f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1941 einen Krieg gegen die Sowjetunion für einen Fehler gehalten (Dok. 2, Anm. 118), sind durchaus glaubwürdig. Um so bemerkenswerter ist es, daß sich selbst Heinrici von den großen politischen Perspektiven wiederholt mitreißen ließ. Die wirtschaftliche Ausnutzung (Dok. 24) erschien ihm ebenso erstrebenswert wie die Vernichtung des Bolschewismus (Dok. 18) und die Zerstückelung des feindlichen Staates (Dok. 25). Noch am 11. Dezember, nach Beginn der sowjetischen Gegenoffensive vor Moskau, notierte er mit spürbarer Zustimmung den Vorschlag seines russischen Dolmetschers, das „Problem Rußland" zu lösen, indem man die Protektorate Baltikum/Weißrußland und Ukraine als Kolonialländer ausbeute und den Rest in bis zum Baikalsee von Deutschland, dahinter von Japan abhängige Republiken aufteile (Dok. 42). Dies waren letzten Endes auch die Ziele Hitlers, dessen Hegemoniestreben sich kaum von den Wünschen vieler Generäle unterschied. In den privaten Dokumenten Heinricis lassen sich die Schritt für Schritt anspruchsvolleren Programmpunkte deutlich ablesen: Ausschaltung Polens, anhaltende Schwächung Frankreichs, Auflösung der Sowjetunion, Kampf Europas unter deutscher Vorherrschaft gegen England und die USA. Ein konservativer Offizier wie Heinrici dachte nun in Hinblick auf die Neuordnung des Ostens in Dimensionen, die das hybride Maximalziel der Militärelite nach dem Frieden von Brest-Litovsk im Jahr 1918 noch übertrafen.

Die Heinrici durchaus sympathischen großen Ziele wurden in seinem Denken jedoch stets durch den Zweifel konterkariert, ob die deutschen Kräfte wirklich ausreichten, die auf diese Kriegsziele abgestellten strategischen Vorgaben erfolgreich militärisch umzusetzen. Er begleitete die Operationen in der Sowjetunion mit zunehmender Skepsis und Kritik. An einen schnellen Erfolg glaubte er offenbar von vornherein nicht. Als geschulter Infanterieoffizier hatte er viel zu viel Respekt vor den großen Räumen, die ein Panzergeneral im Geiste vermutlich schneller zu durchmessen wagte. Bereits Mitte Juli 1941 beschlich Heinrici das beängstigende Gefühl, daß der Krieg auch nach der Besetzung Moskaus „irgendwo aus der Tiefe dieses unendlichen Landes" weitergehen würde (Dok. 17). Diese düstere Aussicht auf einen viele Jahre dauernden Krieg tauchte von da ab immer wieder in seinen Briefen und Tagebüchern auf und wurde durch die Erfahrungen des mühsamen Vorkämpfens erhärtet. Bald folgte der Vorwurf an die militärische Führung, wertvolle Zeit durch langwierige Diskussionen um die operativen Ziele zu vergeuden und die Kräfte durch wechselnde Schwerpunktbildungen zu verzetteln. Weitere Stereotypen der Kritik waren: Unterschätzung des Gegners, des Landes, der Räume, der Witterung, mangelhafte Verpflegung und Bekleidung, schlechter Nachschub, Überanspruchung der eigenen Soldaten. Diese Kritik verschärfte sich während der Krise vor Moskau, und am 24. Dezember 1941 äußerte Heinrici zum ersten Mal die dunkle Ahnung, daß der Krieg verlorengehen könne (Dok. 48). Gleichzeitig sank das Vertrauen in die oberste Führung, erstmals auch in Hitler, der von Heinrici dennoch weiterhin respektvoll als „der Führer" bezeichnet wurde. Seine Zweifel an Hitlers Wirklichkeitswahrnehmung und am Sinn seines „Haltebefehls" sind aber evident. Überhaupt zeigen die eindrucksvollen Dokumente aus den Krisenmonaten von Dezember 1941 bis Mai 1942, daß Heinrici bei diesem ersten großen Rückschlag und im Kampf ums Überle-

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben eine zunehmend desillusionierte Sicht auf den deutsch-sowjetischen Krieg bekam. Das führte allerdings bei ihm wie bei den meisten anderen Generälen keineswegs zu einer grundsätzlichen Opposition gegen die Gesamtstrategie oder gar das nationalsozialistische Regime.

Daß Heinrici diese an sich naheliegenden Konsequenzen nicht zog, war u. a. in der anhaltenden Übereinstimmung mit einigen wichtigen Zielen des Nationalsozialismus begründet. Weitere entscheidende Gründe werden aber auch ein eng verstandenes soldatisches Pflichtgefühl, die hohe Beanspruchung durch die Aufgaben an der Front und das damit verbundene Verantwortungsbewußtsein für die ihm anvertrauten Soldaten gewesen sein. Strategische und politische Überlegungen gehörten nicht zu Heinricis Dienstpflichten, die vor allem durch die taktische Führung geprägt waren und auch in seiner Zeit als Oberbefehlshaber einer stets in die Defensive gedrängten Armee nur selten größere operative Entscheidungen umfaßten[71]. Natürlich hatte auch Heinrici den Ehrgeiz, militärische Erfolge zu erringen. Doch dieser Ehrgeiz verdrängte nie die Fürsorgepflicht, von seinen Soldaten keine unnötigen Opfer zu verlangen, sie nicht zu „verheizen". Nur einmal klagte Heinrici über die nachlassende Einsatzbereitschaft seiner Truppen (Dok. 17). Ansonsten durchzieht die Dokumente eine große Anerkennung, ja Bewunderung für die Leistung der einfachen Soldaten. Der Infanteriegeneral hatte einen besonders engen Kontakt zu seinen Mannschaften, vermutlich einen engeren als der stärker auf Material und Technik fixierte Panzer- oder Artilleriegeneral. Er war zwar besser untergebracht und versorgt als der Landser, doch immerhin teilte er viele Unbilden des Krieges mit ihm und konnte seine Strapazen nachvollziehen. Heinrici war ständig im Kübelwagen und Fieseler Storch unterwegs, ging durch Hitze, Schlamm und Schnee zu den kämpfenden Einheiten, sprach seinen überanspruchten und müden, schwitzenden oder frierenden, verlausten und hungernden Männern Mut zu und führte teilweise in vorderster Linie[72]. Dem preußisch-deutschen Ideal einer persönlichen Verbindung des oberen Führers mit seiner Truppe kam er besonders als Kommandierender General sehr nahe[73].

---

[71] Die interessante Diskussion um die „Entprofessionalisierung" des Offizierskorps – vgl. neuerdings etwa Bernd Wegner, Defensive ohne Strategie. Die Wehrmacht und das Jahr 1943, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Rolf-Dieter Müller u. Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 197–209; Wolfgang Petter, Militärische Massengesellschaft und Entprofessionalisierung des Offiziers, in: Ebenda, S. 359–370 – läßt sich daher auf Heinrici schwer übertragen. Da er mit der strategischen Kriegführung überhaupt nicht, mit der großräumig operativen kaum befaßt war, konnte er auf diesen Feldern auch nicht professionell versagen – etwa im Sinne der von Wegner mit Recht konstatierten Unfähigkeit, strategisch auf die drohende Niederlage zu reagieren. In der taktischen Führung brachte er durchaus hervorragende Leistungen.

[72] Heinrici erhielt im September 1941 das Ritterkreuz u. a. dafür, daß er am 11. 8. 1941 „an der Spitze der Infanterie im Schlauchboot den Dnjepr" überschritten hatte. Vgl. Franz Thomas, Die Eichenlaub-Träger 1940–1945, Bd. 1, Osnabrück 1997, S. 263.

[73] Vgl. die Heeresdruckvorschrift (H. Dv. 300/1): Truppenführung, Teil 1, Berlin 1936, S. 33: „Die persönliche Einwirkung auf die Truppe durch ihren oberen Führer ist von größter Bedeutung.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese ständige Konfrontation mit der Kriegswirklichkeit und den Leiden der Frontsoldaten war eine große Belastung, die Heinrici zermürbte und die dazu beitrug, daß er sich um so stärker auf die naheliegenden Aufgaben konzentrierte, je größer diese Belastung wurde. Schwer drückte ihn die Bürde des Offiziers, das Vertrauen von oben und unten bestätigen zu müssen, einen Ausgleich zwischen militärischem Erfolgsdruck und Schonung seiner Soldaten zu finden. Während er in der Phase des Vormarschs noch über das Ende der Infanterie nachdachte (Dok. 15), mußte er im monatelangen Abwehrkampf vor Moskau erfahren, daß Gedeih und Verderb der Ostfront vor allem auf den Schultern dieser Waffengattung lagen. Jetzt kam die Zeit seiner großen Bewährung in der Defensive, aber auch der nochmals gesteigerten Verantwortung und Anspannung. Als Heinrici zum Armeeoberbefehlshaber ernannt wurde, schien er fast erleichtert, daß er damit „unversehens aus dem unmittelbaren Geschehen herausgerückt" wurde (Dok. 51), doch schon bald spiegelt sich in seinen Briefen die fast unerträgliche Last des höheren Amts. Der Korpsführer hatte an seinen vorgesetzten Oberbefehlshabern Kluge (Heeresgruppe Mitte) und Kübler (4. Armee) kritisiert, daß sie aus „Angst vor der höchsten Stelle" seine dringenden Rückzugsvorschläge ablehnten (Dok. 50). Nun stand er selbst in der Pflicht, sowohl der Gesamtlage als auch dem Schicksal seiner Armee gerecht zu werden. Heinrici war ein entschiedener Anhänger der beweglichen Abwehr, einer in der deutschen Armee besonders hochentwickelten Taktik, die seiner Überzeugung nach wirkungsvoller und kräftesparender war als starres Halten. Daß er dabei keineswegs zurückschreckte, auch Hitler gegenüber seine unbequemen Wünsche nach defensivem Ausweichen und Frontverkürzungen zu vertreten, zeigte er am 28. Februar 1942 im Führerhauptquartier (Dok. 57). In dieser Hinsicht ist er der Verantwortung des Oberbefehlshabers ohne Scheu vor möglichen Nachteilen für seine Karriere nachgekommen. Doch auch die kleinen Erfolge in der Auseinandersetzung mit der eigenen obersten Führung änderten nichts am täglichen Konflikt zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der Armeeoberbefehlshaber blieb dem „unmittelbaren Geschehen" anders als der Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe, den er deswegen beinahe beneidete (Dok. 55), so nahe, daß er am Ende der Krisenmonate und nach fast einjährigem ununterbrochenem Fronteinsatz „zerrieben" war „zwischen dem Mißverhältnis der Anforderungen von oben und den tatsächlichen Verhältnissen" (Dok. 67). Diese Belastungen des oberen Führers in seinem unmittelbaren Verantwortungsbereich dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Die vorbildliche Einstellung des Kommandeurs Heinrici zum eigenen Soldaten stand im krassen Gegensatz zur Bewertung und Behandlung des Gegners. Hier gelangt man an die Schnittstelle zwischen einem „normalen", d. h. in traditionellen Bahnen und rechtmäßigen Formen verlaufenden Krieg und der besonderen, diese tradierten Normen durchbrechenden Kriegführung im Osten. Damit nähert man

Er muß der kämpfenden Truppe nahe sein." Ebenda, S. 35: „Bei der Verfolgung muß sich der obere Führer weiter nach vorn begeben. Sein Erscheinen in der vorderen Linie wird die Truppe zur höchsten Leistung anspornen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich zugleich der Diskussion um den verbrecherischen Charakter dieses Feldzugs. Der besondere Wert der vorliegenden Quelle besteht darin, daß sie nicht nur über das Denken eines hohen Offiziers in den militärischen Kernbereichen Strategie, Operation und Taktik Aufschluß gibt, sondern in ihrer direkten Wiedergabe von Heinricis Kriegs- und Feindbildern tief in das Problem der Entgrenzung des Krieges hineinleuchtet. Auch hier gilt wieder die Einschränkung, daß dies für das erste halbe Jahr des Feldzugs stärker zutrifft als für die Monate des verzweifelten Abwehrkampfes.

Bereits in den ersten Wochen verfestigte sich bei Heinrici das schon vorher angelegte Feindbild[74]. Die Rotarmisten, von denen manche „mehr wie Chinesen als wie Russen aussehen" (Dok. 10), sind für ihn „hintertückisch" (Dok. 9), „verschlagen" (Dok. 10), „hinterlistig" (Dok. 17), kleben „wie die Läuse" im Gelände fest (Dok. 24) und benehmen sich „viehisch gegen unsere Verwundeten" (Dok. 13). Die von Heinrici gerechtfertigte und geduldete Reaktion der deutschen Soldaten war, daß sie „mehrfach stark aufräum[ten], ohne Gnade" (Dok. 9), alles töteten, „was in brauner Uniform umherlief" (Dok. 13), und den Gegner erbittert niedermachten (Dok. 17). Das Ergebnis war eine Eskalation der Gewalt, „mit der Folge, dass Hekatomben von Menschenopfern gebracht werden" (Dok. 11) und teilweise „überhaupt kein Pardon mehr gegeben" wurde (Dok. 13). Die alten Traditionen und Gewohnheiten des soldatischen Kampfes, zu denen auch die Achtung des Gegners auf dem Schlachtfeld gehörte, wurden bereits in der ersten Phase des Feldzugs weitgehend beiseite geschoben, wenn man sie für diesen Krieg nicht schon vorher innerlich abgelegt hatte. Das in vielen anderen Quellen bestätigte brutale Vorgehen von Rotarmisten wurde zum Anlaß genommen, seinerseits die herkömmlichen Regeln des fairen Kampfes zu ignorieren. Und ein verantwortlicher General wie Heinrici registrierte diese Reaktion ohne Kritik oder den Hinweis auf Gegenmaßnahmen. Der deutsch-sowjetische Krieg wurde von vornherein als beispielloser Kampf empfunden und geführt, in dem selbst der reguläre Kombattant seinen früheren Status verlor. Heinricis Briefe gehen auf die Behandlung der Kriegsgefangenen in den rückwärtigen Lagern nicht ein, jedoch ist zu vermuten, daß ein General, der es rechtfertigte, daß auf dem Gefechtsfeld kein Pardon mehr gegeben wurde, sich um das Schicksal der Gefangenen nicht besonders kümmerte.

Das Bild vom verschlagenen, aus dem Hinterhalt kämpfenden Rotarmisten wird ergänzt durch die steigende Anerkennung seiner Qualitäten: in der Verteidigung zäh und sich erbittert wehrend, „ein viel besserer Soldat wie der Franzose" (Dok. 10), im Angriff „wie ein wildes Tier" (Dok. 61, Anm. 190). Immer stärker setzt sich in den Dokumenten die Erkenntnis durch, daß man die Rote Armee in ihrer personellen und materiellen Stärke völlig unterschätzt habe. Heinrici beeindruckte besonders, daß sich die Rote Armee trotz der Verluste und Niederlagen der ersten Wo-

[74] Generell zum Rußlandbild der deutschen Militärelite während des deutsch-sowjetischen Krieges vgl. auch Jürgen Förster, Zum Rußlandbild der Militärs 1941–1945, in: Das Rußlandbild im Dritten Reich, hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 141–163.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen immer wieder verbissen zum Kampf stellte und der Wehrmacht hohe Opfer beibrachte. Den Grund für diese Widerstandskraft erblickte er einmal im durch den deutschen Überfall geweckten Patriotismus (Dok. 21), mehr aber noch in der Effizienz des bolschewistischen Terrorsystems, das wie „ein widerliches Tier, das sich wütend wehrt", alle Ressourcen in den Existenzkampf warf (Dok. 18): „Eine ungeheuere Energie mobilisiert nur rücksichtslos alle Kräfte und setzt sie ohne Schonung ein." Man spürt bei der Lektüre von Heinricis Briefen, wie unheimlich dem General die Stärke dieser Ideologie war und wie auch er diesen Krieg als Vernichtungskampf zwischen zwei gegensätzlichen Weltanschauungen begriff. Und als Träger der feindlichen Weltanschauung und Rückgrat des Widerstands wird immer wieder der Kommissar genannt. Auch Heinrici behauptete nach dem Krieg, den Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 strikt abgelehnt und in seinem Korps dafür gesorgt zu haben, daß er nicht umgesetzt werde[75]. Ganz unabhängig davon, wie man die Erwähnung der Liquidierung eines Kommissars (Dok. 36) oder auch einer Kommunistin (Dok. 14) in den abgedruckten Dokumenten bewertet, spricht der Grundton dieser privaten Aufzeichnungen aber nicht gerade für eine entschiedene Opposition gegen diesen Befehl.

Ebenso wie die unerwartete Kampfkraft der Roten Armee und die Energie des Bolschewismus imponierte Heinrici der Fanatismus der Partisanen. Seit Mitte Juli 1941 wurden seine Einheiten mit dem „elenden Bandenkrieg" konfrontiert (Dok. 17) und führten fortan „gegen diese Pest einen andauernden Kampf" (Dok. 35), der aufgrund der weiten, unübersichtlichen Räume von vornherein etwas Aussichtsloses an sich hatte. Heinrici erlebte die Partisanenbekämpfung aus nächster Nähe, da sich sein Dolmetscher an ihr beteiligte und zahlreiche Frauen und Männer erschoß oder erhängte (Dok. 33–35). So stieß der Kommandierende General nicht nur auf seinen Fahrten durch das Land, sondern selbst in seinen Quartierorten immer wieder auf die stummen Zeugen dieses Kampfes, die an Galgen, Bäumen und Masten hängenden Leichen der exekutierten Partisanen und „Partisanenverdächtigen". Heinrici zeigte sich von dem Mut, der Entschlossenheit und auch von der großen Zahl dieser fanatischen Kämpfer beeindruckt, um so mehr, da sie genau wußten, „daß sie ohne Rücksicht vernichtet werden" (Dok. 33). Das erbarmungs- und rücksichtslose Vorgehen gegen diese „Pest" war für ihn dennoch eine selbstverständliche Voraussetzung, diesem Problem Herr zu werden und eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Rücksichtslosigkeit: Kaum ein anderer Begriff erscheint in den dienstlichen und privaten Dokumenten der Wehrmacht so häufig zur Charakterisierung des deutsch-sowjetischen Krieges, und kaum ein anderes Wort trifft den wirklichen Charakter

[75] Vgl. Stenographisches Protokoll der Vernehmung Heinricis am 15. 10. 1947, in: IfZ, MA 1569 (Nürnberg Interrogations), Rolle 26. Am 9. 7. 1941 meldete das XXXXIII. A.K. an die 2. Armee, bis zum 5. 7. 1941 vier Kommissare erschossen zu haben. In: IfZ, MA 1564 (Nürnberger Dokumente), Rolle 29, NOKW-2263. In den Akten des Korps (BA-MA, RH 24–43) fehlt für die Zeit von April 1941 bis März 1943 die Überlieferung der Abteilung Ic und der Quartiermeisterabteilung, so daß die Behandlung der Kommissare, Kriegsgefangenen, Partisanen, Juden und der Zivilbevölkerung im Befehlsbereich Heinricis mühsam aus anderen Beständen rekonstruiert werden müßte.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieses Krieges so gut. Auch in Heinricis Briefen wird ein wahres Schreckensbild gezeichnet: Rücksichtslos wirft der Feind alle Kräfte in den Kampf, hinterläßt auf dem Rückzug eine Spur der Verwüstung, tötet aus dem Hinterhalt. Rücksichtslos ist aber auch die Kriegführung der Wehrmacht, im Gefecht, in der Ausbeutung des Landes, im Einsatz der eigenen Kräfte. Das war er also, der „totale Krieg", wie ihn die Militärpublizistik seit 20 Jahren thematisiert hatte[76], wie er bisher jedoch in Polen, im Norden, im Westen und auf dem Balkan nicht geführt worden war. „Kein Feldzug bisher ist mit dem jetzigen zu vergleichen", konstatierte Heinrici bereits nach wenigen Wochen (Dok. 17). Die blutigen, erbitterten Kämpfe, die Zerstörung des Landes durch das „Sengen und Brennen" des zurückweichenden Gegners (Dok. 13) und überhaupt durch den Krieg, die Entwurzelung der flüchtigen und vertriebenen Bevölkerung (Dok. 25) zeigten ihm, daß der von ihm schon im Ersten Weltkrieg ansatzweise erfahrenen Entwicklung vom traditionellen Waffenkrieg zum gnadenlosen Existenzkampf der Völker – jetzt auch: der Ideologien – alle Schleusen geöffnet waren. Und wieder drängte sich ihm der Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg auf. Die Verwüstung des Landes und die Grausamkeit des Kampfes mit seinen Leichenbergen und Galgenbäumen ließen Heinrici offensichtlich an die Kriegsbräuche jener Zeit denken, wie sie die alten Kupferstiche nach Art Jacques Callots darstellten (Dok. 35): „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg. Nur der allein hat Recht, der sich im Besitz der Macht befindet. $6^1/_2$ Jahre meines Lebens habe ich ja nun im Kriege zugebracht, aber so etwas habe ich doch nicht erlebt."

Dieser vielleicht aufschlußreichste Beleg für das Kriegsbild Heinricis im Ostfeldzug zeigt, daß dieser hohe Vertreter der Wehrmachtsgeneralität den singulären Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges erkannte, aber auch hinnahm. Das rücksichtslose Gesetz des Stärkeren und der Gewalt wurde von beiden Seiten angewandt und hob die in den letzten Jahrhunderten mühsam entwickelten Rechte und Normen des „zivilisierten", „anständigen" Krieges auf. „Die Art u. Weise der Kriegführung hierzulande hat mit anständigem Kampf nichts mehr zu tun", schrieb Heinrici angesichts der russischen Fernsprengungen in Kiev (Dok. 26). Doch auch er ließ diesen Kampf führen, wenn man auch sein Unbehagen zwischen den Zeilen spürt. Wie so viele meinte Heinrici sich den „Kriegsnotwendigkeiten" fügen zu müssen und akzeptierte als verantwortlicher Offizier, daß Terror mit Gegenterror beantwortet bzw. daß Terror zur Abschreckung angewandt wurde. Zu den Kriegsnotwendigkeiten dieses Kampfes auf Biegen und Brechen wurde wie selbstverständlich auch die Funktio-

[76] Vgl. beispielhaft den Artikel „Krieg" von Adalbert v. Taysen im offiziösen, im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften von Hermann Franke hrsg. Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Bd. 1, Berlin/Leipzig 1936, S. 171–175, das jedem Offizier als Nachschlagewerk diente. Vgl. etwa S. 173: „Der Krieg wird zum totalen Krieg und trägt wieder die Züge seiner rauhen Urform, des rücksichtslosen Kampfes aller gegen alle." Dem Handbuch war ein Begleitwort des Reichskriegsministers Blomberg vorangestellt: „Nur das wirkliche Verständnis für das Wesen eines Krieges der Jetztzeit entwickelt in der Nation die Kräfte, welche die Behauptung ihres Volkstums und Lebensraumes auf die Dauer sicherstellen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalität des Terrors gezählt. Besonders im Hinterland sollte mit einem Minimum an Kräften ein Maximum an abschreckender Gewalt und effizienter Ausbeutung erzielt werden.

Entsprechend rücksichtslos war auch die Besatzungspolitik. Bereits im polnischen Aufmarschraum notierte Heinrici, daß auf die Zivilbevölkerung keine Rücksicht genommen werde, und verglich diesen Zustand mit dem „Altertum, wenn die Römer ein Volk niedergeworfen haben" (Dok. 4). Nach dem Einmarsch in die Sowjetunion erhielten die oberen Truppenführer weitreichende Kompetenzen für die erste provisorische Verwaltung und Ausbeutung des Operationsgebiets. Im Bereich einer Armee übte der Armeeoberbefehlshaber die vollziehende Gewalt aus und war für die „Sicherung der großen Verkehrswege" und die „Ausnutzung des Landes für die Bedürfnisse der Truppe zur Entlastung des Nachschubs" verantwortlich[77]. Im Gefechtsgebiet hatten die ihm unterstellten Kommandierenden Generäle diesen klaren Auftrag nach seinen Befehlen umzusetzen. Dabei legitimierte der berüchtigte Kriegsgerichtsbarkeitserlaß vom 13. Mai 1941 das unumschränkte Alleinrecht der Okkupationstruppen, um diese Ziele auch gegen den Widerstand der Bevölkerung brutal durchzusetzen. Die traditionelle Verantwortung der militärischen Besatzungsmacht und ihrer Generäle für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten fand in den grundlegenden Befehlen und Weisungen aus Berlin keine Beachtung. Allerdings besaßen die Befehlshaber im Osten vor Ort beträchtlichen Gestaltungsspielraum, ihre Macht als Herren des Landes in die eine oder andere Richtung zu gebrauchen. Heinricis Einstellung zur Besatzungsherrschaft war aber in den ersten Monaten ganz von den „Bedürfnissen der Truppe" geprägt. Wie schon 1917 in Rumänien war ihm die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes wichtiger als das Schicksal der Zivilbevölkerung. Bereits am zweiten Feldzugstag ironisierte er die „Befreiung" der Bevölkerung mit dem Hinweis auf die Wegnahme der Pferde durch die Wehrmacht (Dok. 9). Schwerwiegender waren die ständigen Requirierungen von Nahrungsmitteln, die ihn schon Anfang Juli ahnen ließen, daß bald „das Land wohl schwer ausgesogen sein" werde (Dok. 11). Seine Hoffnung – und ein wesentliches Ziel des Feldzugs – blieb aber, daß insgesamt „aus den eroberten Gebieten für das kommende Ernährungsjahr manches herauszuholen ist" (Dok. 24). Im Winter nahm dann die Selbstversorgung der Truppe erschreckende Ausmaße an. Heinricis Einheiten mußten sich wegen der schlechten Nachschublage bereits ab Oktober fast vollständig aus dem Lande ernähren (Dok. 46). Wie eine Heuschreckenplage fielen sie über die knappen Nahrungsmittelbestände her und hinterließen überall dasselbe Bild (Dok. 35): „Bald ist nun aber der Landstrich, in dem wir sitzen, leer gefressen."

[77] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C), 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgewählt und eingel. v. Erhard Moritz, Berlin [Ost] 1970, S. 299–304, hier S. 299. Vgl. auch DRZW, Bd. 5/1: Bernhard R. Kroener u. a., Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 80f. (Beitrag Umbreit). Die spätere systematische Verwaltung und Ausnutzung des Landes für die Heimat sollte die Zivilverwaltung übernehmen, die allerdings in weiten Gebieten nie eingesetzt wurde.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Welche katastrophalen Folgen das rücksichtslose Requirieren für die Zivilbevölkerung haben mußte, war jedem klar. Heinrici bezog sich nicht nur auf die Zerstörung, sondern auch auf das „Leerfressen" des Landes, als er schrieb (Dok. 25): „Man empfindet die zerstörende Gewalt des Krieges erst, wenn man sich mit Einzelheiten oder den menschlichen Schicksalen beschäftigt. Da wird man später allerdings wohl Bücher drüber schreiben können." Dennoch finden sich in diesen Dokumenten keine Hinweise auf den Willen zu einer positiven Besatzungspolitik, die den Zivilisten das Überleben erleichtert und eine Perspektive geboten hätte. Zwar sah auch Heinrici in der sowjetischen Bevölkerung eher ein Opfer des Bolschewismus, registrierte ihre Hoffnungen auf die deutschen „Befreier" und erwähnte in diesem Zusammenhang „viele Mißgriffe" von deutscher Seite (Dok. 15), doch Konsequenzen wurden aus diesen Überlegungen vorerst anscheinend nicht gezogen. Vielmehr übernahm Heinrici das Bild vom „völlig passiven" Russen, der nicht fähig sei, die Reichtümer seines Landes, aus dem „Unendliches herausgeholt werden" könne, aus eigenem Antrieb auszuschöpfen, und der deswegen dazu gezwungen werden müsse (Dok. 28). Die Folgen der russischen Mentalität und der bolschewistischen Herrschaft für das Land werden in seinen Briefen immer mit denselben Adjektiven bedacht: verkommen, verwahrlost, finster, dreckig, trostlos, primitiv. Alle antibolschewistischen und antislawischen Ressentiments schienen durch die Bekanntschaft mit den „Segnungen bolschewistischer Kultur" (Dok. 15), mit dem „grauenhaften Zustand der Verkommenheit, Verwüstung und Verschmutzung durch den Bolschewismus" (Dok. 25) und mit dem an sich gutmütigen, im Kampf aber grausamen und im täglichen Leben völlig initiativlosen Russen – mit dem „man natürlich nicht vorwärtskommen" könne (Dok. 42) – voll bestätigt. Dies schien zugleich zu rechtfertigen, daß in diesem Krieg und diesem Land Rücksichten nicht angebracht waren. Die Tendenz, aus ideologischen und utilitaristischen Gründen über das Schicksal von Millionen Zivilisten mitleidlos hinwegzugehen, führte bei Heinrici – und nicht nur bei ihm – zu Überlegungen, die mit jeder Tradition „anständiger" Kriegführung bewußt brachen. In Hinblick auf die anscheinend bevorstehende Eroberung Moskaus schrieb er Ende Oktober 1941 (Dok. 29): „Ob wir in das Kommunistennest aber hineingehn oder es verhungern und erfrieren lassen, statt wilde Straßenkämpfe aufzuführen, werden wir erst noch mal sehn."

Die Forderung Hitlers vom 30. März 1941, die Generäle müßten im „Vernichtungskampf" gegen die Sowjetunion „von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden"[78], wurde von Heinrici befolgt, ohne daß er dieser Ansprache beigewohnt hätte. Das überkommene Ideal des „sauberen" Krieges maß sich vor allem an einem „ritterlichen" Umgang mit dem militärischen Gegner und einer „anständigen" Behandlung der Zivilbevölkerung. Diese alten Maßstäbe wurden nun bewußt zurückgestellt, sie spielten im gnadenlosen Kampf gegen die Rote Armee und in der rücksichtslosen

[78] Generaloberst Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges (1. 7. 1940–21. 6. 1941), Stuttgart 1963, S. 337.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausbeutung der besetzten Gebiete zunächst kaum noch eine Rolle. Die Generäle ließen sich auf die Spielregeln von Hitlers Eroberungs- und Weltanschauungskrieg ein. Bei einem reflexionsfähigen Offizier wie Heinrici geschah dies keineswegs ahnungs- und willenlos, sondern durchaus in voller Erkenntnis der Kriegsziele und seiner Folgen. Als Rechtfertigung dienten – neben der neuen Militärdoktrin vom „totalen Krieg" – die Härte und Rücksichtslosigkeit des bolschewistischen Erzfeindes, aber auch der anscheinend jenseits aller westlicher Normen stehende Zustand von Land und Leuten. An einer sehr bezeichnenden Stelle seiner Briefe beschrieb Heinrici seinen Eindruck dieser Fremdheit (Dok. 28): „Dies Volk ist schon garnicht mehr mit unseren Maßstäben zu messen. Ich glaube, man könnte ihm nur wirklich gerecht werden, wenn man nicht wie wir allmählich zu Fuß zu ihm vordränge, sondern wie in einem fremden Erdteil mit dem Schiff zu ihm führe und, indem man von unsern Ufern abstieße, innerlich jede Verbindung mit dem löste, das wir zu Hause gewohnt sind." Offenbar meinte Heinrici, wie ein frühneuzeitlicher Konquistador einen fremden Kontinent zu betreten und die christlich-abendländischen Normen hinter sich zu lassen. Das schien den Zivilisationsbruch zu rechtfertigen: War man in dieser unzivilisierten Umgebung nicht gezwungen, einen unzivilisierten Krieg zu führen? Selbst bei einem konservativ-christlichen Offizier wie Heinrici machte sich unter diesen Verhältnissen ein Werteverfall bemerkbar. Bezeichnend dafür war die Episode vom „toten Russen" (Dok. 37): Die unbestattete Leiche eines gefallenen Gegners diente für mehrere Wochen dem Kommandierenden General als Ziel- und Wendepunkt seiner Spaziergänge.

Dieser Werteverfall kennzeichnet auch die Einstellung zu den Juden, mit deren Schicksal er schon in den Monaten vor dem Überfall auf die Sowjetunion im Generalgouvernement konfrontiert wurde. Die „schreckliche[n] Juden mit Davidsstern am Ärmel" störten Heinrici in seinem polnischen Quartierort genauso wie die im selben Satz genannten Wanzen und Läuse (Dok. 3). Kühl und ohne jedes Zeichen der Empörung beschrieb er die Versklavung der jüdischen (und polnischen) Bevölkerung, ihre Aushungerung durch die deutschen Behörden, ihre Verelendung und Ghettoisierung (Dok. 4–6). Die nationalsozialistische Politik gegen die Juden im besetzten Polen blieb ihm also nicht verborgen, doch eine grundsätzliche Opposition gegen das Regime erweckte dies in ihm ebensowenig wie vorher die antisemitischen Maßnahmen im Reich. Die katastrophalen Verhältnisse im Generalgouvernement stimmten Heinrici bereits auf den von seinen französischen Erfahrungen so verschiedenen Feldzug in der Sowjetunion ein, vor allem auf die Rücksichtslosigkeit des deutschen Vorgehens. Nach seinen Beobachtungen in Polen durfte ihn die brutale Behandlung der slawischen und jüdischen Bevölkerung in den eroberten sowjetischen Gebieten nicht mehr überraschen. Ob er von dem Massenmord der Einsatzgruppen etwas wußte und wie er sich zu ihnen stellte, geht aus den Privatdokumenten Heinricis nicht hervor[79]. In ihnen kommt aber einmal kurz und eher indirekt

[79] Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hamburg gegen ehemalige Angehörige des Sonderkommandos 7b stritt Heinrici 1968 jede Kenntnis über die Mordaktionen (und „Enterdungsmaßnahmen") ab. Vgl. die entsprechenden Dokumente in: BA-MA, N 265/57.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das alte Feindbild des „jüdischen Bolschewismus" zum Vorschein. Die Beschreibung der „Segnungen bolschewistischer Kultur" ergänzte Heinrici durch die Feststellung (Dok. 15): „Davidsterne sind überall an Wände und Decken gemalt." Die antisemitische Note des Antibolschewismus Heinricis war nach wie vor unverkennbar, und man muß annehmen, daß ihm das Schicksal der jüdischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung nicht sonderlich am Herzen lag, auch wenn er ihre massenhafte Ermordung sicher abgelehnt hätte.

Hier zeigen sich die Grenzen dieser privaten Quelle, die für die Einstellung Heinricis zum deutsch-sowjetischen Krieg und seinen Erscheinungsformen höchst aufschlußreich ist, über die Einzelheiten seines Handelns aber nur unzureichend Auskunft gibt. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Mentalität und das Kriegsbild der Generäle ihr Handeln entscheidend mitbestimmten. Außerdem beschreibt diese Quelle Heinricis Einschätzung des besonderen Charakters dieses Krieges, die zum folgenreichen Gegenteil von Handeln führte: zum Geschehen- und Laufenlassen der Dinge, die als diesem „totalen" Kampf der Völker und Weltanschauungen immanent hingenommen wurden. Angesichts der Vorbildfunktion und hohen Verantwortung des oberen militärischen Führers war dies eine höchst bedenkliche Haltung. Der gleiche General Heinrici, der für seine Soldaten ein geradezu väterliches Verantwortungsbewußtsein und große Einsatzbereitschaft zeigte, in dieser Hinsicht also ein vorbildlicher Führer war, stand den von ihm genau registrierten Grenzüberschreitungen dieses Krieges offensichtlich mit verantwortungsloser Passivität, teilweise sogar Gleichgültigkeit gegenüber. Dabei war er alles andere als ein fanatischer Nationalsozialist, auch wenn er mit manchen Zielen und Methoden des Regimes übereinstimmte. Doch stellt sich die Frage, ob sich das Verhalten der Generäle im Krieg gegen die Sowjetunion mit dem Hinweis auf den Nationalsozialismus hinreichend erklären läßt.

Wenn man die bereits analysierten Dispositionen mit der Kriegswahrnehmung Heinricis im ersten Jahr des Ostfeldzugs vergleicht, lassen sich grundsätzliche Beobachtungen machen, die zur Beantwortung dieser Frage beitragen. Der Antibolschewismus der traditionellen Eliten mit seinen antislawischen und antijüdischen Ingredienzien sowie die Radikalisierung der Militärdoktrin in der Zwischenkriegszeit bildeten ein hochexplosives Gemisch, an das der Nationalsozialismus nur noch die Lunte anlegen mußte. Diese in Folge des Ersten Weltkriegs entstandenen mentalen Dispositionen führten dazu, daß die singuläre Brutalisierung der Kriegführung im Osten von einem verantwortlichen General wie Heinrici nicht nur erkannt, sondern zunächst auch akzeptiert wurde. Diese wesentliche Voraussetzung des Handelns war nicht eigentlich nationalsozialistisch, auch wenn die Einflüsse der NS-Ideologie diese Tendenzen noch verschärft haben dürften. Verstärkt wurden sie auch durch die Attraktivität des totalitären Staates für einen nationalkonservativen Offizier, der in diesem Regime viele Ziele moderner Militärpolitik, autoritärer Innenpolitik und expansiver Außenpolitik verwirklicht sah. Die Realisierung hegemonialer Träume der Kaiserzeit schien zum Greifen nah, so daß noch in der ersten Phase des Ostfeldzugs in imperialen und kolonialen Dimensionen gedacht wurde. Die „unschönen"

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seiten der Diktatur fielen dagegen nicht so schwer ins Gewicht. Die Skepsis, später die Kritik oder gar Opposition richteten sich nicht gegen die Ziele, sondern gegen die Möglichkeiten, nicht gegen das Regime an sich, seine Politik, seine Gesamtstrategie, sondern gegen taktische und operative Einzelheiten. Vieles spricht dafür, daß die aus der Analyse der Privatdokumente Heinricis gewonnenen Ergebnisse sich auf zahlreiche, vielleicht sogar die meisten der anderen höchsten Generäle an der Ostfront übertragen ließen. Heinrici war in dieser Hinsicht wohl ein „Durchschnittsgeneral", monarchisch-nationalkonservativ sozialisiert, politisch interessiert, ohne sich in die Politik einzumischen, dem NS-Regime weder so fernstehend wie etwa Hoepner oder Stülpnagel noch so nahestehend wie beispielsweise Reichenau oder Schobert. Gab es zwischen diesen Generälen aber überhaupt große Unterschiede in ihrem Kriegsbild und seinen Folgen für die Kriegführung? Ein genaues Ergebnis auf Grundlage eines Vergleichs steht noch aus.

4. Ausblick

Das endgültige Scheitern der Blitzkriegskonzeption gegen die Sowjetunion im Winter 1941/42 bedeutete einen tiefen Schock für die Wehrmachtsgeneralität. Von nun an mußte sie sich auf einen langen Krieg einrichten, der andere Forderungen an die Kriegführung und Besatzungspolitik stellte als der geplante Feldzug von wenigen Monaten. Doch trotz der ungewissen Perspektiven wurde Heinricis Beurteilung der Gesamtlage nach Ende der sowjetischen Gegenoffensive im Mai 1942 zunächst wieder etwas zuversichtlicher. Noch Anfang November 1942 hielt er die deutsche Lage für „befriedigend"[80] und äußerte sich positiv über eine „sehr zuversichtliche Führerrede"[81]. Erst nach der alliierten Landung in Nordafrika und der Einkesselung, schließlich Vernichtung der 6. Armee in Stalingrad nahmen seine Aufzeichnungen einen durchgehend pessimistischen Ton an. Jetzt verstärkte sich seine Kritik an der Herausforderung eines „neuen überstarken Feindes" im Osten (Dok. 2, Anm. 118) und an der „falschen Beurteilung Rußlands durch die entscheidenden Stellen"[82]. Heinrici warf den obersten Wehrmachtsinstanzen mangelndes Durchsetzungsvermögen gegen Hitler vor[83]. Im operativ-taktischen Bereich kritisierte der Defensivspezialist dabei besonders, daß sie es nicht wagten, „auf einer Meinung zu bestehen, die nach Aufgeben oder Rückzug, nicht nach Durchhalten aussah oder nach kühnem Wagen. Dabei hätte ein vorübergehendes Ausweichen gerade die Möglichkeit zu doppel-

[80] Tagebuch Heinricis, 5. 11. 1942, in: BA-MA, N 265/13: „Gesamtergebnis: Der Krieg ist noch nicht gewonnen. Es ist aber kein Grund zur Besorgnis. Militärisch u. auf dem Lebensmittelsektor stehen die Dinge befriedigend. Es gibt aber auch Knappheitsgebiete: z. B. Betriebsstoff."

[81] Tagebuch Heinricis, 8. 11. 1942, in: Ebenda: „Besser u. eindrucksvoller als die zur Eröffnung des Winterhilfswerks."

[82] Tagebuch Heinricis, 22. 1. 1943, in: Ebenda.

[83] Vgl. Tagebuch Heinricis, 19. 2. 1943, in: Ebenda. Diese Kritik richtete sich namentlich gegen Halder und Zeitzler.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Erfolgen geschaffen."[84] Nach der Niederlage von Stalingrad zog Heinrici daher eine ernüchternde Zwischenbilanz[85]: „Insgesamt gesehen, hat sich das deutsche Heer übernommen. Ihm wurden Aufgaben gestellt, die in ihrer Ausdehnung nur dann zu lösen waren, wenn der Feind wie Frankreich z. B. restlos zusammenbrach. Als er das im Osten nun aber nicht tat, fehlte es der Führung an Einsicht und Weisheit."

Diese Kritik richtete sich natürlich auch gegen Hitler. Doch selbst als Heinrici einige Monate später die bevorstehende Niederlage prognostizierte[86] und erstmals deutliche Vorbehalte gegen das NS-Regime äußerte[87], führte diese Erkenntnis keineswegs zu einer grundsätzlich oppositionellen Haltung, geschweige denn zur Entscheidung, eine andere Rolle spielen zu wollen als die eines gehorsamen Armeeoberbefehlshabers. Vielmehr handelte er bis zuletzt gemäß der Einstellung, die er im Juli 1943 für die deutsche Bevölkerung diagnostiziert hatte[88]: Alle seien „gewillt, durchzuhalten, denn jedem ist es klar, daß in diesem Krieg es keine Niederlage geben darf, denn was danach käme, das ist überhaupt nicht auszudenken. Deutschland u. wir selbst mit ihm würden untergehen." In dieses Bild vom Kampf um Sein oder Nichtsein paßten keine Begriffe wie Opposition und Widerstand oder gar Meuterei und Putsch. Das offenbar auch bei Heinrici nach 1942 wachsende Unbehagen an der Diktatur wurde zurückgestellt. Das Attentat vom 20. Juli lehnte er ab[89], verwendete sich aber anschließend, wenn auch ohne Erfolg, für den ihm bekannten Mitverschwörer Schulze-Büttger[90]. Auch in den dramatischen letzten Kriegswochen war er zu keiner Zeit bereit, aktiv auf ein vorzeitiges Ende von Diktatur und Krieg hinzuarbeiten. Als ihn Albert Speer Mitte April 1945 angesichts des „Nerobefehls" mit Überlegungen über eine Ermordung Hitlers konfrontierte, will er geantwortet haben[91]: „Ich kann mir wohl denken, daß ich im äußersten Fall den Gehorsam versagen kann, der mit dem Eide verbunden ist. Aber als Soldat, vor dem Feind, der angreift, den obersten Befehlshaber, dem ich Treue schwur, ermorden, das kann ich nicht!" Zwei Wochen darauf geriet er

[84] Ebenda: „Dies alles hat psychologische Gründe. Vor dem Kriege u. im Kriege haben so oft namhafte Persönlichkeiten sich gegen militärische Wünsche des Führers gestellt. Generaloberst v. Fritsch, Beck, General v. Wietersheim wandten sich gegen seine Pläne. Sie schienen Defaitisten zu sein, und behielten in den Problemen, um die es sich damals handelte, auch Unrecht."

[85] Ebenda.

[86] Vgl. Heinrici an seine Frau, 6. 9. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 98–101: „Wir sind im letzten Stadium dieses Krieges. Das muß man völlig klar sehen. Eine Wendung aus eigener Macht giebt es nicht mehr. Das ist vorbei."

[87] Vgl. ebenda: „Wie sehr bricht auf ein Mal Alles zusammen, was den Menschen seit 1933 Anbetung und Götze war."

[88] Tagebuch Heinricis, 5. 7. 1943, in: BA-MA, N 265/13.

[89] Vgl. den Brief Heinricis an seine Kinder, 27. 7. 1944, in: BA-MA, N 265/158, Bl. 100: „Die traurigen Vorgänge in Deutschland in den letzten Tagen haben uns alle den Atem verschlagen. Es ist wirklich ein Wunder, dass bei dieser Gewalt der Explosion dem Führer nichts passiert ist."

[90] Vgl. Reinecke (Chef des NS-Führungsstabs der Wehrmacht) an Heinrici, Berlin 24. 10. 1944, in: BA-MA, N 265/35, Bl. 54.

[91] Aufzeichnung Heinricis, kurz nach Kriegsende, in: BA-MA, N 265/114. Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 471, datiert das Gespräch auf den 15. 4. 1945, ohne auf den von Heinrici geschilderten Inhalt einzugehen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit Keitel und Jodl in Konflikt, weil er als Folge ihrer Befehle sinnlose Menschenopfer befürchtete, die er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte. Aber statt Befehlsverweigerung und eigenmächtiges Handeln wählte er den Ausweg, von seinem Posten zurückzutreten. „Man sagte mir, schalte diese Leute aus, nimm sie gefangen oder tue sonst was; dann wäre ich in den Augen des deutschen Volkes der Mann gewesen, der als Soldat im letzten Augenblick den Führer verraten hätte, und von dem man gesagt hätte: ohne diesen Verräter wäre noch manches anders geworden."[92]

Die in der Krise vor Moskau sich ankündigende Niederlage der Wehrmacht im Osten führte bei Heinrici zu kritischerem Denken, nicht aber zu anderem Verhalten gegenüber dem NS-Regime. Bis zuletzt diente er Hitler als gehorsamer Soldat. Dagegen zog er in seinem Befehlsbereich durchaus Konsequenzen aus der Tatsache, daß die Sowjetunion anders als Frankreich nicht unter den militärischen Rückschlägen zusammengebrochen war, sondern sich als unerwartet stark und widerstandsfähig erwies. Nachdem die Winterkrise überwunden und Heinrici im Juli 1942 wieder an die Front zurückgekehrt war, begann er sich nach einer mehr als halbjährigen Pause wieder mit der russischen Zivilbevölkerung zu beschäftigen. Im operativ eher ruhigen Jahr des Mittelabschnitts der Ostfront von Mitte 1942 bis Mitte 1943 konnte er sich ganz anders mit dem Land und seinen Menschen auseinandersetzen als im Bewegungskrieg und den Abwehrkämpfen zuvor. Außerdem mußte er sich als Armeeoberbefehlshaber auf eine längere Besatzungszeit in seinem nun jeweils viele Monate konstanten Frontabschnitt einstellen. Bereits im August 1942 gewann Heinrici „ein ganz anderes Bild von den Menschen hier", die der Wehrmacht vorher „im wesentlichen als Partisanen erschienen sind"[93]. Er bemühte sich fortan wenigstens ansatzweise um eine konstruktive Besatzungspolitik, um die Bevölkerung zur Mitarbeit zu gewinnen und die Partisanengefahr zu bannen. Der Erfolg des geschickt inszenierten Erntedankfests von 1942, „ein psychologischer Volltreffer in Bezug auf die Lenkung des russischen Volkes", ließ bei Heinrici Hoffnungen auf einen Stimmungsumschwung zugunsten der deutschen Besatzungsmacht aufkommen[94]. Er vertrat nun die Ansicht, „nicht gegen, sondern mit dem Russen muß man Rußland erobern", und meinte dies „gefühlsbetonte Volk" leicht beeinflussen zu können, wenn man auf es „eingeht u. ihm etwas hilft"[95]. Trotz bleibender Skepsis[96] verfolgte er diesen

[92] Heinrici an seine Frau, Niebüll 5. 5. 1945, in: BA-MA, N 265/158, Bl. 137–146. Vgl. ebenda: „Dein pessimistischer Mann hat nun doch am Ende recht behalten, das Ende ist da, das ich längst kommen sah. Grausig, furchtbar ist Gottes Gericht. Und doch hat es erst begonnen. Wer weiß, was Schlimmes noch folgen wird. Furchtbares an inneren Erschütterungen, seelischen Qualen, Zweifeln und Kämpfen habe ich in den letzten 3 Wochen durchgekämpft. Pflicht, Gehorsam, Gewissen und eigene Überzeugung haben miteinander gerungen."

[93] Heinrici an seine Frau, 16. 8. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 67f.

[94] Tagebuch Heinricis, 7. 10. 1942, in: BA-MA, N 265/13. Vgl. auch Heinrici an seine Frau, 12. 10. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 85.

[95] Tagebuch Heinricis, 7. 10. 1942, in: BA-MA, N 265/13.

[96] Vgl. ebenda: „Aber ich glaube, es ist schwierig, dies zu verwirklichen. Natürlich gibt es hierzulande viele Leute, die als Feinde des Bolschewismus das heutige Rußland ablehnen. Aber es gibt noch mehr, die trotz allem überzeugte Deutschenfeinde und gegen uns eingestellte Russen bleiben."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kurs zunächst weiter und meinte noch Anfang 1943 befriedigt feststellen zu können, daß in keinem anderen Abschnitt „die russische Bevölkerung so willig, weil anständig behandelt" sei wie im Bereich der 4. Armee[97].

Das neue Bemühen um eine „anständige", positive Besatzungspolitik wurde aber von vornherein und immer stärker durch die „Kriegsnotwendigkeiten" behindert. Zum einen blieb die Ernährungslage der Bevölkerung äußerst gespannt und konnte auch von der dafür mitverantwortlichen Wehrmacht kaum verbessert werden[98]. Zum anderen hatte die brutale Zwangsrekrutierung von russischen Arbeitskräften für Feld- und Schanzarbeiten vor Ort sowie für den Arbeitseinsatz im Reich katastrophale Folgen für die russischen Familien. Anders als in der Anfangsphase des Feldzugs kommentierte Heinrici diese Zustände nun mit deutlichem Mitgefühl[99]. Doch auch er konnte die militärisch begründete Ausbeutung der Zivilbevölkerung nicht verhindern, die besonders in der Zeit der systematischen Absetzbewegungen seiner Armee seit März 1943 zu unerträglichen Härten, vor allem zum Abbrennen der Dörfer und Verschleppen der arbeitsfähigen Zivilisten führte[100]. Diese Rücksichtslosigkeit im Zeichen des „totalen Krieges" zerstörte alle positiven Ansätze, und schon bald mußte Heinrici feststellen, daß sich die Einteilung des besetzten Volks in drei Teile verfestigte[101]: die immer mehr anwachsende Partisanenbewegung und ihre Helfer, die aktiv mit den Deutschen zusammenarbeitenden Antibolschewisten sowie der graue Rest der indifferenten, sich vor beiden Seiten fürchtenden Bevölkerung. So scheiterten erst der Feldzug, dann die Besatzungsherrschaft und schließlich die gesamte Kriegführung.

Die Schwierigkeiten der Besatzungspolitik trugen dazu bei, daß Rußland für Heinrici unheimlich blieb, „eine fremde, zurückstehende, mittelalterliche Kultur, nicht unser Europa, sondern ein anderer Kontinent"[102]. Dennoch gewann er diesem Land anders als in den ersten Monaten nun auch positive Seiten ab. Besonders beeindruckte ihn „das Urwüchsige, das sich in allem Leben dieses gewaltigen Landes äußert. Hier ist auf dem platten Lande noch nichts verbildet und gekünstelt. Hier waltet die Natur noch ungebändigt. Hier besteht gegenüber ihren Eingriffen nur das Gesunde und Starke."[103] Aus dieser geradezu sozialdarwinistischen Analyse leitete er

[97] Heinrici an seine Familie, 30. 1. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 14f.

[98] Vgl. etwa Heinrici an seine Frau, 30. 7. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 62: „[Die] Leute und vor allem die Kinder führen ein elendes Hungerleben und sind über jeden Bissen froh, den sie von uns erhalten."

[99] Vgl. Heinrici an seine Familie, 28. 3. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 31: „An und für sich kann einem die eingeborene Bevölkerung hier ja leid tun. Alles ist hier durcheinander."

[100] Vgl. ebenda: „So werden die Familien zerrissen, der eine ist zurückgeblieben, der andere baut Wege oder Bunker und der dritte kommt nach Münster in die Landwirtschaft. Niemand von den Leuten weiss, wohin ihn die Zukunft treibt, Habe und kümmerlicher Besitz ist verloren. Dankbar sind sie schon, wenn wir dafür sorgen, dass sie was zu essen kriegen. Es gehört schon die Leidensfähigkeit des Russen dazu und seine Unterwürfigkeit, um all dies so durchzumachen."

[101] Vgl. Bericht Heinricis an seine Familie, 16. 4. 1943, in: Ebenda, Bl. 74–76.

[102] Tagebuch Heinricis, 23. 11. 1942, in: BA-MA, N 265/13.

[103] Bericht Heinricis an seine Familie, 15. 4. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 74.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die überlegene Härte des sowjetischen Soldaten ab, die schwer mit der nationalsozialistischen Vorstellung vom minderwertigen Slawen in Einklang zu bringen war[104]. Je länger dieser Krieg dauerte, desto größer wurde die Achtung vor diesem „überstarken Feind" (Dok. 2, Anm. 118), gegen den es längst nicht mehr um die noch 1941 gehegten imperialen Ziele, sondern um das nackte Überleben ging. Dies schien mehr denn je einen erbitterten und rücksichtslosen Abwehrkampf der Wehrmacht zu rechtfertigen. Vor allem gegenüber den Partisanen galt für Heinrici weiterhin die Forderung nach Vernichtung ohne Pardon[105].

Allerdings machten sich bei ihm nun erstmals auch Bedenken gegen die „totale" deutsche Kriegführung breit. Die Tatsache, daß die sowjetische Regierung ihn gemeinsam mit Model öffentlich als Kriegsverbrecher anprangerte, ließ ihn keineswegs unberührt[106]. Heinrici wurde deutlich, daß in einem kurzen Krieg die Rücksichtslosigkeit der eigenen Kriegführung noch kontrollierbar sein mochte, in einem langen Krieg aber immer mehr zu Hemmungslosigkeit auszuarten drohte. Gerade die Rückzugsbewegungen der Heeresgruppe Mitte seit Frühjahr 1943 waren mit Verwüstungen verbunden, die in seinen Augen das Kriegsnotwendige weit überschritten. Das „fortgesetzte Abbrennen und Zerstören" fand er schließlich unerträglich[107] und versuchte gegen eine planlose, ungezügelte Umsetzung der Strategie der „verbrannten Erde" vorzugehen, etwa im September 1943 bei der Räumung von Smolensk[108]. Die Verrohung der Kriegführung hatte dazu geführt, daß „jeder Trossknecht sich dazu berufen fühlte, Zerstörungen vorzunehmen"[109]. Doch Heinrici mußte nun die Erfahrung machen, daß diese Entwicklung, von der er sich jetzt mit Hinweis auf andere militärische Traditionen distanzierte, nicht umzukehren war[110]. Im März 1944 resümierte er[111]: „Glaubte man hier die Sache verhindert zu haben, so flammte an anderer Stelle der Brand hoch. Es war eine Krankheit, die sich überall verbreitet hat-

[104] Vgl. ebenda: „Und daraus wird es verständlich, daß der russische Soldat in vielen praktischen Dingen und in seiner Härte den Äußerungen der Natur gegenüber dem deutschen überlegen ist." Vgl. auch Heinrici an seine Frau, 30. 7. 1942, über das Überleben versprengter Feindesteile, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 62: „Sie sind eben wie die Tiere, unsere Leute würden solch eine Zeit einfach nicht durchhalten können."

[105] Vgl. Bericht Heinricis an seine Familie, 16. 4. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 74–76.

[106] Vgl. ebenda; Heinrici an seine Frau, 8. 4. 1943, in: Ebenda, Bl. 41–43.

[107] Tagebuch Heinricis, 19. 9. 1943, in: BA-MA, N 265/43, Bl. 125.

[108] Vgl. dazu das Material in: BA-MA, N 265/46. Ebenda auch weitere Befehle Heinricis gegen unkontrollierte Zerstörungsmaßnahmen. Sein Verhalten in Smolensk führte noch Monate später zu Beschwerden der Luftwaffe bei Hitler, der eine Stellungnahme Heinricis anforderte. Vgl. Busch (Oberbefehlshaber Heeresgruppe Mitte) an Heinrici, 15. 6. 1944, in: Ebenda, Bl. 6.

[109] Tagebuch Heinricis, 18. 3. 1944, in: BA-MA, N 265/14.

[110] Vgl. Heinrici an seine Familie, 10. 10. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 110: „Der Krieg hat hier ja Formen angenommen, die den Dreissigjährigen weit übertreffen. Trotz aller Bemühungen, dies einzudämmen, weil es mir in der Seele zuwider ist, fühlt man sich oft machtlos. Das Handwerk des Soldaten ist hier kein befriedigendes mehr." Heinrici an seine Familie, 3. 11. 1943, in: Ebenda, Bl. 120: „So war die Kriegführung früher nicht, dass alles vernichtet werden musste. Mir liegt so etwas nicht; wir sind früher anders erzogen."

[111] Tagebuch Heinricis, 18. 3. 1944, in: BA-MA, N 265/14.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te und wo trotz aller Befehle und Gegenmassnahmen einfach nicht gegen anzugehen war."

Diese Krankheit aber war eine Folge der Kriegführung, auf die man sich im Juni 1941 nach den politisch-ideologischen Vorgaben Hitlers bewußt eingelassen hatte. Die damals von der Wehrmachtführung gerufenen und von den Frontkommandeuren geduldeten Geister wurde man nun nicht mehr los. Im Bewegungskrieg der „Barbarossa"-Phase meinte man eine in jeder Beziehung rücksichtslose Kriegführung beherrschen und von ihr militärisch profitieren zu können. Doch nach dem Scheitern des anfänglichen Siegeslaufes erwies sich die in den Monaten wilden Kampfes und wilder Besatzung zugelassene moralische Deformation als so tiefgreifend, daß sie allein durch disziplinarische Maßnahmen nicht mehr zu beheben war. Die späteren Versuche der Generäle, sich vor allem mit diesen Disziplinierungsversuchen und ihrer gleichzeitig veränderten Einstellung zur Besatzungspolitik zu rechtfertigen, vermögen nicht zu überzeugen. Das erste Jahr und besonders das erste halbe Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges ist in seiner richtungweisenden und folgenreichen Bedeutung kaum zu überschätzen. Die Aufzeichnungen Gotthard Heinricis geben davon ein direktes und ungeschminktes Zeugnis, niedergeschrieben von einem an hoher Stelle verantwortlichen General mit guter Beobachtungsgabe und über das rein Militärische hinausgehendem Interesse. Das macht den Wert dieser Quelle aus.

Dokumente[112]

(1) Tagebuch, [französische Kanalküste] 21. September 1940 (BA-MA, N 265/9)

„Der Chef Hollidt[113] sieht den Krieg noch nicht sobald am Ende; die großen geplanten Neuaufstellungen, die Verlegung der Heeresgruppe B und 2er A.O.K.'s nach dem Osten[114] scheinen ihm auch keine reine Friedensmaßnahme zu sein. Ich halte es zunächst für weiter nichts als für ein Druckmittel gegenüber einem Partner, der schon einiges gemacht hat (Rumänien), was uns nicht so sympathisch war[115]. Daß für fernere Zeit der Kampf gegen den ‚Bolschewismus' als Weltanschauung doch noch einmal wahr wird, möchte ich nicht ablehnen. Was zur Zeit aus Nützlichkeitsgründen vertagt ist, braucht auf die Dauer nicht aufgehoben zu sein. Die scharfen Ausdrücke in

[112] Der Text der Dokumente ist buchstabengetreu wiedergegeben, lediglich offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert.

[113] Karl Hollidt (1891–1985), Generalleutnant, Mai–Okt. 1940 Chef des Generalstabes der 9. Armee, der Heinricis Korps unterstellt war. – Die Biogramme konzentrieren sich ganz auf die Zeit der Dokumente, die Lebensdaten Hitlers und anderer allgemein bekannter Persönlichkeiten (Napoleon, Goethe etc.) werden nicht erneut erfaßt.

[114] Am 12. 9. 1940 war die Heeresgruppe B (Generalfeldmarschall v. Bock) mit der 4. und 12. Armee an die Ostgrenze verlegt worden, wo sich zuvor allein die 18. Armee zur Grenzsicherung befunden hatte. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 216–219.

[115] Zu den noch labilen deutsch-rumänischen Beziehungen vor der Machtübernahme Antonescus im September 1940 vgl. Andreas Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, Wiesbaden 1954, S. 9–93.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

‚Mein Kampf' gegen Rußland sind wahrscheinlich nicht nur als leere Worte geschrieben. Der Ausspruch des Führers im letzten Herbst (39), als uns die Westgegner den Krieg erklärten, unter diesen Umständen müsse er sich selbst mit dem Teufel verbinden[116], deutet Ähnliches an. – Insgesamt scheint sich nur eins abzuzeichnen: das Schwergewicht der Dinge zieht unsere Politik zwangsläufig in immer größere Unternehmungen, auch solche, die sie anfänglich nicht geplant hat. Der erste Erfolg wirft neue Probleme auf, die folgerichtig immer größer werden. Das schwierigste scheint mir dann zu sein: den richtigen Endpunkt zu finden und zu setzen. Vieles ähnelt heute doch Napoleon. Er marschierte doch auch wohl nicht freiwillig nach Moskau, sondern weil der Kampf gegen England ihn dazu zwang."

(2) Tagebuch, [französische Kanalküste] 25. März 1941 (BA-MA, N 265/10, Bl. 66f.)
„Wir stehn zwischen 2 Interessen Polen. Der eine liegt noch im Westen [. . .]. Alles geht nach dem Osten, den auch wir bald erleben werden. Dorthin richten sich in 2. Linie unsere Blicke. Bald werden uns dort neue Aufgaben entstehn. Major Knüppel[117] wird uns heute von Warschau eingehendere Nachrichten über unsere Zukunft bringen. Ganz wohl ist mir bei dem Gedanken nicht, daß auch dort ein neuer Feind entstehen soll[118]. $^3/_4$ der Welt sind dann gegen uns. Es scheint fast gesetzmäßig zu sein, daß der Kampf gegen England den Weg nach Rußland führt. Bei Napoleon war es nicht anders. Aber es sind heute zweifellos auch gewichtige Gründe, die für solche Auseinandersetzung sprechen."

---

[116] Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14. 8. 1939–30. 6. 1940), Stuttgart 1962, S. 38 (28. 8. 1939), über eine entsprechende Äußerung Hitlers.

[117] Wilhelm Knüppel (*1902), Major i. G., seit April 1940 1. Generalstabsoffizier (Ia) des XXXXIII. Armeekorps.

[118] Vgl. auch den Tagebucheintrag vom 29. 1. 1941, in: BA-MA, N 265/10, Bl. 56: „Die Masse unserer Leute steht im Osten. Sind sie gegen Rußland dort bereitgestellt? Man kann sich das nicht vorstellen. Alle Lieferungen von dort würden für lange Zeit aufhören. Viele Divisionen wären lange gebunden. Oder ist es doch nötig, um uns Handlungsfreiheit auf dem Balkan zu schaffen, die uns Rußland etwa nicht geben will?" Im Rückblick betonte Heinrici seine Skepsis noch wesentlich stärker, jetzt ohne Anerkennung der „gewichtigen Gründe" für den Ostfeldzug. Tagebuch Heinricis, 23. 1. 1943, in: BA-MA, N 265/13: „Eins aber ist sicher, obwohl ich immer allein mit dieser Meinung stand: Der Krieg gegen Rußland war nicht der Richtige. Fürchtete man seine Rüstung u. seine sicher insgeheim gehegten Absichten, so mußte die Kunst der Politik diese Gefahr bannen, nicht aber ein neuer überstarker Feind zu den bisherigen hinzugebracht werden. Ich habe im Februar 41 an Otto Kogler geschrieben, als er darum fragte, ich kann es mir nicht vorstellen, daß man sich ohne Zwang einen derartigen Gegner auf den Hals zieht, nachdem man bereits gegen die halbe Welt kämpft. Das Gleiche habe ich einige Tage später in Nancy Oberst Röhricht zum Ausdruck gebracht." Vgl. auch das Tagebuch Heinricis, 10. 11. 1942, in: Ebenda: „Man hätte sie zu Verbündeten machen sollen, auch auf Kosten der Meerengen, der Dardanellen, der russische Krieg hat zuviel deutsche Kraft verbraucht und hält zuviel von ihr gebunden."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(3) Brief an seine Frau, [Siedlce[119]] 22. April 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 9)
„Hier ist es wenig schön, schlechtes kaltes Wetter, noch gar kein Frühling, Wanzen u. Läuse laufen überall herum, ebenso schreckliche Juden mit Davidsstern am Ärmel."

(4) Brief an seine Frau, [Siedlce] 25. April 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 11)
„Heute Abend kommen wir in eine gewisse Selbständigkeit, indem wir ein Haus beziehen, welches als Casino für die Volksdeutschen in 2 äußerlich unbeschreiblich häßlichen Häusern hergerichtet wird. Polen u. Juden tun Sklavendienste, um alles schnell fertig zu machen. Sie arbeiten Tag u. Nacht. Rücksichten werden hier zu Lande nicht auf sie genommen. Es ist hier etwa so wie im Altertum, wenn die Römer ein Volk niedergeworfen hatten."

(5) Brief an seine Familie, [Tomaszow] 9. Mai 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 15)
„Gestern Abend war ich bei General v. Gienanth[120] in Spala – dem Jagdschloss der russischen Zaren – zu Gast. Was ich dort von den Verhältnissen in Polen hörte, klingt ja nicht sehr erfreulich. Aber morgen kommt hier der General Gouverneur[121] her, überall müssen die Juden Fahnenmasten zum Willkomm errichten, und wo hässliche Stellen sind, werden grüne Tannenwände gebaut. Den Polen stehen wöchentlich 100 Gramm, den Juden 0 Gramm Fleisch zu. Wovon die Leute eigentlich leben, weiss niemand so recht zu sagen. Was in Zukunft aus diesem Lande mal werden soll, ist ebenso unklar."

(6) Brief an seine Familie, [Siedlce] 17. Mai 1941 (BA-MA, N 265/35, Bl. 27–30)
„Ein unbeschreibliches Elend herrscht in diesem Lande[122]. Am krassesten tritt es in den Städten in Erscheinung. Zur Hälfte sind sie im Krieg 1939 zerstört, in der anderen Hälfte wohnt die zurückgebliebene Zivilbevölkerung und dazu 50–60 % mehr Menschen, die aus der Provinz Posen, aus dem Warthegau oder sonst woher als Juden oder unerwünschte Elemente abgeschoben sind. Man sagt, auf ein Zimmer kämen 8–20 Personen. Wie es darin aussieht, kann sich jeder vorstellen. Häuser und Wohnungen sind in dem Zustand belassen, in welchen der Krieg sie versetzt hat. Die Fenster sind häufig mit Brettern oder Pappe geschlossen, wo sie vorhanden sind, sind sie mit schmutzigen Gardinenfetzen verdeckt. Die Wände zeigen überall die Spuren von Granat- und Bombensplittern. In dem Schutt der Ruinen suchen noch heute Juden und zerlumpte Kinder, ob sie etwas finden können. Regnet es,

---

119 Heinrici war am 18. 4. 1941 in der zwischen Warschau und dem Bug gelegenen Stadt Siedlce eingetroffen, in der das Generalkommando sein vorderes Quartier bezog. Das hintere Quartier lag in Tomaszow südöstlich von Warschau. In den Tagen vor dem deutschen Angriff bezog Heinrici seinen Gefechtsstand am Bug ostwärts von Losice.

120 Curt Frhr. v. Gienanth (1876–1961), General der Kavallerie, Juli 1940–Sept. 1942 Militärbefehlshaber im Generalgouvernement.

121 Hans Frank (1900–1946), Okt. 1939–Jan. 1945 Generalgouverneur von Polen.

122 Vgl. auch den Brief an die Familie, 30. 4. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 13: „Dies Generalgouvernement ist wirklich der Kehrichthaufen Europas."

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sind die Straßen im Umsehen ein schmieriger Schlamm. Ist es trocken, fliegt der Staub in Wolken durch die Luft. Man empfindet ordentlich den Schmutz, den man einzuatmen gezwungen ist. Geht man durch die engen Straßen, so mischen sich mit dem unvorstellbare Gerüche von Armut und Verkommenheit.

Ähnlich, wie das Straßenbild, sieht auch die Bevölkerung aus, im Anzug heruntergekommen und verwahrlost. Die wenigsten können wahrscheinlich ihre Bekleidung erneuern. Man trifft Gestalten, die buchstäblich in Lumpen gehüllt sind, bei denen Rock und Hose aus Fetzen bestehen. Zwischen ihnen lungern an Ecken und an Kirchtüren Bettler herum, denen Gliedmaßen fehlen und deren Zustand zum Teil abstoßend ist.

Die Juden sind bei uns in einem Ghetto vereinigt[123]. Sie sind gekennzeichnet durch eine weiße Armbinde mit einem blauen Stern. Das Ghetto ist in den kleineren Städten nicht von der Bevölkerung getrennt. Das findet man nur in Warschau, wo eine 3 Meter hohe Mauer, bewehrt mit Stacheldraht und Glas, sie hermetisch abschließt. In den kleinen Städten laufen sie frei herum und werden zur Arbeit herangezogen, sind als Handwerker oft auch unentbehrlich. Typisch für das Land hier ist, daß, wenn man etwas braucht, was nicht zu beschaffen ist, man es allein durch den Juden bekommt. Er ist auch sofort bereit, es zu besorgen. Bei der körperlichen Arbeit bringt er sich im übrigen nicht um. Feiertage gibt es für ihn nicht. Er schaufelt Sonnabend und Sonntag, aber er tut, sei es bei Straßenarbeiten oder als Bauarbeiter, nur dann etwas, wenn er überwacht wird. Sonst geht er, wie ich dies von meinem Fenster aus oft sehe, sofort zur Ruhe über.

So, wie es mit dem Äußeren ist, ist es auch um die Ernährung der Bevölkerung bestellt. In unserer Stadt ist die Brotration für die Polen auf 75 Gramm, für Juden auf 65 Gramm festgesetzt. Man sagt, die Polen erhielten 100 Gramm Fleisch die Woche, die Juden weniger. Man ist immer wieder erstaunt, daß die Leute noch leben. Die Juden sollen Reserven besessen haben, mit denen sie sich bis heute über Wasser hielten. Allmählich gehen auch diese zu Ende und wie dann die Verhältnisse werden, kann man sich nicht vorstellen. Neulich traf ich einen Leichenzug. Es wurde ein Jude zu Grabe getragen. Da kein Sarg vorhanden war, wurde die Leiche auf einer Zeltbahn, die an zwei Stangen befestigt war, nur mit einer Decke verhüllt, zum Friedhof herausgebracht."

(7) Brief an seine Frau, 17. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 33f.)

„Die Amerikaner scheinen nun auch zielbewußt in den Krieg hinein zu steuern. Die deutschen Konsulate in U.S.A. sollen neuerdings alle geschlossen sein[124]. Sollten sie

[123] Vgl. auch Heinricis Brief an seinen früheren Vorgesetzten, Oberstleutnant v. Selle, 15. 5. 1941, über seinen Besuch in der Stadt Rawa Mazowiecka, in der er 1914/15 stationiert war, in: BA-MA, N 265/35, Bl. 24–26: „Im großen aber bot das alte Judennest noch das gleiche Bild. Nur daß die Juden, mit denen unser Ortskommandant, Major Jacobi, soviel Scherereien hatte, nicht mehr frei herumlaufen dürfen, sondern in einem Ghetto eingesperrt sind." Über das Ghetto in Siedlce vgl. Józef Kazimierski, Okupacja i zbrodnie hitlerowskie na Podlasiu w latach 1939–1944, in: Okreg Siedlecki 1942–1944, Warschau 1977, S. 148–179, hier S. 160f.

[124] Die USA hatten das Deutsche Reich am 16. 6. 1941 aufgefordert, seine Konsulate zum 10. 7. 1941 zu schließen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirklich in die Sache hinein steigen, dann sind wir glücklich beim Weltkrieg Nr 2. Wir werden sehen, wie lange dann diese Sache noch dauert. Wir stehen wohl vor dem Beginn größerer Ereignisse. Es ist alles nach Kräften vorbereitet."

(8) Brief an seine Frau, 21. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 36)
„Wenn dieser Brief abfährt, ist der neue Feldzug losgegangen. Er soll einen Nachbarn ausschalten, der uns möglicherweise gefährlich werden kann, wenn es gegen England – sei es am Suez Kanal oder auf der Insel – geht. Er soll ferner uns landwirtschaftliche Gebiete bringen, die in der Lage sind, soviel zu liefern, daß ganz Europa von ihnen leben kann. Das Letztere ist wohl die Hauptsorge, nachdem Amerika sich bereits inoffiziell im Kriege mit uns befindet. In gewissem Grade spielt natürlich auch der weltanschauliche Gegensatz eine Rolle. Wie sich der neue Feind schlagen wird, weiß niemand. Im Finnenkrieg hat sich seine Führung als sehr schlecht erwiesen. Der einfache Soldat ist wie im Weltkriege zu Anfang sicher kein schlechter Gegner. Die Stimmung in der Truppe soll drüben ganz zuversichtlich sein.

Seit Wochen sind hier bei uns ungeheure Mengen an Menschen u. Material vorübergezogen. Die Entfaltung der Machtmittel ist gewaltig groß. Man hofft auf eine schnelle Entscheidung. Es wäre erwünscht, wenn dieses einträte."

(9) Kriegsbericht an seine Familie, 23. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 38)
„Wir haben gestern eine russische Division gegenüber gehabt, die in der Überraschung völlig zersprengt ist. Überall in den großen Wäldern, in den zahllosen Gehöften sitzen verlorene Soldaten, die oft genug hinterrücks schießen. Der Russe führt überhaupt hintertückisch Krieg. Unsere Leute haben daraufhin mehrfach stark aufgeräumt, ohne Gnade. [. . .] Überall nehmen unsere Leute auf Suche nach Vorspann den Bauern die Pferde weg. In den Dörfern großes Geheul u. Wehklagen. So wird die Bevölkerung ‚befreit'. Aber wir brauchen Pferde u. der Bauer wird wohl Geld später kriegen."

(10) Kriegsbericht an seine Familie, 24. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 39)
„Feldmarschall von Kluge[125] steckt uns Marschziele, die bei den Witterungsverhältnissen und insbesondere dem mangelhaften Nachschub über die Bugbrücken schwer zu erfüllen sind. Trotzdem sind sie mit äußerster Willensanstrengung am Abend erreicht worden. In 3 Tagen haben wir den Weg vom Bug bei Mielnik bis zum Nordostrand des Forstes Bialowieza durchmessen. Die Vorausabteilungen sind weit darüber vor. Es ist eine ungeheure Leistung. Dabei haben viele Truppen noch heute ihre Feldküchen nicht heran, sondern leben von der eisernen Portion. Das Land muß allerdings auch genügend hergeben. Hühner, Schweine und Kälber lassen in reichlichem Maße ihr Leben. Es beginnt Brotmangel, denn es gelingt nicht, nachzuschieben, weil die kümmerlichen Pionierbrücken noch immer mit Gefechtsfahrzeu-

[125] Günther v. Kluge (1882–1944), Generalfeldmarschall, Sept. 1939–Dez. 1941 Oberbefehlshaber der 4. Armee, Dez. 1941–Juli 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen voll besetzt sind. Die Divisionen haben Ausdehnungen in der Tiefe an die 100 km. [...] Im grossen scheint der Russe mit seinen Kräften nach Osten abzuziehen. Wenn er zum Kampf gestellt wird, schlägt er sich aber sehr hart. Er ist ein viel besserer Soldat wie der Franzose. Ausserordentlich zähe, verschlagen und hinterlistig. Manche Verluste entstehen dadurch, daß hinterrücks unsere Leute abgeschossen werden. Die Gefangenen, die gemacht sind, bisher nur wenige hundert, weisen allerhand Volkstypen auf. Davon Leute, die mehr wie Chinesen als wie Russen aussehen."

(11) Kriegsbericht an seine Familie, [Lyskov] 4. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 40)

„Der Krieg in Russland ist ungeheuer blutig. Der Feind hat Verluste erlitten, wie sie in diesem Kriege bisher nicht gesehen sind[126]. Den russischen Soldaten ist von ihren Führern gesagt worden, sie würden alle von uns erschossen. Statt sich zu ergeben, schiessen sie nun hinterrücks auf jeden Deutschen. Das fordert natürlich wieder unsererseits Gegenmassnahmen heraus, die hart sind. So steigern sich beide Parteien gegenseitig empor, mit der Folge, dass Hekatomben von Menschenopfern gebracht werden. Dazu kommt Unübersichtlichkeit des Geländes: überall Wald, Sumpf, hohes Getreide, in dem sich die Russen verstecken können, kurz, schön ist es hier nicht. [...] Morgen geht es weiter nach Osten, ins Innere Russlands. Es ist noch nicht endgültig geschlagen. Aber es ist schwer angeschlagen[127]. Die russischen Flieger sind seit Tagen völlig verschwunden. Das ist ein grosser Vorteil. [...] Bis jetzt gab es noch Hühner und Eier und Kälber. Bald aber wird das Land wohl schwer ausgesogen sein."

(12) Brief an seine Frau, [Lyskov] 5. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 62)

„Wir haben hier in einer Apotheke gewohnt, die einem alten Juden gehört. Er ist ganz froh, die Bolschewiken los zu sein. Alle Besitzenden haben sie wohl recht schlecht behandelt. Wir sind durch eine Menge von Gütern gekommen. Die Besitzer sind alle von den Bolschewiken beseitigt worden, die Güter sind verkommen, zerstört, verwahrlost, in furchtbar verkommenem Zustand. Sie waren als Arbeiterkasernen oder Barackenlager eingerichtet. Die russischen Soldaten scheinen auch keine überbegeisterten Bolschewiken zu sein. Die Gefangenen klagen vor allem über die schlechte Verpflegung, auch hätten ihre Vorgesetzten sie recht mäßig behandelt. Wahre Volksgemeinschaft scheint also wenig vorhanden gewesen zu sein. Da die

[126] Das XXXXIII. Armeekorps (künftig: A.K.) war nach dem deutschen Angriff vom 22. 6. 1941 an der Südflanke der Schlacht von Bialystok eingesetzt und ging dann weiter nach Osten vor. Die Rote Armee verlor in der Doppelschlacht von Bialystok (bis 1. 7.) und Minsk (bis 8. 7.) 324000 Mann an Gefangenen, 3300 Panzer und 1800 Geschütze. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 452f., S. 461.

[127] Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22. 6. 1941–24. 9. 1942), Stuttgart 1964, S. 38 (3. 7. 1941): „Es ist also wohl nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß der Feldzug gegen Rußland innerhalb [von] 14 Tagen gewonnen wurde. Natürlich ist er damit noch nicht beendet. Die Weite des Raumes und die Hartnäckigkeit des mit allen Mitteln geführten Widerstandes wird uns noch viele Wochen beanspruchen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kommissare die Soldaten am Überlaufen hindern und sie mit der Pistole zum Kampf zwingen, schlagen die Soldaten nun wieder die Kommissare tot."

(13) Brief an seine Frau, [Kozov] 6. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 63)

„Nachdem unsere Schlacht erledigt ist, rücken wir zur Zeit in kurzen Etappen nach Osten vor. Die Zusammendrängung der Truppen macht das Vorgehen langsamer als uns allen lieb ist, dazu erschweren die unglaublichen Wegeverhältnisse das Vorwärtskommen. Herr Gott, ist das ein finsteres Land, nördlich der Pripjetsümpfe, Wald, überall Wald, dazwischen Kilometer breite Sumpfstrecken, wo man bis in die Knie im Modder versinkt. Bloß von oben sieht die Sache besser aus. Gestern bin ich im Storch[128] meine Marschkolonnen abgeflogen, da sah alles wie ein reizendes Spielzeug aus.

Unser vor uns gestandener Russe ist nun vernichtet. Die Angelegenheit ist ungeheuer blutig gewesen. Teilweise wurde überhaupt kein Pardon mehr gegeben. Der Russe benahm sich viehisch gegen unsere Verwundeten[129]. Nun schlugen u. schossen unsere Leute alles tot, was in brauner Uniform umherlief. Noch immer stecken aber die großen Waldgebiete voll von Versprengten und Flüchtlingen, teils mit teils ohne Waffen, die eine ausgesprochene Gefahr sind. Man kann Divisionen hindurchschikken, und trotzdem entgehen in diesen ungangbaren Gebieten 10000 sende der Gefangennahme[130].

Stalin hat nun den Befehl gegeben, alles beim Rückzug zu vernichten, was uns zu Gute kommen könnte[131]. Nun geht das Sengen und Brennen wie zu Napoleons Zeit u. auch z. Z. 1915 wieder los. In Minsk, einer Stadt von 200000 Einwohnern, sollen – nach Schilderung meines Oberbefehlshabers, Generaloberst v. Weichs[132] – noch 2 Sowjetprunkgebäude stehn, alles andere abgebrannt sein. In unserem Quartierort Kozow steht noch $^1/_3$ der Häuser, den Kern der Stadt haben die roten Kommissare

[128] Das dreisitzige Kabinenflugzeug Fieseler Fi 56 „Storch", ein wendiges Kurzstartflugzeug, diente den höheren Stäben vor allem als Verbindungs- und Aufklärungsflugzeug („fliegender Kübelwagen").

[129] Zur Tötung deutscher Kriegsgefangener vgl. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, unter Mitarb. v. Walter Rabus, München ³1980, S. 273–307; DRZW, Bd. 4, S. 784–789.

[130] Vgl. auch den Brief an seine Frau, 8. 7. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 65: „Aus den Wäldern werden immer noch einzelne Russen herausgeholt. Aber wer weiß, wie viele noch drin stecken. Niemand ist in der Lage, diese Wald- u. Sumpfgebiete abzusuchen. Die russischen versprengten Soldaten wollen auch nichts anderes, als in Civil ihre Heimat erreichen u. wieder Bauern sein. Sie wollen nicht als Gefangene nach Deutschland und wollen auch vom Krieg nichts mehr wissen.".

[131] Stalin hatte am 3. 7. 1941 in seiner berühmten Rundfunkansprache zum „vaterländischen Verteidigungskrieg" aufgerufen und befohlen, vor dem Rückzug „alles wertvolle Gut" zu vernichten. Diese Strategie der verbrannten Erde behinderte nicht nur die deutsche Kriegführung, sondern verschlechterte auch die Lebensbedingungen der zurückbleibenden Bevölkerung. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 731–733.

[132] Maximilian Frhr. v. Weichs (1881–1954), Generaloberst, Okt. 1939–Juli 1942 Oberbefehlshaber der 2. Armee.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verbrannt, die Bevölkerung, die das nun seit 1915 zum 4. Mal excerziert, mag die Nase voll haben!"

(14) Brief an seine Frau, [Lachowize] 8. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 64)
„Bleierner Himmel, man sagt 40° Hitze, undurchdringliche Staubwolken, tiefer Sand, Kennzeichen dieses Tages. Ich war heute zur Heeresgruppe herübergefahren, welche dicht bei uns liegt und erzählte dem Feldmarschall v. Bock[133] von unsern Kämpfen. Er sagte, sie hätten zu dem Schwersten gehört, was diese Operation gebracht habe, vielleicht seien sie das Schwerste gewesen. Nun, ich habe das gemerkt, das kann ich wohl sagen. Jetzt hängen wir nun weit zurück, marschieren jeden Tag 30–35 km, die Pferde zwingen kaum durch den Sand, aber wir müssen weiter. Denn unsere mot. Kräfte kämpfen 200 km vor uns, allein, auf sich gestellt. Vielleicht überwältigen sie allein ohne unsere Hilfe den Russen. Dann müssen wir noch weiter laufen.

Heute nachmittag haben wir zum ersten Mal gebadet. Es war ein Genuß. Unser Ort Lachowize liegt an einem der üblichen Sumpftäler, durch den sich ein Bach schlängelt. Bei der Hitze läuft der Soldat, sowie er Ruhe hat, nur noch braungebrannt in Badehose herum. Ob es mitten in der Stadt oder sonst wo ist, überall sieht man nur noch nackte Männer. Heute mußte eine Kommunistin erschossen werden, die in unserm Rücken versprengte Russen verpflegte und gegen uns mit allen Mitteln arbeitete. So ist hier der Krieg. Vorgestern las Balzen von meiner Hose die erste Wanze ab. Ich wohne nur noch in Räumen, aus denen alles Mobiliar entfernt ist. Die Verkommenheit hier ist unbeschreiblich."

(15) Brief an seine Frau, [Kopyl] 11. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 66)
„Wir sind nun im richtigen Rußland, Kopyl heißt heute das Nest. Alles ist im Zustand greulicher Verkommenheit. Wir lernen die Segnungen bolschewistischer Kultur schätzen. Einrichtungsgegenstände gibt es nur primitivster Art. Wir wohnen meist in leeren Stuben. Davidsterne sind überall an Wände u. Decken gemalt. Die Kirchen sind alle zu politischen Versammlungsräumen umgestaltet. In jedem Ort sind große Parteihäuser, wo Stalin und Lenin verherrlicht sind, als Liebling des Volkes, der Kinder, der Frauen, der Arbeiter, der Soldaten u. s. w. In den Städten steht meist auf dem Markt ein cementener Stalin, nicht unähnlich dem alten Hindenburg. Läden gibt es nicht. Die Bauern müssen für die Gemeinschaft arbeiten, erhielten $^1/_3$ des Dorfertrages in Nahrungsmitteln (Deputat) u. 80 Rubel im Jahr. Ein Kilo Butter kostete 36 Rubel! Sonst standen jedem Genossen eine Reihe Sachen zu, die er als Entgelt für seine Arbeit in einem staatlichen Depot, das in jeder Stadt ist, empfangen konnte: Seife, Cigaretten, Strümpfe, 1 Anzug pro Jahr! Das ist das Sowjetparadies. Niemand wagt, ein freies Wort zu reden. Jeder hat Angst zu sprechen. Kinder wurden im Alter von 15 Jahren zu Haus fortgeholt u. in die Bergwerke am Don geschickt. Sie erfuh-

[133] Fedor v. Bock (1880–1945), Generalfeldmarschall, April–Dez. 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Jan.–Juli 1942 der Heeresgruppe Süd.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren nichts mehr von ihrer Familie u. diese nicht von ihnen. Wir haben solche als Soldaten gefangen. Nun hofft die Bevölkerung, von solchem Druck befreit zu werden. Schlecht ist nur, daß sich niemand verständigen kann. Dadurch gibt es auch viele Mißgriffe[134].

Der Bolschewik kämpft vorläufig am Dnjepr. An einzelnen Stellen ist er schon überschritten. Das bedeutet für uns laufen, daß die Zunge heraushängt, immer laufen, laufen, laufen. Ich glaube, nach dem Kriege schafft man die Infanterie ab. Der Unterschied zwischen Motor u. Menschenkraft ist zu groß."

(16) Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 20. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 68)
„Der Russe ist sehr stark u. kämpft verzweifelt[135], angetrieben durch seine Kommissare. Schlimm sind vor allem die Waldgefechte. Überall erscheint plötzlich der Russe u. schießt, überfällt Kolonnen, einzelne Wagen, Meldefahrer u. s. w. Der Krieg ist jedenfalls hier sehr schlimm, dazu kommen die ungeheueren Wegeschwierigkeiten, die riesengroßen Räume, die unendlichen Wälder, die Schwierigkeit der Sprache u. s. w. Alle Feldzüge waren bisher wohl ein Kinderspiel gegen die augenblicklichen Kämpfe. Die Verluste bei uns sind erheblich[136], beim Russen sehr, sehr groß."

(17) Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 22. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 69f.)
„Wir haben vorgestern den Feind, das russische 66. Korps, das nach Bobruisk vorstoßen wollte, zum Rückzug gezwungen. Leider ist es aus dem Kessel, der sich so schön anbahnte, entwischt. Zwar haben wir es arg angeschlagen. Aber mit dem Erfolg größeren Maßstabes war es wieder nichts. Wir sind hierbei von der Truppe etwas im Stich gelassen worden. Sie sind bei den heftigen u. unerfreulichen Kämpfen hier etwas laurig geworden. Das Kennzeichen des Krieges sind die überall in den Wäldern auftretenden russischen Banden[137]. Sie überfallen jeden einzelnen. Nur an die größere

---

[134] Über die militärische Besatzungspolitik im Bereich der Heeresgruppe Mitte in diesen Monaten weiß man noch wenig. Vgl. die knappen Hinweise in den älteren Gesamtdarstellungen: Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958; Gerald Reitlinger, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962; Norbert Müller, Wehrmacht und Okkupation 1941–1944. Zur Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus auf sowjetischem Territorium, Berlin [Ost] 1971. Vgl. auch Theo J. Schulte, The German Army and the Nazi Policies in Occupied Russia, Oxford u. a. 1989. Vgl. für Weißrußland jetzt auch Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

[135] Das XXXXIII. A.K. war nach der Schlacht von Bialystok bis nach Bobrujsk an der Berezina vorgestoßen und wurde dort seit Mitte Juli in langwierige Stellungsgefechte verwickelt.

[136] Allein im Juli 1941 verlor das deutsche Heer 63099 Mann an Toten, im ersten Quartal des Feldzugs waren es 185198 Mann, d. h. 6,8 % des Ostheeres, 2060 pro Tag. Vgl. Rüdiger Overmans, Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, München 1999, S. 277–279.

[137] Vgl. den Brief an seine Frau, 13. 7. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 67: „Jetzt geht für uns dieser elende Bandenkrieg los u. wir müssen Wälder ausräumen." Zur Entstehung der Partisanenbewegung, die sich in den ersten Monaten vor allem aus versprengten Sowjetsoldaten, entflohenen Kriegsgefangenen, Vernichtungsbataillonen und von den Deutschen verfolgten Zivilisten rekru-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Truppe trauen sie sich nicht heran. Aber auch sie erleidet in den Waldkämpfen fühlbare Verluste. Dabei sind die Kämpfe alle besonders hinterlistig vom Russen geführt. Sie werfen sich in den Kornfeldern hin, stellen sich tot und schießen dann von hinten auf unsere Leute. Die machen sie dann erbittert nieder. Kein Feldzug bisher ist mit dem jetzigen zu vergleichen. [. . .] Hoffentlich bricht der russische Widerstand eines schönen Tages zusammen, denn die Lagen, die geschaffen sind, sind für den Russen in keiner Weise erfreulich. Im Gegenteil befindet er sich in übler Lage. Er ist zum 2. Male an vielen Stellen durchbrochen. Aber die abgeschnürten Teile wehren sich erbittert, und man hat nicht das Gefühl, als ob im Großen gesehn der russische Widerstandswille gebrochen sei, oder als ob das Volk ihre bolschewistischen Führer vertreiben wolle. Vorläufig hat man den Eindruck, als wenn der Krieg, auch wenn Moskau besetzt würde, weitergeht, irgendwo aus der Tiefe dieses unendlichen Landes."

(18) Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 1. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 76f.)
„[Das] scheußliche Wald- u. Sumpfgelände, die miserablen Wege u. auch die Ermüdung der Truppe, dazu die ungeheuren Entfernungen läßt vieles nicht zum Tragen kommen, was sonst selbstverständlich erschien. Es haben sich alle Leute in dem Russen verschätzt[138]. Immer hieß es, er sei miserabel geführt. Die bisherigen Proben seiner Führungskunst zeigen den Erfolg, daß er vorübergehend einen Stillstand unserer Operationen erreicht hat, und unsere Leute seine Hinterlist fürchten. Nun erleben wir jetzt täglich, daß so an 100 Mann bei uns überlaufen. Vielleicht bricht der Laden drüben doch eines Tages im Großen zusammen, indem die einfachen Soldaten nicht mehr mitmachen. Vorläufig sagen sie immer, sie wollten nicht kämpfen, aber die Kommissare zwängen sie dazu[139]. So recht sieht man durch die Zustände drüben nicht hindurch. Eine ungeheure Energie mobilisiert nur rücksichtslos alle Kräfte und setzt sie ohne Schonung ein. So hat sie damit Erfolge erreicht, die früheren Gegnern von uns nicht beschieden waren. Erheblich sind auch unsere Verluste. Rußland hat an ihnen mindestens soviel gekostet, als die anderen Feldzüge zusammen.

Wie nun einmal die Dinge hier abgeschlossen werden, ist noch sehr wenig zu übersehen. Man hat nicht das Empfinden, als ob der Russe gesonnen sei, den Krieg wie die Franzosen eines Tages aufzugeben. Möglicherweise erleben wir einen Stellungskrieg im Winter tief in Rußland. Darauf freut sich schon heute jeder, der daran denkt.

---

tierte, vgl. Erich Hesse, Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle, Göttingen 1969, S. 38–70. Vgl. auch John Armstrong (Hrsg.), Soviet Partisans in World War II, Madison/Wisc. 1964.

138 Vgl. Halder, Kriegstagebuch III, S. 170 (11. 8. 1941): „In der gesamten Lage hebt sich immer deutlicher ab, daß der Koloß Rußland, der sich bewußt auf den Krieg vorbereitet hat, mit der ganzen Hemmungslosigkeit, die totalitären Staaten zu eigen ist, von uns unterschätzt worden ist."

139 Vgl. auch Heinricis Tagebuch, 30. 7. 1941, in: BA-MA, N 265/11: „Es ist fast unverständlich u. immer wieder dasselbe: Insgesamt kämpft der Russe mit fanatischer Zähigkeit. Im einzelnen betont er immer wieder seine Kriegsmüdigkeit, seinen Willen überzulaufen, seinen Haß gegen die Kommissare, die ihn mit der Pistole zum Kampf zwingen. Es sind 2 Haltungen, die sich aufs Schlechteste vereinigen lassen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denn alle Zustände sind hier denkbar primitiv. Die Stadt Bobruisk von 91 000 Einwohnern – die jetzt meist fort sind – ist ein hauptsächlich aus Holzhäusern bestehendes Drecknest. Die Hauptstraße erinnert in Königsberg an den Nassen Garten[140]. Wohnungs-Einrichtungen gibt es nicht. Die Leute haben auch nichts, da ihnen ja alles seit 20 Jahren fortgenommen ist. Unsere Dolmetscher sagen immer, die Menschen seien froh, daß die Deutschen da wären. Zweifellos wäre es ein Segen, wenn der Bolschewismus, seine Methoden u. seine Wirkungen von dieser Erde verschwänden. Er ist greulich. Aber er ist ein widerliches Tier, das sich wütend wehrt."

(19) Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 4. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 79)
„Jeden Tag giebt es neue Krisen, nervenaufreibende Augenblicke, und wir sind dieses Bobruisk hier reichlich satt. Dazu ist das Leben, das man führt, reichlich ungesund. Viel zu viel Fleischnahrung in Ermangelung von anderem, viel zu viel Rauchen, wenig Bewegung, immer wieder unterbrochene Nächte, in denen sich bald dies, bald jenes ereignet, und von denen man am Tage halb zerschlagen ist. Die Gedanken kreisen nur immer um unsere Kampfsorgen und finden für keine Ausspannung Zeit. Schön ist es hier nicht."

(20) Brief an seine Frau, 19. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 84)
„Wir stehen am Ende einer Operations Periode[141]. 2 russische Korps mit 7 Divisionen sind vernichtet. Wir selbst haben an 10000 Gefangene, die Armee insgesamt etwa 50000. Kriegsmaterial, vor allem Artillerie, Fahrzeuge u. s. w. steht in unübersehbaren Mengen in den Wäldern herum. Die Russen haben es meist in den Sumpf gefahren, damit wir es nicht gebrauchen können. Nachdem die Fronten bei dieser Einkesselung durcheinandergekommen u. die feindlichen Verbände zerbrochen sind, wimmelt es nun wieder einmal in den Wäldern pp. von einzelnen russischen Gruppen oder Leuten. Denn eine unendliche Anzahl hält sich versteckt oder sucht auf Schleichwegen der Gefangenschaft zu entgehen."

(21) Brief an seine Frau, 23. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 86–88)
„Trotz aller Niederlagen hat der Russe doch eine erstaunliche Widerstandskraft aufgebracht. Gestern las ich die Aussage eines gefangenen russischen Armeebefehlshabers, der behauptete, sie würden weiterkämpfen, auch wenn Moskau verloren ginge. Ich möchte es auch meinen. Eine Änderung wird nur kommen, wenn innerlich das System in Rußland zu Fall kommt. Ob jetzt die Voraussetzungen dafür schon ge-

[140] Arbeiterviertel am Industriehafen im Südwesten Königsbergs.

[141] Am 5. 8. 1941 war das XXXXIII. A.K. von Bobrujsk aus wieder zur Offensive übergegangen, überschritt in den folgenden Tagen handstreichartig die Berezina und den Dnepr und beteiligte sich an der Kesselbildung von Gomel (24. 8. aufgelöst, 78000 Gefangene). Mit dem Erfolg von Gomel eröffnete sich die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Heeresgruppen Mitte und Süd zur Vernichtung der sowjetischen Kräfte im Raum Kiev. Ein entsprechender Befehl Hitlers erging bereits am 21. 8. 1941 und verlagerte damit den Angriffsschwerpunkt der Heeresgruppe Mitte vorübergehend nach Süden. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 510f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaffen sind, ist mir zweifelhaft. Es scheint in Rußland alles unter einem furchtbaren Terror zu stehn, der vorläufig keine andere Meinung aufkommen läßt. Nachdem wir die Russen so unerwartet überfallen haben mit dem Krieg, kann man sich auch vorstellen, daß viele, auch ihm nicht gleichdenkende, aus Vaterlandsliebe auf Stalins Seite treten. [. . .] Die Städte sind alle *völlig* verbrannt. Wir kampieren – wohnen kann man es nicht nennen – in trostlosesten Dörfern. Heute hause ich in einer Schulklasse, denn die Schulen sind gewöhnlich noch das Sauberste. Alle Häuser sind in einem verkommenen Zustand. Nach Aussage der Einwohner gilt es hier, alles möglichst häßlich u. verarmt zu machen, um nicht als Besitzender verfolgt zu werden. [. . .] Der Krieg hier kommt uns sehr teuer. Ob er wirklich nötig war?"

(22) Brief an seine Frau, 1. September 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 89)
„Fast laufend wechseln die Lagen und treten neue Forderungen heran[142]. Das geht nun ununterbrochen seit 10 Wochen. Am meisten zu bewundern ist aber der einfache Infanterist, der ohne Quartier, Tag u. Nacht beansprucht, all dies ausbadet. Wenigstens ist das Wetter hier leidlich günstig. Wir haben ununterbrochen sommerliche Wärme. Eigentlich war bis auf wenige Tage der ganze Sommer so. [. . .] Ich bin überzeugt, daß dieser Krieg noch lange dauert. In diesem Jahr wird er nicht beendet. Der Russe hofft auf den Winter. In dieser Zeit reorganisiert er seine angeschlagene Armee und greift dann auf Befehl der Engländer u. auf eigenen Wunsch im Frühjahr wieder an. Engländer und Amerikaner aber freuen sich, daß Nat.Soz. u. Bolschewisten sich gegenseitig so schwächen, daß sie hoffen, beide könnten ihnen nicht gefährlich werden. Wir müssen uns jedenfalls auf das nächste Kriegsjahr einstellen."

(23) Tagebuch, Muroviika Baklanova 11. September 1941 (BA-MA, N 265/11)
„Besprechung mit Ob. 2 Armee Generaloberst v. Weichs. Neue Operation gegen Kiew[143]. Die Heeresgruppe [Mitte] entzieht dem Schwerpunktsflügel, der die Nordzange bildet, das XIII. Korps mit den beiden besten Divisionen. Sie hat kein Interesse an der Lage der Südheeresgruppe. Dafür schickt sie einen Befehl, es solle aber alles schnell gehen. Dazu totmüde, abgekämpfte schwache Truppen. Kurzsichtige Leute dort, die an ihre eigene Operation nur denken. So sieht es gerade von hier gesehn aus. Alle Beteiligten sind sprachlos über diese Lösung. Dazu bleibt das A.O.K. 2 bei der Heeresgruppe Mitte, ist aber auf Zusammenarbeit mit Süd ‚angewiesen'. Man faßt sich an den Kopf. Ich sage der Armee, man solle mal der Truppe einige Tage Ruhe geben, das würde sie durch vermehrte Leistungen danken. Alle, die die

[142] Nach der erfolgreichen Schlacht von Gomel war das XXXXIII. A.K. zunächst weiter östlich nach Starodub, dann Ende August nach Süden in den Raum nördlich von Černigov verlegt worden und kämpfte sich in südlicher Richtung vor.

[143] Das XXXXIII. A. K. erhielt den Auftrag, von Černigov (am 9. 9. eingenommen) nach Südosten vorzustoßen und den nördlichen Umfassungsangriff zur Bildung des Kessels von Kiev in Bewegung zu halten. Das Generalkommando wurde aber bereits am 17. 9., also vor Ende der Operation (Auflösung des Kessels: 25. 9., 665 000 Gefangene, 884 Panzer, 3436 Geschütze), herausgezogen und nach Černigov zurückgenommen. Zur Schlacht von Kiev vgl. DRZW, Bd. 4, S. 510–516.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zustände kennen, nicken mit dem Kopf. Unsere Armee tut dann auch, was sie in dieser Richtung erreichen kann."

(24) Kriegsbericht an seine Familie, 12. September 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 92–96)

„Der Zustand der russischen Truppen, die uns gegenübertraten, hat sich in der letzten Zeit zweifellos verschlechtert. Vor allem ist die russische Infanterie ein wildes Durcheinander vermengter Truppenteile, die – wie sie gerade greifbar waren – in die Schlacht geworfen werden. Regimenter, mit kaum ausgebildetem Ersatz aufgefüllt, Divisionen, in denen sich die Reste zweier oder 3 früher zerschlagener wiederfanden, sind an der Tagesordnung. Panzerkorps treten als Infanteristen auf, die keine Panzer mehr haben, Luftlandebrigaden, die nichts mehr zum Landen besitzen. Trotzdem sind es immer wieder Menschenmassen, denen man mit unseren doch schon recht geschwächten Verbänden begegnet und wenn – wie jemand sagte – von 1000 schießenden Idioten auch nur 50 treffen, so fallen eben bei uns soviel brave Leute aus und wird dieser Ausfall bitterer als drüben empfunden. Leider sehr gut ist die russische Artillerie. Sie trifft und ist unerwünscht beweglich. Auch die Flieger sind schneidig und fliegen unter schwierigsten Witterungsbedingungen. Erst als unsere Jäger 15 abgeschossen hatten, bekamen wir hier eine gewisse Erleichterung. Am unangenehmsten empfindet der Deutsche immer wieder die hinterlistige Kampfweise des Russen. Selten trifft man ihn im freien Feld, und dann nur versteckt im Getreide hokken. Meist kriecht er in Wald, in Kusseln[144] und Sumpf und führt dort den Kampf mit Überfall und von rückwärts, wie die Läuse klebt das Volk im undurchsichtigen Gelände fest und ist auch bei zweimaligem Durchkämmen oft nicht herauszukriegen. So stellt dieser Kampf unerhört hohe Anforderungen an unsere Truppe. Man kann nur den Hut abziehen vor dem, was von ihr geleistet wird. Seit 11 Wochen jeden Tag angreifen, bald morgens, bald mittags und trotzdem immer wieder vor dem Feind stehen, jede Nacht draußen liegen in der Spannung, kommen diese braunen Kerle oder nicht, jeden Tag von den dicken, widerlich krachenden Granaten beschossen werden, jede Nacht in der Kälte und Nässe draußen sein, dazwischen in oft knietiefem Schmutz umherstapfen oder maskenartig verstaubt zu sein, es ist unerhört Großes, was da geleistet wird. [. . .]

Wir sind nun seit 14 Tagen in der Nord-Ukraine, nicht allzuweit von Kiew. Sie ist auf der Karte von Weißrußland durch eine richtige Landesgrenze, im Gelände durch Zerstörung fast aller Wegeverbindungen getrennt. Nur einzelne große Straßen führen durch, auf allen kleineren Verbindungen sind die Brücken im wahrsten Sinne ‚abgebrochen'. Das Wetter ist hier noch warm, die Wege sind endlich einmal fest geworden. Denn der Sand Weißrußlands ist dem Lehm der Ukraine gewichen. Die Bevölkerung ist besser gekleidet. Wochenlang haben wir das weibliche Geschlecht ausnahmslos nacktbeinig herumlaufen sehen. Hier haben sie plötzlich hohe Stiefel an. Die Dörfer sind alle wenigstens 2 km im Durchmesser, ja es gibt solche, die

[144] Norddeutsch: niedriges Gebüsch.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

8–10 km lang sind. Sonnenblumen- und Tabaksfelder umgrenzen die Ränder (auch wieder ein beliebtes Versteck für die russischen Soldaten). Alle Menschen kauen Sonnenblumenkerne, wir bereits auch. Viehherden gibt es – wie im übrigen überall seit der deutschen Grenze – in grosser Menge. Das Schwein läuft als Haustier – allerdings oft trichinös – auf der Straße und in der Stube herum. Auch an Getreide mangelt es nicht, wenn auch der Boden nach unseren Begriffen schlecht ausgenützt ist.

So können wir hoffen, daß aus den eroberten Gebieten für das kommende Ernährungsjahr manches herauszuholen ist. Wir schlemmen zur Zeit in Honig, den es in großer Menge gibt. Auch Hühner und ganze Gänseherden bevölkern die Umgebung der Ortschaften. Das Kolchos-System scheint mir einen Vorteil zu bringen: daß nämlich an Stelle der Kleinfelderwirtschaft des Bauern rittergutähnliche Großfelder des Dorfes treten, die für die Ernährung des Volkes mehr leisten als Kleinbauernbesitz. Aber der Dorfbewohner in Rußland kommt, sobald wir ein Dorf besetzen, als erstes mit der Frage: Wann erhalten wir unser Land zurück, das man uns fortgenommen hat."

(25) Kriegsbericht an seine Familie, [Černigov] 19. September 1941 (BA-MA, N 265/16, Bl. 78–82)

„Wir sitzen nun in Tschernigow in einer russischen Kaserne, von deren Zimmerdecken nachts die Wanzen Stuka-Angriffe machen. Nachdem wir eigentlich seit dem 22. Juni ununterbrochen in höchster Anspannung gewesen sind, kommen wir uns auch in diesen Verhältnissen wie beurlaubt vor[145].

Tschernigow war einmal eine sehenswerte Stadt von 150000 Einwohnern. Sie ist jetzt buchstäblich ein völliger Trümmerhaufen. Das Maß der Zerstörung der russischen Städte geht weit über das hinaus, was man bisher erlebt und gesehen hat. In Tschernigow stehen tatsächlich nur vereinzelte, durch Zufall nur beschädigte Gebäude *in* der Stadt und ärmliche Holzhütten an den äußersten Stadtenden. Sonst ist die Stadt ein rauchender Trümmerhaufen, in mitten dessen die Ruinen Jahrhunderte alter Kirchen aufragen, deren 2 m dicke Mauern auch modernen Geschossen getrotzt haben. Dafür sind sie fast alle völlig ausgebrannt. Wo dies nicht der Fall ist, sind sie in einem derart grauenhaften Zustand der Verkommenheit, Verwüstung und Verschmutzung durch den Bolschewismus, daß man sich schaudernd abwendet. [...] Was Bolschewismus plus Krieg in den Städten dieses Landes vernichtet haben bzw. vernichten, geht weit über das Maß des 30-jährigen Krieges hinaus. Auf dem platten Lande dagegen ist schon nach wenigen Tagen kaum etwas vom Kriege zu merken. Wenn die Dörfer auch noch so beschossen sind und dadurch eine Anzahl der armseligen Panjehütten zerstört ist, wenn noch so viele Kälber, Hühner, Gänse und trichinöse Ferkel aufgegessen sind, im Großen verändert sich das Bild der Landschaft nicht. Man empfindet die zerstörende Gewalt des Krieges erst, wenn man sich mit

[145] Nachdem das Generalkommando am 17. 9. aus der Kesselschlacht von Kiev herausgezogen worden war, gewährte man ihm einige Tage der Ruhe in Černigov, bevor es am 23. 9. in die Gegend nordwestlich von Brjansk verlegt wurde, um an der Offensive auf Moskau teilzunehmen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einzelheiten oder den menschlichen Schicksalen beschäftigt. Da wird man später allerdings wohl Bücher drüber schreiben können. In den Städten ist die Bevölkerung so gut wie restlos verschwunden. In den Dörfern sind nur Frauen, Kinder und Greise da. Alles übrige schwimmt, losgerissen von seiner Heimat, im riesigen Rußland umher, liegt nach Gefangenenaussagen zu Menschenklumpen geballt auf den Bahnhöfen und bettelt die Soldaten um ein Stückchen Brot an. Ich glaube, die Opfer, die der Krieg unter diesen Entwurzelten durch Krankheit bzw. Überanstrengung fordert, sind ähnlich groß wie die blutigen Verluste. Vielleicht werden diese Zustände zusammen mit den Niederlagen im Kampfe doch einmal in Rußland eine Opposition gegen das herrschende System erzeugen. Wie ich neulich schon schrieb, ist vorläufig davon jedoch noch garnichts erkennbar. Die Sowjets sind im Lande so gefürchtet, ihr Terror ist so rücksichtslos, daß niemand aufzumucken wagt. Große Teile der Jugend sind außerdem absolut überzeugte Kommunisten, die auf dem Standpunkt stehen, ein primitives Volk wie das russische braucht derartige Regierungsmethoden. Es wird daher noch eines langen und nachhaltigen Druckes bedürfen, bis die inneren Zustände in Rußland so unbefriedigend sind, daß eine wirkliche Lähmung des Widerstandswillens eintritt. Der Ausfall der Ukraine, die Bedrohung des wichtigen Industriegebietes um Charkow, die Ausschaltung von Petersburg sind Abschnitte auf diesem Wege. [. . .]

Zur Zeit werden alle russischen Kriegsgefangenen, die aus den eroberten Westgebieten stammen, in ihre Heimat entlassen[146]. Sie werden hier dringend gebraucht, weil alle männlichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlen. Es ist ferner wohl auch eine Vorbereitung von neuen Randstaaten. Die Engländer vermuteten einmal, wir würden eine selbständige Ukraine, ein ebensolches Weißrußland und Baltikum schaffen. Jetzt sind wir weit genug vorn, um derartiges allmählich einleiten zu können."

(26) Brief an seine Frau, 29. September 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 112)

„Wir stehen dicht vor der Entscheidungsschlacht in Rußland[147]. Wir können zuversichtlich hoffen, daß auch sie einen großen Erfolg bringt. Ob er die Ausmaße der Schlacht bei Kiew erreichen wird, ist mir nicht sicher. Die Entwickelung der Gesamtlage im Osten wird aber weitgehend davon abhängen, was von uns in der nächsten

[146] Ein von Generalquartiermeister Wagner unterzeichneter Befehl des OKH hatte bereits am 24. 7. 1941 die Entlassung kriegsgefangener Volksdeutscher, Ukrainer, Litauer, Letten und Esten vorbereitet (IfZ, MA 1564, Nürnberger Dokumente, Rolle 31, NOKW-2423). Er wurde in den folgenden Monaten u. a. auch auf Weißrussen ausgedehnt und von den Armeeoberkommandos umgesetzt, vor allem um die Ernte zu sichern.

[147] Mit dem Unternehmen „Taifun" sollte die Heeresgruppe Mitte den Durchbruch nach Moskau erzwingen. Der Angriff am 2. 10. 1941 führte zunächst zu den deutschen Erfolgen in der Doppelschlacht von Vjaz'ma und Brjansk. Im Rahmen dieser Operation überschritt das XXXXIII. A.K. die Desna bei Žukovka (nordwestlich von Brjansk), rückte auf Žizdra vor und bildete die Nordflanke des Kessels von Brjansk. Zur Operation „Taifun" vgl. Reinhardt, Wende, S. 49–101; DRZW, Bd. 4, S. 575–585.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeit erreicht wird. In Kiew sollen insofern unerfreuliche Verhältnisse sein, als laufend von den Russen versteckte und zurückgelassene Minen u. Brandladungen in die Luft gehen[148]. Die Art u. Weise der Kriegführung hierzulande hat mit anständigem Kampf nichts mehr zu tun."

(27) Brief an seine Familie, 8. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 155f.)
„Was in diesem so unschönen Lande von Schönheit vorhanden war, hat der Bolschewismus gründlich zerstört. Die wenigen Reste, die er übrig gelassen hat, vernichtet nun als Letztes dieser Krieg.

Der Feind ist von unserem Angriff am 2. Oktober wieder überrascht worden. Wir selbst haben bei der Offenheit der Vorbereitungen das kaum für möglich gehalten. Weder der Zeitpunkt noch die Angriffsrichtungen waren dem Russen bekannt. So ist es dazu gekommen, dass nach dem Durchbruch durch die feindlichen Stellungen am ersten und zweiten Kampftage ganze Korps – dabei auch meine linke Flügeldivision – ohne Feindberührung einfach vormarschieren konnten. Trotzdem sind die Kämpfe noch längst nicht zu Ende. Wir müssen damit rechnen, dass der eingeschlossene Feind mit dem Mut der Verzweifelung aus dem Kessel ausbrechen will. Was das heisst, haben wir bereits 2 mal kennen gelernt. Aber im grossen muss man sagen, dass der Gegner bereits geschlagen ist und nun den bisher verbliebenen Kern seines Heeres, der Moskau verteidigen sollte, verlieren wird. Am Ende des Monats wird er ohne Hauptstadt und ohne das berühmte Industrie Gebiet des Donezbeckens dastehn, vor allem aber mit einem aufs äusserste geschwächten Heer. Es wird dem Russen nicht leicht sein, diese Verluste zu ersetzen. Trotzdem ist nicht damit zu rechnen, dass der Kampf mit ihm zu Ende ist. Jeder Gefangene hat bisher gesagt: Und wenn wir bis an den Ural geworfen werden, Friede zwischen Euch und uns gibt es nicht. Der Bolschewist kann mit dem Nationalsocialisten keinen Frieden machen. Eine Einigung zwischen beiden ist unmöglich. Wir sind wohl schwer geschlagen, aber nicht besiegt. Wir vertraun auf die Grösse unseres Landes, auf seine riesigen Menschen Reserven. Und auf die Hilfe Englands und Amerikas.

So wissen wir nicht, wieweit wir uns durch dies unwirtliche verlassene Land noch werden vorkämpfen müssen. Überall ist wieder Wald, Sumpf und schlechte Wege. Bisher war uns in den ersten Tagen der Offensive die Witterung sehr günstig. Wenn es aber jetzt nass wird, dann werden wir grosse Marschschwierigkeiten erleben."

[148] Nach der deutschen Einnahme von Kiev am 19. 9. 1941 waren in der Stadt zahlreiche von der Roten Armee vorbereitete Sprengsätze zeit- und ferngezündet worden, die zu Großbränden und erheblichen personellen Verlusten geführt hatten. Die deutsche Reaktion waren harte Repressalien gegen „Partisanen und Juden". Der Massenmord von Babij Jar muß wohl u. a. auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 514–516; Hartmut Rüß, Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar?, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), Heft 2, S. 483–508.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(28) Kriegsbericht an seine Familie, [Kozel'sk] 23. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 120–123)

„Die Gegend von Kaluga, die wir zur Zeit erreicht haben[149], ist im Gegensatz zu den uns bisher bekannten Landstrichen ein ausgesprochen bewegtes Hügelland mit Höhenunterschieden bis zu 60 Metern. Die Wasserläufe sind still und tief eingeschnitten und bilden den Grund für starke Steigungen der Wege. Der Boden ist schwerer Lehm, teilweise schwarze Erde, bei Regen wird er zur Seife. Die Bewohner des Landes sehen wie die Eskimos aus. An den Füßen haben sie niederige Bastschuhe, um die Waden kniehohe Filzwickel oder Filzstiefel, ihren Körper verbirgt ein altmodischer dicker brauner Schafspelz (schützt gegen Bombensplitter), um den Kopf haben sie dicke Tücher gewickelt, aus denen nur Augen und Nase herausschauen. Schweine und Hühner wohnen mit ihnen in ihren armseligen Hütten in der Stube. Sie selbst schlafen auf dem Ofen. Wanzen und Läuse bevölkern die Stube. ‚Eine trostlose Geographie' kann auch ich nur zusammen mit meinem württembergischen Hauptmann G. ausrufen! Dies Volk ist schon garnicht mehr mit unsern Maßstäben zu messen. Ich glaube, man könnte ihm nur wirklich gerecht werden, wenn man nicht wie wir allmählich zu Fuß zu ihm vordränge, sondern wie in einem fremden Erdteil mit dem Schiff zu ihm führe und, indem man von unsern Ufern abstieße, innerlich jede Verbindung mit dem löste, das wir zu Hause gewohnt sind. Immer wieder muß ich unsern neuen Dolmetscher[150], einen Fabrikbesitzersohn aus Odessa und jetzigem Privatdozenten in Königsberg fragen, ob und warum es niemand in diesem Lande gegeben hat, der diesem Schlendrian, dieser Gleichgültigkeit entgegengewirkt hat. Jedesmal erhalte ich die Antwort: Der Russe ist eben völlig passiv, er tut was ihm befohlen wird und ist, angeleitet und geführt, ein williger und vorzüglicher Arbeiter. Aber aus und von sich heraus unternimmt er nichts, findet sich mit den jammervollsten Umständen ab und kennt überhaupt kein Bestreben, sie zu bessern. Er hungert und darbt lieber, als daß er sich durch eigene Unternehmungen in Arbeit, womöglich in Sorgen stürzt. [. . .] Dabei könnte aus diesem Land Unendliches herausgeholt werden. Wieviel Land liegt hier ungenützt brach. Wie dünn besiedelt sind hier unendliche Flächen. Wie ungepflegt, in keiner Weise nutzbringend bewirtschaftet ist der Wald. Aufgeforstet wird hier überhaupt nicht. Holz wird nach Bedarf herausgeschlagen, im übrigen es der Natur überlassen, ob sie nachwachsen läßt. Wenn man nun, von dieser Wesensart der Russen ausgehend, weiterfragt: Was soll denn nur in Zukunft mit diesem Lande werden? Glauben Sie, daß die Russen auf Grund der Niederlagen das bisherige System beseitigen werden? so erhält man die Antwort: Dazu sind sie von sich aus nicht imstande. Es ist niemand da, der sich dazu aufraffen wird. Es bleibt nichts

[149] Noch vor Auflösung der Kessel von Vjaz'ma und Brjansk (18. 10. bzw. 20. 10., insgesamt 663 000 Gefangene) war Heinricis Korps in nordöstlicher Richtung über Suchiniči und Kozel'sk auf die Oka vorgegangen und besetzte bis Ende Oktober das Flußtal zwischen Kaluga, Lichvin und Belev. Dieser Vormarsch wurde durch die am 16. 10. einsetzende Schlammperiode behindert und schließlich weitgehend gestoppt.

[150] Leutnant Beutelsbacher, Dolmetscher in der Abt. Ic (Nachrichten und Abwehr) des Generalkommandos.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übrig, als ihnen im besetzten Gebiet eine Regierung hinzustellen. Sie lieben an sich den Bolschewismus nicht. Allzuviele haben durch ihn nahe Angehörige verloren. Alle leben im dauernden Druck der Bespitzelung und Furcht. Die Bauern wollen außerdem das enteignete Land wiederhaben. Die alten Leute sehnen sich nach ihrer Kirche (ich habe erlebt, wie in Tschernigow eine alte Frau knieend an uns bedankte, daß sie nun wieder das Gotteshaus besuchen könnte). Die übrigen Menschen empfinden ihre wirtschaftliche Lage als zu schlecht. Freunde hat also der Bolschewismus im Lande nicht. Aber ihn aus eigener Kraft zerschlagen, das kann Rußland nicht mehr. – Und wenn wir nun in den besetzten Gebieten eine neue Regierung aufstellen sollten, was wird im unbesetzten? Darauf bekommt man keine Antwort. Da endet es mit dem berühmten Achselzucken und dem Wort: Nitschewo. Niemand weiß, wie sich diese Dinge gestalten werden. Im Führerhauptquartier wird man dazu wahrscheinlich Pläne haben. Ich selbst habe kein rechtes Bild, was da werden soll. [. . .]

In seinem Verhalten während dieser Kämpfe war der Russe ganz unberechenbar. Einmal kämpfte er tapfer wie je, dann wieder zerstreute er sich in den Wäldern, und ließ sich dann einfach aufsammeln. Ich habe Russentrupps von 10–20 Mann unbewaffnet angetroffen, die nur die Richtung wissen wollten, wohin sie in die Gefangenschaft gehen sollten und vergnügt dankten, wenn man ihnen die nächste Stadt – Shistra – nannte. Andere kamen aus den Wäldern mit erhobenen Händen gelaufen, wenn sie einen Deutschen sahen, um sich zu ergeben. In einem Fall führten sie die Handreichungen aus, als wir eine eroberte Batterie umdrehten, um mit ihr nach den eigenen Leuten zu schießen. Hunderte fahren als Panjefahrer oder Kraftfahrer im Dienst unserer Divisionen. Bei fast allen Einheiten sind russische Soldaten, die etwas Deutsch können, als Dolmetscher tätig. [. . .] Es beginnt also doch drüben zu kriseln, die ungeheuren Ausfälle an Menschen und Material machen sich bemerkbar und zwingen den Russen, Leute an die Front zu stecken, die so gut wie unausgebildet sind, und keinen soldatischen Willen bzw. Erziehung besitzen. Unsere von Flugzeugen abgeworfenen Propagandazettel, auf denen ein sogenannter ‚Passierschein' aufgedruckt ist, werden von den russischen Soldaten wie Kostbarkeiten gesucht und aufbewahrt."[151]

(29) Brief an seine Frau, [Kozel'sk] 24. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 124)

„Wegen der Weihnachtsgeschenke aus Moskau mach dir kein Kopfzerbrechen. Vorläufig verteidigt es der Russe mit größter Verbissenheit. Es wird noch manches Blut fließen, bis wir soweit sind, aber wir werden es bekommen.

Ob wir in das Kommunistennest aber hineingehn oder es verhungern und erfrieren lassen, statt wilde Straßenkämpfe aufzuführen, werden wir erst noch mal sehn[152]."

---

[151] Vgl. Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, passim.

[152] Nach den Erfahrungen mit den Fernsprengungen in Kiev hatte Hitler am 7. 10. 1941 grundsätzlich befohlen, Moskau, Leningrad und andere Großstädte nicht mit Truppen zu besetzen, sondern zu umgehen, zu zernieren und durch Bombardement zu zerstören. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 515f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(30) Tagebuch, Kozel'sk 25. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/11)

„Alles stoppt, wegen der Nässe u. Wege. Kurz vor dem Ziel Moskau hängt alles fest[153]. Endlich haben wir das Kräfteverhältnis 4 deutsche gegen 1 russische Division. Wir können es nicht zum Tragen bringen. Die Autobahn nach Moskau war tagelang rettungslos verstopft: die 9. *und* 4. Armee sind auf sie angewiesen. Jetzt sind zwei rückwärtige Inf. Divisionen zur Verkehrsregelung angesetzt. Dabei verteidigt der Russe eigentlich nur die Straßen. Zwischen ihnen ist wenig. Aber auch wir gehn und kommen vielleicht nur an den Straßen vor. So ist alles aufs höchste unbefriedigend. Ich sage zum Chef, Oberst Blumentritt[154]: Uns fehlen die 4 Wochen des serbischen Feldzugs. Ja, antwortet er, außerdem aber jene 3, welche unsere obersten Stellen in der 2. Juli-, 1. Augusthälfte verredet haben, als sie sich nicht darüber einig werden konnten, ob das Ziel unseres weiteren Angriffs Moskau oder das Industriegebiet im Donez werden sollte[155]. Damals haben wir Wochen schönsten Wetters verpaßt. Damals wurde eine Operationspause angesagt. – Es stimmt, es waren jene unerfreulichen Tage für uns bei Bobruisk, in denen schon immer davon gesprochen wurde, die oberste Führung schwanke, was zu tun sei. Der Führer wolle die Industrie, Brauchitsch[156] Moskau. Unsere Schlacht von Gomel hat sodann zwangsläufig die Dinge in eine Richtung geführt, der sich niemand entziehen konnte, nach Süden. Aber auch dann hatten wir das Gefühl, daß sie nur zögernd eingeschlagen wurde, und mit halbem Herzen und mit unzulänglichen Mitteln. Wir haben es ja ausbaden müssen. Denn das Sinnen u. Trachten der Heeresgruppe Bock war allein auf Moskau gerichtet. Nun muß sie ihre Fehler bezahlen. Das Wetter nimmt ihr die Möglichkeit eines leichten Sieges."

(31) Brief an seine Frau, [Lichvin] 27. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 119)

„Bei uns selbst ist jede Hoffnung aufzugeben. Wir sitzen im Schlamm u. unergründlichen Wegen mit dem ganzen Nachschub fest, die Kraftwagen haben kein Benzin, die Leute kein Brot, die Pferde keinen Hafer[157]. Meist wissen die Leute auch gar-

---

153 Vgl. auch den Kriegsbericht an seine Familie, [Lichvin] 30. 10. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 125: „Die Hand ist nach der Hochburg des Kommunismus gewissermaßen schon ausgestreckt. Weitgehend ist unsere Überlegenheit! Und seit 10 Tagen verharrt der Läufer um den Sieg auf derselben Stelle und bringt die Füße nicht mehr aus dem Schlamm!"

154 Günther Blumentritt (1892–1967), Oberst, Okt. 1940–Jan. 1942 Chef des Generalstabs der 4. Armee, deren Hauptquartier in Juchnov Heinrici an diesem Tag besuchte.

155 Zu den langwierigen, von einer gewissen operativen Stagnation begleiteten Auseinandersetzungen über die Zielrichtung Moskau (Brauchitsch, Halder, Bock) oder südliches Industriegebiet (Hitler, OKW) von Mitte Juli bis Mitte August 1941 vgl. DRZW, Bd. 4, S. 489–496, 503–507; Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn u. a. 1991, S. 278–284.

156 Walther von Brauchitsch (1881–1948), Generalfeldmarschall, Febr. 1938–Dez. 1941 Oberbefehlshaber des Heeres.

157 Vgl. Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 222: „Der stets sachlich und nüchtern urteilende Kommandierende General des XXXXIII. A.K., Heinrici, suchte mich [am 29. 10. 1941] auf und schilderte die schlechte Versorgungslage seiner Truppen, die unter anderem seit dem 20. Oktober kein Brot mehr erhalten konnten."

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht, wo ihre Kraftwagen feststecken. Da auf Änderung des Wetters nicht fest zu rechnen ist, werden *wir* wohl nur sehr allmählich voran kommen. Andere, mit günstigeren Straßenverhältnissen haben nur noch 60 km bis Moskau, und werden wohl bälder vor dessen Toren erscheinen. Jedenfalls hat das Wetter uns einen Knüppel zwischen die Beine geworfen, den niemand erwartete und der sehr ungünstig für uns ist. Niemand wagt sich u. kann sich auch nur eine Vorstellung davon machen, wie die Wege hier zu Lande aussehn. Ein dicker Brei schwimmt 30–40 cm hoch auf der Straßendecke und wird wie ein Schlammwall vor den Wagen vor sich her geschoben, bis es nicht mehr geht. Wir haben an sich nur noch einen Bruchteil unseres zuständigen Laderaums. Bei den Verhältnissen gehn jetzt noch mehr Kraftwagen kaput. Unsere guten Personenwagen haben wir gestern bei unserm Stellungswechsel auch schon nicht mehr mitgenommen, sondern 60 km rückwärts stehen lassen. Wir hoffen natürlich immer wieder auf Wetterbesserung. Aber es fängt meist am 3. Tage zu gießen an, wenn es 2 Tage nur getröpfelt hat."

(32) Kriegsbericht an seine Familie, [Lichvin] 30. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 125f.)

„Sobald es Winter ist, sollen Wölfe und Elche in Menge sich aus den Forsten an unser Oka-Tal heranziehen. Aber dann werden wir hoffentlich nicht mehr hier, sondern bei Moskau sein. Ich sprach neulich mit einem Armeeführer über das, was dann weiter kommt. Ja, meinte er, dann werden wir wohl zum Winterschlaf übergehen, der häufig genug von den Russen gestört werden wird. Gut, sagte ich, und im nächsten Frühjahr beginnt ein Krieg wie in China. Hier und dort entstehen oder zeigen sich neue Armeen, die in einem Sonderfeldzug niedergeworfen werden müssen. So wird es wohl sein, meinte er."[158]

(33) Kriegsbericht an seine Familie, [Lichvin] 5. November 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 127)

„In der Gegend gibt es viel Partisanen. Die bolschewistische Regierung hat angeordnet, daß alle Parteimitglieder zum Zweck dieser Tätigkeit zurückbleiben[159]. Sie vernichten die Vorräte – in Lichwin haben sie für 8 Millionen Mark Leder verbrannt – und führen Überfälle aus, wiederholt bedauerlicherweise auch nicht ohne Erfolg. Vor allem überfallen sie die kleinen Beitreibungskommandos, welche die Truppe in die Gegend schickt, um sich Verpflegung zu besorgen. Sie halten sich Tags in Schlupfwinkeln in den Wäldern und Schluchten auf, nachts holen sie sich aus den Dörfern Lebensmittel. Unser russischer Dolmetscher hat mit großer Energie ihre Bekämpfung aufgenommen. Die Bevölkerung zeigt sie vielfach an, da sie sich vor der

[158] Vgl. Heinricis Tagebuch, 29. 10. 1941, in: BA-MA, N 265/11, über einen Besuch bei Generaloberst Guderian, dem Oberbefehlshaber der ihm seit 19. 10. vorgesetzten 2. Panzerarmee: „Kriegsaussichten in Bezug auf Rußland? Guderian fürchtet ähnlich wie ich: ein öfters heftig durch den Russen gestörter Winterschlaf, im kommenden Jahr ein Krieg wie Japan in China."

[159] Vgl. Hesse, Partisanenkrieg, S. 53f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bedrückung durch sie fürchtet. Nur mit Unterstützung der Bauern kann man ihrer habhaft werden. Dem Dolmetscher ist es gelungen, in den verflossenen 3 Tagen 15 zu fangen und zu erledigen, darunter mehrere Frauen. Die Partisanen sind fest untereinander verschworen. Sie lassen sich erschießen, ohne ihre Kameraden zu verraten. Sie wissen, daß sie ohne Rücksicht vernichtet werden. Trotzdem sagen sie kein Sterbenswort aus und behaupten, von nichts etwas zu wissen. Sie besitzen richtige Hamsterlager. In einem wurden vorgestern 3 Ctr.! Honig von unseren Leuten gefunden, ungerechnet der Kleider-, Fleisch- und Mehlvorräte. Neben den Partisanen treiben sich auch noch zahlreiche Rotarmisten in der Gegend herum, die aus den Kämpfen zurückgeblieben sind und teils mit, teils ohne Waffen herumvagabundieren, oft auch die Partisanen unterstützen.

Nachdem nun das Wetter den Bewegungen günstiger geworden ist, hoffen wir auf Moskau weiter vorzukommen. Die Nässeperiode hat dem Russen 14 Tage Zeit verschafft, Truppen heranzuschaffen und seine Lage zu verbessern. Wir müssen uns daher darauf ausrichten, daß wir nicht unerhebliche Kämpfe durchschlagen müssen."[160]

(34) Tagebuch, Grjasnovo 7. November 1941 (BA-MA, N 265/11)

„Ich sage Beutelsbacher, er soll Partisanen nicht 100 m vor meinem Fenster aufhängen. Am Morgen kein schöner Anblick. Moy[161] meint, Goethe hätte in Jena 3 Wochen im Anblick des Galgens gewohnt."

(35) Kriegsbericht an seine Familie, [Grjasnovo] 19. November 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 132–135)

„10°, 15°, 19° Kälte. Das sind die Temperaturen, unter denen wir seit dem 8. 11. arbeiten und kämpfen. Im auf und ab schwanken sie zwischen diesen beiden Zahlen. In ihrer Wirkung werden sie nur dadurch abgeändert, daß je nach Witterungslage bald völlige Windstille, bald eisiger Nord- oder Nordostwind ist. Sobald der zu wehen beginnt, ist es draußen fast unerträglich. Er sticht mit Nadeln ins Gesicht und bläst durch Kopfschützer und Handschuh. Die Augen tränen, daß man kaum etwas sehen kann. Und gerade bei solchen Bedingungen, als es minus 20° waren und dieser Wind wehte, haben unsere Leute 2 Tage im Angriff stundenlang, von Granatwerfern

[160] Der Übergang von der Regen- zur Kälteperiode seit dem 3. 11. erlaubte wieder Angriffsoperationen, die seit Mitte des Monats größeren Umfang annahmen, jedoch auf den neuformierten Widerstand der Roten Armee stießen. Das XXXXIII. A.K. erhielt von der 2. Panzerarmee (Guderian) die Aufgabe, den Vorstoß der Panzerverbände (XXIV. Panzerkorps) auf Tula von Nordwesten her zu unterstützen und aus dem Okagebiet um Kaluga und Lichvin auf Aleksin und darüber hinaus vorzugehen, um nördlich von Tula die Verbindung mit den Panzern herzustellen und die Einschließung dieses wichtigen Dreh- und Angelpunkts der Verteidigung Moskaus zu vollenden. Die schlechten Witterungs- und Nachschubbedingungen, die Erschöpfung der eigenen Kräfte und die heftige, nun auch wieder offensiv geführte Gegenwehr des Gegners ließen diese Offensive aber nur noch langsam vorankommen. Zu Wiederaufnahme und Scheitern der Offensive auf Moskau vgl. Reinhardt, Wende, S. 144–171; DRZW, Bd. 4, S. 592–600.

[161] Johannes Graf Moy (*1902), Schriftsteller, 1941/42 Sonderführer und Dolmetscher im Generalkommando des XXXXIII. A.K.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Maschinengewehren beschossen, auf dem knallhart gefrorenen Boden gelegen, wie im vorigen Jahr in Frankreich die Rebhühner sich von der leichten Schneedecke abhebend. Nur die gute Hälfte besaß Kopfschützer und Handschuh, und alle hatten nur unsere deutschen Mäntel und dünne alte Hosen[162]. Drüben lag aber der Russe in wattierten Uniformen, Jacken und Hosen, die wie Steppdecken aussehen, mit runden warmen Pelzmützen auf dem Kopf, an denen dicke Ohrenklappen sind. Es waren schon unerhörte Kampfbedingungen. Um das Maß voll zu machen, wirkten sich nun die Nachschubschwierigkeiten des Monatsanfangs erst völlig aus. Seit 8–10 Tagen gab es vorn weder Tee noch Kaffee, keine Zigarette oder Zigarre, geschweige denn Alkohol, oft auch kein Brot. Die Munition war so knapp, daß sie stellenweise verschossen war. Es ist fast ein Wunder, daß wir nur 180 Erfrierungen hatten, die ins Lazarett mußten.

[. . .] Diesen Partisanen ist nur mit Unterstützung der russischen Bevölkerung beizukommen. Sie gibt sie meist gern, denn sie selbst wird von diesen Räubern terrorisiert, ihrer Lebensmittel beraubt usw. Wir kämpfen gegen diese Pest einen andauernden Kampf. Aber er ist schwer zum Ende zu bringen, da die Räume zu unendlich, die Wälder zu groß, die Versteckmöglichkeiten zu viele sind. Unser Dolmetscher, Leutnant B[eutelsbacher], selbst Ukrainer aus Odessa, dem die Bolschewiken den Vater getötet, Mutter und Schwestern zum Straßenbau nach Sibirien geschickt und den Bruder beseitigt haben, kämpft mit verbissener Energie gegen diese Partisanen. Immer wieder zieht er mit den Feldgendarmen und unterstützt durch 3 ihm ergebene Rotarmisten (Bauernsöhne) aus und kommt nie nach Hause, ohne mehrere Räuber erschossen oder aufgehängt zu haben. Fast immer erleiden diese Leute mit stoischer Gleichmut den Tod. Sie verraten nichts und sagen nie etwas aus. Sie antworten nur, wenn sie in stundenlangem Verhör überführt sind: Ich tat es auf Befehl. Ein 18-jähriger junger Mensch, der sich als Chef der Partisanenreiterei bezeichnete, knüpfte sich selbst die Schlinge, rief: ‚Ich sterbe für den Kommunismus' und sprang hinein. Mein Bursche, der sich die Exekution auf dem Marktplatz ansehen gelaufen war, sagte: Er drängte sich förmlich zum Sterben. Solche fanatischen Kämpfer des Kommunismus gibt es in Menge. Immer wieder findet man sie in den Dörfern baumeln, viel mehr laufen aber herum. Als ich in unserem in Aussicht genommenen Quartier befahl, solche Aufgehängten zu beerdigen, weil dieser Anblick wohl gewohnt, aber vor den Fenstern nicht gesucht wird, zog die Bevölkerung den Gehenkten schleunigst die Stiefel und Pelze aus, nahm sie an sich und zerrte die Toten an den Stricken ins

[162] Heinrici hatte sich bereits Anfang Oktober um Winterbekleidung für sein Korps bemüht. Vgl. etwa sein Tagebuch, 10. 10. 1941, in: BA-MA, N 265/11: „Abends klarer Himmel, etwa 5° Frost. Erneuter Antrag auf Zuführung kleiner Winterbekleidung. Unsere Leute sind ja noch im Sommerhabit. Aber die Heeresgruppe hat ‚grundsätzlich' entschieden, Munition u. Verpflegung erlauben keinen Kleidernachschub. Grundsätzliche Entscheidungen scheinen mir meistens falsch. Einige Waggons lassen sich immer vorbringen u. können viel helfen. Jetzt wagt kein untergeordnetes Organ eine Übertretung der ‚grundsätzlichen' Entscheidung." Vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 225: „Am 16. November besuchte mich General Heinrici: Frostschäden, Kleidernot, Verlausung!"

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grab. So sieht es hierzulande aus. Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg. Nur der allein hat Recht, der sich im Besitz der Macht befindet. $6^1/_2$ Jahre meines Lebens habe ich ja nun im Kriege zugebracht, aber so etwas habe ich doch nicht erlebt.

Unsere Nachschubverbindungen sind noch immer höchst kümmerliche. In normalen Zeiten bekommt ein Korps alle 2 Tage einen Zug. Wir haben in 4 Wochen 2 erhalten. Das bedeutet, daß wir fast ganz aus dem Lande leben müssen. In Bezug auf Fleisch und Mehl ist das bisher gut gegangen. Allerdings mußten die Truppen das Brot selbst backen. Gemüse, Obst gibt es überhaupt nicht, abgesehen von Weißkohl, der aber jetzt natürlich erfroren ist. Allmählich beginnen aber die Kartoffeln knapp zu werden. Großen Teils stecken sie auch verfroren in der Erde. Bald ist nun aber der Landstrich, in dem wir sitzen, leer gefressen."

(36) Tagebuch, Grjasnovo 21. November 1941 (BA-MA, N 265/11)
„Beim Eintreffen in Grjasnowo erleben wir das Ende eines Kommissars, der zu entweichen versucht hat, durch unsere Feldgendarmerie. Nicht schön für unsere Leute."

(37) Tagebuch, Grjasnovo 23. November 1941 (BA-MA, N 265/11)
„Nach Abschluß der Besprechung Gedenkfeier für unsere Gefallenen, denn heute ist Totensonntag. [. . .] Darauf Spaziergang bis zum ‚Toten Russen'. Ein Zielpunkt der Wanderung, wie er nicht alltäglich ist. Dort liegt ein solcher unbeerdigt u. gefroren seit Wochen im Schnee. Ich muß ihn durch die Einwohner bestatten lassen."[163]

(38) Kriegsbericht an seine Familie, [Grjasnovo] 29. November 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 142)
„Der Russe kämpfte mit grösster Erbitterung[164]. Seine Artillerie fügte uns stellenweise schwere Verluste zu. Auch mit Minen hat er sich wie mit einem Gürtel umgeben. Er besitzt neue, die ein Kästchen von 20 cm Länge, 5 cm Höhe und Breite aus dünnem Holz darstellen. Man braucht sie nur in den Schnee legen. Sie haben uns schwer geschadet. Das schlimmste aber war wieder für die Infanteristen das Liegen auf dem blanken Boden, ohne Schutz stundenlang, im feindlichen Feuer. Der Boden ist ein Meter tief gefroren. Ohne sich bewegen zu können, haben die Leute teilweise 10 Stunden auf einem Fleck verharrt. 3 Menschen sind einfach erfroren. Dazu sind alle Ortschaften zerstört, die übriggebliebenen Häuser zerschossen, halb eingestürzt, ein Batl. übernachtet heute Nacht in 4 Hütten, die Pferde stehn draussen, Verpflegung kommt oft überhaupt nicht heran, es ist unerhört, was hier geleistet wird."

---

[163] Vgl. aber Heinricis Kriegsbericht an seine Familie, 11. 12. 1941, in: BA-MA, N 265/12, Bl. 138: „Ich versuchte vorhin meinen gewöhnlichen Weg bis zum toten Russen zu gehen, der nun schon seit Anfang November dort unbegraben liegt. Aber ich kam nicht mehr durch."

[164] In den Tagen seit dem 27. 11. war es dem Korps endlich gelungen, die sowjetische Verteidigungslinie bei Aleksin zu durchstoßen und die Stadt einzunehmen. Mit diesem letzten größeren Erfolg vor der Gegenoffensive der Roten Armee war jedoch die Angriffskraft des XXXXIII. A.K. endgültig verbraucht.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(39) Tagebuch, Grjasnovo 4. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/11)
„Unsere Stellung, im Sommer der Lage nach vor dem Walde ideal, ist jetzt im Winter fürchterlich, weil keine Unterkunft vorhanden ist. In den vordersten Dörfern liegt die Stellungsinfanterie u. die Artl. mit den notwendigsten Fahrzeugen u. Protzen. Hier ist alles so überfüllt, daß 30 Menschen froh sind, wenn sie einen Raum besitzen. Sie können sich nicht mehr legen, sondern stehen lieber stundenlang, nur um im Warmen zu sein. Waschen, Säubern, alles ist unmöglich. Alles wimmelt von Läusen, juckt u. kratzt sich ununterbrochen. Viele haben eitrige Wunden von der ewigen Juckerei u. Kratzerei. Viele haben Blasen- u. Darmerkrankungen von dem Liegen auf dem kalten Boden, u. kommen daher nicht zur Ruhe, weil der Drang sie immer wieder aus dem Schlaf schreckt. Die Reserven also so unterzubringen, daß sie rechtzeitig eingreifen können, ist ganz unmöglich. Man findet sich damit ab – im Gedanken, sollte der Russe einbrechen, so stößt er hoffentlich doch nicht in die Tiefe durch. Der Krieg hier hat ja alle Regeln der Taktik über den Haufen geworfen. Man ficht in Breiten, die jedem Menschen früher als unsinnig vorkamen, man hält Stellungen von Kilometern mit Kompanien, die 40 Mann stark sind, aber alle die Leute vorn sind bei diesen Verhältnissen in einer Form und Art überreizt und nervös angespannt, daß es sich eben dem Ende zuneigt. Drei Klagen schlagen mir überall entgegen: Warum hat die [2.] Panzer Armee angreifen lassen, ohne daß sie die Sicherheit geben konnte, mit uns zusammenzuwirken, so daß letzten Endes unsere Blutopfer (635 Köpfe bei der 131. Div. seit dem 27. 11. einschl. Kranke), die bei der geringen Stärke unerträglich sind, umsonst sind? Warum erhalten unsere Leute kein Fett, sondern Marmelade, wo bei der Kälte Fett doch das Nötigste ist? Warum schickt man uns mit so mangelhafter Bekleidung in einen Winterkampf, dessen Anforderungen übermenschlich sind? Weiß denn niemand, wie es hier aussieht?"

(40) Tagebuch, Grjasnovo 5. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/11)
„Die Kälte ist sehr bitter. Der Atem gefriert sofort am Kopfschützer. Es ist richtig unangenehm, diese Luft einzuatmen. Ich treffe auf dem Wege zum Wald einzelne Leute, die angeben, wegen Erfrierungen vom Arzt nach rückwärts geschickt zu sein[165]. Nach einer $^3/_4$ Stunde Wegs erreiche ich das Reserve Batl. in einer kleinen

[165] Obwohl die beiden Divisionen des Korps (31. I.D., 131. I.D.) nach der Einnahme von Aleksin vollkommen erschöpft waren und bereits seit dem 1. 12. sowjetische Gegenangriffe abwehren mußten, hatte Generaloberst Guderian am 4. 12. nach einem Besuch beim Generalkommando einen weiteren Angriff befohlen. Die 31. Infanterie-Division sollte mit ihren beiden Regimentern (I. R. 17, I. R. 82) ostwärts zur Straße Tula-Moskau durchstoßen und sich mit der dorthin von Osten her durchgebrochenen 5. Panzer-Brigade unter Oberst Heinrich Eberbach vereinigen. Damit wäre der Ring um das heftig umkämpfte Tula im Norden geschlossen worden. Doch der in den frühen Morgenstunden des 5. 12. beginnende Angriff brach unter dem nochmals verschärften Frost und dem sowjetischen Widerstand schnell zusammen, so daß alle Einheiten am Abend und in der Nacht in ihre Ausgangsstellungen zurückgenommen werden mußten. Noch am selben Tag, einem dramatischen Wendepunkt des Krieges, ließ Guderian die Operation gegen Tula einstellen. Vgl. auch Reinhardt, Wende, S. 167. Heinrici beschreibt im abgedruckten Ausschnitt seinen Besuch vormittags beim Infanterie-Regiment 82.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schlucht am Nordrand des Waldes. In Grüppchen stehn die Leute um kleine Feuer, in einem bejammernswert verfrorenen Zustand. Sie schlagen mit den Hacken aneinander, um sich zu wärmen, aber sie sind völlig verklammt. Von Feuer zu Feuerstelle gehend spreche ich mit ihnen, erkenne ihre schlimme Lage an, sage ihnen, sie sollten ordentlich schimpfen, um sich Luft zu machen, es sei zum Kotzen hier in Rußland und Übleres als dies Wetter könne niemand passieren. Aber sie wüßten selbst, wie nahe die Rollbahn[166] sei, daß uns wenige Kilometer von den durchgestoßenen Panzern trennten, daß nach dem Zusammenschluß mit diesen Tula eingekreist sei und daß ich eins ziemlich sicher annähme: dies würde der letzte große Angriff im Winter sein. Die Leute haben seit gestern Abend um 20 [Uhr] nichts mehr außer Brot gegessen, der Kaffee in ihren Feldflaschen ist zu Eis gefroren. So sehr sie darin einstimmen, daß es hier ganz übel sei, und keiner auf weiteren Vorstoß in die Tiefe Rußlands Wert legt, so ist insgesamt ihre Stimmung doch nicht die Schlechteste und ich bemühe mich, diese durchgefrorenen, schlecht bekleideten, verhungerten, ungewaschenen und verdreckten Menschen noch mehr aufzurichten. Ich muß innerlich denken, wenn diese Leute der Russe sieht, muß er keine hohe Meinung mehr von unserer Truppe erhalten. So traurig ist ihr Äußeres."

(41) Tagebuch, Grjasnovo 6. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/11)

„Ich besuche die beiden Kampf-Reg[imen]ter u. spreche mit ihren Kommandeuren. Sie sind bitterster Stimmung. Oberst Hoßbach[167], an sich Pessimist, wird dadurch noch besonders beeindruckt, daß sein Sohn ihm mit erfrorenen Beinen ins Haus gebracht ist. Anklage auf Anklage gegen die obere Führung, die nicht rechtzeitig den Zeitpunkt erkannt hat, wann ein Ende gefunden werden muß, wird laut. Es sind wieder – 30°, und als ich später auf einer Höhe erkunde, wo wir uns dann im Abschnitt Laderowo-Larino verteidigen wollen, erfrieren mir trotz der Pelzhandschuhe in 5 Minuten fast die Finger. Ein toter Russe liegt da, halb vom Schnee zugeweht, starr wie ein Eisklotz. Fürchterliches Land!

Es war schon ein besonderes Walten des Schicksals, daß in dem Augenblick, als unsere Leute ihre Quartiere verließen, um zum Angriff zu gehn, der auch hier im Dezember ganz unerhörte Frost einsetzte. Bei solchen Verhältnissen kann niemand kämpfen. Das habe ich selbst, der ich von 6.30–17 [Uhr] unterwegs war, selbst gespürt. Es ist noch zu bewundern, was geleistet worden ist. 9 km fehlten an der Vereinigung zwischen uns und der Panzer Abtlg Eberbach bei Kostrowa an der großen Straße. Jeder, der später diesen Abstand auf der Karte sieht, wird sagen, wie konnte der Angriff abgebrochen werden. Aus eigener Kraft kamen wir nach dem Zusammenbruch des Inf. Regt. 17 jedoch nicht mehr ans Ziel. Was wir aber bei Fortsetzung

[166] Gemeint ist die Straße Tula-Moskau.

[167] Friedrich Hoßbach (1894–1980), Oberst, ehemaliger Chefadjutant Hitlers, Okt. 1939–Jan. 1942 Kommandeur des Infanterie-Regiments 82. Zum verlustreichen Angriff seines Regiments am 5. 12. 1941 vgl. auch Friedrich Hoßbach, Infanterie im Ostfeldzug 1941/42, Osterode/Harz 1951, S. 156–166.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Kampfs durch den Frost verloren hätten, ist nicht abzusehn. Ich glaube, wir wären ohne Soldaten dort angekommen und hätten es sofort wieder räumen müssen. Die Natur war hier stärker als menschliches Wollen u. Können. So ging die Schlacht von Tula mit einem Mißerfolg zu Ende.

Ich glaube, es konnte aber nicht anders kommen, weil von Anfang an die an die Aufgabe gesetzten Kräfte zu schwach waren[168]. Dies gilt nicht nur für unsere besondere Lage, sondern auch für die der Armee. Teils durch die Feindlage erzwungen, teils aber auch durch nicht immer glückliche Führung veranlaßt, wurden die schwachen Kräfte immer wieder auch noch verzettelt angesetzt, entweder durch weite Räume getrennt oder zeitlich nicht ins Zusammenwirken gebracht. So konnte die Armee nicht zu dem erwünschten Erfolg kommen. Verschärft wurde die Lage aber dadurch besonders, daß die vorhandenen Einheiten als solche nur noch lächerlich geringe Stärken besaßen, und durch den 5monatigen Angriffsfeldzug körperlich und seelisch aufs Äußerste erschöpft sind, während der Russe immer neue Kräfte uns entgegenstellte. Mögen sie zusammengekratzt sein, woher sie wollen, sie waren eben da, gut gekleidet, gut ernährt, mit Schnaps aufgepulvert und mit Ersatz aufgefüllt. Bei uns ist von alledem nichts der Fall. Wir haben uns langsam aber sicher hier ans Ende unserer Kräfte gesiegt. Das ist ein bitterer Abschluß. Nun stehn wir da und können die Stellung, die wir halten sollen, kaum mit Posten besetzen."

(42) Kriegsbericht an seine Familie, [Grjasnovo] 11. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/12, Bl. 134–139)

„Was wir aber im Kleinen erlebt haben, spielt sich an anderen Fronten im Großen ab[169]. Wir waren an anderen Fronten 25 km vom Stadtkern von Moskau. Ob wir dort stehen bleiben können und werden, erscheint mir zweifelhaft. Aus Rostow sind wir wieder herausgeflogen[170]. So recht befriedigend ist das Ganze nicht zur Zeit. Ich habe ja wiederholt betont, daß der Russe schwer angeschlagen, aber noch nicht zerschlagen sei. An seinem zähen Widerstand haben wir das immer wieder gespürt. Nun kann er uns mit seinen herangekommenen Fernostkräften noch manche unruhvolle Winterstunde bereiten. Zerschlagen wird der Russe erst sein, wenn er nach einem neuen Feldzug im Sommer 42 erneut geschlagen worden ist. Vorläufig scheint er aber die Absicht zu haben, im Winter unser angestrengtes und durch Abgänge vermindertes Heer mit allen Mitteln anzugreifen. [. . .]

---

[168] Guderian hatte Ende November 1941 mehrfach die Zuführung mindestens einer neuen Division für den Angriff auf Tula gefordert. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 597.

[169] Der Angriff auf Moskau war am 5. 12. überall zum Erliegen gekommen; am selben Tag hatte die Gegenoffensive der Roten Armee begonnen. Am 8. 12. hatte Hitler die Einstellung der Offensive und den Übergang zur Verteidigung befohlen (Führerweisung Nr. 39). Zur sowjetischen Gegenoffensive und deutschen Winterkrise bis zur Stabilisierung der Front in der ersten Februarhälfte 1942 vgl. Reinhardt, Wende, S. 197–254; DRZW, Bd. 4, S. 600–652.

[170] Rostov hatte bereits am 28. 11. 1941 von der 1. Panzerarmee (Kleist) geräumt werden müssen. Vgl. Reinhardt, Wende, S. 177f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Durch Vermittlung des Grafen Moy habe ich einige Erzählungen von Tolstoi und Leskow gelesen. Tolstois Villa ist dicht südlich Tula, ein Div.-Stab sitzt darin. Sein Landgut, die Tolstoischen Höfe, sind ganz in unserer Nähe, es sind ganz verkommene Panjescheunen[171]. Leskow gehört zu den besten russischen Erzählern. Die Bücher haben mich sehr beeindruckt. Man muß tatsächlich die Kraft der Schilderung Tolstois und die Klarheit, mit der er die Charaktere herausarbeitet, bewundern. Durch ihn ist mir auch das Rätsel gelöst, warum in Rußland alles so rückständig und verkommen ist. Seine Erzählung ‚Der Morgen eines Gutsbesitzers' zeigt den Panje, wie wir ihn täglich sehen, gutmütig, ergeben, aber ohne jede Initiative, nichts aus freien Stücken selbst beginnend, sogar empört Wohltaten zurückweisend, wenn sie ihn aus der liebgewordenen Gewohnheit herausreißen. Von Besserungsvorschlägen will er schon garnichts wissen. Mit solchen Leuten kann man natürlich nicht vorwärtskommen. Auf Grund dieser Einsicht sagt mein Dolmetscher: Die beiden deutschen Protektorate sind ja nun gebildet[172]. Sie werden gute Kolonialländer werden. Den Rest Rußlands löse man in selbständige Republiken auf. Die Sowjet-Regierung hat dies ja schon vorbereitet. Bis zum Baikal mache man sie von Deutschland, dahinter von Japan abhängig. Damit wäre das Problem Rußland gelöst."

(43) Brief an seine Frau, [Grjasnovo] 12. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/12, Bl. 140f.)

„Dies Land ist in allem unmäßig: in seiner Größe, seinen Waldungen, seinem Klima, seinen Menschenmengen. Bei uns ist jetzt schon an zwei Stellen Flecktyphus durch die Läuse ausgebrochen. Es gibt hier alles, was unschön und häßlich ist. Eben erhielt ich Deine Briefe aus Münster. Sie sind nun fast 4 Wochen alt. Wie schön wäre es, wenn man in seiner eigenen Wohnung wieder einmal sein könnte, die nun leer und kalt dasteht. Jetzt wo wir nun den Krieg mit Amerika wirklich haben[173], ist es ja fast unübersehbar, wann man jemals wieder zu ihrer Benutzung kommt. Man muß sich immer wieder gewaltsam hochreißen, wenn man sich das alles klar macht. $^1/_9$ meines Lebens habe ich nun im richtigen Krieg, noch viel mehr in kriegsähnlichen Zuständen zugebracht. Hinzu kommt zur Zeit, daß der Russe garnicht daran denkt, wie wir es wollen, den Krieg den Winter über einzustellen. *Er* greift auf der ganzen Front an, und zwar mit stellenweise nicht unbeachtlichen Erfolgen, die auch über ein ‚örtliches' Maß hinausgehn. Auch wir fühlen uns nicht sehr sicher. Unendliche Räume müssen mit einem Mindestmaß von Kräften gehalten werden. Der Feind braucht nur an einer Stelle seine Kräfte zusammenzufassen, dann entstehn sofort ganz schwierige Lagen. Dazu kommt, daß nach dem bald 6monatlichen Feldzug alles

[171] Vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 233, der Anfang Dezember 1941 für einige Tage seinen vorgeschobenen Gefechtsstand in diesem Gut, Jasnaja Poljana, einrichtete.

[172] Gemeint sind die Reichskommissariate Ostland und Ukraine.

[173] Nach dem Überraschungsangriff Japans auf Pearl Harbour (7. 12.) und der amerikanischen Kriegserklärung an Japan (8. 12.) hatten Deutschland und Italien den USA am 11. 12. 1941 den Krieg erklärt.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr als nur körperlich u. seelisch beansprucht ist. Wir fühlen uns in keiner Weise glücklich."

(44) Brief an seine Frau, 16. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 157)
„Der Russe ist in den großen Lücken, die unsere dünne Front allenthalben hat, an mehreren Stellen durchgestoßen und hat uns zum Rückzug gezwungen[174]. Er vollzieht sich unter den gleichen Begleitumständen wie im Jahre 1812, tiefem Schnee, fast ungangbaren Wegen, Schneetreiben, Sturm u. Kälte. Welches Ende diese Dinge nehmen werden, weiß ich nicht, man kann nur hoffen, daß es gelingt, die Sache noch zum Stoppen zu bringen. Aber so recht klar ist uns in unserem Kreise nicht ersichtlich, wie das gemacht werden soll. Dazu sitzt unser Kind[175] in den gleichen Umständen mit drin. Er ist fast an dem Tage an die Front gekommen, da die Dinge sich wandten. Meine Gedanken sind immer bei ihm. Aber auch die eigenen Sorgen türmen sich bergehoch, und man kann, wo man auch sucht, sich keinen rechten Ausweg vorstellen. Witterung, Land und Schwierigkeiten der Natur auf allen Gebieten schlagen einem jedes Mittel aus der Hand, mit dem man die Dinge wenden möchte. Unsere oberste Führung hat geglaubt, über Dinge hinwegsehen zu können, die stärker sind als menschliche Gewalt und an denen wir einfach zerbrechen. Im ganzen [Ersten] Weltkriege habe ich nicht solche Lagen erlebt, wie sie jetzt durchzukämpfen sind. Wo es hinausgeht, steht in Gottes Hand. Diese Tage können von entscheidender Bedeutung für den Kriegsverlauf werden."

(45) Brief an seine Frau, 19. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 159f.)
„Jetzt ist es auch der obersten Führung klar, daß im Augenblick der Bestand des Ganzen auf dem Spiel steht. Vorher hat aber niemand auf die Warnrufe gehört. Im Großen u. Kleinen ist genug über den Zustand u. die Schwäche unserer Truppe berichtet worden. Ohne Rücksicht auf die fehlende Winterbekleidung, die ungenügende Verpflegung, den schlechten Nachschub, die zusammengeschmolzenen Stärken wollte die Heeresltg. nach Moskau, Guderian[176] nach Tula. Alle Vorsichtsmaßnahmen wurden bei Seite gelassen. Nun heißt es: Opfert Euch, um die Lage wieder gut zu machen.

---

[174] Das XXXXIII. A.K. wurde am 8. 12. von der sowjetischen 50. Armee angegriffen und in den folgenden Wochen schrittweise nach Westen auf Kaluga zurückgedrängt bzw. mußte sich der drohenden Umfassung durch Ausweichen entziehen. Dem stand seit dem 16. 12. der unbedingte „Haltebefehl" Hitlers gegenüber.

[175] Hartmut Heinrici (*1921) war als Soldat ebenfalls im Bereich der Heeresgruppe Mitte eingesetzt.

[176] Heinz Guderian (1888–1954), Generaloberst, Nov. 1940–Okt. 1941 Befehlshaber der Panzergruppe 2, Okt.–Dez. 1941 Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee. Vgl. auch die Kritik an Guderian, „der uns mit seiner famosen Führung in diese Isolierung hineingebracht hat", in Heinricis Brief an seine Frau vom 22. 12. 1941, in: BA-MA, N 265/12, Bl. 145.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich hoffe, daß es doch gelingen wird, unter Einsatz aller Kräfte die Krise zu meistern. Seit 48 Stunden ist der Führer selbst am Werk, um Hilfe zu senden, wo er kann[177]. Für uns ist es nicht zu übersehn, was alles geschieht."

(46) Brief an seine Frau, 20. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 161f.)
„Immer mehr zeichnet sich ab, daß wir langsam eingekesselt werden. In einem Halbkreis stehn wir südöstlich Kaluga und der Feind faßt um unsere Flanken herum. Reserven zum Schutz derselben sind nicht vorhanden. Alle Bitten, alle Anforderungen nach oben werden nicht beantwortet. Also werden wir wohl dem Russen so oder so in die Hände fallen. Heute hat Brauchitsch sein Amt als Oberbefehlshaber niedergelegt, der Führer es selbst übernommen. Auch er wird wohl nicht in der Lage sein, die Dinge zu wenden. [. . .]

Es wird wohl oft nach den Gründen für diese plötzliche Wendung gefragt werden, die uns von scheinbar höchster Höhe in den Abgrund stürzte.

Man hat den Russen völlig unterschätzt. Noch am 3. 12. gab die H.Gruppe einen Fernspruch heraus, des Inhalts, es kommt nur auf eine letzte Anstrengung an, dann bricht der Gegner zusammen. Er hat keine Reserven mehr. Er hatte aber seine sibirische Armee noch, er hatte unendlichen Ersatz für seine geschwächten Verbände, womit er sie immer wieder auffüllte. Wir haben seit Ende Juni fast keinen Ersatz bekommen, seit Oktober nichts mehr zu essen, sondern mußten aus dem Lande leben, sofern wir noch etwas fanden, unsere Truppen waren ihrer besten Führer u. Leute längst beraubt und sie standen im russischen Winter ohne eine Spur brauchbarer Kleidung. Man muß nur aufs Höchste bewundern, was diese überanspruchten, decimierten, verlausten u. entkräfteten Leute geleistet haben. So ist es. Nun werden sie einfach von den russischen Massen erdrückt, umgangen. Viele Hunde sind des Hasen Tod."

(47) Brief an seine Frau, 22. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 165f.)
„Obgleich wir das Verhängnis der Umfassung kommen sahn, wurde uns immer wieder von oben befohlen zu halten. Umgangen, konnten wir das doch nicht, sondern mußten immer wieder ausweichen. Der Rückzug in Schnee u. Eis ist absolut napoleonischer Art. Die Verluste sind ähnlich. Die Apathie der Leute steigt. Der Zustand der Truppe ist nur noch als bejammernswert zu bezeichnen.

Ich stehe wieder an der Stelle des Hauptdrucks der Russen. Im Grunde sind wir schon völlig umgangen. Gestern war die Lage hoffnungslos. Wir sahen unser Ende im Kessel vor uns. Im letzten Augenblick gab Kluge die Erlaubnis zu neuem Ausweichen[178]. So wurde unsere Existenz um eine Spanne verlängert. Gott weiß, wie es enden wird. In seine Hände müssen wir alles legen.

---

[177] Hitler hatte der Heeresgruppe Mitte am 16. 12. mitgeteilt, daß er den Oberbefehl des Heeres faktisch selbst übernommen habe. Offiziell ging der Oberbefehl erst am 19. 12. von Brauchitsch auf Hitler über. Vgl. Reinhardt, Wende, S. 223.

[178] Am 21. 12. war dem XXXXIII. A.K. erlaubt worden, ganz nach Kaluga zurückzugehen, um sich den Ausweg nach Nordwesten offenzuhalten. Die Stadt konnte bis zum 30. 12. 1941 verteidigt werden, bevor sich das Korps weiter in Richtung Juchnov zurückziehen mußte.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Anlaß zu den die Lage nicht erkennenden Haltebefehlen ist wohl die oberste Stelle selbst. Um Japan zunächst in den Krieg zu bringen u. nun nicht im Stich zu lassen, sollen keine Mißerfolge zugegeben werden. Um dies vermeiden zu können, müssen wir stehn bleiben. Das bedeutet ein schlimmes Ende. In seinen Folgen wird es viel böser sein, als wenn wir jetzt 200 km auswichen. Tag für Tag wird mit diesem Entschluß gezögert, die dem Feind zu gute kommen u. unsere Lage verschlechtern.

Das Auf u. Ab der Lagen ist kaum noch zu ertragen. Seit 10 Tagen sehe ich das Verhängnis kommen, rufe, beschwöre. Man bekommt Befehle, die garnicht mehr ausführbar sind. Man windet sich nur noch am Abgrund entlang. Nichts hilft, man will oben nicht sehn. Die Folgen werden unabsehbar sein."

(48) Brief an seine Frau, 24. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 168)

„Das Verhängnis schreitet fort. Und oben, in Berlin an oberster Stelle, will niemand es sehn. Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit. Das erleben wir täglich von neuem. Aber aus Prestige-Gründen wagt niemand einen entschlossenen Schritt rückwärts zu tun. Sie wollen nicht wahr haben, daß ihre Armee vor Moskau schon völlig umfaßt ist. Sie weigern sich, anzuerkennen, daß der Russe so etwas tun kann. Und in völliger Verblendung taumeln sie in den Abgrund. Sie wollen keinen Mißerfolg zugeben. Und sie werden in 4 Wochen mit dem Verlust ihrer Armee vor Moskau und später mit dem Verlust des Krieges enden.

Von Tag zu Tag mehr erleben wir an uns selbst, daß uns ruckweise die Schlinge um den Hals zugezogen wird. Der Führer will es nicht glauben. Für uns selbst, die wir die Lage erkennen, ist es aber geradezu zermürbend, seit 14 Tagen stückweise geschlachtet zu werden. Es gibt mal 24 Stunden ein Aufatmen. Dann kommen die Hiobsposten wieder hageldicht. Kein Gegenzug gelingt, weil wir dauernd in der Nachhand sind und der Feind uns das Handeln vorschreibt. Die Lage ist zerrüttend und unerträglich."

(49) Brief an seine Frau, 6. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 8)

„Die letzten Tage waren wieder erfüllt von ganz großen Anstrengungen. Gestern sah wieder mal alles ganz besonders schlimm aus. Heute kann man das Bild vielleicht etwas ruhiger betrachten. Aber es ist trotz allem noch unerfreulich genug. 30 Tage dauert für uns nun schon dieses unerhörte auf und ab. 30 Tage zerrt u. zieht es an den Nerven. 30 Tage hofft man, wartet man und sieht nur geringe Ansätze zur Änderung. Es wäre aber alles viel schlimmer, wenn nicht die Truppe mit geradezu unvorstellbarer Zähigkeit, Heldenmut alle die Unbilden des Kampfes, der Witterung, der Schwierigkeiten im Nachschub doch überwunden hätte. Wir haben im Sommer u. Herbst geglaubt, Unvorstellbares zu leisten. Es ist alles nichts gegen jetzt.

Seit gestern hat die Kälte von 30–40° aufgehört. Dafür schneit u. weht es jetzt und macht die Wege schwer passierbar. Nichts ist für, alles gegen uns. Man kommt eigentlich nur mit Schlitten vorwärts. Alle anderen Bewegungsmittel versagen oder sind aufs äußerste gehemmt."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(50) Brief an seine Frau, 11. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 10–12)

„Alles ist programmmäßig so eingetroffen, wie ich es den hohen Vorgesetzten gesagt habe. Alle Vorschläge lehnten sie ab, aus Angst, an oberster Stelle anzustoßen. Ob die Leute Kluge oder Kübler[179] (unser neuer Armeeführer) heißen, sie haben alle Angst vor der höchsten Stelle. Und die führt nach Schlagworten wie: ‚kein napoleonischer Rückzug', bleibt mit offenen Flanken stehen u. laßt dem Feind Zeit, in aller Ruhe herum zu marschieren und uns von hinten im Rücken anzugreifen[180]. Man hofft auf Heranbringen von neuen Divisionen. Aber die kommen so langsam, so tropfenweise, daß sie viel zu gering sind, uns herauszuhaun. So wird der Russe wohl bei uns seine erste Vernichtungsschlacht gewinnen. Man hadert aber doch mit dem Schicksal, wenn man sieht, aus welchen verbohrten Köpfen alles kommt und daß es der Mittel, es völlig zu vermeiden, genug gab, wenn man *einen* großen Entschluß vor 3 Wochen, vor 14 Tagen, ja noch vor 5–6 Tagen faßte, sich abzusetzen. Sie sind auch genugsam vorgeschlagen worden. Aber die oberste neue Heerführerstelle lehnt alles ab, handelt darum, ob man von den eroberten 1200 km 20 mehr aufgibt oder nicht. Dabei ist es völlig gleichgültig, wo wir in Rußland stehn. Ich glaube aber, der Zeitpunkt kommt, wo man alles noch sehr bereuen wird. Für uns selbst als Leidtragende ändert das aber nichts.

Schon jetzt sind die Verhältnisse unglaublich. Überall macht sich der Druck des Feindes bemerkbar. Wir sind schon zum Ersticken zusammengepreßt. Bei 15° Kälte kommt kaum der Mensch, die Pferde garnicht unter Dach. Kraftwagen haben so gut wie aufgehört, die Schlitten bleiben auf den überfüllten Wegen stecken, 4 Stunden bin ich heute im Dunklen durch tiefen Schnee gestapft. Überall zeigen sich die ersten Anzeichen der beginnenden Niederlage. Morgen wird wohl unsere Hauptnachschubstraße gesperrt sein. In wenigen Tagen vielleicht auch die Bahn. Und dann? Kämpft ohne Munition oder Verpflegung! Alle meine Nachbar Kdrden Generäle sind plötzlich verschwunden, krank pp. geworden. Andere werden versetzt und reisen schleunigst ab. Ich *soll* wohl hierbleiben, an der äußersten Stelle stehend, ohne sichtbare Möglichkeit, davonzukommen."

---

179 Ludwig Kübler (1889–1947), General der Gebirgstruppe, Dez. 1941–Jan. 1942 Oberbefehlshaber der 4. Armee. Kübler hatte am 26. 12. 1941 Kluge ersetzt, der bereits am 18. 12. als Nachfolger Bocks den Oberbefehl über die Heeresgruppe Mitte übernommen hatte. Heinricis Korps war seit dem 19. 12. wieder der 4. Armee unterstellt.

180 Nach dem Fall Kalugas und der Aufgabe der Oka-Stellung Ende Dezember 1941 befand sich das XXXXIII. A. K. in einem engen Schlauch zwischen Kaluga und Juchnov, der von Norden, Süden und Osten zusammengedrückt wurde und schließlich auch im Westen zugeschnürt zu werden drohte. Alle Anträge auf ein weiteres Ausweichen nach Westen stießen auf den Haltebefehl Hitlers. Erst am 15. 1. 1942 erlaubte Hitler die Rücknahme der Front auf eine „Winterstellung" knapp ostwärts von Juchnov, verlangte aber zugleich von der 4. Armee, diesen wichtigen Verkehrspunkt zu halten und die „Rollbahn", die befestigte Hauptnachschubstraße Roslavl'-Juchnov, unbedingt zu verteidigen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(51) Brief an seine Frau, 21. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 14)[181]
„Gestern war wieder ein Tag, an dem man verzagen konnte. Von Norden u. Süden war der Russe dabei, die Zange um uns zuzukneifen. Alle nur denkbaren Gegenmaßnahmen führten im Augenblick zu keinem Erfolg. Man sah unerbittlich u. unwiderruflich das Schicksal sich vorbereiten.

In diesem Augenblick wurde ich angerufen u. mir mitgeteilt, daß ich zum Oberbefehlshaber der 4. Armee ernannt sei, an Stelle des Generals Kübler, der ihre Führung vor kurzem erhalten hatte[182]. Damit wurde ich unversehens aus dem unmittelbaren Geschehen herausgerückt. Es war Gottes Wille, daß er dies getan hat.

Nun liegt mir die Last auf, mit der Armee diesen Kampf durchzustehn. Keine deutsche Armee befand sich seit Menschengedenken in solcher Lage. Alle heranzuführenden Kräfte setzt der Feind daran, sie zu vernichten. Ob es gelingen kann und wird, dies zu verhindern, kann heute niemand sagen. Ich kann nur den lieben Gott bitten, daß er auch hier mir hilft und im letzten Augenblick eingreift. Heute hat er mit 38°, gestern mit 42° Kälte unsern Feind aufgehalten."

(52) Brief an seine Frau, 30. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 17)
„Das schwere Ringen geht weiter. Gestern war wieder ein Krisentag erster Ordnung. Wieder erreichten wir nicht die von uns gesteckten Ziele, uns Luft zu machen. Wieder ging alles fehl. Wie eine Blase, von allen Seiten feindumgeben, hängen unsere Korps in der Luft. Um zu ihnen zu kommen, mußte ich heute im Storch hinfliegen, 25 m hoch dicht an den Russen vorbei. Die schossen auch, ohne uns zu treffen. Die ganze Nacht habe ich vor Sorgen gewacht. Ich konnte einfach nicht schlafen. Es ist ein wahnsinniger Kräfteverbrauch. Mit Cognac u. wahnsinnigem Rauchen hält man sich hoch."

(53) Tagebuch, 5. Februar 1942 (BA-MA, N 265/14, Bl. 11)
„[Die Heeresgruppe Mitte] verlangt immer wieder, daß wir unsere Kräfte in der Front festlegen, während der Feind sie dort abzieht u. gegen unsere Flanken einsetzt[183]. Sie fürchtet sich, dem Führer auch nur einige Meter Ausweichen vorzuschla-

---

181 Das Hauptquartier der 4. Armee befand sich in Spas-Demensk. Dort wurden offenbar auch dieser Brief und die nachfolgenden Dokumente (bis auf Dok. 57–59) geschrieben.

182 Kübler war am 20. 1. 1942 nach einem Vortrag bei Hitler abgelöst und durch Heinrici ersetzt worden, weil er ein Halten der „Winterstellung" ohne weitere Ausweichbewegungen nicht für möglich hielt und sich der Lage nicht mehr gewachsen fühlte. Vgl. Reinhardt, Wende, S. 251. Nun stand Heinrici vor dem Problem, die unmögliche Lage der 4. Armee auf dem schmalen Streifen an der „Rollbahn" zu meistern. Diese „Lebensader" seiner Armee mußte dabei nicht nur süd- und ostwärts, sondern zunehmend auch nord- und westwärts, gegen Partisanen, durchgebrochene Gardekavallerie und abgesetzte Fallschirmtruppen unter Befehl General Belovs, verteidigt werden, so daß die militärische Situation in den folgenden Wochen fast einer Kesselschlacht ähnelte.

183 Obwohl es der 4. Armee am 3. 2. 1942 durch einen örtlichen Gegenangriff gelungen war, die Lücke zur nördlich liegenden 4. Panzerarmee zu schließen und dadurch die größte Gefahr vorerst zu bannen, blieb ihre Lage gefährdet, da immer wieder neue Feindverbände in ihren Rücken gelangten. Die von Heinrici vorgeschlagene Frontverkürzung auf eine neue Stellung westlich von Juchnov wurde weiterhin abgelehnt.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen. Innerlich erkennt sie die Notwendigkeit. Aber sie wagt erst im äußersten Fall sie nach oben zu vertreten. So steht man laufend wie ein Schwimmer da, der an Händen u. Füßen gefesselt ins Wasser geworfen wird. Man könnte sich schon wehren, aber die Mittel dazu werden genommen u. erst so spät frei gegeben, wenn es fast vorbei ist. Für die Führer und die Truppe entstehen dadurch Situationen, wie sie nicht schlimmer u. verkrampfter sein können.

Neue Angriffshandlungen im Schnee, die man doch gerade vermeiden will, neue schwere Verluste der lächerlich schwachen Truppe sind die Folge. Was sind noch Divisionen? 4-600 Mann stark ist ihre Infanterie, eigentlich ein Batl. Für über 10000 Ausfälle haben wir noch nicht 500 Mann Ersatz bekommen. Das ist die seit Weihnachten versprochene Hilfe u. jetzt ist es Februar. Leute mit erfrorenen Gliedmaßen dürfen nicht mehr ins Lazarett, weil die Stärken zu sehr absinken. In der Front greift die Hoffnungslosigkeit um sich. Wie lange soll das noch dauern? Bis der russische Winter sich in Schlamm verwandelt! Das ist im April. Noch 8 Wochen! Genau so lang wie bisher der Rückzugskampf dauert. Alle hoffen auf den neuen obersten Befehlshaber, der wird es schon machen. Und er ist es, der diese Dinge alle heraufbeschwört, weil er starr festhält."

(54) Brief an seine Frau, 6. Februar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 20)
„Ich lebe nur in militärischem Denken. Alles andere scheidet einfach aus. Ich jedenfalls *kann* mich garnicht mit anderem beschäftigen, die innere Ruhe dazu fehlt völlig. Immer wieder lebt man in den Zustand: Wie wird der heutige Tag oder die kommende Nacht vorübergehn. Nur im Vertrauen auf Gott kann man das durchhalten."

(55) Brief an seine Frau, 12. Februar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 23)
„Gestern war ich mit dem Feldmarschall[184] zusammen. Er war erstaunlich guter Laune, obgleich er auch genug Sorgen hat. Aber er steht dem unmittelbaren Erleben doch ferner als wir. Die Tagebuchblätter schildern ja eigentlich nur militärische Tatsachen. Wie beeindruckend, nervenzerrend im Augenblick diese Situationen wirklich sind, können sie nicht wiedergeben. Und das Schlimme ist: Bei unserer Lage ist gar kein Absehn, daß sich dies Alles ändert."

(56) Tagebuch, 16. Februar 1942 (BA-MA, N 265/14, Bl. 20)
„Es ist ja überhaupt ein Wunder, daß die Armee noch erhalten ist. Aus eigener Kraft wäre sie nicht bestehen geblieben, wenn der Feind richtig gehandelt hätte. Er hielt uns wohl für erledigt, und glaubte, mit den Kräften, die zum Einschwenken gegen unsern Rücken bereits für ihn griffbereit standen, Fernzielen nachsehen zu können. Er vergaß, daß der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach. Dies ist der Grund, warum es bis jetzt gut gegangen ist. Es ist aber einer, der sich unserer menschlichen Einwirkung entzog. Hier griff ein Höherer ein, der die Sinne lenkt. Ohne ihn wäre unsere Einkesselung eine Tatsache, an der wir nichts, aber auch nichts mehr hätten ändern können."

[184] Generalfeldmarschall v. Kluge, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(57) Tagebuch, [Rastenburg] 28. Februar 1942 (BA-MA, N 265/14, Bl. 21)
„10 [Uhr] Flug mit Ju [52] Smolensk-Rastenburg[185], Ankunft 13 [Uhr]. Nach Essen mit ‚F[führer]' Durchsprechen Lage einzelner Armeen.

Bei mir: Nach eingehender Schilderung Lage an der Rollbahn, Druck dort des Gegners von Süden u. von Norden (Luftlandebrigaden). Gefahr, daß stündlich unsere Versorgung unterbrochen werden kann, Antrag, Juchnow aufgeben zu können. Grund: Wir brauchen Reserven, wir müssen Kräfte frei machen. Sonst geht hinten die Rollbahn verloren, die nur durch zusammengewürfelte Verbände gehalten wird. Mit Rollbahn lebt u. stirbt aber die Armee. Einwurf von seiner Seite, wir gäben damit die Straße Juchnow-Gschatsk auf, die doch die einzige Versorgungsmöglichkeit in der Schlammzeit ist. – Dies seinerseits Irrtum. Diese Straße ist in der Nässe Periode ein Morast. Nützt uns nichts.

Er kämpft um das Zugeständnis. Schiebt es hinaus. Willigt erst am Schluß der Besprechung ein, als auch Kluge den Antrag befürwortet, und die Straße Juchnow-Gschatsk als unmöglich schildert. F. sagt, es sei ja im Grunde gleichgültig, ob man 10 km ostwärts oder westlich Juchnow stünde. Jetzt, nachdem seiner Ansicht nach die Front stabilisiert, rechte er nicht um einige Kilometer. Man habe ihn vielleicht für ‚starrköpfig' halten müssen, weil er sich bisher so eisern gegen jedes Ausweichen verschlossen habe. Dies sei nötig gewesen, um überhaupt die Front zu stabilisieren. Es habe Leute gegeben, die unsere Lage für verloren hielten. Nur indem er sich auf den Standpunkt des unbedingten Haltens gestellt habe, sei es möglich gewesen, einer Panik entgegenzuwirken. (Im großen sehr richtig, im einzelnen aber schief gesehn. Aus diesem Fehler heraus entstanden unsere fortgesetzten Krisenlagen u. die hohen Verluste.)

F. interessiert sich immer wieder für technische Einzelheiten, geht auf Fragen der Technik mit besonderer Vorliebe ein. Meint, Panzerabwehr habe solchen Vorsprung vor Panzer, daß dieser im Jahr 42 verschwinden würde. (?) Sieht England z. Zt. im Stadium Deutschlands im Sommer 18. Ist insgesamt ungeheuer zuversichtlich."

(58) Brief an seine Frau, Jägerhaus bei Rastenburg 28. Februar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 28)
„Zum ersten Mal seit Pfingsten wieder in Deutschland in anständigen Räumen, in geordneten Verhältnissen. Ein fast unfaßbarer Zustand. Es giebt ein Wasserclo u. eine Badewanne, und Blumen auf dem Tisch. Unvorstellbar. Ich warte nun auf das Telefongespräch, was ich mit dir angemeldet habe.

Hier ist Alles getragen von großem Optimismus. Unsere kleine persönliche Lage ist leider wesentlich mehr bedrängt. Gerade zur Zeit sind wir in einer ausgesprochen bedrängten Situation. Es ist eine Erholung, einmal 24 Stunden aus den unmittelbaren Eindrücken des auf u. nieder heraus zu sein, wie man es heute sein kann."

---

[185] In Rastenburg/Ostpreußen befand sich seit dem 24. 6. 1941 das Führerhauptquartier „Wolfsschanze". Heinrici war mit den anderen Oberbefehlshabern des Mittelabschnitts der Ostfront zum Vortrag gebeten worden. Vgl. Halder, Kriegstagebuch III, S. 407 (28. 2. 1942).

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(59) Brief an seine Frau, [Rastenburg] 1. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 29)
„Die Auffassung hier ist, daß wir im Großen über die russische Winter Offensive hinweg sind u. einen Abwehrsieg erfochten haben, der den Feind außerordentlich geschwächt hat[186]. In Bezug auf England wurden nach den Niederlagen durch die Japaner im fernen Osten Hoffnungen laut, oder ich möchte besser sagen, Beurteilungen, als ob es dort wäre wie bei uns im Herbst 1918. Na, wir werden sehn.

Das ändert für mich nichts, daß mir der Gen. Oberst Halder[187] von sich aus sagte, niemand sei so bedrängt als ich. Tatsächlich würgt der Russe uns an der Kehle. Wenn er 500 m! weiter kommt, ist sie zugedrückt."

(60) Brief an seine Frau, 5. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 31f.)
„Seit heute morgen greift der Russe auf ganzer Front an, nicht nur bei uns, sondern fast überall an den Hauptfronten. Die eingebrachten Gefangenen sagen aus, durch diese Offensive müsse nun die so lange erstrebte Entscheidung erzwungen werden. Auf einem großen Teil meiner Armeefront haben wir diesem Angriff den Erfolg entzogen, indem wir uns gerade vom Gegner abgesetzt hatten[188]. Dies hatte ich mit einiger Mühe neulich in Ostpreußen erkämpft, leichter, als ich es dachte. Denn mir wurde gesagt, nachdem nun überhaupt die Front im Großen zum Stehen gebracht ist, spielt es eigentlich keine Rolle, ob wir 10 km weiter ostwärts oder westlich sind. Durch diese Bewegung haben wir Truppen freibekommen, um andere sehr wichtige u. schwache Stellen an der Rollbahn zu verstärken. Das erwies sich heute schon aufs dringlichste nötig. Dort entstanden schon wieder sehr üble Lagen. Vorläufig scheinen sie einigermaßen gemeistert. Aber wir stehn erst am Anfang der Kämpfe. Sie werden wieder 14 Tage andauern.

Und sie werden bei unserer Lage manche Aufregung u. Sorge bringen. Gott Lob ist der Russe nach heute 3monatlicher Winter-Offensive auch sehr kaput, und sehr schlechter Stimmung. Zum ersten Mal seit vielen Monaten haben wir wieder Überläufer gehabt.

Du schreibst, daß die Leute in Berlin die Dinge sehr viel ruhiger und vertrauensvoller ansähen, ich solle mich nicht unnötig in Sorgen hineinsteigern. Nun, ich will dir sagen, daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob man es dort auf einer Karte 1 zu einer Million betrachtet oder hier an Ort u. Stelle die Dinge unmittelbar *erlebt*, die Gefahren teilt, den abgekämpften Zustand der Truppe sieht, die 20° Kälte empfindet, und fast täglich durchmacht, daß Kampfhandlungen schlecht ausgehen und

[186] Bereits Ende Januar 1941 hatte die sowjetische Offensive an Durchschlagskraft verloren, und Mitte Februar war die Lage im wesentlichen stabilisiert. Allerdings blieb besonders die Situation der 4. Armee bis Anfang Mai angespannt, da sie die „Rollbahn" mit schwachen Kräften nach vorne und auch nach hinten gegen Angriffe der Roten Armee zu verteidigen hatte.

[187] Franz Halder (1884–1972), Generaloberst, Sept. 1938–Sept. 1942 Chef des Generalstabs des Heeres.

[188] Nach der Rückkehr Heinricis aus dem Führerhauptquartier konnte die 4. Armee am 3. 3. 1942 endlich in die längst gewünschte Stellung westlich von Juchnov und der Ugra zurückgenommen werden. Diese Linie wurde bis zum Ende der sowjetischen Angriffe Anfang Mai 1942 gehalten.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur mit Mühe wieder gerade gebogen werden. Schließlich stehn wir nun auch seit $8^1/_2$ Monaten in *einer* ununterbrochenen Schlacht, seit 3 Monaten in der Lage, umfaßt u. umgangen zu sein. Sieh dir die Karte an: Feinde ringsum. Während ich hier schreibe, fliegen die russischen Flugzeuge über unsern Ort u. setzen Nacht für Nacht nun seit 6 Wochen Luftlandetruppen in unserm Rücken ab. Niemand hindert sie. Wir haben keine Kräfte, um dagegen etwas tun zu können. Die Truppe ist viel glücklicher insofern dran, als sie nur das eigenste Erlebnis des kleinen Ausschnitts kennt. Sie kommt wohl einige Zeit in schwerste Lebensgefahr, dann aber wird es immer wieder ruhiger. Sie ahnt meist garnicht, in welchen großen Gefahren sie eigentlich steht. Die badet unsereins aus, der beides durchmacht: die Kampfnöte der Truppe und die Sorgen der großen Lage. So ist es."[189]

(61) Brief an seine Frau, 9. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 33)
„Wenn sich doch endlich die Lage entspannte. Wenn endlich einmal doch dieser wütende Anfall aufhörte[190]. Über die Stärke, das Können u. die Zähigkeit der Russen hat man sich gründlich getäuscht. Auch über seine Organisationsfähigkeit u. die Hilfsmittel, die ihm zur Verfügung stehn."

(62) Brief an seine Frau, 25. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 35f.)
„Am meisten macht uns persönlich der Feind im Rücken besorgt, der allmählich zu einer Armee angewachsen ist[191]. Wir haben nicht nur eine Front nach vorn, sondern auch nach hinten, und keine Truppen, um sie genügend abzudichten. Wir schwimmen gewissermaßen wie eine blaue Landzunge im roten Meer, und dies wird, nachdem es genügend aufgefüllt ist, von rückwärts her täglich wilder und stürmischer. Auch ist es wohl zu erwarten, daß der Feind aus seinen gewaltigen Menschen Reserven demnächst neue Verbände in großer Zahl herausbringen wird. Nach der Lage, die im Laufe des Winters entstanden ist, werden sie sicher zum guten Teil gegen *uns* antreten. Überall ist aber bei uns die Decke zu dünn. Mit höchster Sorge sieht man auf das Zahlenverhältnis von Freund u. Feind, und auch auf den Zustand, in dem wir uns menschen- und materialmäßig befinden."

---

189 Vgl. auch die ähnliche Auseinandersetzung um die Widersprüche von Heimat- und Frontstimmung im Brief Stieffs (1. Generalstabsoffizier der 4. Armee) an seine Frau, 7. 12. 1941, in: Stieff, Briefe, S. 138–141.

190 Vgl. den Brief an seine Frau, 16. 2. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 24: „Vorläufig fallen sie uns täglich neu wie ein wildes Tier an, mit einer Verbissenheit, Zähigkeit, ja Verzweifelung, wie sie noch nie da war."

191 Im Dreieck Smolensk-Vjaz'ma-Spas-Demensk hatte sich seit Januar im Rücken der 4. Armee aus Teilen des I. Gardekavalleriekorps, Luftlandetruppen und Partisanen eine ca. 20000 Mann starke, von General Belov geführte Streitmacht gebildet, die erst Ende Mai/Anfang Juni 1942 vernichtet werden konnte („Unternehmen Hannover"). Vgl. DRZW, Bd. 6: Horst Boog u. a., Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943, Stuttgart 1990, S. 865f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(63) Brief an seine Frau, 30. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 37)
„Wir stehn z. Zt. in dem vielleicht schwersten russischen Angriff drin, den der Feind gegen uns geführt hat. Seit 4 Tagen greift er wirklich mit Massen an und wirft täglich neue Kräfte in den Kampf, Infanterie, Artillerie, Panzer, nachts Flieger. Mit großer Aufopferung kämpft unsere Truppe. Sie hat es aber ungeheuer schwer. Dazu will es immer noch nicht Frühjahr werden. Seit 8 Wochen haben wir ja fast ausnahmslos strahlende Sonnentage. Das bedeutet zur Zeit: Im Windschatten Tau, sonst am Tage leichte, in der Nacht starke Fröste. Wir hoffen doch, daß der ‚Schlamm' endlich vielleicht Entlastung bringt. Aber ununterbrochen, Tag u. Tag geht der Druck durch den Feind weiter. Nichts kommt zur Ausführung, was wir machen wollen. Immer wird es durch Unternehmungen der anderen durchkreuzt. Im tiefsten Grund sind es alles Auswirkungen jener Entschlüsse, die uns in diese Situation hineingeführt haben. Denn sie halten uns in Lagen fest, die den Feind geradezu zum Handeln zwingen. Niemand weiß, wie lange das eigentlich noch gehen wird. Aber jeder fürchtet, daß ein Ende nicht abzusehen ist."

(64) Brief an seine Frau, 16. April 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 40)
„Die Angriffe des Gegners gehen inzwischen weiter. Gestern, heute den ganzen Nachmittag bis in die Nacht. Der Russe setzt seine Leute durchs Wasser, durch den jetzt nassen Sumpf, es ist ihm alles ganz egal, er führt immer neue Divisionen heran, opfert hunderte u. tausende von Menschen, und versucht mit allen Mitteln sein Ziel zu erzwingen, unsere Flanke einzudrücken. Er denkt garnicht daran, in der Schlamm Periode aufzugeben. Er kennt weder Nässe noch Kälte. Seine Panzer fahren durch Schnee ebenso wie durch Morast. Er will uns zermürben. Es ist schwer, das durchzuhalten, denn es ist eine ungeheure Beanspruchung, für alle Führer, für die Truppe, die immer weniger wird und immer mehr zusammenschmilzt."

(65) Brief an seine Frau, 25. April 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 45f.)
„Eine Woche fortgesetzter u. schwerster Kämpfe liegt hinter uns. Überall im Osten ist es verhältnismäßig ruhig. Bei uns geht der Großkampf trotz Schlamm, trotz Wasser, trotz Bewegungsunmöglichkeit weiter. Die Armee steht in einer so verteufelten Situation, daß es für den Russen einfach zwingend ist, sie anzugreifen. Immer neue Divisionen setzt er bei uns ein, immer neue Panzer schleppt er heran, immer mehr Artillerie bringt er gegen uns in Stellung. Während ich hier Abends um $^1/_2$ 11 schreibe, höre ich im Laufe des Schreibens einer Zeile 3–4 schwere Einschläge. Und immer stehen wir in der Lage, daß wir den geringsten Geländeverlust, bald den von wenigen 100 Metern, mit der Sperrung unserer berühmten Rollbahn bezahlen würden. Bei andern Leuten spielen Kilometer, hier fast Centimeter eine Rolle. [...] Allmählich scheinen allerdings auch den Leuten oben die Augen aufzugehn. 3 Tage war bei uns General Bl[umentritt][192] vom O.K.H., früher selbst hier Armee Chef, ein sehr klar

[192] Der Chef des Stabes der 4. Armee, Generalmajor Blumentritt, war am 18. 1. 1942 zum Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres ernannt worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sehender und vernünftiger Mann, der die Dinge hier schon erkannte, wie sie sind: daß wir in einer einzigen dünnen Perlenschnur mit der Front nach 2 Seiten stehn und uns weder rücken noch rühren können, nicht die geringsten Reserven haben, um Fehlschläge ausbessern zu können, geschweige denn von uns aus das geringste gegen den Feind zu tun. Nichts anderes gibt es, als auf der Stelle zusammenzurücken, wo es brennt, mit der klaren Erkenntnis, daß an anderen Punkten einfach Löcher entstehn. Witzbolde haben schon vorgeschlagen, weite Strecken unserer sogenannten Stellung mit russischen Schildern zu versehn, Aufschrift: Weitergehn verboten! Denn Soldaten sind keine da. Langsam u. sicher wird unsere Truppe zerrieben, so weit sie es durch diese Kämpfe nicht schon ist. Die Kommandeure rechnen mir vor: noch 3 Wochen, dann melde ich: 0 Soldaten! So sieht es hier aus.

Man hofft aber an oberster Stelle, daß es weiter gut geht, nachdem es 4 Monate im allgemeinen so gegangen ist. Dabei ist im Augenblick das Artl. Feuer fast pausenlos geworden, so daß mein Haus zittert und die Fenster klirren. Zu alledem ist nun auch durch Nässe unsere Rollbahn völlig zusammengebrochen. Auf 102 km Länge ist aus einer Chaussee ein grundloser Morast geworden. Jeder Verkehr mußte gesperrt werden seit 3 Tagen. Niemand kommt mehr durch, Kraft- u. Pferdewagen bleiben einfach stecken, bis über die Räder im Schlamm."

(66) Kriegsbericht an seine Familie, 8. 5. 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 1–3)

„Tausende von Gefangenen, Landeseinwohnern, Bausoldaten versuchen [die Rollbahn] durch Knüppeldamm zu halten. Aber sie können nur Flickwerk leisten. [. . .] Die Nässeperiode, vielleicht auch die Erwartung eines großen deutschen Angriffs, hat in diesen Tagen die russische Angriffstätigkeit abflauen lassen, zum ersten Mal seit jenem 11. Dezember. 6 Monate fast, ununterbrochen, flutete Angriff um Angriff gegen unsere Linien. Immer wieder und immer von neuem, wie die Wellen des Meeres gegen das Ufer, liefen die Russen gegen unsere Stellungen an. Leichenfelder liegen an den Hauptbrennpunkten der Kämpfe. Zum Ausgleich der Verluste pumpte der Russe immer neuen Ersatz in seine zusammengeschossenen Verbände. Immer wieder wurden sie, gestern erst aufgefüllt, heute bereits wieder vorgejagt. Waren sie wiederum zusammengeschossen, so traten neue Divisionen an ihre Stelle. Das Spiel ging weiter. Der Winter, vom Russen als sein Verbündeter angesprochen, erwies sich in mancher Beziehung doch auch als sein Feind. Denn durch mindestens knietiefen, meist aber bis zum Bauch reichenden Schnee gegen Maschinengewehr angehen ist, solange sie schießen, ein kostspieliges Unternehmen, das Ströme von Blut fordert. Das haben wir selbst, wo wir nach Lage der Dinge zum Angriff gezwungen waren, ebenfalls gemerkt. Vor allem haben uns aber 2 Dinge geholfen, die Lage im Winter zu halten: unsere Artillerie und die Überlegenheit in der Luft. [. . .] Nur mit solcher Unterstützung konnte sich unsere dezimierte Infanterie halten. Sonst hätten wir uns nicht durchgesetzt. Aber für alle, die diesen Winter durch gemacht haben, war er eine ungeheure Nervenbelastung. Bei der Truppe giebt es ja nur noch verschwindend wenige, die vom 22. Juni ab bis heute übrig geblieben sind. Aber auch in den höheren Stäben wissen die Leute, was sie gemacht haben. Denn für viele, darunter auch für

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mich, war ja die Zeit vom Feldzugsbeginn bis heute eine ununterbrochene Dauerschlacht, ohne Ablösung, ohne Urlaub, ohne Ruhe. Im 1. Weltkriege gab es ähnliches nicht. Es gab aber auch nicht derartige Krisen Lagen, wie sie heute fast zum Normal Zustand geworden und doch wie durch ein Wunder stets gemeistert worden sind. Wer einmal erfahren wird, mit was für schwachen Kräften, gegen welche Schwierigkeiten, unter was für Zuständen, wird über diese Leistung vielleicht doch erstaunt sein. Uns selbst aber verwundert garnichts mehr."

(67) Brief an seine Frau, 12. Mai 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 48)

„Ich bin u. fühle mich richtig elend und kaput. Anfang Juni soll ich nun auf Urlaub gehen, etwa um den 10. herum[193]. Am liebsten täte ich es gleich. Ich bin so am Ende, so wenig befriedigt, so mißmutig, so zerrieben zwischen dem Mißverhältnis der Anforderungen von oben und den tatsächlichen Verhältnissen, daß ich innerlich ganz kaput bin. Ich habe weder körperliche Bewegung, rauche viel zu viel und richte mich körperlich halbwegs zu Grunde. Der ganze Kram hier ist nicht schön."

[193] Heinrici übergab am 10. 6. 1942 vorübergehend den Oberbefehl an General der Infanterie Hans v. Salmuth und nahm einen längeren Kururlaub in Deutschland, aus dem er am 20. 7. 1942 auf seinen Posten zurückkehrte.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Sergej Slutsch, September 17, 1939: The Soviet Union Enters the Second World War. An Evaluation in the Perspective of History and Human Rights.

In opposition to the commonly held view that the Soviet Union entered the war only after having been attacked by Germany on 22 June 1941, this article maintains the Soviet Union entered World War II on 17 September 1939 when it invaded Poland. The author shows that the German-Soviet Pact of 1939 was determined by national interests, especially on the Soviet side, and gives new details describing how Germany and the Soviet Union collaborated to crush Poland. Furthermore, this new material also shows how readily the Soviet Union supported Germany in its continuing war against Great Britain. Particularly significant was the logistic support the German navy received. Finally, the writer supports his main point, that the nature of Soviet foreign policy changed „in the early dawn of 17 September 1939", by showing that it violated international law.

Yechiam Weitz, Ben-Gurion's Path to the Other Germany 1952–1963.

This article examines David Ben-Gurion's position on Germany as Israel's first Prime Minister from 1948–1963. During this time Germany often dominated political and public discussion. Especially disputed were the following issues: direct negotiations with Germany on the question of reparations in 1951–1952; the arms agreement between Israel and Germany from 1957–1959; the meeting between Adenauer and Ben-Gurion in New York; the trial of Adolf Eichmann in 1960–1962 and, the work of German scientists in Egypt from 1962–1964. Ben-Gurion was the principal defender of relations between Germany and Israel on both pragmatic and ideological grounds. First, needing support for its economy and military, Israel could well use German financial assistance. Second, Germany had a moral obligation to compensate victims for the loss of property. Finally, Hitler's Germany was not Adenauer's *Bundesrepublik.*

Matthias Pape, The German Initiative by Austrian Chancellor Julius Raab in the Spring of 1958.

In the spring of 1958, Austrian chancellor Julius Raab in trying to re-new discussion of the German question met secretly with Adenauer before going to Rom, Washington and Moscow. Doing so, Raab hoped to draw on his previous success in Moscow while negotiating the Austrian State Treaty in 1955. A mixture of different motives underlay Raab's initiative and gives insight into how Austria after 1955, saw itself as a small neutral sovereign state. More importantly, it reflects how Austrian foreign policy in the broad scale of the Habsburg tradition was conducted. Raab's secret meeting coincided with Adenauer's taking up the question of German re-unification with Soviet ambassador Smirnow in March 1958. Remarkably, Raab's visit in Bonn took place between the two meetings Adenauer had with Smirnow in which Adenauer, using Austria as an example, suggested state neutrality as a possible solution for the GDR.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Karin Flachowsky, New Light on the Ancestry of Reinhard Heydrich.

Ever since 1950 claims have been made in history publications that Reinhard Heydrich, one of the leading functionaries in the National Socialist persecution apparatus, was of Jewish descent. Although in 1971 Israeli historian Shlomo Aronson offered a refutation using Heydrich's SS file as evidence, his argument has not been universally accepted. Extensive research in parish registries has provided an explanation of Heydrich's background. This article confirms Aronsons' findings and discusses the ways by which a Jewish background would have affected Heydrich psychologically and what impact it would have made on his career.

Johannes Hürter, „Morals and behavior here are like those in the Thirty Years' War". The First Year of the German-Soviet War as Shown in the Papers of General Gotthard Heinrici.

The letters and diary entries of General Gotthard Heinrici, a representative selection of which are given here, reflect the mentality of a high ranking German officer and his perception of warfare during the first year of the German-Soviet war. They show the pressures of a war of unparalleled hardness placed upon a commanding officer of an army corps and later, of an entire army. They also manifest Heinrici's preoccupation with questions that went beyond the daily routine of military life. From the general's point of view a broad picture of this war is presented. The brutalization resulting from the battles against the Red Army and partisans are dealt with, as is the treatment of civilians. That a general, such as Heinrici, permitted himself to such ruthless conduct of war was not only based on National Socialist strictures or on-the-spot observations, but also, on political and military experiences going back much further. It would appear that the unchekked escalation of violence thus released seemed finally comparable only with the situation surrounding the Thirty Years' War. However, the norms of a „respectable war", which the military élite had developed over the centuries, were no longer valid.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Sergej Slutsch*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slavistik und Balkanistik der Akademie der Wissenschaften Rußlands (Leninkij prospekt 32 a, 117334 Moskau); veröffentlichte zahlreiche Beiträge zur deutschen Außenpolitik und den internationalen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, so u. a. „Probleme des Vergleichs der totalitären Regime", in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 1 (1997), S. 13–30.

Dr. *Yechiam Weitz*, senior lecturer an der Universität von Haifa (Hechalutz St. 16, Jerusalem 96261); arbeitet über die israelisch-deutschen Beziehungen, die Haltung der israelischen Gesellschaft gegenüber dem Holocaust und die Geschichte der Radikalen Rechten des Zionismus.

Dr. *Matthias Pape*, Privatdozent am Historischen Institut der Universität Karlsruhe (Franz-Schnabel-Haus, Gebäude 30.91, 76128 Karlsruhe); veröffentlichte u. a. „Johannes von Müller – Seine geistige und politische Umwelt in Wien und Berlin 1793–1806" (Bern/Stuttgart 1989); Aufsätze zur Verfassungs-, Ideen- und Kulturgeschichte des 18., 19. und 20. Jahrhunderts, zuletzt „Zur Diskussion über die Kirkpatrick-Notiz vom 16. Dezember 1955 und Adenauers Deutschlandpolitik", in: Historisch-Politische Mitteilungen 6 (1999), S. 207–227, „Erzbischof Lorenz Jaeger von Paderborn im Kampf gegen den antichristlichen Bolschewismus", in: Menschen, Ideen, Ereignisse in der Mitte Europas. Festschrift für Rudolf Lill zum 65. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Altgelt (Konstanz 1999), S. 145–169.

Karin Flachowsky, Diplomingenieurin, Mitarbeiterin eines Projekts der Forschungsstelle für historische Frauenforschung der TU Dresden (George-Bähr-Str. 20, 01069 Dresden); arbeitet an einem Gedenkbuch für die Juden der Stadt Dresden zwischen 1933 und 1945 unter besonderer Berücksichtigung der sozialgeschichtlichen Aspekte.

Dr. *Johannes Hürter*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München); veröffentlichte u. a. „Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932)" (München 1993), „Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik 1903–1918" (München 1998); arbeitet derzeit im Rahmen des Projekts „Weltmacht in der nationalsozialistischen Diktatur" an einer Studie über die deutschen Oberbefehlshaber an der Ostfront 1941/42.

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte